Freitag, 4. November 1983 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 258 - 44.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 100,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Mahnung Kohls: Vor einer öffentlichen Verurteilung der USA wegen ihres Eingreifens in Grenada soll Bundeskanzler Kohl schon am 26. Oktober – einen Tag nach der Intervention – gewarnt haben. Im Kabinett habe Kohl zu bedenken gegeben, Bonn kenne nicht die Informationen und Beweggründe, die Präsident Reagan zu dieser Entscheidung veranlaßt hätten.

Startbahn West: Zu schweren Krawallen kam es am zweiten Jahrestag der Räumung des „Hüttendorfes" der Startbahngegner an der neuen Startbahn West des Franfurter Flughafens. Rund 500 teils maskierte und bewaffnete Extremisten rückten gegen die Polizei vor.

Appell an Weizsäcker: Der Berliner FDP-Vorsitzende Rasch hat Richard von Weizsäcker (CDU) aufgefordert, Regierungschef in Berlin zu bleiben und nicht das Amt des Bundespräsidenten anzustreben.

Reform gebilligt: Mit Zweidrittelmehrheit haben die weißen Wähler Südafrikas einer Verfassungsänderung zugestimmt, die die Einführung eines Präsidialsystems und politische Mitspracherechte für Mischlinge und Inder vorsieht. Die schwarze Bevölkerungsmehrheit bleibt von der Macht ausgeschlossen.

Rückzug von Grenada: Nach Beendigung der Kämpfe wollen die USA in den nächsten Tagen mit dem Abzug ihrer 6000 Soldaten beginnen. Mit 108 gegen neun Stimmen bei 27 Enthaltungen hat die UNO-Vollversammlung die amerikanische Intervention als Bruch des Völkerrechts verurteilt.

Fußballer geflüchtet: Zwei Fußballer von Dynamo Ost-Berlin, Falko Götz und Dirk Schlegel, haben sich in Belgrad von ihrer Mannschaft abgesetzt. Sie erhielten Pässe von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland und haben Jugoslawien offenbar bereits verlassen.

Intervention im Golf? Der ägyptische Verteidigungsminister Ghasala schließt nicht aus, daß Ägypten an einer militärischen Intervention im Persischen Golf teilnimmt, falls dies im Interesse der westlichen Welt notwendig werden sollte. In einem Gespräch mit der WELT nannte er als größte Gefahr in Nahost und Afrika die sowjetisch-kubanische Infiltration. (S. 12)

Heute: Veröffentlichung eines Papst-Wortes zum 500. Geburtstag Luthers. – Kanzler Kohl in Indonesien. – Lehrertag des Verbandes Bildung und Erziehung zum Thema Schule und Medien in Leverkusen.

WELT-Report Stahl '83

Nach neun krisengeschüttelten Jahren steht die deutsche Stahlindustrie vor dem Abgrund. Eine durchgreifende Änderung der Lage kann nur eine wirkungsvolle nationale Stahlpolitik bringen. Verantwortlich für das Dilemma ist der Subventionsrausch der EG-Partner. S. I bis VIII

WIRTSCHAFT

Arbeitslose: Um 13 616 auf 2 147 756 stieg die Zahl der Arbeitslosen im Oktober. Die Quote erhöhte sich auf 8,7 Prozent von 8,6 Prozent im September.

Krupp/Thyssen: Nach dem Scheitern des Fusionsplans rechnet Krupp Stahl mit dem Abbau von weiteren 4000 Arbeitsplätzen bis 1985. (S. 15)

SMH-Bank: Nach Informationen aus Bankenkreisen, die dpa als sicher einstuft, sind die Geschäftsinhaber des in Schwierigkeiten geratenen Privatbankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. (SMH), Ferinand Graf Galen, Hans Lampert, Hans-Hermann Münchmeyer und Wolfgang Stryi, von der Leitung der Bank entbunden worden.

Neue Heimat: Mit Verlusten von insgesamt 700 Millionen Mark (438,9 Millionen im Bereich Städtebau) hat die Unternehmensgruppe Neue Heimat das Geschäftsjahr 1982 abgeschlossen. (S. 15)

Übernahme untersagt: Das Bundeskartellamt hat dem Süddeutschen Verlag die Übernahme des „Donau-Kurier" (Ingolstadt) untersagt. Der Zusammenschluß hätte die überragende Marktstellung der „Süddeutschen Zeitung" im Großraum München weiter abgesichert, hieß es.

Börse: Die deutschen Standard-Aktien konnten sich gestern etwas erholen. Am Rentenmarkt blieb das Geschäft schleppend. WELT-Aktienindex 147,1 (147,8); Dollarmittelkurs 2,6445 (2,6510) Mark; Goldpreis je Feinunze 381,75 (383) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Die Haltung der evangelischen Kirche zu bestimmten politischen Fragen ist vielfach nicht mehr mit dem Verfassungseid der Abgeordneten vereinbar. «

Ursula Besser (CDU), Alterspräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses und Synodalin der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (West) in einem WELT-Gespräch (S. 5)
FOTO: KLAUS MEHNER

KULTUR

Was Skelette erzählen: Die neue Wissenschaft von der Paläopathologie schließt aus Knochenfunden auf die Gebrechen der Menschen im Mittelalter – wie eine Ausstellung im archäologischen Museum von Münster dokumentiert. (S. 19)

Bonner Kulturpolitik: Rückkehr zur Bescheidenheit will der neue Kulturdezernent der Bundeshauptstadt, Hans-Jochen von Uslar-Gleichen, durchsetzen. Statt durch Repräsentation soll Bonn mit moderner Kunst glänzen.

SPORT

Basketball: Der 52 Jahre alte Ralph Klein aus Tel Aviv wurde neuer Bundestrainer des Deutschen Basketball-Bundes. Der gebürtige Berliner ist derzeit beim BC Köln beschäftigt (S. 10)

Handball: Nach der 13:16-Niederlage beim Supercup gegen die CSSR ist Erhard Wunderlich als Spielmacher gescheitert. Trainer Schobel: „Wunderlich trainiert in Spanien falsch."

AUS ALLER WELT

Columbia: Der wegen technischer Defekte mehrmals verschobene Start der US-Raumfähre Columbia mit dem europäischen Weltraumlabor Spacelab soll am 28. November stattfinden. Zur Crew gehört der Deutsche Ulf Merbold.

Wetter: Überwiegend heiter und trocken. 8 bis 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Zu Grenada setzte Kohl die Akzente anders als Genscher

Hintergründe der verwirrenden Bonner Informationspolitik

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat von Anfang an eine andere Bewertung der amerikanischen Intervention auf Grenada vorgenommen als sie in öffentlichen Erklärungen der Bundesregierung zunächst zum Ausdruck gekommen ist. Nach Informationen der WELT hat Kohl auf der Kabinettssitzung am 26. Oktober – einen Tag nach dem Eingreifen der USA – erklärt, man solle sich jeder öffentlichen Verurteilung der Vereinigten Staaten enthalten. Kohls Kernaussagen lauteten, man müsse auch in der Not zu Freunden stehen und Bonn kenne nicht die Informationen und Beweggründe, die Präsident Ronald Reagan zu dieser Entscheidung veranlaßt hätten.

Der Bundeskanzler hatte auf dieser Kabinettssitzung nach einer Erklärung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) das Wort ergriffen und damit einen anderen Akzent gesetzt als der Außenminister. Genscher hatte erklärt, Bonn sei vorab nicht von der Intervention auf Grenada unterrichtet worden. Wäre die Bundesregierung gefragt worden, dann hätte sie Washington abgeraten. Regierungssprecher Peter Boenisch gab diese Aussage des Bundesaußenministers als Standpunkt der Bundesregierung vor der Bundespressekonferenz wider.

Eine Aussprache hatte es im Kabinett nicht gegeben. Vor diesem Hintergrund, so hieß es gestern in Regierungskreisen in Bonn, sei die Verstimmung der CSU und ihrer Kabinettsmitglieder zu erklären. Sie seien der Meinung gewesen, daß die von Kohl im Bundeskabinett vertretene Linie auch nach außen hin „verbindlich" sei. Boenisch aber habe die Haltung Kohls nicht zum Ausdruck gebracht.

Angesichts dieser Vorgänge wird die „Korrektur" des Bonner Standpunkts durch Regierungssprecher Jürgen Sudhoff vom 31. Oktober verständlich. Sudhoff betonte, die „Augenblicksbewertung" von der Woche zuvor dürfe nicht als „Verurteilung" der USA betrachtet werden. Abschließend werde sich die Bundesregierung erst äußern, wenn sie alle Informationen besitze. Sudhoff nannte in diesem Zusammenhang die Informationen, wonach die US-Soldaten auf bewaffnete Kubaner und auf Waffenlager gestoßen seien.

In Regierungskreisen hieß es, Sudhoff habe diese Erklärung nicht ohne Veranlassung des Bundeskanzlers abgegeben, der sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf der Reise nach Japan befunden hatte. Bei seinen Stellungnahmen, die der Kanzler inzwischen in Japan zu den Ereignissen auf Grenada abgegeben hat, äußerte er sich im Sinne seiner ersten Erklärung vor dem Bundeskabinett. Außerdem fiel auf, daß Kohl sehr deutlich die Rolle der Kubaner auf Grenada ansprach.

Inzwischen hat ein Interview, das Staatsminister Möllemann (FDP) vom Auswärigen Amt gegeben hat, Unmut von Kabinettsmitgliedern der Union erregt. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß vor allem die CSU-Mitglieder auf der nächsten Kabinettssitzung diese Vorgänge ansprechen werden. Möllemann hatte in dem Interview erklärt, die von Genscher auch im Bundestag abgegebene Erklärung sei „nach einer sehr intensiven Beratung des Kabinetts, in dem das gesamte Kabinett – einschließlich der CSU- und CDU- und FDP-Mitglieder – zustimmte", zustande gekommen.

Diese Aussage sei unrichtig, hieß es in Regierungskreisen. Im Kabinett habe es nur die zwei Beiträge von Genscher und Kohl zu Grenada gegeben.

In USA wächst Kritik an Europäern

UN-Vollversammlung „beklagt" Intervention in Grenada mit 108 gegen neun Stimmen

TH. KIELINGER, Washington

Nachdem der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bereits in der vergangenen Woche das amerikanische Eingreifen in Grenada verurteilt hatte, folgte jetzt die Vollversammlung mit einer Resolution, die „die bewaffnete Intervention" in dem Karibikstaat „beklagt". Die Abstimmung fiel mit 108:9 zuungunsten der USA noch stärker aus als 1980 das Votum gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan (104:18).

Bei der Grenada-Abstimmung enthielten sich 27 Delegationen der Stimme, 13 waren abwesend; nur Israel, El Salvador und sechs an der Intervention beteiligte Staaten der Ost-Karibik stimmten mit den Amerikanern. Unter den Bündnispartnern der USA enthielten sich die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Kanada, Belgien und Japan der Stimme, während etwa Frankreich und Irland und die folgenden NATO-Staaten für die Resolution votierten: Dänemark, Griechenland, Island, Italien, die Niederlande, Norwegen, Portugal und Spanien.

In Washington wird mit steigender Sorge verfolgt, welche Folgen sich für das Ansehen des Bündisses in den USA aus der negativen Reaktion der Europäer ergeben. Schon seit einigen Jahren ist vor allem im Kongreß eine spürbare Desillusion mit den Bündnispartnern festzustellen, was sich in Budgetkämpfen um NATO-Bewilligungen niederschlägt.

Während in solchen Fällen die Administration zur Verteidigung der Allianz herbeizueilen pflegt, ist diesmal eine scharfe Kritik an den Europäern

SEITE 12:
Mertes: Verständnis für USA

bis in die höchsten Spitzen der Reagan-Regierung spürbar. „Die Alliierten denken immer nur an ihre eigene Sicherheit und wünschen, daß die USA fortwährend nur für sie und niemanden anders da sind", formulierte es privat ein hochgestellter Beamter des State Department.

„Will man in der NATO, daß wir in der westlichen Hemisphäre durch sich ausbreitende kubanisch-sowjetische Vorposten festgenagelt sind, so daß wir im europäischen Ernstfall in unserer Fähigkeit, zu Hilfe zu kommen, entscheiden gehemmt wären?"

Auch die Presse beginnt sich kritisch mit den Verbündeten auseinanderzusetzen. „Unsere Schönwetter-Freunde", überschrieb das „Wall Street Journal" einen ersten Kommentar. Der Kolumnist William F. Buckley schrieb am 2. November in der „Washington Post", die Abstimmungen in der UNO „werfen die ernste Frage der moralischen Struktur des westlichen Bündnisses auf." Mit einem Seitenhieb auf Paris fügt er hinzu: „Frankreich befürwortet amerikanische bewaffnete Intervention nur, wenn dies in Frankreich geschieht, um Frankreich von der Besetzung durch andere Mächte zu befreien."

Von einem Besuch in München meldet sich der Chefredakteur der „Washington Times" zu Wort: „Westdeutschland existiert im Schatten sowjetischer Drohung nur, weil die USA dafür eintreten, daß es in Freiheit existiert." Briten und Franzosen, die „vor 45 Jahren hier in München die Freiheit der Tschechen verkauften ... sollten daran erinnert werden, welcher hohe Preis für Feigheit und Untätigkeit bezahlt werden mußte".

Dissens zwischen Krupp und Thyssen

Nach Scheitern der Fusion deuten die Essener Unterbewertung der eigenen Position an

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mindestens weitere 15 000 Arbeitsplätze kosten die „Alleingang"-Konzepte der Konzerne Krupp und Thyssen, nachdem ihre Fusionspläne für die beiderseitigen Stahlbereiche in dieser Woche endgültig gescheitert sind. Mittelfristig das gleiche negative Resultat für die Arbeitsplätze hätte auch die Fusion gebracht, sagen übereinstimmend beide Konzerne nun in ihren nach dem Scheitern abgegebenen Stellungnahmen. Anders als mit solchem weiteren Arbeitsplatzabbau sei auch bei geglückter Fusion der Unternehmer-Anteil an der Bewältigung der langen Stahlkrise nicht zu verwirklichen.

Gescheitert ist die Fusion an der Lücke zwischen 0,5 Milliarden DM von Bonn angebotener und 1,2 Milliarden DM von Thyssen für erforderlich gehaltener öffentlicher Entschuldungshilfe für Krupp. In moderaten Tönen lassen da die zwei Konzerne einen Dissens erkennen. Der Branchenführer Thyssen (64 000 Stahl-Beschäftigte) sieht sich mit der auf 1,2 Milliarden minimierten Fusionshilfe-Forderung an den Staat schon an der Grenze seiner „unternehmerischen Möglichkeiten", hinter der Gefahr für den eigenen Konzern drohe.

Krupp (31 000 Stahl-Beschäftigte) beklagt die mit dieser Hilfe-Forderung „zu hoch gelegte" Fusionshürde. Das gelte nicht nur für den von Thyssen verlangten Eigenkapitalanteil von 31 Prozent der fusionierten

SEITE 15:
Konzepte des Alleingangs

Massenstahl-Bilanz. Es gelte besonders auch für Thyssens konstante Weigerung, heutige Ertragsvorteile der Kruppschen Edelstahlseite, obwohl sie „absolut nachhaltig" seien, mit erheblichem Minderungseffekt für die Hilfe-Forderung bei der Fusion zu „kapitalisieren".

Einig sind sich beide im Kardinalpunkt der Krisenbewältigung. Auch die schönste Fusion könne mit ihren Rationalisierungseffekten bestenfalls ein Fünftel des Wettbewerbsnachteils ausgleichen, den die deutschen Stahlunternehmen durch die Subventionen ihrer Nachbarn in der EG erleiden.

Thyssen illustriert das mit folgenden Daten: Bis zu 250 DM je Produkttonne oder fast einem Drittel der deutschen Herstellkosten werde der Stahl bei den Nachbarn subventioniert. Von da und aus Drittländern drängten neuerdings um gut die Hälfte mehr als zuvor und mit fast 50 Prozent preisdrückendem Anteil an der deutschen Stahlmarktversorgung die Importe deutsches Stahlpotential in die Kurzarbeit.

Übereinstimmend begrüßen hier beide Konzerne die erst in jüngster Zeit deutlichere Position der Bundesregierung in der europapolitischen Verteidigung deutschen Stahlpotentials. Oberstes Ziel müsse zweierlei sein: die Zurückführung der Stahlimporte auf allenfalls 35 Prozent der Marktversorgung und die Wiederinkraftsetzung des im Montanunionvertrag kodifizierten Subventionsverbots wenigstens von 1986 an.

Weizsäcker an Kandidatur interessiert

Kohl sprach vor Japan-Reise mit dem Regierenden Bürgermeister über Carstens-Nachfolge

MANFRED SCHELL, Bonn

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat vor seiner Asienreise ein ausführliches Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker geführt, wie gestern in Bonn bekannt wurde. Es ging dabei um die schwierige Entscheidung, wen Kohl für das Amt des Bundespräsidenten vorschlagen wird. Kohl hat erklärt, er werde diese Person noch im Laufe des Monats November gegenüber dem Präsidium und dem Bundesvorstand seiner Partei benennen.

In der Unterredung hat von Weizsäcker klar zu erkennen gegeben, daß er für die Wahl des Staatsoberhauptes im Mai nächsten Jahres zur Verfügung steht. Diese Aussage hat Kohl in seiner Auffassung bestärkt, daß von Weizsäcker dieses Amt mit großer Energie anstrebt. Kohl, so wurde der WELT bekannt, warf in dem Gespräch die Frage auf, wer nach von Weizsäcker die Berliner CDU und den Senat, in dem CDU und FDP eine Koalition bilden, führen könnte. Von Weizsäcker war dabei offenbar der Meinung, daß der jetzige CDU-Fraktionsführer im Abgeordnetenhaus, Eberhard Diepgen, diese Aufgabe übernehmen könnte. Andererseits haben sich aber CDU-Mitglieder an Kohl gewandt, mit der Auffassung, daß es Diepgen angesichts seines Alters – er wird in wenigen Tagen erst 42 Jahre alt – und der besonderen politischen Verhältnisse in Berlin schwerfallen würde, in diesen Ämtern Erfolg zu haben.

Um sich ein Urteil zu bilden, so war zu hören, wird Kohl nach der Rückkehr von seinem Besuch in Japan auch Gespräche mit der Berliner CDU und Diepgen führen. Bisher neigt der Kanzler offenbar zu der Meinung, es wäre im politischen Gesamtinteresse besser, wenn von Weizsäcker in Berlin bleiben würde.

Aber als falsch wird es bezeichnet, Kohl habe bereits bei dem Gespräch mit Weizsäcker definitiv gesagt, daß er einen anderen Politiker, etwa den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, Bundestagspräsident Rainer Barzel oder den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger für dieses höchste Staatsamt vorschlagen werde. So weit seien die Dinge nicht gediehen.

DER KOMMENTAR

Kurs-Fragen

HERBERT KREMP

Mit herbstlicher Langsamkeit hebt sich auch für die Bundesregierung der Nebel über Grenada, aber er hebt sich. Es spricht für das politische Gespür des Bundeskanzlers, daß er, wie die jüngsten Informationen aus Bonn lauten, schon einen Tag nach dem Eingreifen der USA im Kabinett erklärt hatte, er befinde sich zwar nicht im Besitz ausreichender Informationen, meine aber, daß man in einer außerordentlichen Situation zu seinen Freunden stehen müsse. Bedauerlich, geradezu paradox ist es nur, daß an den Tagen darauf die amtliche Meinung sich genau in dem Maße verwirrte, in dem die Informationen aus Washington klarer und überschaubarer wurden.

Wie konnte es dazu kommen? Fehlt es an einer ausreichenden Abstimmung zwischen dem Kanzler und dem Auswärtigen Amt, dessen Chef sich in derselben Kabinettssitzung (zeitlich vor Helmut Kohl) „abratend" zum amerikanischen Unternehmen geäußert hatte und diese Äußerung seitdem selbst wiederholte und wiederholen läßt? Gibt es im Falle Grenada ernstere Bewertungs- und Meinungsunterschiede in der Koalition, die als Ausdrucksnuance über den Kabinettstisch gehen, um dann mit scharfem Geräusch an die Öffentlichkeit zu gelangen? Wie erklärt sich die Stimmenthaltung Bonns in den Vereinten Nationen, wenn der Kanzler vorher geäußert haben sollte, man müsse zu seinen Freunden stehen? Wer bestimmt eigentlich den Kurs der Außenpolitik?

Nach der Stimmenthaltung der Bundesrepublik in der UNO bekundet Staatsminister Mertes vom Auswärtigen Amt ein „wachsendes Verständnis der Bundesregierung für die Motive Washingtons beim militärischen Eingreifen in Grenada". Mertes hat recht, denn es ist längst bekannt, daß der Generalgouverneur der Insel die USA und karibische Staaten um Hilfe ersucht hat, da das Eiland nach der Ermordung des gewählten Ministerpräsidenten in kubanisch-revolutionäre Hand geraten war. Der andere Staatsminister im Auswärtigen Amt, Möllemann, bleibt aber bei den Bedenken gegen das amerikanische Vorgehen. Er hat nicht recht, denn er verfügt über das gleiche Wissen wie sein Kollege. Wie weit (oder tief) geht die Zellteilung im Lager der Amtierenden?

Der Widerspruch wäre ernster Erörterung nicht wert, handelte es sich im Falle Grenada nicht um eine hochempfindliche Angelegenheit des Bündnisses. Die Opposition gibt sich aus dem Anlaß antiamerikanisch, weil sie glaubt, das sei ein Kraut, das hier wächst. Ist es da nicht Sache der Regierung, zum Verbündeten zu stehen – wie der Kanzler es von vornherein wollte?

„DDR"-Frauen schickten den Wehrpaß zurück

DW., Berlin

Mit weiteren gewaltfreien Aktionen protestieren jetzt auch immer mehr Frauen in der „DDR" und Ost-Berlin gegen die zunehmende Militarisierung des öffentlichen Lebens. Am 17. Oktober nahmen, wie erst jetzt bekannt wurde, Staatssicherheitsmitarbeiter rund 30 bis 50 Frauen fest, die sich in schwarzer Protest-Kleidung vor dem Ostberliner Zentralpostamt am Alexanderplatz versammelt hatten. Gemeinsam schickten die Frauen per Einschreiben die ihnen zugestellten Wehrpässe wieder an das zuständige Wehrkreiskommando zurück.

Die engagierten Mitstreiterinnen der Aktion „Frauen für den Frieden" waren bereits von einem umfangreichen Stasi-Aufgebot erwartet worden, da die Sicherheitsbehörden offenbar seit geraumer Zeit über detaillierten Informationen aus der Friedensszene in der „DDR" verfügen. Zwar gelang es der von vielen überraschten Ost-Berlinern beobachteten Gruppe, ihre Briefe am Schalter aufzugeben, doch anschließend wurden sie in das Ostberliner Polizeipräsidium gebracht. Nach mehrstündigen intensiven und anstrengenden Befragungen entließ der Sicherheitsdienst die Frauen im Laufe des Tages wieder nach Hause.

Nach dem Wehrdienstgesetz vom 25. März 1982 können Frauen „während der Mobilmachung und im Verteidigungszustand" zwischen dem 18. und 50. Lebensjahr in die allgemeine Wehrpflicht einbezogen werden. Laut Paragraph 3, Absatz 5, gilt dies

● Fortsetzung Seite 12

Stingl sieht Besserung auf dem Arbeitsmarkt

AP, Nürnberg

Die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im Oktober gegenüber dem Vormonat um 13 600 oder 0,6 Prozent auf 2 147 800 und damit nur leicht erhöht. Die Arbeitslosenquote stieg von 8,6 auf 8,7 Prozent. 1982 war die Zahl im Vergleichsmonat noch um fünf Prozent gestiegen. Die Zahl vom Oktober 1983 lag allerdings um zwölf Prozent höher als im Vorjahr. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Josef Stingl, sprach von einer „Verbesserung der Situation", warnte jedoch davor, an eine „rasante Aufwärtsentwicklung zu glauben".

Die Oktober-Arbeitslosenzahl 1983 war die höchste seit 1950. In Nordrhein-Westfalen fiel sie gegenüber dem September erstmals leicht ab (145 Personen). Nach Einschätzung der Bundesanstalt befindet sich der Arbeitsmarkt gegenwärtig in einer „Phase des konjunkturellen Übergangs". Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl sei im Oktober merklich zurückgegangen. Dies sei vor allem auf eine „weiter ansteigende gesamtwirtschaftliche Produktion" und auf die ungewöhnlich gute Witterung zurückzuführen.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist im Oktober im Vergleich zum Vormonat mit 17 Prozent weit geringer als in den beiden Vorjahren gestiegen. Der Stand vom Oktober 1982 wurde um 34 Prozent unterschritten. Die Zahl der offenen Stellen verringerte sich zwar insgesamt, mit 78 700 wurden jedoch 24 Prozent mehr offene Stellen neu gemeldet als im Vorjahr.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Macht und Beichtvater

Von Carl Gustaf Ströhm

Seit Nepomuk, der spätere böhmische Nationalheilige, in die Moldau geworfen wurde, weil er das Beichtgeheimnis nicht verraten wollte, sind Beichtväter immer wieder von Gewaltherrschern attackiert worden – vor allem dann, wenn man sich an die „eigentliche" Person nicht heranwagte. So ist es in der Logik der Warschauer Machthaber nicht verwunderlich, wenn jetzt gegen den Beichtvater des Friedensnobelpreisträgers Lech Walesa, Pater Henryk Jankowski, eine Anklageschrift wegen staatsfeindlicher Umtriebe vorbereitet wird.

Pater Jankowski zu verfolgen, heißt aber, Walesa zu treffen, seine Einsamkeit zu vergrößern, und zugleich zu zeigen, daß auch ein katholischer Geistlicher im Polen Jaruzelskis nicht vor Verfolgung sicher ist.

Sicher gehört die Einleitung eines staatsanwaltlichen Verfahrens gegen den Pater auch zu einer allgemeinen Kampagne gegen die Kirche, wie sie schon auf dem jüngsten Warschauer ZK-Plenum sichtbar und hörbar wurde. Aber das ist noch nicht alles. Mit der Aussonderung des Walesa-Beichtvaters soll auch ein innerer Konflikt in die Kirche selber hineingetragen werden: Ein Konflikt zwischen denen, die mehr für einen taktischen Ausgleich, zumindest für eine Anpassung gegenüber dem Regime plädieren – und denjenigen (besonders unter den jüngeren Geistlichen), die nach wie vor aktive Sympathisanten der „Solidarität" und ihrer Ideen sind.

Ob das polnische Regime einen offenen Kirchenkampf wagen wird, bleibt abzuwarten. Die Aktion gegen Jankowski scheint eher Teil einer größer angelegten „Salami-Taktik" zu sein, um durch Druck an exponierten Positionen gewisse unliebsame Kräfte in der Kirche auszuschalten. Der von Jaruzelski angekündigte „nationale Dialog" findet also in Polen zwischen Staatsanwälten einerseits und Angeklagten andererseits statt.

Jubiläum der Gewalt

Von Joachim Neander

Die links-alternative „Tageszeitung" hatte zur „Kleinen Nachtmusik" an der Startbahn West eingeladen. An den Mauern rund um Frankfurt konnte man seit Tagen die Parole „Rache für das Hüttendorf!" lesen. Mit Molotow-Cocktails, Stangen und Steinen feierte man bis gegen Mitternacht den zweiten Jahrestag der Räumung des legendären Hüttendorfes am Startbahngelände. Die Festgäste kamen – die Autonummern verrieten es – aus nah und fern, zum weitaus größten Teil aus fern. Die Polizei mußte wieder einmal eine Nachtschicht einlegen.

Deutsche Feiertage, man hat sich dran gewöhnt. Erst einmal ist wieder für ein Jahr Ruhe, vielleicht. Aber da ist das Sprachproblem. Wer war das, der diese Aktion veranstaltete? Demonstranten? Bürger, die das Grundrecht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit (Art. 5 und 8 GG) für sich und ihre Sache in Anspruch nehmen?

Es heißt, es seien am Mittwochabend am Startbahngelände auch etwa 80 friedliche Demonstranten aus der näheren Umgebung erschienen. Sie seien aber nach dem Anmarsch der bewaffneten Fremden „leise wieder abgezogen". Aber gewiß nicht alle. Waren sie also von da ab keine Demonstranten mehr?

Und sind jene Stangenträger und Brandbombenbastler aus Heidelberg oder Hamburg eigentlich „Startbahngegner"? Oder nicht vielmehr Gegner des Staates, des Gesetzes, des Friedens unter den Bürgern? Ist die Startbahn für sie nicht nur ein Kriegsschauplatz, vortrefflich geeignet überdies, weil er autobahnnah im Waldgelände liegt?

An diesem Beispiel wird die ganze Doppelzüngigkeit und der ganze Unsinn der Diskussion um ein freiheitliches Demonstrationsrecht sichtbar. Von dem, was dort in Rede steht, ist bei einer Aktion wie dieser und vielen anderen nichts zu sehen. Man sollte also auch die Sprache danach gebrauchen. Hier wird nicht demonstriert, sondern Krieg geführt. Es gibt Angreifer und Verteidiger. Kriegsziel der Angreifer ist (neben der Schwächung der Staatsmacht), unter dem Namen „Demonstration" ins Fernsehen zu kommen. Muß man ihnen eigentlich nachgeben?

Brasilianischer Zickzack

Von Manfred Neuber

Brasilien richtet seine Außenpolitik wieder stärker nach der Dritten Welt aus. „Wir gehören zu den unterentwickelten Ländern", bekennt Außenminister Saraiva Guerreiro, „und dieser Zustand verlangt von uns eine besondere Handlungsweise."

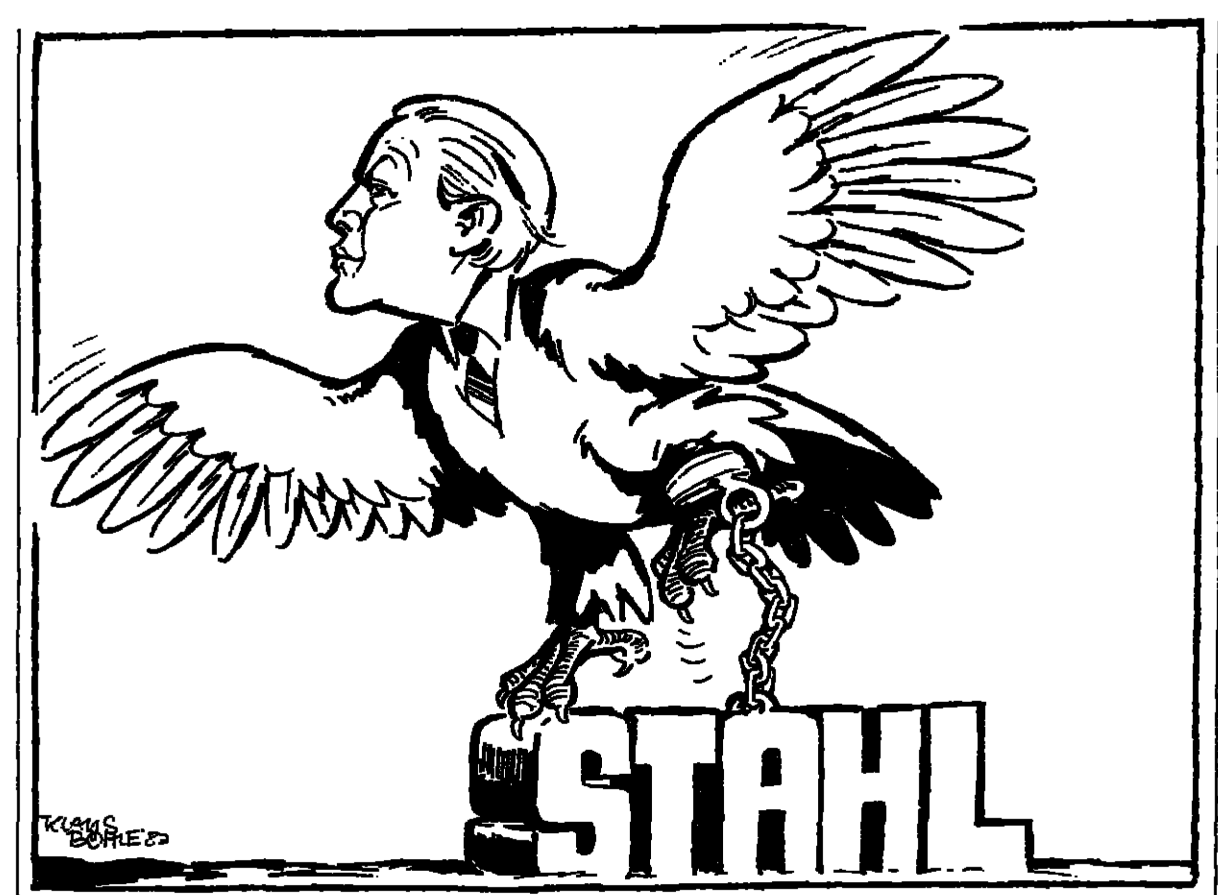
In den zwanzig Jahren des Militärregimes durchläuft eine Wellenbewegung die auswärtigen Beziehungen: Geht es wirtschaftlich aufwärts wie in den Jahren des brasilianischen Wirtschaftswunders, rechnet man sich schon fast zu den Industrienationen; wachsen wie jetzt die Schulden über den Kopf, zählt man sich zu den Benachteiligten der südlichen Halbkugel.

Aber wer gestaltet Brasiliens Außenpolitik? In den vergangenen zwölf Monaten lag die Initiative, unter dem Zwang der Umschuldungsverhandlungen, bei Expertengruppen aus dem Finanz- und Planungsministerium. Sie setzten eine „günstige Atmosphäre" vor allem in den Beziehungen zu den USA durch.

Als Folge der harten Sparpolitik wird nun Nationalismus virulent, dem auch maßgebliche Wirtschaftskreise verfallen. Der Präsident des Industriellen-Verbandes, Senator Albano Franco, warnte denn auch: „In so schweren Zeiten können wir nicht auf die Kompetenz und den Verstand des Itamarati verzichten."

Damit ist Brasiliens Außenministerium gemeint, das im Rufe steht, mit den besten Diplomaten Lateinamerikas besetzt zu sein. Aber: geht ihnen geschicktes Taktieren nicht über eine klare Linie? Die Militärs beendeten 1964 die erklärte „unabhängige Außenpolitik", brachen mit Kuba und unterstützten die USA bei der Intervention in Santo Domingo. Aus Verärgerung über Präsident Carters Kritik an der Atom- und Menschenrechtspolitik ging Brasilien dann Mitte der siebziger Jahre zum „verantwortlichen Pragmatismus" über. China wurde anerkannt, die PLO unterstützt, Südafrika gemieden, aber marxistische Regime in ehemaligen Kolonien Portugals wurden aufgewertet.

Der Reagan-Besuch in Brasilien vor Jahresfrist schien die Orientierung zugunsten des Nordens zu korrigieren. Inzwischen verleugnet das Itamarati nicht mehr seine Vorliebe für eine „Neue Weltwirtschaftsordnung" und die Contadora-Vorschläge zur Befriedung Mittelamerikas. Man setzt sich wieder in die Grauzone eines nicht sehr verantwortlichen Pragmatismus ab. *Allerdings: wer nach oben will, sollte nicht im Zickzack gehen.*



Erschwerter Aufschwung

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ehe die Dominos purzeln

Von Peter Gillies

Die Lautlosigkeit, mit der das deutsche Bankengewerbe das hochfeine Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co vor dem offenen Zusammenbruch rettete, erfuhr allgemein Lob und Preis. Sie kommt aus der Beruhigung, daß sich die zweitgrößte Bankpleite nach dem Kriege meistern ließ, keine Panik auslöste und den Vertrauensschaden in Grenzen hält. Wenn auch letzteres noch nicht abschließend beurteilt werden kann.

Selbst Vorgänge organisierter Geräuschlosigkeit wie dieser bringen beim Publikum Saiten zum Klingen: die Älteren erinnern sich an die Zeiten, als tägliche Lohnauszahlungen in Milliardenhöhe gang und gäbe waren, vielleicht auch an den 13. Juni 1931, als die Darmstädter und Nationalbank (Danat) zusammenbrach und die Weltwirtschaftskrise das Deutsche Reich erfaßte. Den Jüngeren fällt sofort die Herstatt-Pleite des Jahres 1974 ein, bei der mancher arglose Einleger schweren Schaden nahm – an Geld und an Vertrauen.

Vergleiche mit der Vergangenheit lassen sich so jedoch nicht ziehen. Die Bankpleiten am Anfang der dreißiger Jahre waren anderer Natur und anderen Umfangs, Herstatt war – wie sich später erwies – ein finanzkrimineller Vorgang. Die Stützung des renommierten Privatbankhauses, wie sie jetzt gelang, war jedoch nur möglich, weil sich das deutsche Bankensystem als lernfähig erwies.

An zwei Punkten zeigt sich dies besonders deutlich. Heute begreift das Kreditgewerbe eine Pleite in ihren eigenen Reihen als ein Problem der Gesamthaftung. Ließe man einen Zusammenbruch zu, würden die *Dominosteine* wieder kippen wie im Danat-Fall, als die Bankiers nicht einsehen wollten, daß man der Konkurrenz helfen muß – und daraufhin selber in der Panik sehr viel mehr verloren, als eine Danat-Sanierung sie je gekostet hätte; von den politischen Folgen ganz abgesehen.

Dieser Lerneffekt wirkt auch international. Noch nie war die Abstimmung zwischen – an sich konkurrierenden – Banken und Nationen so stark wie heute. Das fragile internationale Finanzgebäude wäre schon längst zusammengebrochen, hätte man die Mechanismen der dreißiger Jahre angewendet.

Jedoch sind die internationalen Kreditketten noch lange nicht fest genug, um den Schuldendruck auszuhalten. Der weltweite Crash bleibt als reale Gefahr bestehen, denn es darf doch wohl als Resignation betrachtet werden, wenn ein Bankier von einer internationalen Währungstagung heimkehrt und betont, man habe zwar noch lange nicht die Solidität gewonnen, aber immerhin eines: Zeit.

Auch der Feuerwehrfonds des privaten Bankgewerbes ist nicht geringzuschätzen. Er ist die Lehre aus der Herstatt-Krise und wird wohl bei der SMH-Affäre mit rund 150 Millionen Mark einspringen müssen. Dieser Branchenfonds schützt die „*kleinen*" Kunden, jene Kreise, die ein echter Bankier vor zwei Jahrzehnten noch mit hochgezogener Augenbraue betrachtete, heute aber auf das Charmanteste umwirbt.

Ein recht hoch entwickeltes Krisenmanagement konnte aber vielerlei Skandale und Mißmanagement nicht verhindern. International stürzten sich viele Banken wie die Lemminge in hochriskante Engagements. Oft beschränkte sich ihre Prüfung der Kreditwürdigkeit auf die Feststellung, auch die hochrenommierte X-Bank sei ja bereits dabei.

Bankiers erlagen nicht nur der Faszination einer im Wachstum leicht verdienten Provision, sondern nicht selten auch politischen Anfechtungen, die man als Verführung des Zeitgeistes entschuldigen mag. Da drehten selbst renommierte und große Institute in bestimmten Geschäftssparten das übergroße Rad, da wurden alte Bankregeln der Fristenkongruenz zwischen Einlage und Ausleihung kurzerhand umgedeutet („Aus kurz mach lang"). Eine Großbank und ihre Kunden und Aktionäre haben dafür schweres Lehrgeld gezahlt.

Auch die Reform- und Ostpolitik beförderte so manches Geschäft, das man bei ruhiger Besinnung besser unterlassen hätte. Die Schuldenkrise Polens ist ein Beispiel.

Bei aller Freude über das bis heute gelungene Krisenmanagement muß festgehalten werden, daß die Millionen der Stützung von *den Kunden und Aktionären der* anderen Banken (auf Umwegen auch vom Steuerzahler) getragen werden. Dieselben Kostenträger sind bei Polen oder der AEG-Sanierung festzustellen.

Andererseits ist es für den Kostenträger von Pleiten von nicht geringem Vorteil, daß eine offene Bankpleite mit lawinenartigen Folgen vermieden wird.

Das heißt jedoch nicht: Übergang zur Tagesordnung. Der lautlose Zusammenbruch der SMH-Bank, deren Verlust auf ein Mehrfaches des haftenden Eigenkapitals geschätzt wird, wirft Fragen auf. Zum Beispiel nach der Urteilsfähigkeit von Bankiers auf dem Felde der Risikoeinschätzung (Stichworte: Augenmaß, Streuung, Mut zum rechtzeitigen Innehalten beim Werfen mit gutem Geld nach *schlechtem*). *Zum Beispiel nach* dem Bankenrecht und seiner Umgehung über ausländische Töchter sowie nach der Wirtschaftsprüfung. Und nicht zuletzt: ob Banken Unternehmensbeteiligungen raffen müssen wie Eichhörnchen Nüsse. Da ist noch vieles aufzuarbeiten.

Kriege, Revolutionen, Verwerfung und Elend waren auf die eine oder andere Weise stets auch Finanz- und Bankenkrisen. Zu Recht ist der Bürger sensibel, wenn seine Währung und sein Kreditinstitut ins Gerede kommen. Der wichtigste Bilanzposten steht unsichtbar in den Geschäftsberichten: Vertrauen.

Bei der Bewahrung dieses wichtigsten Produktionsfaktors im Bankgewerbe haben wir erstaunliche Methoden ersonnen, aber so manche Bankiersweisheit darf wiederbelebt werden. Beispielsweise jene, *daß man mit fremdem Geld* so sorgsam umgehen sollte wie mit eigenem.



Erfahrungen mit Nutzeffekt: Bankkrach 1931 FOTO: ULLSTEIN

IM GESPRÄCH Horst-Dieter Esch

Dynamo am Abgrund

Von Inge Adham

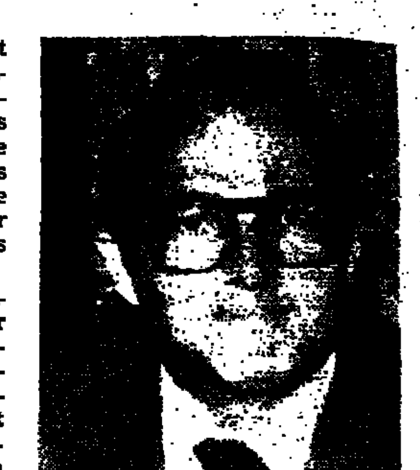
Pfiffig und zielstrebig war der jetzt 40jährige Schlossersohn Horst-Dieter Esch aus Hannover schon immer. Direkt nach dem Abitur trieb es ihn zum Studium in die USA – ohne Geld. Das verdiente er sich selbst, als Kartenabreißer im Autokino. Er hatte *Erfolg*, nach einem halben Jahr war die Hilfskraft Geschäftsführer des Autokinos.

Nach diesem Schema ging es weiter. Esch entwickelte sich mit einer für seine Umwelt manchmal geradezu atemberaubenden Geschwindigkeit. Nachdem er an drei amerikanischen Universitäten studiert und mit dem Master of Business Administration abgeschlossen hatte, zog es ihn zurück nach Deutschland, wo er bald Generalrepräsentant für Europa und Kanada des britischen Konglomerats Blackwood & Hodge wurde und es – erfolgreich – zehn Jahre blieb.

1975 holte Esch zum ersten der vielen geschickten Schachzüge aus, die Baumaschinenbranche (und Banken) oftmals die Luft anhalten ließen. Er erwarb den marode gewordenen Baumaschinen-Hersteller Zettelmeyer. Dann ging es Schlag auf Schlag. In *gut einem halben Dutzend Jahre* baute *Esch* ein Baumaschinenimperium auf, das auf Platz drei der Weltrangliste hinter Caterpillar und Komatsu (Japan) rangiert.

Das Muster blieb bei allen neun Zukäufen das gleiche. Ohne eigenes Geld griff Esch immer dann zu, wenn ein siech gewordener Baumaschinenhersteller an den Markt kam – wenn nur die Produktpalette „stimmte". Wenn sie Esch zukunftssicher erschien, selbst dann, wenn die Fertigungsanlagen veraltet waren. Esch, mit unbestreitbaren Managementqualitäten, baute um und sanierte, zum Teil mit erstaunlichen Erfolgen (Zettelmeyer). Sein Ziel: ein reinrassiger Baumaschinenkonzern, der die beiden Großen das Fürchten lehren könnte.

Bei dem Zukauftempo und der Konzentration auf Vertrieb und Ra*tionalisierung rückte die Finanzie*rung des Imperiums ins zweite Glied.



Auf die Palette geachtet, weniger auf die Kasse: Esch FOTO: DIE WELT

Damit die Kasse stimmte, machte Esch zunächst regelmäßig die Verkäufer der maroden Unternehmen zu Partnern, die teilweise froh, eine Belastung los zu sein, sogar noch Geld zuschossen. So zum Beispiel auch das Land Niedersachsen, das den Erwerb von Hanomag durch Eschs IBH *im März 1982 mit ingesamt 67 Millio*nen Mark Zuschüssen und Bürgschaft garnierte.

1982 freilich konnte Esch auch die saudische Industriegruppe Dallah zum Engagement bei der IBH gewinnen. Sie wird, wie auch die Großaktionäre General Motors und Powell-Duffryn, auf der IBH-Hauptversammlung am 7. Dezember einer Kapitalerhöhung um hundert auf 340 Millionen Mark zustimmen und damit den im vergangenen Jahr bei der IBH angefallenen Verlust ausgleichen. Jedenfalls ist Esch davon überzeugt.

Auch die durch ihr überproportionales Kreditengagement bei IBH in Schwierigkeiten geratene und ebenfalls an IBH beteiligte SMH-Bank wird nach seiner Ansicht mitziehen. Gefahren für IBH, wo das Geschäft wieder besser laufe, sah der kühne *Jungunternehmer gestern – wie so* oft – nicht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HESSISCHE ALLGEMEINE

Das Kasseler Blatt kommentiert die Grünen:

Die Grünen aus dem Bundestag stellen als Bilanz ihrer Osttour fest, der sowjetische Friedenswille sei glaubhafter als der amerikanische. Man kann über so viel Naivität nur staunen. Seit über fünf Jahren bauen die Sowjets eine SS-20-Basis nach der anderen auf. Wenn die NATO mit der angekündigten Nachrüstung beginnt, wollen sie trotz atomarer Überlegenheit weitere Raketen in der DDR, der CSSR und „gegenüber dem Territorium der USA" stationieren. Von einer Bereitschaft zum Rüstungsstopp ist nichts zu spüren. Darüber regen sich die Grünen bei weitem nicht so auf wie über die Haltung des Westens. Sie sind auf einem Auge blind und wollen es auch sein.

EXPRESS

Zu Abgeordnetenreisen bemerkt das Kölner Boulevardblatt:

Ist das deutsche Parlament eine Hochburg der Spesenritter? Die Frage drängt sich auf, wenn man den „kleinen Bonner Reisekalender" sichtet, wie es der Bund der Steuerzahler tat. Was da anfällt, macht offenbar auch Bundestagspräsident Barzel zu schaffen, denn er will „sofort strengere Maßstäbe" an die Abgeordneten-Reisen auf Staatskosten anlegen. Bisher gibt es aber nur die Absichtserklärung und nichts Konkretes. Die Volksvertreter fallen mit ihrem Reisefieber ebenso aus dem Rahmen wie mit der kürzlich ausgehandelten Erhöhung ihrer Diäten.

Eßlinger Zeitung

Zu Krupp/Thyssen heißt es hier:

Mit der Ablehnung einer Subvention von 1,2 Milliarden Mark für die Fusion der relativ gesunden Thyssen AG mit der notleidenden Krupp-Stahl AG hat die Bundesregierung eine klare Entscheidung getroffen. Sie hat gezeigt, daß sie sich nicht von Unternehmensleistungen erpressen läßt. Diesen Nachweis war sie den Steuerzahlern schuldig, denn es ist letztlich deren Geld, um das es hier geht ... versähe der Fiskus jede x-beliebige „Elefanten-Hochzeit" der Großindustrie mit einer üppigen Aussteuer, würde im übrigen auch das Kartellrecht zur Farce degradiert.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung meint zur Genfer Libanon-Konferenz:

Die Ungewißheit war gestern abend in Genf noch immer groß. Sie ist seltsamerweise aus der „einmütigen" Vereinbarung über den Text zur Identität Libanons entstanden. Was auf den ersten Blick einfach erscheinen mag, verbirgt in Wirklichkeit weitreichende Folgen, deren offensichtlichste die Möglichkeit ist, daß ein feierlich als arabisch bestätigter Staat über den Umweg des Vertrags vom vergangenen 17. Mai Beziehungen zu Israel unterhält. Man muß deshalb abwarten, ob die Opposition aus der Lage nicht Vorteile zieht. Es dürfte ihr leichtfallen, scheint es, die Folgerungen aus dem ersten Dokument zu ziehen und ohne weiteres Vorgehen die Kündigung des betroffenen Vertrages zu verlangen.

Der Libanon und seine neueste Charaktermaske

Was man in Genf alles auszulegen sucht / Von Jürgen Liminski

Selbst in der „Arabischen Republik Ägypten" trifft man heute nicht wenige Moslems, die sich als „Ägypter, nicht Araber" bezeichnen. Das gilt auch für andere Länder im Vorderen und Mittleren Orient. Die Perser zum Beispiel beschimpfen in ihrem Nationalepos, der „Schahnahmeh" Firdausis, die Bewohner der gegenüberliegenden Golfküste verächtlich als „eidechsenfressende Araber".

Im libanesisch-palästinensischen Krieg Mitte der siebziger Jahre nannten die Christen und ihre konservativen moslemischen Verbündeten die gemeinsame Allianz bewußt „Libanesische Front" und deren militärischen Arm „Libanesische Streitkräfte". So wollten sie sich von den panarabischen Gruppen und Milizverbänden der Palästinenser und deren Bundesgenossen unterscheiden. Denn ihnen ging und geht es heute noch um die Erhaltung eines freiheitlichen, pluralistischen Staatswesens, in dem alle Bürger gleichberechtigt sind, wie es der Artikel 7 der libanesischen Verfassung postuliert, in dem die Glaubens- und Gewissensfreiheit „uneingeschränkt" ist (Artikel 9).

Hat sich das nun *mit* der Neudefinition von Genf (Libanon ein „Land mit arabischem Charakter") geändert? Mitnichten. Die Genfer Formel ändert die Verfassung nicht. Im Gegensatz zu allen anderen arabischen Staaten, in denen der Islam Staatsreligion ist, kennt die libanesische Konstitution keine Staatsreligion. Das ist der wesentliche Charakterzug, das Spezifikum Libanons. Zwar ist Arabisch die amtliche Nationalsprache und liegt das Zedernland geographisch im arabischen Milieu; auch sind *wirtschaftlich die Bindungen an* die arabische Umwelt stark, vielleicht sogar unverzichtbar. Politisch aber war das Völkerpuzzle an der Levanteküste und den Hängen der Libanon-Berge trotz dieser arabischen Eigenschaften immer nur Teil der arabischen Welt, nie jedoch panarabisch oder ein arabisches Land.

Dabei wird es nach der Formel von Genf auch bleiben. Denn sie besagt eben nicht, daß Libanon ein arabisches Land ist, sondern ein Land mit arabischem Charakter. 1943 hatte es noch etwas blumiger geheißen: „Ein Land mit arabischem Antlitz."

Hinter diesem Antlitz gibt es viele Gesichter. Und immer wieder gab es in der vierzigjährigen Republikgeschichte des ehemaligen Mandatsgebiets Versuche, meist von außen, die Gesichter in die namenlose Masse eines totalitären Panarabismus zu tauchen. In den fünfziger Jahren hetzte der ägyptische Diktator Nasser die libanesischen Moslems auf. Heute will der syrische Diktator Assad die Gesichter Libanons blenden. Es liegt in der Koran-Natur der arabischen Sache, nicht-islamische Völker zu bekämpfen und zu unterwerfen.

Es bleibt also in Libanon bei 17 Konfessionen, drei Religionen, unzähligen Gemeinschaften, vielen Clans, Milizen, Stämmen und Führern, verdichtet auf ein Stück Land, kaum so groß wie Hessen. In Genf wurde um ein Etikett gerungen, nicht um den Inhalt des Einmachglases. Deshalb bleibt es auch bei dem israelisch-libanesischen Abkommen.

Freilich tragen die prosyrischen Marionetten des Drusenlagers u. a. jetzt unter dem Druck aus Damaskus ihre Interpretation sui generis vor, um die Regierung zur Änderung oder Aufgabe dieses Abkommens zu bewegen. Amerika hat diesem Ansinnen bislang ebenso entschieden widerstanden wie Israel. Als Vertragspartner kann Washington das Abkommen nicht fallenlassen.

Aber auch die in *Genf* vertretenen christlichen Parteien wehren sich gegen eine Änderung des Vertragswerks vom 17. Mai. Die völkerrechtliche Glaubwürdigkeit der legitimen Staatsgewalt steht auf dem Spiel. Wer würde noch mit Libanon verhandeln, wenn auf Druck eines dritten Staates ein von Parlament und Regierung unterzeichnetes Abkommen für nichtig erklärt werden würde?

Erst jetzt geht es ans Eingemachte. Sollte die Genfer Runde an der Frage des Abkommens scheitern, was nicht unmöglich ist, dann bliebe dem Staatspräsidenten immer noch ein Ausweg, die Söldner Syriens an der Herbeiführung des offenen Kriegs zu hindern. Amin Gemayel könnte Jerusalem das Angebot eines vollen Friedensvertrages unterbreiten. Es würde Israel schwerfallen, solch ein Angebot auszuschlagen. Damit aber würde Jerusalem auch eine Funktion als Schutz- und Ordnungsmacht des libanesischen Staatswesens übernehmen.

Dieser Schritt, über den in Genf und Beirut hoffnungsvoll am Rand spekuliert wird, ist von dem als proarabisch bekannten Staatspräsidenten jedoch kaum zu erwarten. Die Not der Verzweiflung aber, zu der vielleicht auch die amerikanische Unentschlossenheit angesichts des syrischen Staatsterrorismus gehört, hat in Libanon schon oft für Überraschungen gesorgt.



Der Fall SMH oder Kreditgeschäfte durch die Hintertür

Riskante Kreditgeschäfte haben ein renommiertes Bankhaus in Schwierigkeiten gebracht. Am Anfang des Niedergangs der SMH-Bank stand ihre Verbindung zu dem Unternehmer Horst Dieter Esch.

Von CLAUS DERTINGER

Wie kam sich eine Bank im Kreditgeschäft so sehr übernehmen, daß sie das Mehrfache ihres Kapitals verliert und nur noch durch eine massive Stützungsaktion anderer Banken vor dem Fallbeil des Konkursrichters bewahrt wird? Das fragen sich Bankiers, Bankenaufseher, Bundesbank ebenso wie der nicht direkt betroffene, aber doch unwohl berührte Bürger nach den Vorfällen beim Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co (SMH-Bank). Es gehörte immerhin zur Spitzengruppe der reinrassigen Privatbankiers und galt als eine der feinsten Adressen.

Der Ursprung zum Untergang lag in einer zu engen Verbindung zwischen dem seit einigen Jahren bei der SMH-Bank als Senior fungierenden äußerst agilen Teilhaber Ferdinand Graf von Galen (48) und dem Baumeister des IBH-Baumaschinenkonzerns Horst Dieter Esch (40). Die SMH-Bank war zum Partner des erfolgreichen Jungunternehmers Esch geworden, als sie 1980 ihre aus einem faulen Kreditengagement stammende Beteiligung am Baumaschinenhersteller Wibau AG gegen eine Beteiligung an der IBH-Holding eintauschte.

Der schnelle Aufstieg machte viele mißtrauisch

Die Tatsache der Beteiligung allein wäre freilich der SMH-Bank nicht zum Verhängnis geworden, wenn die Bankiers dem Unternehmer Esch, dem die Türen vieler Banken verschlossen blieben, nicht mit zu hohen Krediten unter die Arme gegriffen und den raschen Aufbau seines Konzerns ermöglicht hätten. Die Frage, ob es denn mit dem zu rasch wachsenden Esch-Imperium gutgehen könne und ob er mit seiner Beteiligung an der IBH nicht ein ungutes Gefühl habe, pflegte Graf von Galen mit dem Hinweis auf sein Vertrauen in die dynamische Persönlichkeit des erfolggewohnten Horst Dieter Esch abzutun, obwohl sich schon vor drei Jahren einiges zusammenzubrauen schien.

Esch, dem viele Bankiers wegen seines zu schnellen Aufstiegs mißtrauten, bekam nämlich nicht genügend Kredite. Da sprang die SMH-Bank ein. Aber nicht nur direkt über ihr deutsches Haus und ihre Luxemburger Tochter, sondern auch indirekt über die Inzag AG in Luzern, die von Esch mit Hilfe und wohl auch einer Beteiligung der SMH-Bank mit dem Ziel gegründet wurde, Unternehmen der IBH-Gruppe Forderungen abzukaufen. Doch diese Hintertür sollte die IBH flüssiggehalten werden. Dafür brauchte die Inzag natürlich Geld. Weil sie bei vielen Banken, die das durchschauten, vergeblich anklopfte, übernahm die SMH-Bank mehr und mehr die Rolle des Finanziers dieser Factoring-Gesellschaft.

Rechnet man die Engagements der SMH-Bank an die IBH-Gruppe und die Inzag zusammen, so kommen immerhin mehr als 550 Millionen Mark zusammen, das Fünffache des ausgewiesenen Eigenkapitals der Bank, zu dem noch rund 50 Millionen Privatvermögen der Gesellschafter kommen. Das Kreditwesengesetz erlaubt aber nur, daß 75 Prozent des haftenden Kapitals an einen Kreditnehmer ausgeliehen werden, eine Vorschrift, die der Sicherheit der Banken dient. Sie wurde von den SMH-Bankiers schlicht umgangen, so daß die Bankenaufseher den Braten nicht riechen konnten. Kredite, die, wirtschaftlich gesehen, Konzernkredite sind und damit unter die Großkreditgrenze von 75 Prozent des Kapitals fallen, wurden einfach nicht als solche deklariert. In das, was in Luxemburg getan wurde, darf die Bankenaufsicht nicht Einblick nehmen.

Diese Verschleierung wird sicher noch ein Nachspiel haben, wenn sie juristisch geklärt ist. Und dabei müßte auch die Rolle der Wirtschaftsprüfer zur Sprache kommen, die das unsaubere Spiel hätten durchschauen und mit ihren Testaten der SMH-Bilanz nicht hätten mittragen dürfen.

Nun könnte man natürlich fragen: Warum überhaupt soviel Wirbel? Die IBH-Gruppe ist ja schließlich nicht pleite. Horst Dieter Esch weist es sogar weit von sich, daß die Schwierigkeiten der SMH-Bank etwas mit einer Schieflage bei seinem Konzern zu tun haben. Die Betrachtung ist aber nur vordergründig richtig. Denn wer soll die Kredite ersetzen, die bisher unerlaubterweise von der SMH-Bank gegeben wurden? Droht nun nicht die Gefahr der Illiquidität? Und vor allem: Welche Chancen haben die Unternehmen der IBH-Gruppe noch am Markt, wo jedermann die Probleme aus der engen Verbindung von Esch mit der SMH-Bank kennt? Was sind Gewährleistungsgarantien für die Baumaschinen noch wert?

Damit hängt auch der Wert des Engagements der SMH-Bank bei Esch-Gruppe in der Luft. Im Risiko steckt die Bank übrigens nicht nur mit ihren Krediten an die Gruppe und ihrer Beteiligung an der IBH-Holding, sondern auch mit einem Paket Aktien der Wibau AG, an der die IBH beteiligt ist und deren Aufsichtsratsvorsitzer Esch ist. Die Wibau, die sich bisher blendend entwickelt hatte, war schon vor der SMH-Affäre ins Gespräch geraten, als der gerade erst angeheuerte Finanzchef vor wenigen Wochen den Vorstand wieder verließ, weil er, um seinen Ruf nicht aufs Spiel zu setzen, die 82er Bilanz nicht unterschreiben wollte. Der Kurs der Wibau-Aktie war übrigens schon bei Bekanntwerden des SMH-Debakels von 145 auf 101 DM gefallen. Er ist vorgestern und gestern weiter auf 60 DM gestürzt. Ein Alarmzeichen.

800 Millionen Mark Kredite sind gefährdet

Im Zusammenhang mit der SMH-Bank und der IBH werden übrigens immer wieder einige Dinge gemunkelt, die nicht ohne Delikatesse zu sein scheinen. So verweist man zum Beispiel darauf, daß es mehr als Zufall sein könnte, daß die Hanomag in Hannover, die ebenfalls zum Esch-Konzern gehört, eine Bürgschaft von der niedersächsischen Landesregierung erhalten hat, deren Wirtschaftsministerin Ingrid Breuel ist, Tochter des früheren Bankseniors Alwin Münchmeyer, die ansonsten überhaupt nichts von staatlichen Krücken für die Wirtschaft hält.

Die akuten Probleme der SMH-Bank sind übrigens nicht nur das Engagement bei der Esch-Gruppe, sondern auch Kredite an den Pelzhandel, die ein Volumen von etwa 250 Millionen Mark haben dürften, so daß insgesamt 800 Millionen Kredite gefährdet sind, auf die etwa 600 Millionen Wertberichtigungen gebildet werden müssen, die von anderen Banken finanziert werden.



Manche Weiche ist gestellt, doch die Fahrt der Deutschen Bundesbahn in die Zukunft folgt oft noch verschlungenen Gleisen.
FOTO: MANFRED VOLLMER

Eine Hundertjährige sucht neue Kraft

Noch 1983 will die Bundesregierung ihr Zukunfts-Konzept für die Bundesbahn verabschieden. Doch noch steht es nicht. Gestern rangen die Staatssekretäre aus den Ressorts Verkehr und Finanzen um Details – und vor allem um Geld.

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Wie ein Missionar ficht Bahnpräsident Reiner Gohlke für seine Überzeugung. Er glaubt daran, daß sich aus der Deutschen Bundesbahn doch wieder ein modernes Verkehrsunternehmen machen läßt, das nicht immer stärker aus der Staatskasse alimentiert werden muß. Er vertraut nicht allein auf die Kraft des Wortes, er arbeitet mit Daten, Fakten, Szenarien, die von Computern ausgespuckt werden. Und der Bahn-Chef stellt sich.

Beton-Gohlke, meinte einer seiner Vorstandskollegen über den früheren IBM-Manager: „Der steht." Und wo noch Zweifel grassiert, dort geht er hin, ob zur CSU nach München, wo Klagen über mögliche Streckenstillegungen zum Ritual gehören, ob in Arbeitskreise und Fraktionen der Bundestagsparteien. In den Ministerien ist er ohnehin ständig. Er ist engagiert und mutet sich viel zu. Damit kommt er zwar an. Aber: Wenn es ums Geld geht, wird es schwieriger. Und ohne höhere Investitionsmittel in den nächsten Jahren wird die Bahn zu „einem auslaufenden Modell", wie es Verkehrsminister Werner Dollinger formulierte.

Er und Gohlke halten Schulterschluß. Im „Dialog" haben sie die Grundlagen dessen erarbeitet, was in einigen Wochen vom Bundeskabinett als bahnpolitische Konzeption der Zukunft abgesegnet werden soll und um dessen Formulierung gestern noch die Staatssekretäre des Verkehrs- und des Finanzministeriums gerungen haben.

Ausgangspunkt waren Perspektiven, die gar keine sind. Würde die Bahn so wie bisher weiterfahren, so wäre bei unveränderten Bundesleistungen von 13,3 Milliarden Mark – immerhin doppelt so viel wie der Bund für Forschung und Technologie ausgibt – aus dem Defizit von 4,1 Milliarden im vergangenen Jahr 1990 bereits eines von mehr als zehn Milliarden geworden. Die Verschuldung wäre von 36 auf über 90 Milliarden angeschwollen.

In den vergangenen vier Jahrzehnten lief alles gegen die Bahn, deren flächendeckendes Schienennetz bereits vor mehr als hundert Jahren konzipiert worden war.

Aufgrund der Teilung Deutschlands änderte sich die Hauptverkehrsrichtung. Vorher flossen die Haupttransportströme von Ost nach West, heute dominiert die Nord-Süd-Richtung. Überdies wurden die Verkehrswege kürzer. Der Vorteil der Bahn liegt aber gerade auf langen Strecken.

Auch der Strukturwandel der deutschen Volkswirtschaft schlug voll bei der Bahn ein, deren Güterverkehrsaufkommen immer noch zur Hälfte aus dem Montan-Bereich stammt. Aber: Eine Tonne Stahl, die weniger produziert wird, reduziert das Transportvolumen um fünf Tonnen, wovon drei auf die Bahn entfallen. Die Umstellung revierferner Kraftwerke brachte der Bahn weniger Kohle-Transporte. Auch die flächenhafte Siedlungsstruktur hat das Schienenunternehmen getroffen, das auf gebündelte Verkehrsströme angewiesen ist.

Schlimmer noch: die Motorisierung. Die Zahl der Kraftfahrzeuge kletterte seit 1960 von acht auf rund 28 Millionen. In den letzten 50 Jahren wurden 175 000 Kilometer Straßen außerhalb der Gemeinden gebaut. Der Bund investierte in Wasserstraßen. Neue Pipelines nahmen der Bahn Transporte weg, und im Personenverkehr war es die Luftfahrt.

Die Politiker zogen keine ernsthaften Konsequenzen

Bei der Bahn wurde zwar elektrifiziert, die Signaltechnik automatisiert oder die Lokomotiven verbessert. Aber: „Bei der Bahn ist eben vieles unterblieben, weil man zu wenig Geld hatte", diagnostiziert Dollinger heute. Vor allem jedoch: Die Politiker haben keine ausreichenden Konsequenzen gezogen. Sie haben im Kern so gehandelt, als sei die Bahn immer noch das kraftstrotzende und übermächtige Verkehrsmittel von einst, das verstaatlicht werden mußte, damit es nicht zum unerträglichen Monopolisten wurde, der alles an sich zieht.

Damit ist es vorbei. Im Personenverkehr bringt es die Bahn noch auf einen Marktanteil von sechs Prozent. Im Fernverkehr sind es zwar elf Prozent, aber 1960 waren es noch 34 Prozent.

Im Güterverkehr kommt die Bahn zwar noch auf rund 30 Prozent, 1960 waren es noch mehr als 50 Prozent. Im vergangenen Jahr fuhr hier auch der Güterkraftverkehr an der Bahn vorbei, deren Transportaufkommen seit 1960 praktisch stagniert. Trotzdem muß die Bahn als einziger Verkehrsträger für sein Streckennetz weiter voll aufkommen, wurde selbst die Beförderungspflicht nicht gelokkert.

Die Folge: Betrug 1960 das Defitzit der Bahn 14 Millionen Mark bei knapp 400 Millionen Bundeszuschüssen, so waren es 1982 bereits 4,1 und 13,3 Milliarden Mark. Die Kosten liefen den eigenen Erträgen davon, seit Jahren fährt die Bahn noch nicht einmal mehr die Personalkosten ein. Und das, obwohl der Personalbestand seit 1958 um mehr als 220 000 auf knapp 300 000 verringert wurde.

Trotzdem sehen Gohlke und Dollinger Zukunftschancen für die Bahn. Sie haben eine Arbeitsteilung verabredet. Der Bahn-Vorstand, in dem erstmals Manager und keine Beamten sitzen, soll für den Betrieb zuständig sein. Der Verkehrsminister kümmert sich um den politischen Flankenschutz, setzt die verkehrspolitischen Rahmenbedingungen und sorgt für das notwendige Geld aus der Bundeskasse, ohne das es nicht geht, weil der Bahn gemeinwirtschaftliche Lasten zum Beispiel im Schüler- und Personenverkehr aufgeladen werden, die für sie zu schwer sind.

Gohlke hat ehrgeizige Ziele gesetzt: Wenn die Bahn weiter modernisiert wird, dann soll bis 1990 die Arbeitsproduktivität um rund 40 Prozent steigen und die Gesamtkosten sollen um 24 und die Personalkosten um rund 30 Prozent verringert werden. Dahinter verbirgt sich ein weiterer Personalabbau um 80 000. Die Zahl der Güterwaggons von 280 000, von denen gegenwärtig 100 000 herumstehen, soll auf 230 000 sinken. Im Güterverkehr, wo die Bahn zwar noch 28 000 Kilometer unterhält, aber 80 Prozent der Einnahmen werden auf nur 8000 Kilometer eingefahren, sollen 6000 Kilometer stillgelegt werden. Im Personenverkehr sollen von 22 500 Kilometern 7000 auf den Bus umgestellt werden.

Schrumpfen und Rationalisieren allein bringt der Bahn kein zusätzliches Geld in die Kasse. Daher soll auch etwas für den Absatz getan werden, wofür mit Hemjö Klein erstmals ein Vorstandsmitglied direkt zuständig ist. Und der verkauft schon jetzt die Bahn der Zukunft. Sie soll schneller und attraktiver werden. Im Personenverkehr will er sie in der Geschwindigkeit zwischen dem Flugzeug und dem Auto ansiedeln. Klimatisierte Wagen und ansprechendere Bahnhöfe gehören dazu, mit Sonderangeboten soll das Image der Bahn aufpoliert, aber auch getestet werden, ob die Kunden auf günstigere Preise reagieren. Denn die Bahn hat hier einen Nachteil, im Auto ist es von den Kosten her gleich, ob eine oder vier Personen fahren.

Im Güterverkehr setzt er auf den Nachtsprung. Eine Kiste, die abends aufgegeben wird, soll morgens beim Empfänger sein. Die Bahn soll zuverlässiger und pünktlicher werden. Nur wenn sich die Kunden auf sie verlassen können, kommen sie mit einem geringeren Lager aus, was viel Geld spart.

Höhere Geschwindigkeiten erfordern Investitionen

All dieses kommt bei den Politikern gut an, Gohlke hat ihnen eine Vision der Bahn von morgen vermittelt. Aber ohne mehr Geld geht dies nicht. Die Bahn muß investieren. Das Hauptproblem sind die Neubaustrecken Würzburg–Hannover und Stuttgart–Mannheim, die allein 15 Milliarden kosten, ein Drittel wurde bereits verbaut oder als Aufträge vergeben. Jetzt geht es um den Rest. Ohne die Neubauten kommt die Bahn nicht auf die notwendige Geschwindigkeit.

Aber der Finanzminister ziert sich noch. Es wird geprüft, ob nicht billiger gebaut werden kann, ob die Einsparungen wirklich ausgeschöpft sind. Immerhin kostet die an das Beihilferecht des Bundes angelehnte Krankenversorgung der Bahnbeamten jährlich rund eine halbe Milliarde Mark mehr als die gesetzliche Krankenversicherung. Dieses will Gerhard Stoltenberg ausgeschöpft sehen, bevor er sich festlegt, wieviel von den zwei Milliarden Mark, die Dollinger für Neubauten von 1985 an jährlich angefordert hat, er bereitstellen will.

Aber selbst wenn er großzügig ist, bleibt es ungewiß, ob die Bahn ihr Ziel, die Summe aus Bundeszuschüssen und neuer Verschuldung zu verringern, auch erreicht. Wenn ihr von der Politik Auflagen gemacht werden, weil ein Bürgermeister um seinen Bahnhof, der überflüssig ist, kämpft, dann fährt die Bahn trotz der jetzigen Weichenstellung auf den alten Gleisen weiter.

WIE WAR DAS?

Als Afrika mit den Israelis brach

Von EPHRAIM LAHAV

Die Israelis hoffen, daß die kürzliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Liberia und Zaire einen Wendepunkt darstellt. Denn bis vor fast zwölf Jahren hatte Israel nicht nur dreißig Botschaften in Schwarzafrika, es unterhielt auch ein weitverzweigtes Entwicklungshilfe-Programm. Fast kein afrikanisches Land war ohne israelische Instruktoren in Landwirtschaft und Wasserversorgung, aber auch in Industrie, Verwaltung und Militär.

Um so schmerzlicher wirkte der Schlag, als das mühevoll aufgebaute Netz der Beziehungen innerhalb weniger als zwei Jahren zusammenbrach. Die arabischen Staaten sahen die israelisch-afrikanische Freundschaft mit unverhohlenem Mißmut und agitierten dagegen – unterstützt mit reichlichen Schmiergeldern von Libyen und Saudi-Arabien.

Das erste Land, das dem arabischen Druck unterlag, war 1972 Tschad. Danach landete der Präsident von Uganda, der selbsternannte Feldmarschall Idi Amin Dada, völlig überraschend auf dem Flughafen von Tel Aviv und bat dringlichst den damaligen Verteidigungsminister Moshe Dayan zu sich. Sein Wunsch: „Ich brauche sofort zwei Bombengeschwader." Wozu? fragte der verdutzte Dayan. „Um Kenia anzugreifen", erwiderte Idi Amin unbekümmert. Dayan lehnte natürlich ab. Amin flog nach Hause. Vier Monate später vertrieb er alle Israelis aus seinem Land, bald danach brach er die diplomatischen Beziehungen ab.

In kurzer Folge darauf kamen weitere Schläge. Niger, Kongo-Brazzaville und Mali gaben den Israelis den Laufpaß. Die Gelder für die afrikanischen Staatsmänner kamen aus den Ölstaaten, doch die ideologische Unterbauung wurde von Moskau geliefert. Am 6. Januar 1973 schrieb die Nachrichtenagentur Tass: „Die afrikanischen Völker haben jeden Grund, Israel als einen ihrer ärgsten Feinde zu betrachten ... Israels übermäßige Tätigkeit nimmt häufig die Form offenbarer Spionage und Wühlarbeit an." Keineswegs alle afrikanischen Staaten teilten diese Ansicht. In derselben Woche lobte der Außenminister von Obervolta Israel als „ein Vorbild und Inspirationsquelle für zahlreiche Entwicklungsstaaten". Doch bis Jahresende war auch Obervolta umgefallen.

Am 27. Mai 1973 begann die Gipfelkonferenz der Organisation Afrikanischer Staaten in Addis Abeba. Libyen hatte eine eindeutige Stellungnahme gegen Israel verlangt, der Gastgeber hingegen, damals Kaiser Haile Selassie, forderte den Ausschluß Libyens aus der OAU. Khadhafi siegte: Die Resolution wurde mit 37 Stimmen für, einer einzigen Stimme gegen (Elfenbeinküste) und zwei Stimmenthaltungen (Malawi und Gabun) angenommen. Noch zwei Wochen vor der Tagung hatte Burundi seine Beziehungen zu Israel gelöst. Ihm folgten bald darauf Togo, am 23. September, und Zaire, am 4. Oktober.

Zwei Tage später brach der Jom-Kippur-Krieg aus, und die langsame Abkehr der afrikanischen Staaten wurde zur Sturzflut: Zentralafrikanische Republik, Nigeria, Senegal, Ghana, Liberia und die große Enttäuschung – Äthiopien. Es folgten weitere 14 Staaten. Nur drei blieben ihren Beziehungen zu Israel treu: Lesotho, Malawi und Swaziland (SAD)

6 „Ultralinke" in Peking verurteilt

AFP, Peking

Sechs Protagonisten der chinesischen Kulturrevolution sind wegen „konterrevolutionärer Vergehen" zu Haftstrafen zwischen 15 und 18 Jahren verurteilt worden. Der streng geheimgehaltene Prozeß war eins der größten Verfahren gegen die als „Ultralinke" eingestuften orthodoxen Maoisten seit den Urteilen gegen die sogeannte „Viererbande" um die Mao-Witwe Jiang Qing.

Wie die „Pekinger Tageszeitung" gestern berichtete, erhielten der Historiker und Essayist Qi Benyu, einer der Anführer der Kulturrevolution, und der ehemalige Rektor der Pekinger Universität, Chi Qin, je 18 Jahre Haft. Der einstige stellvertretende Kulturminister Liu Qingtang und der ehemalige hohe Funktionär Qi Jinghe wurden zu je 17 Jahren, ein früherer ranghoher Polizeiangehöriger und ein ehemaliger Funktionär aus dem Industrieministerium zu je 15 Jahren verurteilt. Ihnen waren die Verfolgung von Funktionären und die Aufhetzung zu „konterrevolutionären Taten" zur Last gelegt worden.

Der Prozeß fand vor dem Hintergrund der angekündigten großen Säuberungskampagne statt, mit der Chinas mächtigster Mann, Deng Xiaoping, die linken ebenso wie die rechten Opponenten seines Reformkurses aus den Reihen der Partei ausschalten will.

Wieder eine Rüge für „Panorama"

Nea. Saarbrücken

Der Rundfunkrat des Saarländischen Rundfunks hat einen „Panorama"-Beitrag vom 2. August über die Firma Arbed Saarstahl mißbilligt. Der Beitrag, so heißt es in einer Erklärung, habe „die Grundsätze journalistischer Sorgfalt und Fairneß verletzt und Halbwahrheiten und Negativ-Bilder in hämischer Weise" dargeboten. „Wesentliche Gesichtspunkte zur Beurteilung der Situation" hätten gefehlt. Dies verstoße gegen die Grundsätze für die Zusammenarbeit im ARD-Gemeinschaftsprogramm.

In der vergangenen Woche hatte der Rundfunkrat des NDR zwei „Panorama"-Beiträge gerügt.

Karlsruher Urteil über den „Professor"

DW. Karlsruhe

Universitätsprofessoren müssen sich von Fachhochschulprofessoren auch im Titel unterscheiden, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Die Amtsbezeichnung „Professor" ohne kennzeichnenden Zusatz für C 4- und C 3-Professoren an wissenschaftlichen Hochschulen sei im Hinblick auf die unterschiedlichen Aufgaben und Qualifikationen – etwa im Vergleich zu Fachhochschullehrern – nicht mit Artikel 33 Abs. 5 des Grundgesetzes vereinbar, nach dem Beamten eine angemessene Dienstbezeichnung gebührt. (AZ: 2 BvR 720/79 u. a.)

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Kohl: Deutsche Sprache stärker fördern

Kanzler betont Bedeutung auswärtiger Kulturpolitik

BERNT CONRAD, Kyoto

Wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Konkurrenz hat Bundeskanzler Helmut Kohl gestern bei der Eröffnung eines Neubaus des deutschen Goethe-Instituts in Kyoto bejaht. „Ohne den Wettbewerb kommen die Wirtschaft und der Geist zum Erliegen, ermatten und verflachen Wissenschaft und Kultur. Und so ist es für uns Deutsche auch in dieser Hinsicht gut, daß es die Japaner gibt", sagte Kohl, der zum Abschluß seines Japan-Besuches mit dem Schnellzug von Tokio in die alte Kaiserstadt Kyoto gefahren war.

„Unsere japanischen Freunde sagen uns zwar, höflich wie sie sind, wir seien auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technologie ihre Lehrmeister", meinte der Kanzler weiter. „Es schadet unserem Selbstbewußtsein aber überhaupt nicht, wenn wir anerkennen, daß die Japaner uns in manchen Bereichen der Wissenschaft und Wirtschaft überflügelt haben. Es ist uns im Gegenteil Ansporn zu besseren eigenen Leistungen."

„Nicht nur eine schöne und entbehrliche Zutat"

Kohl hob hervor, gerade im Falle Deutschlands und Japans seien die Kulturbeziehungen „weit davon entfernt, bloß eine schöne und notfalls entbehrliche Zutat zu sein. Im Gegenteil, sie sind ein besonders bedeutsamer Teil der Gesamtbeziehungen – ja, wenn man den Kulturbegriff, wie es sich gehört, weit faßt, vielleicht sogar ihr wichtigster." Darin habe er mit Premierminister Nakasone voll übereingestimmt. Wie aus der Umgebung des Kanzlers verlautet, will er sich, „wenn die Aufräumarbeiten beendet sind, denen er sich in den letzten Monaten widmen mußte", verstärkt konzeptionellen, langfristigen Aufgaben, speziell der Kulturpolitik und der Förderung der deutschen Sprache, widmen. De Gaulle und Pompidou hätten seinerzeit festgelegt, daß sie kein Geld mehr für internationale Konferenzen ausgeben würden, auf denen nicht Französisch gesprochen werde. Warum könne man in Deutschland nicht auch in dieser Richtung denken?

Einseitiges Angebot an Videokassetten

Nach Ansicht Kohls muß in der auswärtigen Kulturpolitik, sobald wieder mehr finanzieller Spielraum vorhanden sei, wieder mehr getan werden. Man dürfe sich, so wurde in Kanzleramtskreisen versichert, in der Außenpolitik nicht nur auf Panzer, Raketen und Außenhandelszahlen kaprizieren. Denn das allein sei nicht die Welt, das allein sei nicht Deutschland. Gerade angesichts dieser Absichten des Kanzlers zeigten sich Bonner Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung in Kyoto sehr befremdet darüber, daß das Goethe-Institut in einer allgemein verteilten Broschüre eine Reihe *neu* erworbener extrem linksgerichteter Videokassetten anpries.

Die Auswahl reichte von dem „grünen" General a. D. Bastian über ein Pamphlet „Keine Startbahn West 1–2" bis zu einer Kassette über den „Nürnberger Prozeß 1–2", womit offenbar ein linksradikales Nürnberger „Friedenstribunal" gemeint war. Kommentar eines Experten: „Die Sachen kommen alle von der Münchner Zentrale des Goethe-Instituts. Und dort hat offensichtlich noch keine Wende stattgefunden." Regierungssprecher Peter Boenisch: „Bei aller demokratischen Gelassenheit ist diese Einseitigkeit eine Dreistigkeit."

Für die flexible Altersgrenze

Günter Döding begründet, warum für ihn die 35-Stunden-Woche noch nicht aktuell ist

Als erste Gewerkschaft setzte die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) 1959 die 40-Stunden-Woche durch. Doch die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche ist bei der NGG nicht aktuell, Gewerkschaftsvorsitzender Günter Döding (53) strebt vielmehr eine Vorruhestandsregelung an – mit Wiederbesetzungs-Garantie für die freigewordenen Arbeitsplätze. Mit Günter Döding sprach Herbert Schütte.

WELT: Mehrere Gewerkschaften wie die IG Metall, die Postgewerkschaft und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft haben in den letzten Tagen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert. Ihre Gewerkschaft, die NGG, strebt dagegen eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit an. Besteht damit die Gefahr für einen Konflikt innerhalb der Gewerkschaften?

Döding: Zunächst – wir haben keinen Zielkonflikt mit Gewerkschaften, die die 35-Stunden-Woche fordern. Wir haben nur eine andere Priorität im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit gesetzt. Wir glauben, daß eine Vorruhestandsregelung für Arbeitnehmer nach Vollendung des 58. Lebensjahres hier wirksamer und schneller greift. Dann, wenn die entscheidende Frage der Wiederbesetzung durch ein Rahmengesetz gelöst ist. Denn die Vorruhestandsregelung soll nicht nur älteren, sondern erst recht jüngeren Arbeitnehmern zugute kommen, die dann eine Perspektive, eine Hoffnung auf einen Arbeitsplatz hätten.

WELT: Es gibt erhebliche Bedenken nicht nur bei den Arbeitgebern, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bezahlbar wäre. Helmut Schmidt hat sich ihnen am Wochenende angeschlossen. Wie ist das Echo von seiten der Arbeitgeber auf Ihren Vorschlag der Vorruhestandsregelung?

Döding: Die Reaktion der Arbeitgeber bei uns ist, daß der Dachverband Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuß dann, wenn ein akzeptables Rahmengesetz vorliegt, den Tarifträgerverbänden in der Nahrungsmittelindustrie empfiehlt, in Verhandlungen mit uns einzutreten über eine tarifvertragliche Regelung.

WELT: Das heißt also, daß der Konflikt, wie er sich bei der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich abzeichnet, Ihren Forderungen gegenüber nicht vorhanden ist?

Döding: Nun, ich weiß nicht, wie die Arbeitgeberseite bei uns reagiert, wenn das Rahmengesetz vorliegt. Der Arbeitgebervereinigung bei uns

INTERVIEW

ist unsere Vorstellung bekannt. Aber wir werden sicher noch rangeln müssen um das Thema Wiederbesetzung.

WELT: Bei der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde ja die Last eindeutig auf der Arbeitgeberseite liegen. Wie ist das bei Ihrem Modell, wo würden da die finanziellen Mehrbelastungen auftreten?

Döding: Wir gehen davon aus, daß die rund um ein Prozent auftretenden Mehrkosten in der tarifvertraglichen Regelung zur Teilung kommen.

WELT: Wie kommen Sie auf dieses eine Prozent?

Döding: Wir haben in unserem Vorschlag stehen, daß die öffentliche Hand zwei Drittel der Kosten übernimmt, in erster Linie das, was die Bundesanstalt für Arbeit einspart. Außerdem soll die Bundesanstalt für Arbeit die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge weiterzahlen, so daß ein Drittel verbleibt für die tarifvertragliche Regelung als Kosten, und das sind nach unseren Berechnungen zwischen – je nachdem, wieviel Leute das in Anspruch nehmen – 0,4 und 1,2 Prozent, so daß wir rund mit ein Prozent dabei rechnen.

WELT: Was erwarten Sie, wieviel Leute eine Vorruhestandsregelung in Anspruch nehmen?

Döding: Also in Übereinstimmung mit der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bundesarbeitsministerium gehen wir davon aus, daß zwei Drittel der mehr als 60jährigen von einer solchen Regelung Gebrauch machen würden und etwa die Hälfte der 58- und 59jährigen. Das macht unter dem Strich rund 500 000.

WELT: Der Bundesarbeitsminister geht von einer Akzeptanz von 100 000 bis 150 000 aus.

Döding: Das kommt darauf an – die 500 000 werden ja nicht auf einen Schlag kommen. Würde die Regelung von Januar 1984 an gelten, dann würden ja nicht auf einen Schlag alle davon Gebrauch machen. Zum einen, weil die Gewerkschaften die unterschiedliche Vorstellung haben; die die 35-Stunden-Woche auf dem Zettel haben, werden ja nicht in die Vorruhestandsregelung wandern, und andere müssen die Kündigungsfristen der Tarifverträge beachten.

WELT: *Also, wo kommt dann die viel kleinere Zahl her?*

Döding: Der Einstieg im ersten Jahr wird bei 150 000 liegen, und dann könnten es mehr werden. Aber dann müßte in allen Wirtschaftsbereichen die Vorruhestandsregelung zum Tragen kommen. Es gibt einen einstimmigen Beschluß des DGB-Bundesvorstandes anweislich der „Wahlprüfsteine". Dort ist nachzulesen: „Die Lebensarbeitszeit muß durch die Herabsetzung der flexiblen Arbeitsgrenze auf 60 Jahre ohne versicherungsmathematische Rentenansprüche verkürzt werden. Darüber hinaus ist ein früheres Ausscheiden im Arbeitsleben durch tarifvertragliche Regelungen durch entsprechende gesetzliche Regelung zu ermöglichen."

Mehr Stellen für Lehrer durch „blaues Jahr"?

E. NITSCHKE, Bonn

Mit der Einführung eines „blauen Jahres" für Lehrer will die FDP die Lehrerarbeitslosigkeit bekämpfen. Der ehemalige Berliner Schulsenator Walter Rasch, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und Vorsitzender des Fachausschusses Bildung, Wissenschaft und Kultur der Partei, erklärte bei der Vorlage des Plans in Bonn, in Israel nutzten mehr als 70 Prozent aller Lehrer ein derartiges, dort „Sabbatical" genanntes Angebot.

Der Plan, der auch Vorbilder in Großbritannien und den USA hat, sieht angesichts einer vorhersehbaren Zahl von 120 000 arbeitslosen Lehrern im Jahr 1990 vor, daß alle Lehrer nach sieben Jahren Dienst in der Schule auf freiwilliger Basis eine zwölfmonatige Pause einlegen. In dieser Zeit soll mindestens ein Monat für „Weiterbildung" verwendet werden. Finanzieren sollen die Lehrer ihren „Abschied vom Unterricht" über eine Art Prämien-Sparsystem. Im Lauf von sechs Arbeitsjahren verzichten sie auf eine individuell festzulegende Summe ihres Gehaltes. Bei 250 Mark Monatsprämie ergibt dies *nach acht Jahren rund 25 000 Mark.* Der Vorteil sei, daß in der Zeit ihrer Abwesenheit Arbeitslose eingestellt werden könnten. Wenn zum Beispiel alle 17 000 Berliner Lehrer sich für das System aussprechen würden, könnten langfristig zusätzlich 2400 eingestellt werden.

Der Staat spare dabei, so Rasch, im Bereich der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Auf der anderen Seiten müßten die Länder aber als Arbeitgeber eine „teilweise Vorfinanzierung der zu beurlaubenden ersten Weiterbildungsgruppe" übernehmen.

Die Berliner CDU als Koalitionspartner will die FDP auffordern, die Berliner Lehrer nach ihrer Ansicht über den Plan zu befragen.

Strauß, Voigt und die nukleare Mitbestimmung

RÜDIGER MONIAC, München

Die Diskussion in Westeuropa über die Frage, in welcher Weise die europäischen NATO-Staaten den Einsatz amerikanischer Atomwaffen kontrollieren können, kommt nicht zur Ruhe. Dabei ist bemerkenswert, daß sie unter Deutschen nicht nur von dem linken Sozialdemokraten Karsten Voigt genährt wird, sondern auch von dem konservativen Franz Josef Strauß. Der SPD-Politiker verlangt neben dem amerikanischen einen „zweiten Schlüssel" für die Deutschen bei der Freigabe der Atomwaffen für den Einsatz. Strauß hingegen ist von dieser Vorstellung einer direkt an den Atomwaffen vorzusehenden Sperrvorrichtung in deutscher *Hand, wie sie Voigt vorschwebt,* inzwischen vollständig abgerückt. Er denkt eher an europäische Mitsprache im Stabe des amerikanischen Präsidenten.

Beide Vorstellungen von einer Veränderung atomarer Mitsprache Europas bei der Nuklearplanung der NATO, wie sie von „rechts" und von „links" propagiert werden, helfen in der Sache nicht weiter. Dies zeigt die Analyse des inzwischen in der Allianz eingespielten Verfahrens. Selbst wenn Strauß eine noch engere Einbindung der USA in die Sicherheitsverantwortung für Europa erreichen will, die negativen Folgen einer Veränderung des Ist-Zustandes dürften größer sein als die positiven. Voigts Wunsch nach deutscher Verfügung über einen „zweiten Schlüssel" an den amerikanischen Waffen fußt hingegen auf einem in der SPD weitverbreiteten Mißtrauen gegenüber den USA. Voigt macht sich zum Sprecher dieser für den Zusammenhalt zwischen Amerika und den Deutschen äußerst schädlichen Strömung, die sich in die fixe Idee verrennt, die Europäer, vor allem die Deutschen, müßten den angeblich kriegslüsternen *Amerikanern in den Arm fallen,* indem sie den „zweiten Schlüssel" fordern.

Wie Strauß auf einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung vortrug, möchte er, daß die großen europäischen Länder Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik je einen Vertreter sowie alle anderen europäischen NATO-Staaten zusammen einen weiteren Vertreter in den Stab des amerikanischen Präsidenten entsenden. So könnten die Europäer direkt am Informationsfluß und an der Entscheidungsvorbereitung beteiligt werden. Wäre das besser als der heutige Zustand, wie ihn das Bündnis mit der Nuklearen Planungsgruppe, mit der Stabsarbeit des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa (SACEUR) und mit der politischen Überwachung durch den NA-

DIE ANALYSE

TO-Rat, die ständige Vertretung der Mitgliedsländer in Gestalt ihrer Botschafter in Brüssel, bereits seit vielen Jahren praktiziert? Generalleutnant Lothar Domröse, der in seiner aktiven Dienstzeit langjährige Erfahrung im Stabe des SACEUR sammelte, äußerte sich gegenüber der WELT sehr skeptisch.

Als früherer Chef für Operation und Planung und stellvertretender Chef des Stabes im Hauptquartier des SACEUR im belgischen Ort Mons ist er mit der Atomplanung der NATO vertraut. Er sagt, das oberste Organ der Allianz, in dem die Verantwortung der Militärs mit der Verantwortung der Politiker zusammengeführt wird, die Nukleare Planungsgruppe, existiert seit 16 Jahren. Dort, aber auch in den permanent arbeitenden Stäben, vollzieht sich die Planung für den Einsatz von Atomwaffen in einem „sich ständig wiederholenden Denkprozeß", der Gewähr bietet für ein „abgestimmtes Verhalten aller Verbündeten". Auf diese Weise ist die „nukleare Mitwirkung" gesichert. Die in diesem Prozeß Handelnden kennen sich, vertrauen einander und wissen, daß im theoretisch denkbaren Kriegsfall die Anforderung eines „selektiven Atomwaffeneinsatzes", wie ihn die NATO-Strategie für eine „vorbedachte Eskalation" *vorsieht, nicht von irgendwo in der* NATO, sondern eben nur vom SACEUR an den amerikanischen Präsidenten gerichtet werden könnte.

Damit ist klar: Das Zentrum, in dem alle Informationen für die Lagebeurteilung und die Entschlußfassung über weitere Schritte verfügbar wären, befände sich im Hauptquartier des SACEUR in Mons. Bei ihm, dem militärischen Oberbefehlshaber, würde auch der NATO-Rat der Botschafter ständig tagen. Die Botschafter hielten Verbindung mit ihren jeweiligen Regierungen und hätten damit immer Kenntnis davon, wie die Führungen der Mitgliedsländer die Entwicklung der Lage beurteilen. Bevor der für die Führung der NATO-Verteidigung militärisch verantwortliche SACEUR in Washington die Freigabe einer oder mehrerer Nuklearwaffen anfordern würde, wäre vorher das intensive Konsultationsverfahren mit den politischen Vertretern der Allianzstaaten in dessen Hauptquartier abgelaufen. Der SACEUR würde also im Einvernehmen mit den europäischen Verbündeten handeln.

Eine Veränderung der Vorbereitung dieses Entscheidungsprozesses *durch die Entsendung von Europäern* nach Washington würde diesen selbst wohl kaum effektiver machen, zumal da zu fragen ist, wie die kleineren NATO-Staaten in Europa sich vorkommen müßten, wenn sie sich auf einen Delegierten im Stabe des US-Präsidenten einigen sollten, während sie nach dem heute praktizierten Verfahren jeweils ihren eigenen Botschafter am Konsultationstisch sitzen haben.

Honecker: Status spielt keine Rolle

hrk. Berlin

In einem „Stern"-Interview hat jetzt SED-Generalsekretär Erich Honecker erstmals – zumindest für die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland – bestätigt, daß bei seinem Treffen mit dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäkker am 15. September in Berlin „Statusfragen überhaupt keine Rolle gespielt haben".

Der Abteilungsleiter für „West-Berlin" im Ostberliner Außenministerium, Walter Müller, hatte im Gegensatz dazu als Teilnehmer des Gesprächs vom 15. September später gegenüber SPD-Abgeordneten von einer „neuen Geschäftsgrundlage" in den „Beziehungen" zu West-Berlin *gesprochen. Honecker* benutzte im „Stern"-Interview jetzt den damals von Weizsäcker für das Kommuniqué durchgesetzten Begriff „Verhältnis".

Für die „DDR", so Honecker, sei weiterhin das Viermächteabkommen von 1971 maßgebend. Darin stellen die vier Siegermächte fest, daß diese Übereinkunft nichts an ihren Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten ändere, die „Deutschland als Ganzes" betreffen.

Die Flugblätter kamen auf dem Dienstweg

„Friedenswoche“: Welche Rolle spielten die Richter?

UWE BAHNSEN, Hamburg

Nachdem die öffentlichen Wogen der „Friedenswoche“, der Blockaden und Demonstrationen zunächst verebbt sind, tritt jetzt ihr bedenklicher Bodensatz zutage. Hamburg, Schauplatz der größten Kundgebung und der gewalttätigsten Anschlußdemonstration, rangiert auch in dieser Beziehung ganz vorn. Hanebüchene Vorgänge beschäftigten in dieser Woche den sozialdemokratischen Senat, der sich gegenüber der „Friedensbewegung“ auf einen Kurs vorsichtig-distanzierter Sympathie eingerichtet hat.

Zu befassen hatte sich die Landesregierung mit einer detaillierten Anfrage des CDU-Bürgerschaftsabgeordneten und Juristen Hans-Joachim Peuschel zu Aktivitäten in der hanseatischen Justiz. So waren zum Beispiel Richtern „auf dem dienstlichen Vorlageweg“ Flugblätter mit der Aufforderung zugestellt worden, auf dem Rasen vor dem Oberlandesgericht zu demonstrieren – was auch unter Beteiligung von Richtern, Staatsanwälten, Geschäftsstellenmitarbeitern und sonstigen Justizbediensteten in Form einer Menschenkette um das Gerichtsgebäude geschah.

Aufgerufen hatte zu diesem Stehkonvent das gesamte linke Spektrum innerhalb der Justiz – von der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen“ über den Republikanischen Anwaltverein bis zum „Praxisrat der einstufigen Juristenausbildung“. Antwort der Rathausregenten: das betreffende Flugblatt sei „einzelnen Richtern in das Dienstfach gelegt worden“.

Am 20. Oktober hatte ein Jugendrichter vor dem Strafjustizgebäude Flugblätter gegen die „Raketenstationierung“ verteilt, in denen der gleiche Unterzeichnerkreis mitteilte: „Einige von uns haben sich entschlossen, angesichts der existenziellen Bedrohung an der Blockade der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese am 21. 10. 1983 teilzunehmen ... Wir unterstützen dies, weil wir jede Form von gewaltfreiem Widerstand gegen die Raketenstationierung für gerechtfertigt halten.“ Es folgte der Appell, sich an den „Aktionen im Rahmen der Friedenswoche“ zu beteiligten (die auch die Blockade der Führungsakademie einschlossen).

Bei der Antwort zu diesem Punkt kamen die Rathausregenten um Klaus von Dohnanyi in ihrer Argumentation sichtlich ins Schleudern: Einerseits enthalte das Flugblatt keine „ausdrückliche Aufforderung“, an der Blockade der Führungsakademie teilzunehmen; andererseits aber verweist der Senat auf eine Prüfung dieser Vorgänge durch die Staatsanwaltschaft; und da sie während der Dienstzeit stattgefunden hätten, finde auch eine „verwaltungsmäßige Prüfung“ statt. Bei Vorliegen eines Straftatbestandes werde die Staatsanwaltschaft entsprechend den gesetzlichen Bestimmung vorgehen.

Ebenso wie Krankenhauspatienten, die während der „Friedenswoche“ mit Unterschriftenlisten traktiert wurden, sahen sich in allen Hamburger Stadtteilen die Schüler mit „friedenspolitischen Aktivitäten“ konfrontiert, die vor allem in der Gewerkschaft GEW organisierte Lehrer entfachten, und das zum Teil mit massivem Druck. Viele Eltern meldeten sich voller Empörung bei der CDU-Bürgerschaftsfraktion, deren Vorsitzender Hartmut Perschau den Senat in ungewöhnlich scharfer Form vor einer Fortsetzung derartiger Praktiken in den Schulen der Hansestadt warnte und die Eltern aufforderte, den betreffenden Lehrern „auf die Finger zu sehen“.

Das taten, in einem bezeichnenden Fall, Eltern eines Gymnasiums in dem nordöstlichen Villenvorort Volksdorf: Dort hatte ein Kunsterzieher während der „Friedenswoche“ den Unterricht in einer 5. Klasse damit bereichert, daß er die Kinder zeichnen ließ, wie ihr Wohnhaus wohl nach einer Kriegszerstörung aussehen würde. Einige der Pennäler brachten diesen Härtetest robuster hinter sich als andere. Immerhin zog der Schulleiter dieses Kollegiumsmitglied daraufhin in ein „pädagogisches Gespräch“ – so der zuständige Schulaufsichtsbeamte gegenüber der WELT, der im übrigen meinte, man müsse dieses Unterrichtsvorhaben als Ausdruck eines Strebens nach „künstlerischer Überhöhung“ begreifen. Anzumerken ist: Dieser Kunstlehrer hat inzwischen eingesehen, daß er zu weit gegangen war, und gegenüber Eltern und Schülern das Notwendige getan, um die Sache zu bereinigen. Wenigstens das.

Unterschriften gegen Dorothee Sölle

epd. Flensburg

Vier Flensburger Pastoren haben eine bundesweite Unterschriftenaktion gestartet, mit der die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) aufgefordert werden soll, öffentlich zu erklären, daß sich die Ansichten der Theologin Dorothee Sölle und „ihrer einflußreichen Anhängerschaft“ nicht mit den Glaubensgrundsätzen der Kirche decken. Die erbetenen Unterschriften sollen eine gleichlautende Aufforderung der Pastoren an die EKD unterstützen.

Die Erklärung trägt den Titel „Anrufung der Evangelischen Kirche in Deutschland um öffentliche Stellungnahme zu der Umwandlung der christlichen Botschaft in der Rede der Theologieprofessorin Dorothee Sölle auf der sechsten Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver“. Die Pastoren sind der Auffassung, die Ansichten der Theologin widersprächen „zum Teil in maßloser Übersteigerung“ den christlichen Bekenntnissen.

Die EKD hat schon mehrfach darauf hingewiesen, daß Dorothee Sölle in Vancouver auf Einladung des Weltkirchenrates und nicht als Vertreterin der EKD gesprochen hat. Sie hatte in ihrer Rede massive Kritik an den europäischen und nordamerikanischen Kirchen, an der Politik der NATO sowie an den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Alltagsleben in der Bundesrepublik geübt.

„Kirche zeigt Weltfremdheit“

Alterspräsidentin Ursula Besser zu Kirchenaustritten von Berliner CDU-Abgeordneten

F. DIEDERICHS, Berlin

In Berlin hat die Kritik am politischen Engagement der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (West) unter dem Eindruck einer steigenden Zahl von Kirchenaustritten scharfe Formen angenommen. In einem Gespräch mit der WELT warf jetzt die Alterspräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses und tätige Synodalin Ursula Besser (CDU) der Kirchenleitung vor, sie zeige in bestimmten politischen Fragen „eine Weltfremdheit, die nicht mehr tolerabel ist“. Vielfach sei die Haltung der Kirche nicht mehr mit dem Verfassungseid der Abgeordneten vereinbar gewesen.

Frau Besser, gleichzeitig auch Vorsitzende des evangelischen Arbeitskreises der Berliner CDU, bestätigte in dem WELT-Gespräch eine Tendenz zum Kirchenaustritt bei bewußten und entschiedenen Christen – eine Entwicklung, die auch vom EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Eduard Lohse (Hannover), auf der in Worms tagenden EKD-Synode mit „außerordentlicher Beunruhigung“ festgestellt wurde (die WELT berichtete).

Die CDU-Politikerin wies darauf hin, daß im letzten Jahr „eine bemerkenswerte Anzahl“ der insgesamt 65 CDU-Parlamentsabgeordneten aus der Kirche ausgetreten sei, weil sie „trotz der Mißstände in der Kirche noch an Gott glauben“. Die Austritte der Unionspolitiker seien teilweise unter „scharfem Protest“ erfolgt, der sich auf die „sehr enge politische Einlassung der Kirche“ gestützt habe. Die Kritik aus den Unionskreisen sei im wesentlichen auf die Haltung der Kirche in der Friedensdiskussion zurückzuführen, so die Synodalin. Die Politikerin hält eine Haltung der Kirche für „unvertretbar“, die bei Protesten gegen eine mögliche Nachrüstung die Aufforderung an die staatliche Ordnung richte, bei Aktionen wie Kasernenblockaden „hinter den Protesten zurückzustehen“.

Mit Unverständnis habe man in politischen Kreisen auch registriert, daß sich die Kirche selbst für Aktionen mißbrauchen lasse, die sich in eindeutiger Form gegen die US-Regierung richten würden. Frau Besser führte hier als Beispiel die Landessynode vom Juli dieses Jahres an, auf der während eines mehr als dreistündigen Jugendgottesdienstes fast ausschließlich „gegen die verbrecherische US-Regierung polemisiert wurde“, so der Eindruck der Synodalin.

Weiterhin habe gerade in Berlin das Engagement der evangelischen Kirche in Hausbesetzerfragen zu Unverständnis geführt. Auf Mißfallen stieß vor allem die Äußerung der Kirchenleitung nach der Räumung besetzter Häuser im Sommer dieses Jahres, der Weizsäcker-Senat schaffe mit diesen Räumungen „neue Sozialfälle“ und setze junge Leute der Obdachlosigkeit aus. Der Vorwurf war zudem wenig später von der Landesregierung entkräftet worden, die den „geräumten“ Hausbesetzern ausreichend Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt hatte.

Auf der am 10. November stattfindenden Landessynode erwartet die CDU-Politikerin scharfe Diskussionen, die sich neben der Haltung der evangelischen Kirche zu Friedensfragen auch mit der Frage beschäftigen werden, wie die Kirche das Vertrauen engagierter aber beunruhigter Christen zurückgewinnen kann. Frau Besser befürchtet nicht nur in der CDU-Fraktion „eine weiter steigende Zahl an Austritten, wenn die Kirche unbelehrbar bleibt“.

*

hs, Hamburg

Bischof Peter Krusche hat in Hamburg ähnliche Beobachtungen wie der EKD-Ratsvorsitzende Lohse gemacht. Nachdem bisher „äußere (zum Beispiel steuerliche) Gründe“ als Motiv für einen Kirchenaustritt genannt worden seien, „haben wir gegenwärtig einen nicht genau bezifferbaren, aber merklichen Anteil von Austritts-Begründungen, die mich besorgt machen“, sagte Krusche. „Es sind Begründungen, die mit dem Grundverständnis der Betroffenen von der Kirche zu tun haben.“ Dabei werde besonders häufig die Frage gestellt, „ob die Kirche in ihrem besonderen Auftrag der Seelsorge noch voll engagiert sei, oder ob sie nicht durch andere Aktivitäten abgelenkt werde“.

SED-Presse druckt neuen Kirchenbrief

hrk. Berlin

Zum zweitenmal innerhalb von zehn Tagen veröffentlichte das SED-Organ „Neues Deutschland“ jetzt einen pessimistisch gestimmten Brief einer „DDR“-Kirchengemeinde an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Darin wird die „um sich greifende Hoffnungslosigkeit“ im Lande angesichts der drohenden Stationierung von Raketen im Westen und Osten beklagt.

Der Brief stammt aus der Kirchengemeinde Babelsberg bei Potsdam unmittelbar an der Stadtgrenze zu West-Berlin. Es ist im Tonfall noch bedenklicher als ein ähnliches Schreiben aus Dresden-Loschwitz gestimmt, das von dem SED-Blatt überraschend am 22. Oktober publiziert worden war.

In dem jüngsten Brief heißt es wörtlich: „Es darf nach unserer Meinung zu keiner Stationierung neuer Mittelstreckenraketen durch die USA in Europa kommen. Wir hoffen sehr, daß die Genfer Verhandlungen ein positives Resultat bringen, weil die politische und ökonomische Weltsituation es erfordert. Lassen Sie bitte als Staatsratsvorsitzender der DDR in den vorrangigen Bemühungen um eine Verbesserung des Klimas zwischen West und Ost in Europa nicht nach, damit endlich sowohl Rüstungsbegrenzung als auch erste Abrüstungsschritte politische Wirklichkeit werden. Wir haben Angst vor einer weiteren Verschärfung der Situation zwischen den Großmächten.“

Auch die ausgesprochen schlechte Stimmungslage in der „DDR“ angesichts der bereits angekündigten Nach-Nachrüstung durch Sowjetraketen in „DDR“-Standorten läßt sich aus dem Brief ablesen: „Manche Hoffnung für eine gute Zukunft ist bereits durch Resignation verdrängt worden bei Christen und Nichtchristen in unserem Land. Wir wollen uns mit einer um sich greifenden Hoffnungslosigkeit nicht abfinden.“

Da sich zu diesem Bedrohungs- und Angstgefühl bei den Menschen in der „DDR“ bisher keinerlei konkurrierende, „optimistischere“ Gegenbriefe aus dem üblichen gesellschaftlichen Umfeld finden, soll die Veröffentlichung der kirchlichen Schreiben anscheinend auch als gewolltes Signal in Richtung Moskau verstanden werden.

Zu Schmidts Geburtstag „ein Gipfel“ in Hamburg

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Der Lotse geht von Bord – aber die Genossen werden sich wundern, wie“, deutete ein enger Freund Helmut Schmidts die Brisanz der Rede an, mit der der ehemalige Bundeskanzler beim SPD-Sonderparteitag am 18. November zum NATO-Doppelbeschluß Stellung nehmen wird. Einen Monat später wird der Mann mit der Lotsenmütze, der sich in seiner Partei zunehmend isoliert sieht, noch einmal Politiker aus aller Welt und die höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik versammeln: Am 23. Dezember wird Schmidt 65 Jahre alt. Dieser Geburtstag – die ersten Einladungen werden heute verschickt – wird in Hamburg ein Aufgebot internationaler Prominenz sehen, wie die Hansestadt es in der Nachkriegszeit nur wenige Male erlebt hat.

Am 14. Dezember werden Senat und Bürgerschaft dem Hamburger die Ehrenbürgerwürde verleihen – die CDU im Landesparlament hat bereits ihre Zustimmung versichert. Am Abend des 22. Dezember wird Schmidt „mit denen, die ihm nahestehen, an seinem 65. Geburtstag zusammen sein“, wie es in der Einladung heißt.

Frankreichs ehemaliger Staatspräsident Giscard d'Estaing wird eine Rede halten, der britische Ex-Premier James Callaghan und sein dänischer Kollege Anker Jörgensen gehören ebenso zu den Gästen wie Lord Carrington – früherer Außenminister der britischen Konservativen – und Frankreichs ehemaliger Premierminister Barre. Erwartet werden Henry Kissinger und US-Botschafter Arthur Burns, Leonard Bernstein, Yehudi Menuhin und Herbert von Karajan, Heinrich Böll und Max Frisch.

Aus der deutschen Politik haben Bundestagspräsident Rainer Barzel und Hermann Höcherl (CSU) zugesagt, mit Willy Brandt und Herbert Wehner feiert das alte Triumvirat der SPD noch einmal Wiedersehen, Gerhard Stoltenberg und Johannes Rau wollen Schmidts Verdienste würdigen; mit Alex Möller, Georg Leber, Hans Matthöfer und Hans-Jochen Vogel vereinigt sich noch einmal eine Kerntruppe aus dem Schmidt-Kabinett in Hamburg-Bergedorf.

Neben Richard von Weizsäcker und Manfred Wörner (beide CDU) ist auch ein FDP-Politiker eingeladen, der nach wie vor Schmidts Wertschätzung besitzt: Wolfgang Mischnick. Aus der Wirtschaft wird von Berthold Beitz bis zu Otto Esser, Rolf Stödter und Karl Otto Pöhl eingeladen, was Rang und Namen hat.

Ausgerichtet wird das Fest von zwei alten Freunden des früheren Kanzlers: Gyula Trebitsch vom Studio Hamburg – der auch die künstlerische „erlesene Geburtstags-Soiree“ mit Weltstars auf die Beine stellt, deren Namen für den 65jährigen eine Überraschung sein sollen – und Kurt A. Körber, dessen Theater „Haus im Park“ den Rahmen für die Zusammenkunft bietet.

Börners Haushalt 83 und der Artikel 140

Kommunen könnten bald in eine Finanzklemme kommen

JOACHIM NEANDER, **Wiesbaden**

Nun murren sogar die Steuerbeamten. Es gehe nicht an, so heißt es in einer Erklärung der Personalrätekonferenz im Landesverband Hessen der Deutschen Steuergewerkschaft, „daß lediglich wegen parteitaktischer Verhaltensweisen das Jahr 1983 zu Ende geht, ohne daß ein vom Landtag getragener Haushalt für dieses Jahr vorliegt". Mittlerweile sei es angesichts der politisch unklaren Lage in den Behörden sogar schwierig geworden, dringend nötigen Ersatz etwa für Schreibmaschinen zu besorgen.

Dieser Protest wirft die interessante Frage auf, wie denn die seit der Landtagswahl von 1982 nur noch geschäftsführende hessische Landesregierung überhaupt ihre Finanzen handhabt – ohne einen im Landtag ordentlich verabschiedeten Landeshaushalt.

Grundlage für eine vorläufige Haushaltsführung ohne Haushaltsgesetz, wie sie die Regierung Börner nun schon seit über einem Jahr praktiziert, ist der Artikel 140 der Landesverfassung. Er ermächtigt für diesen Fall die Regierung, „alle Ausgaben zu leisten, die nötig sind, a) um gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen, b) um die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Staates zu erfüllen, c) um Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke weiter zu gewähren, sofern durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits bewilligte Beträge noch verfügbar sind".

Nullbescheide

Sollten die Steuereinnahmen für diese Ausgaben nicht ausreichen, so darf die Regierung nach Artikel 140 Absatz 2 „Schatzanweisungen bis zur Höhe eines Viertels der Endsumme des abgelaufenen Haushaltsplanes für je drei Monate" ausgeben. Es könnte sein, daß Börner 1984 auf dieses wirklich außergewöhnliche Notfallinstrument wird zurückkommen müssen.

1983 war dies alles nocht nicht erforderlich. Erstens hatte der 1982 neugewählte Landtag für 1983 noch ein Kreditermächtigungsgesetz verabschiedet, dessen Rahmen allerdings gar nicht ausgeschöpft zu werden brauchte, da mangels Haushalt die meisten Investitionsausgaben blockiert sind.

Ein von SPD und Grünen verabschiedetes Sofortprogramm (Vorschaltgesetz) gab Teile des für 1983 eingebrachten Etats (ca. 30,6 Milliarden Mark) zu beschäftigungspolitischen Zwecken vorab frei. Die Kommunen erhielten sogenannte Nullbescheide: die Zusicherung, daß sie – allerdings nicht rechtsverbindlich – zu bestimmten Investitionszwecken mit bestimmen Landeszuschüssen rechnen könnten, sobald der Haushalt verabschiedet sei.

Teilregelungen

In der laufenden Verwaltung behalf die Regierung sich mit zwei internen Erlassen. Mitte des Jahres 1983 wurden die Verwaltungen ermächtigt, „bis zu 70 Prozent der Haushaltsansätze für 1982" auszuschöpfen. Inzwischen bestimmt ein neuer Erlaß, daß 100 Prozent der im Haushaltsentwurf für 1983 eingesetzten Mittel verbraucht werden können.

Der Artikel 140 deckt nach Ansicht des Finanzministeriums übrigens auch die Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst ab, obwohl sich hier automatisch eine Erhöhung der Haushaltsansätze des Vorjahres ergibt. Bei Arbeitern und Angestellten gilt der Tarifabschluß, bei den Beamten das Bundesrahmengesetz über die Besoldung als „rechtlich begründete Verpflichtung des Staates".

Sollte sich die Verabschiedung eines Landeshaushalts für 1983 und für 1984 jedoch weiter hinauszögern (die politische Situation spricht dafür), dann käme die Regierung in erheblich größere Schwierigkeiten. Diesmal gibt es kein Kreditermächtigungsgesetz und kein Vorschaltgesetz. Viele laufende Vorhaben sind inzwischen beendet. Die Kommunen kämen mit ihrer auf Grund der Nullbescheide eingegangenen Zwischenfinanzierung in eine böse Finanzklemme. Schon Ende des Jahres müßte ein neuer interner Erlaß das weitere Finanzgebaren der Landesverwaltung regeln.

Zwar hat z. B. die FDP vor Wochen Bereitschaft erkennen lassen, wenigstens die den Kommunen zugesagten und u. a. für die hessische Bauwirtschaft sehr wichtigen Mittel (es handelt sich um ca. 285 Millionen Mark) aus dem Haushalt 1983 auf den Weg zu bringen. Zur Zeit aber sieht es nicht nach einem Zustandekommen solcher Teilregelungen aus.

Papst prangert Unterdrückung in Albanien an

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Papst Johannes Paul II. hat alle Katholiken aufgefordert, in diesem Monat vor allem „für die Religionsfreiheit in Albanien" zu beten. Die Kirche in diesem offiziell „ersten atheistischen Staat der Welt" ist nach Darstellung der römischen Kongregation für die Evangelisierung der Völker (Propaganda Fide) die „am härtesten und am systematischsten verfolgte" religiöse Gemeinschaft überhaupt.

Wie aus dem in Rom vorliegenden Bericht eines katholischen Informationszentrums für Albanien mit Sitz in den USA hervorgeht, sind in den vergangenen 37 Jahren sieben albanische Bischöfe, 64 Diözesanpriester, 33 Franziskaner, 14 Jesuiten, 10 Seminaristen und acht Nonnen an den Folgen von Mißhandlungen oder unmenschlichen Haftbedingungen in albanischen Gefängnissen gestorben.

Der letzte bekanntgewordene Fall liegt zwei Jahre zurück: Der Jesuitenpater Nodc Luli wurde 1981 zum „langsamen Sterben" in einem Bergwerk verurteilt, weil er 1980 auf Wunsch einer seiner Schwägerinnen deren Zwillinge getauft hatte.

In Albanien mit seinen 2,8 Millionen Einwohnern steht nach der Verfassung von 1976 das Bekennen jeder Religion unter Strafe. Bei Kriegsende gab es im Lande etwa 300 000 Katholiken. Heute wird ihre Zahl immer noch auf mehr als 100 000 geschätzt.

Nach Informationen der griechischen Menschenrechtsgruppe Epirus-Komitee in Athen hat der albanische Parteichef Enver Hodscha seine Unterdrückungsmaßnahmen auch im nichtkirchlichen Bereich verschärft. Wie Flüchtlinge in jüngster Zeit übereinstimmend berichteten, soll Hodscha die Hinrichtung von drei ehemaligen Mitgliedern seines Kabinetts veranlaßt haben, die bereits im November 1982 inhaftiert worden seien: Verteidigungsminister Kadr Hasbiu, Gesundheitsminister Lambi Zicishti und Innenminister Fecor Shehu. Der frühere albanische Außenminister Nesti Nase, die Witwe des ehemaligen Ministerpräsidenten Mehmet Shehu und der Bürgermeister von Durazzo sollen zu jeweils 25 Jahren Haft verurteilt worden sein. Die Anklage gegen sie hätte auf Spionage für die USA, die Sowjetunion und Jugoslawien gelautet.

Fecor Shehu war verwandt mit Mehmet Shehu, der im November 1982 nach offizieller albanischer Version Selbstmord verübt haben soll.

Die Kirche in die Knie zwingen

Der programmierte Konflikt der Sandinisten mit den Bischöfen in Nicaragua

WERNER THOMAS, **Buenos Aires**

Alle Kirchen Managuas blieben geschlossen. Die Gläubigen gingen zu den Gräbern ihrer toten Angehörigen, knieten nieder und sprachen stille Gebete. Es war der Allerseelentag. In die Gebete wurden auch die Priester und Bischöfe eingeschlossen.

Die Spannungen der letzten Wochen in Nicaragua waren auf das Wehrpflichtgesetz zurückzuführen, das keine Verweigerungsmöglichkeit aus Gewissensgründen enthält. Alle Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 22 Jahren mußten sich seit dem 1. Oktober erfassen lassen. Im Januar beginnt der Erfassungsprozeß für die Altersgruppe zwischen 23 und 40 Jahren.

Das Gesetz bewirkte zunächst einen Exodus junger Männer. Viele Familien der Mittelklasse schafften Söhne im Wehrpflichtigen-Alter aus dem Land. Sie wollten verhindern, daß ihre Kinder für ein System kämpfen oder sterben, das sie selbst ablehnen. Nachdem die konterrevolutionäre Brigaden (Contras) in den letzten Wochen ihren Krieg eskalierten, ist der Dienst in der sandinistischen Volksarmee lebensgefährlich geworden.

Am 15. September veröffentlichte die Bischofskonferenz eine scharfe Stellungnahme gegen den „Servicio Militar". Dies sei das „Gesetz einer Partei, der sandinistischen Front", erklärten sie und es habe zudem „die Charakteristiken von Gesetzen totalitärer Regime". Sie kritisierten, daß niemand die Möglichkeit habe, diesen Kriegsdienst zu verweigern. Damit begann die neue Konfrontationsrunde.

Die Comandantes und die sandinistische Presse rechnen die Kirche zum konterrevolutionären Lager. Die Priester predigten gegen das Gesetz. Am vergangenen Sonntag schickten die Sandinisten dann wieder ihre Sturmtruppen los, die „Turbas".

Die jungen Leute, die dem Staatssicherheitsdienst unterstehen, verhinderten Messen in mindestens acht Kirchen. Es gab Schlägereien, auch der Weihbischof Bosco Vivas bezog Prügel. Vivas wurde mit dem Tod bedroht, falls er es wagen würde, eine Messe in der San-Judas-Kirche zu zelebrieren. Er wagte es nicht. Einen Tag später verkündete die Regierung die Ausweisung von zwei ausländischen Priestern innerhalb von 24 Stunden, des Spaniers Luis Corral Prieto und des Costarikaners Jose Maria Pacheco.

Die Bischofskonferenz antwortete mit einer Erklärung, die von „Kirchenverfolgung" sprach und den Protesttag ankündigte. Der Protesttag ist ohne Zwischenfälle verlaufen. Tausende Menschen strömten zu den Friedhöfen. Der kirchliche Sender „Radio Catolica" spielte ständig Trauermusik. Selbst die Kirche des Dissidentenpriesters Uriel Molina blieb geschlossen, einem der prominentesten Vertreter der „Iglesia Popular".

Der Konflikt zwischen den Comandantes und den Bischöfen geht auf die Versuche der Sandinisten zurück, die „Iglesia Popular" (Volkskirche) so aufzuwerten, daß sie einmal die Rolle der Amtskirche übernehmen kann. Die Amtskirche, von dem kämpferischen Erzbischof Miguel Obando Bravo geführt, der vom Vatikan unterstützt wird, wehrt sich energisch. Die Auseinandersetzungen eskalierten von Jahr zu Jahr. Im Sommer 1982 sind bei Straßengefechten in Masaya sogar zwei Personen ums Leben gekommen.

Der Papstbesuch Anfang April brachte den Kirchenstreit auf den bisherigen Höhepunkt. Als der Gast während einer Messe in Managua die Volkskirche als „absurd und lächerlich" bezeichnete, wurde er niedergeschrien von sandinistischen Aktivisten.

Die nächste Kollision war nur eine Frage der Zeit. Sie kam mit dem Wehrpflicht-Gesetz.

Die Kirche plant weitere Protestaktionen wenn die Sturmtruppen auch am nächsten Sonntag zum Einsatz kommen. „Die Lage wird immer kritischer", sagte Bismarck Carballo, der Sprecher des Erzbischofs. „Wir sind sehr besorgt." (SAD)

Engere Beziehungen zu El Salvador

Bonn schickt bald wieder Botschafter / Außenminister mit Besuch „sehr zufrieden"

MANFRED NEUBER, **Bonn**

Die Bundesrepublik Deutschland und El Salvador wollen ihre beiderseitigen Beziehungen vertiefen. In Kürze wird wieder ein Bonner Botschafter in San Salvador akkreditiert. Dies teilte der Außenminister des mittelamerikanischen Staates, Fidel Chavez, mit, der sich „sehr zufrieden" über seine Bonner Gespräche äußerte. Der letzte deutsche Missionschef war auf dem Höhepunkt des Bürgerkrieges in dem heute noch von Guerrilleros bedrohten Land zurückgezogen worden.

Über die Fortsetzung der technischen und wirtschaftlichen Hilfe der Bundesrepublik Deutschland konnte ebenfalls eine Übereinkunft erzielt werden. Wie Außenminister Chavez sagte, soll eine gemischte Kommission in nächster Zeit die Projekte festlegen. Aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hieß es dazu, daß Unterstützungen in Höhe von zwanzig Millionen Mark an El Salvador zur Verfügung gestellt werden sollen.

Chavez erörterte mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Regierungsvertretern anderer Ministerien sowie Repräsentanten der Parteien die Lage in Mittelamerika. Dabei konnte weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Ursachen der Krise und über die Wege zu ihrer Beilegung erzielt werden.

Der christlich-demokratische Politiker und Außenminister betonte, die Guerrilla in El Salvador habe keinen Rückhalt im Volke. Leidtragende der Anschläge auf das Wirtschaftsleben sei gerade die einfache Bevölkerung von El Salvador.

Chavez äußerte sich optimistisch darüber, daß die militärischen Aktionen der Guerrilla wie auch der Terror von Rechtsextremisten eingeschränkt werden kann.

In El Salvador werde der demokratische Prozeß mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und den Wahlen im nächsten Jahr vorankommen, sagte Chavez. Mit der Bodenreform solle auch der soziale Wandel beschleunigt werden. Verbesserungen seien auch in der Menschenrechtssituation zu verzeichnen. Die Regierung bemühe sich dabei, alle Übergriffe zu unterbinden.

Als einen Störfaktor für die ganze Region nannte der Außenminister Nicaragua. Solange es in dem Nachbarstaat keine freien Wahlen gebe und das undemokratische Regime fortbestehe, sei die Freiheit in ganz Mittelamerika gefährdet. Nach Ansicht von Chavez dürfe der Grenada-Konflikt den Sandinisten keinen Vorwand für eine weitere Aufrüstung und die Militarisierung Nicaraguas liefern.

Mehrheit für Reagan bei fast allen Waffen

rtr, **Washington**

Mit großer Mehrheit hat das amerikanische Repräsentantenhaus einen Verteidigungshaushalt von 247 Milliarden Dollar (652 Milliarden Mark) für das Finanzjahr 1984 beschlossen. Darin sind alle von Präsident Ronald Reagan geforderten Militärsysteme enthalten, außer den chemischen Waffen. Das Repräsentantenhaus, in dem Reagans Republikaner in der Minderheit sind, stimmt mit 328 gegen 97 für den Etat. Die Abstimmung im Senat ist noch in dieser Woche vorgesehen.

Die vom Repräsentantenhaus gebilligte Summe liegt – inflationsbereinigt – um 2,5 Prozent über dem Etat von 1983. Darin enthalten sind auch insgesamt 4,13 Milliarden Dollar für die Herstellung von 21 MX-Raketen sowie für weitere Forschung und Entwicklung dieser Waffe.

Streik bei der Zeitung der KPI

dpa, **Rom**

Die Parteizeitung der italienischen KP, „L'Unita", ist gestern zum ersten Mal in ihrer 60jährigen Geschichte wegen eines Streiks nicht erschienen. Etwa 400 Drucker waren in den Ausstand getreten, um die Zahlung ausstehender Löhne und Gehälter durchzusetzen. Ein Spendenaufruf der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) hat bisher mit 4,5 Millionen Lire nur knapp ein Drittel des Defizits (15 Millionen Lire) eingebracht. Die Parteiführung will das Blatt mit einer Auflage von mehr als 200 000 Exemplaren nun durch Entlassungen und Kurzarbeit sowie Einschränkungen bei den Regionalausgaben sanieren.

Kooperation mit Israel verstärkt

rtr, **Jerusalem**

Die USA und Israel wollen ihre strategische Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb des Nahen Ostens ausbauen, teilte ein israelischer Regierungssprecher nach einem Gespräch des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir mit dem Staatssekretär im US-Außenministerium Lawrence Eagleburger mit. Zudem hätten sich beide Seiten auf einen Besuch israelischer Minister in Washington noch in diesem Monat geeinigt. Eagleburger erklärte, die USA und Israel stünden gemeinsamen Problemen gegenüber und seien bereit, ihren „strategischen Dialog" zu vertiefen, um diesen Problemen zu begegnen. Über die Art und Weise der verstärkten Zusammenarbeit verlautete nichts.

Sperrung der Grenze droht

Leidet Warenverkehr mit Holland unter den Streiks?

BODO RADKE, **Den Haag**

Zu den von Angehörigen des öffentlichen Dienstes der Niederlande vorbereiteten Protesten gegen die von der Regierung zum 1. Januar angekündigte Kürzung der Gehälter um 3,5 Prozent gehört auch die – zumindest zeitweilige – Sperrung der Grenzübergänge nach der Bundesrepublik Deutschland. Dadurch würden nicht nur Zehntausende von Privatpersonen betroffen, auch der überaus rege Warenverkehr zwischen den Nachbarstaaten würde in Mitleidenschaft gezogen.

Manches deutet darauf hin, daß die beabsichtigte Sperrung der Straßen- und Wasserverbindungen von kommender Woche an ergänzt werden könnte durch einen Totalstreik der Eisenbahner, was den völligen Zusammenbruch des Handelsaustausches zur Folge hätte.

Nach dem Scheitern der Gespräche zwischen Innenminister Koos Rietkerk und Gewerkschaftsvertretern über eine eventuelle Veränderung der Sparpläne für den öffentlichen Dienst werden zur Zeit in den Gewerkschaftszentralen „Drehbücher" für eine Fülle von Aktionen unterschiedlichster Art ausgearbeitet. Zu den kuriosesten Plänen gehört die Absicht des Personals einer kommunalen Nervenklinik in Groningen, einen ganzen Tag lang nach dem „entflohenen Dieb Koos Rietkerk" zu suchen.

In vielen Gegenden der Niederlande hatten am Donnerstag die Bediensteten der öffentlichen Nahverkehrsmittel die Arbeit niedergelegt. Manche dieser Streiks waren auf 24 und andere auf 48 Stunden befristet. Der nunmehr seit eineinhalb Wochen andauernde „Dienst nach Vorschrift" bei den Eisenbahnern wurde fortgesetzt.

Nach Darstellung einer dem sozialistisch orientierten Fachverband FNV angeschlossenen Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes haben sich dieser seit Bekanntwerden der Gehaltskürzungs-Absichten rund 7000 neue Mitglieder angeschlossen. Die christliche Gewerkschaft dagegen registrierte keinen nennenswerten Zulauf.

Gegendarstellung

Auf Seite 5 der Nr. 253 der Tageszeitung „Die Welt" vom 29./30. Oktober 1983 werden unter der Überschrift „Geheimnisvolle Fracht für Rangun" unrichtige Behauptungen über unser Unternehmen aufgestellt. Es heißt dort zunächst, daß die birmanische Untersuchungskommission die bei der Festnahme getötete Person als Angehörigen der südkoreanischen Baufirma „Hyundai" identifiziert habe. Diese Behauptung ist unrichtig. Kein Mitarbeiter unseres Unternehmens ist im Zusammenhang mit dem Attentat und/oder der Festnahme getötet worden.

Es heißt in dem Artikel weiter, daß vier weitere Mitarbeiter unseres Unternehmens seit dem Attentat spurlos verschwunden seien. Dies ist ebenfalls unrichtig. Kein Mitarbeiter unseres Unternehmens ist seit dem Zeitpunkt des Attentats verschwunden.

Frankfurt am Main, den 1. Nov. 1983
Hyundai Engineering & Construction Co. Ltd.
Gez.: H. K. Yoo

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Telefon (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Noch keine Lösung für die Probleme Libanons

Genfer Konferenz steht unter massivem Druck Syriens

PETER M. RANKE, Beirut

Die Genfer Verhandlungen stehen unter Druck der Syrer und ihrer libanesischen Gefolgsleute, vor allem des Drusenchefs Walid Dschumblatt, erklären Regierungskreise in Beirut. Unter diesem Aspekt müssen alle eventuellen Ergebnisse in Genf beurteilt werden. Es gelte, eine Auslieferung Libanons an Syrien zu verhindern und durch diplomatische Formulierungskünste möglichst viel Souveränität und Unabhängigkeit zu retten.

Ein Beispiel dafür ist die Einigung auf ein „Einfrieren" des Abzugs-Abkommens mit Israel vom 17. Mai. Wenn der syrische Außenminister Khaddam zustimmt und seine Forderung nach „Annullierung" fallenläßt, ist das Abkommen formal gerettet, wie es auch amerikanischen Wünschen entspricht. Da später eine nationale Koalition in Beirut endgültig entscheiden soll, kann man im Sinne der libanesischen Opposition und Syriens ebensogut erklären, das Abkommen mit Israel sei tot, werde aber nicht begraben.

Weder für das „Einfrieren" noch für eine „Annullierung" hat Syriens Außenminister Khaddam in Genf irgendwelche Zusicherungen für einen syrischen Truppenabzug gegeben. Khaddam ist offiziell nur „Beobachter" wie der ebenfalls anwesende saudische Minister Massud, in Wirklichkeit aber ist er Aufpasser und Einpeitscher der libanesischen Oppositionsfront. Morgens und abends ruft er Walid Dschumblatt, Karamé, Frandschieh und den schiitischen Amal-Chef Nabih Berri zu Besprechungen und Manöverkritik zusammen. Nur der Ex-Präsident Frandschieh, ein maronitischer Christ, hat bisher Aussöhnungsgesten gegenüber Präsident Gemayel erkennen lassen.

Vermittler in den Kulissen

US-Sonderbotschafter Richard Fairbanks und der saudische Minister Massud spielen in den Kulissen die Vermittler. Zusammen mit Präsident Gemayel, Frandschieh und Ex-Präsident Camille Shamoun haben sie die Formel für die „Identität" Libanons entwickelt, der Syrien und die Opposition zustimmten. Nachdem die christlichen Vertreter die Formel „Libanon ist ein arabisches Land" glatt abgelehnt hatten, einigte man sich in Genf auf „Libanon ist arabisch in seiner Darstellung und Identität". Vor allem wurde damit aber verknüpft, daß Libanon ein „freier, unabhängiger und souveräner Staat mit territorialer Einheit und international anerkannten Grenzen ist".

Die Formel bringt für die aktuellen Probleme keinerlei Lösung und kann Syrien veranlassen zu fordern, daß vom „arabischen" Libanon keine Politik gegen das arabische System getrieben werden dürfe. Syriens Präsident Assad hatte erst kürzlich erklärt, Syrer und Libanesen seien ein Volk. Damaskus weigert sich auch anzuerkennen, daß die 40 000 syrischen Soldaten in Libanon „fremde Truppen" sind. Diese Streitmacht gehört ebenso wie die drohende Präsenz Khaddams in Genf zu den syrischen Pressions-Instrumenten gegen die Beiruter Regierung und ihre Armee.

Kämpfe bei Tripoli

Ein weiterer Druck auf die Delegationen der Regierung und der christlichen Parteien in Genf, syrischen Forderungen nachzugeben, geht auch von den neuen Kämpfen der Palästinenser bei Tripoli aus. Die Beschießung der Lager Baddawi und Nahr-el-Bared durch starke Kräfte der Anti-Arafat-Palästinenser ist nicht ohne syrische Zustimmung möglich. Die Syrer selbst haben Verstärkungen nach Nordlibanon geschickt und ihre alawitischen Anhänger aus Tripoli evakuiert, so daß schon vorige Woche Arafat in Tripoli vor einem „Massaker" der Syrer warnte. Offenbar will Damaskus mit Hilfe der Palästinenser um Abu Mussa jetzt die Lage im Norden im syrischen Sinne „bereinigen", das heißt Arafats Anhänger und die sunnitischen Moslembrüder in Tripoli niederkämpfen.

Die neuen heftigen Kämpfe in Nordlibanon können ein vorzeitiges Ende der Genfer Verhandlungen bedeuten. Frandschieh und Karamé müßten als Lokalpolitiker eigentlich sofort nach Nordlibanon zurückkehren. Damaskus wird jedenfalls nach Auffassung Beiruter Regierungskreise in Genf keine Formeln und keine Lösungen absegnen, die nicht im syrischen Interesse liegen. (SAD)

Seite 2: Die neueste Charaktermaske

Nakasone weht jetzt ein rauher Wind ins Gesicht

Japans Parteienlandschaft nach dem Neuwahlbeschluß

FRED de LA TROBE, Tokio

Der japanische Ministerpräsident Nakasone wird nach der baldigen Verabschiedung wichtiger Gesetze das Unterhaus auflösen und Neuwahlen ausschreiben. In Kreisen der liberal-demokratischen Partei Japans (LDP) ist zu hören, daß der Premier die gegenwärtig festgefahrene innenpolitische Situation auf diese Weise wieder auflockern will. Heute soll die LDP daher im Alleingang die Vorlagen zu einer Verwaltungsreform und zu Steuersenkungen durch das Parlament bringen.

Als Wahltermine sind gegenwärtig Ende Dezember oder der Januar nächsten Jahres im Gespräch. Die Legislaturperiode des Unterhauses würde andernfalls noch bis Mitte 1984 laufen. Nakasone hat aber das Vorrecht, den Urnengang schon vorher anzusetzen.

Seit das Bezirksgericht in Tokio vor drei Wochen den ehemaligen Ministerpräsidenten Tanaka zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilte – Tanaka ist gegen Kaution frei – boykottieren die Oppositionsparteien alle Parlamentssitzungen. Sie fordern, daß die Volksvertretung über eine Resolution abstimmt, die den Ex-Premier zur sofortigen Aufgabe seines Mandats auffordert.

Tanaka hat erklärt, daß er das nicht tun werde, da das einem Eingeständnis seiner Schuld gleichkommen würde. Nakasone lehnte eine Abstimmung über die Resolution ab, da er befürchten muß, daß Teile seiner eigenen Partei sich der Stimme enthalten und damit einen Sieg der Opposition herbeiführen würden.

„Graue Eminenz"

Tanaka trat zwar schon vor acht Jahren aus der LDP aus, er hat jedoch einen Parlamentssitz als Unabhängiger und nimmt als solcher entscheidenden Einfluß auf die Regierungspartei. Er gilt als deren „Königsmacher" und „graue Eminenz". Die „Tanaka-Armee" im liberaldemokratischen Lager ist mit 65 Unterhausabgeordneten die größte Fraktion in der LDP und die Hauptstütze des Regierungschefs. Ihr verdankt Nakasone sein Amt, ohne sie kann er nicht regieren. So bleibt ihm angesichts der verhärteten Fronten zwischen den Liberaldemokraten und allen Oppositionsparteien und der erforderlichen Rücksichtsnahme auf Tanaka die Unterhauswahl als einziger Ausweg.

In der japanischen Parteilandschaft hält die prowestliche LDP, die seit 28 Jahren allein regiert, mit 286 von 511 Sitzen im Unterhaus eine gutgepolsterte Übermacht. Die Partei stellt ein loses Bündnis von Fraktionen dar, die sich um starke Politiker scharen. Ihren Hauptrückhalt hat sie in der konservativen Landbevölkerung, beim Mittelstand und in der Industrie.

Die größte Oppositionspartei bilden die Sozialisten (104 Sitze im Unterhaus), die durch Beharren auf längst überholten marxistischen Dogmen und internen Flügelkämpfen seit Jahren an Anhängerschwund leiden. Die Partei tritt für eine unbewaffnete Neutralität Japans und den allmählichen Abbau der japanischen Streitkräfte ein.

CDP muß Federn lassen

Unter den kleineren Parteien ist die buddhistisch orientierte Komeito (34 Sitze) die stärkste. Sie steuert einen gemäßigten Mittelkurs, ihre Rezepte erscheinen aber oft verschwommen. Sie macht vielfach gemeinsame Sache mit der demokratisch-sozialistischen Partei (31 Sitze), die politisch rechts von den Sozialisten angesiedelt ist.

Die kommunistische Partei (29 Sitze) versucht einen nationalen Kurs zu steuern, der unabhängig von der Sowjetunion und China ist. Unter den restlichen Miniparteien und Unabhängigen ragt noch der von den den Liberaldemokraten abgesplitterte neue Liberale Club (10 Sitze) heraus.

Nach den Voraussagen der politischen Auguren wird die LDP bei den kommenden Wahlen an der Macht bleiben, wegen des Tanaka-Urteils aber einige Federn lassen müssen. Hinzu kommt, daß beim letzten Urnengang 1980 eine Welle des Mitleids wegen des plötzlichen Todes des damaligen Ministerpräsidenten Ohira den Liberaldemokraten zu unerwarteten Mandatsgewinnen verhalf.

Sprecher der liberaldemokratischen Partei befürchten, daß die Fraktionsstärke der LDP im Unterhaus um etwa 20 Sitze sinken wird. Damit bliebe allerdings immer noch eine absolute Mehrheit bestehen, doch wäre es dann nicht mehr möglich, die Kontrolle über alle Ausschüsse zu behalten. Das Regieren würde etwas schwieriger als bisher.

Repräsentative Umfragen der japanischen Medien haben in den letzten Tagen ein Sinken der Popularitätskurve Nakasones und der LDP ermittelt. Statt 46 Prozent vor einem Monat unterstützen demnach nur noch 40 Prozent der Befragten den Ministerpräsidenten. Die Erhebungen ergaben auch, daß sich vier Fünftel dafür aussprachen, der ehemalige Ministerpräsident Tanaka solle seinen Parlamentssitz aufgeben und sich aus der Politik zurückziehen. (SAD)

Mugabe festigt sein Regime

Von MONIKA GERMANI

Zum 20. Gründungstag seiner Zanu-Partei Anfang August, erklärte Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe auf einer Feier vor Tausenden von Anhängern, seine Partei „werde bis in alle Ewigkeit regieren". Tatsächlich gibt es kaum Anzeichen in der letzten politischen Entwicklung des Landes, die eine Änderung der Machtverhältnisse andeuten: Zipra-Führer und Widersacher Joshua Nkomo ist zwar zurückgekehrt, spielt aber politisch kaum mehr eine Rolle. Mit der Verhaftung von Bischof Abel Muzorewa, aus dem Volk der Maschona wie Mugabe selbst, hat Mugabe einen weiteren Konkurrenten in der Versenkung verschwinden lassen. „Muzorewas Verhaftung ist nur eine Abkürzung Mugabes auf dem Weg in den Einparteienstaat", kommentierte ein Parteianhänger des Bischofs.

Obwohl es kaum mehr Berichte über Dissidenten-Tätigkeiten aus Nkomos Hochburg, dem Matabeleland gibt, weil in Südafrika stationierte Journalisten nicht mehr nach Zimbabwe einreisen dürfen, mußte Mugabe kürzlich zugeben, daß zwei schwarze Farmarbeiter auf der Straße von Harare nach Kariba von Dissidenten erschossen worden sind. Das zeigt, daß die Rebellen auch langsam in den Nordosten des Landes vordringen. Die von Nordkoreanern ausgebildete 5. Brigade, die Anfang August nach blutigen Kämpfen mit den Matabele abgezogen worden war, ist nach Berichten aus Zimbabwe wieder dort stationiert. Unter den Zipra-Guerrillas hat sich eine neue Führungsspitze gebildet, da sowohl Demissa Dibengue als auch Lookout Masuku, die führenden Köpfe der Zipra, im Gefängnis sitzen. Diese neuen Führer und ihre Guerrillas operieren meist aus dem benachbarten Botswana, sehr zum Leidwesen der dortigen Regierung, die schon in Anbetracht der militärischen Stärke Zimbabwes auf freundschaftliche Beziehungen mit Harare bedacht ist.

Die wirtschaftliche Lage Zimbabwes ist von der zunehmenden Afrikanisierung in allen Verwaltungsbereichen und der herrschenden Trockenheit gezeichnet. Immer mehr kleine Bauern wandern mit ihren Familien von ihrem vertrockneten Land in die Hauptstadt, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden.

ZIMBABWE

Mugabes Plan, brachliegende weiße Farmen an schwarze Bauern zu verteilen, ist vorläufig auf Eis gelegt worden. Der Staat hat einfach kein Geld mehr, um die Bauern mit Saatgut und Unterkünften zu versorgen. Land selbst ist ausreichend vorhanden, da die Auswanderungszahlen der Weißen in den letzten Monaten neue Rekordhöhen erreicht haben. 57 weiße Farmer sind seit der Unabhängigkeit im April 1980 erschossen worden.

Nach den letzten Steuererhöhungen im Juli ist Zimbabwe eines der Länder mit dem höchsten Steuersatz auf der Welt geworden: Bis zu 63 Prozent Einkommenssteuer, 23 Prozent Verkaufssteuer auf alle verkauften Waren, der Zoll für importierte Güter beträgt zwischen 15 und 20 Prozent, und die Inflationsrate beträgt inzwischen 20 Prozent.

Den größten Anteil an Entwicklungshilfe erhält Zimbabwe aus den USA. Auf seiner kürzlichen Washington-Reise erhielt Mugabe die Zusage von Präsident Reagan, daß die 75 Millionen Dollar Hilfe, verteilt auf drei Jahre, weiterhin gezahlt werden. Mugabe setzte diese Zusage allerdings kurzfristig aufs Spiel, als sein Land bei der UN-Abstimmung über den Abschuß des koreanischen Verkehrsflugzeuges sich auf die Seite der Sowjetunion stellte. Jean Kirkpatrick befürwortete daraufhin eine Reduzierung der Gelder auf die Hälfte, doch US-Außenminister Shultz setzte sich für die volle Zahlung ein. Kurz danach stimmte der zimbabwische UN-Delegierte gegen den Einsatz von US-Truppen auf Grenada.

Das britische Außenamt dementierte Anschuldigungen, wonach die 70 Millionen Mark Hilfe für Mugabes Siedlungsprojekt nur „schleppend bezahlt" werden. Aber nur die Zahlungen aus der Bundesrepublik kommen pünktlich. Seit der Unabhängigkeit hat die Bundesrepublik Hilfe in Höhe von 290 Millionen Mark an den marxistischen Staat Mugabes zugesagt.

„Warschau will einen stalinistischen Prozeß"

„Solidarität"-Sprecher zur Anklage gegen KOR-Mitglieder

INGO URBAN, Frankfurt

Das bevorstehende Gerichtsverfahren gegen vier führende Mitglieder des aufgelösten polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" (KOR) kommt nach Ansicht des „Solidarnosc"-Mitglieds und Vorsitzenden der Region Radom, Adrezej Sobieraj, einem „fingierten stalinistischen Prozeß" gleich. Sobieraj, der offenbar nach Absprache mit Lech Walesa am 28. Oktober in die Bundesrepublik Deutschland ausgereist war, stellte gestern in Frankfurt die Anklageschrift vor. Er nannte sie einen „Beweis für die Schwäche und den Zynismus des Systems".

In der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft aus Warschau gegen die KOR-Mitglieder Jacek Kuron, Adam Michnik, Henryk Wujec und Zbigniew Romaszewski heißt es, sie hätten von September 1977 bis August 1982 in Warschau und anderen Orten Polens wie auch außerhalb seiner Grenzen „durch Sprengung der Bündniseinheit mit der UdSSR den gewaltsamen Umsturz des Systems und die Schwächung der Wehrkraft der Volksrepublik Polen angestrebt".

Besonders aufschlußreich sei der Passus: „Als Ausgangspunkt diente den Verdächtigen die Behauptung, daß das in Polen herrschende gesellschaftlich-politische System toatalitären Charakter habe und angeblich sowohl die Gesellschaft als auch den einzelnen unterdrücke, indem es diese der politischen Freiheit sowie der bürgerlichen Rechte beraube. Konsequent wurde verkündet, daß der polnische Staat nicht souverän, daß das Volk nicht frei sei und daß die Staatsmacht in ihrer Tätigkeit den imperialistischen Interessen der Sowjetunion diene."

Im weiteren Text der Anklageschrift werden den Angeklagten besonders die Interviews und Veröffentlichungen von Kuron und Michnik im „Spiegel", „Paris Match", „Kultura", „Le Monde" und in der WELT zur Last gelegt. Dazu heißt es, dies hätte den Interessen des Volkes und des polnischen Staates Schaden zugefügt."

Sobieraj erklärte auf der Pressekonferenz, daß zu keinem Punkt in der Anklageschrift der Nachweis erbracht wird, wie der gewaltsame Umsturz angestrebt wurde. Die Angeklagten seien für Rechte eingetreten, „die den Menschen in der ganzen Welt zustehen". Die polnischen Behörden hätten den Betroffenen am vergangenen Wochenende angeboten, sie freizulassen und auf ein Verfahren zu verzichten, wenn sie „für eine gewisse Zeit" Polen verließen. Für das bevorstehende Verfahren sei bislang in Warschau noch kein Termin anberaumt worden.

Sobieraj bezeichnete weiter die Bemühungen der polnischen Behörden, den „Untergrund" aufzulösen, als Fiasko. Trotz aller Behinderungen wachse die „Solidarität" ständig.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Defekte Funktionärsmoral

Alle, die für das Wirtschaftsleben Verantwortung tragen, beschäftigen sich mit dem Problem der Arbeitslosenziffern und mit dem Vorschlag zur Arbeitszeitverkürzung. Man muß daher für die Gewerkschaften Verständnis haben, wenn sie sich engagiert zu Wort melden und nun die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich fordern. Leider werden dabei entstehende Kosten kaum gewertet, Bedenken hin, Bedenken her.

Wie wäre es, wenn gut verdienende Gewerkschaftskonzerne wie Bank für Gemeinwirtschaft, Coop, Neue Heimat oder Volksfürsorge Versicherung mit Tochterunternehmen vorexerzierten, was der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert? Man verweise dann nicht auf die Konkurrenz. Mit dieser müssen im Falle der Verwirklichung der 35-Stunden-Woche besonders kleine und mittelgroße Unternehmen vor allem im grenznahen Bereich, die nicht mit staatlichen Subventionen rechnen können, auch fertig werden, da innerhalb der EG kein Zollschutz besteht.

Es ist allzu leicht, Forderungen in den Raum zu stellen, die man selbst sehr zurückhaltend erfüllen möchte. So ist es bezeichnend, daß die „Neue Heimat" durch ihren Vorstandschef kürzlich bekanntgeben ließ, daß sie aus Gründen der Rationalisierung innerhalb von zwei Jahren mehr als 500 Beschäftigte, also über 10 Prozent abgebaut hat und dies auch bei den überhöhten Sozialleistungen tut. Hören wir nicht immer von sozialer Demontage! Auch im Lehrstellenangebot erfährt man aus dem Bereich der Gewerkschaften nicht von großzüger Verfahrensweise. Ich habe gelernt: Wenn ich Moral verkünde, muß ich mich besonders vorbildlich verhalten.

Hermann W. Thywissen, Neuss/Rhein

Zuviel dümmliche Attacken

„Trost für Engelmann": WELT vom 19. Oktober

Sie haben die Äußerungen Engelmanns zur Verleihung des Friedenspreises an Manès Sperber kritisch beleuchtet. Dies war notwendig.

Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller hat Sperber auf eine unsäglich dümmliche Art während des 13. Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier attackiert. Und 280 Delegierte, man muß sich das einmal vorstellen, haben Engelmann Beifall geklatscht. Es ist kaum zu fassen. Ein Funktionär, politisch einäugig wie Engelmann von jeher war, greift Sperber, diesen großen Zeitzeugen, der erlebt hat, was Totalitarismus ist und heißt, auf eine Art an, die einem die Schamesröte ins Gesicht treibt, und 280 Delegierte eines Gewerkschaftskongresses klatschen dazu Beifall. Wissen diese Delegierten denn eigentlich nicht, was sie beklatschen, wissen sie es wirklich nicht?

Über Engelmann sollte man nicht weiter diskutieren. Die Frage jedoch ist schon berechtigt, wie sich freie deutsche Schriftsteller in einem immer noch freien Lande einen solchen Vorsitzenden leisten können, der ja nun zur Genüge bewiesen hat, welchem System seine Vorliebe gilt.

Da läßt erinnern, was Friedrich Torberg am 26. Juni 1979 an Manès Sperber schrieb, nachzulesen in seinem Briefband „In diesem Sinne": „Was die Selbsttäuschung der linken Intellektuellen betrifft, so bist Du leider im Irrtum, wenn Du das „Ende der Illusionen" gekommen siehst. – Es sind also der Selbsttäuschung keine Grenzen gesetzt und es ist auch nicht zu erwarten, daß sie jemals aufhören wird. Ich habe das – gleichfalls schon vor Jahren – als einen organischen Defekt charakterisiert: Ähnlich wie man vor der Aufnahme in die jüdische Gemeinschaft am Gliede beschnitten wird, erfolgt vor dem Eintritt in die kommunistische Gemeinschaft eine Beschneidung des Gehirns, und die läßt sich nie wieder gutmachen. Die wenigen Ausnahmen, zu denen Gott sei Dank auch Du gehörst, lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen."

Wie lange lassen sich also deutsche Schriftsteller einen solchen Vorsitzenden bieten? Ginge es mit rechten Dingen zu, müßte Siegfried Lenz, der die vorzügliche Laudatio auf Sperber gehalten hat, den Schriftstellerverband, dem Engelmann vorsteht, unter Protest verlassen, und viele, viele müßten ihm folgen. Es bleibt abzuwarten, was geschieht.

Hochachtungsvoll
Klaus Seidel, Hamburg 20

„Drüben" kein Spaß

Warum wird gegen die Amerikaner immerzu, gegen die Russen aber, trotz Polen und Afghanistan, nur höchst selten demonstriert? Warum muß sich Ronald Reagan als Kriegstreiber titulieren lassen, Jurij Andropow jedoch nicht? Und warum ist in den Friedensdemonstrationen soviel die Rede von Pershing II, die unsere Verteidigung, und so wenig von SS 20, die unsere Vernichtung bezwekken?

Hierfür gibt es die verschiedensten Gründe. Ich möchte einen psychologischen Aspekt beisteuern. Es macht eben – Petra Kelly hat es uns neulich gestanden – einfach keinen Spaß, gegen ein kommunistisches Regime zu demonstrieren; die Regierung bleibt gänzlich ungerührt und die Bevölkerung erfährt ohnehin nichts. Wieviel angenehmer ist es dagegen, eine westliche Regierung zur attackieren! Das Fernsehen ist sofort zu Stelle, auch wenn es sich – wir haben es kürzlich erlebt – nur um 200 Personen handelt. Die Politiker überlegen sich einmal mehr, ob sie vielleicht die Beziehung zur Basis verloren haben, „Report", „Panorama" und Emil Obermann haben neue Themen und auf eine begeisterte Resonanz im „Neuen Deutschland" kann der Demonstrant allemal rechnen.

Hierbei braucht es aber gar nicht die eigene Regierung zu sein, die angegriffen wird, obwohl auch dies schon recht medienträchtig ist, nein, mancher Demonstrant fühlt sich offenbar besonders wohl, wenn er einer verbündeten Regierung am besten natürlich den USA, einen ordentlichen Tritt vor das Schienbein versetzen kann. Und was denkt er sich dabei? Sicherlich nicht genug, sonst müßte ihm die fatale Erkenntnis aufdämmern, daß diese Regierung, solchermaßen behandelt, sich ja aus dem Bündnis zurückziehen könnte, wonach es dann mit der wunderschönen Demonstrationsfreiheit recht rasch aus und vorbei sein könnte.

Dr. Fritz Herbst, Bonn 1

„Volksfeinde"

„Volksversammlung auf dem Rathausmarkt": WELT vom 21. Oktober

Wenn gewöhnliche Bürger ihre politischen Anschauungen auf die Straße tragen, nennt man das eine Demonstration; wenn die Friedensbewegung das macht, ist es eine „Volksversammlung". Wieso eigentlich?

Mit derselben propagandistischen Frechheit hat Joseph Goebbels seine und seines Führers „Bewegung" zum „gesunden Volksempfinden" erklärt; wer es nicht hatte, der war eben ungesund. Wer jetzt nicht mitmarschiert, ist offenbar ein Volksfeind.

Kommunisten haben die semantische Schwindelei mit dem Wort „Volk" perfektioniert, mit „Volkskongreß" (1948), „volkseigen" oder jener schwachsinnigen Tautologie „volksdemokratisch" usw., usw. So werden Scheinplebiszite inszeniert.

Ein paar tausend Leute versammeln sich, versehen mit verwaltungsgerichtsrätlichem Segen, vor den Fenstern der Bürgerschaft einer Freien und Hansestadt, um sich als „Volk" zum Souverän über das gewählte Parlament aufzuwerfen, denn die Staatsgewalt geht ja nun mal vom Volke aus, und „Volk" ist schließlich, wer sich selbst dazu ernennt. Oder?

Bert Brecht hat uns den Gebrauch des Wortes „Volk" auf hundert Jahre verbieten und durch den Begriff „Bevölkerung" ersetzen wollen. Recht hatte er! Selbst die verlogensten Demagogen würden es wohl nicht wagen, eine „Gesamtbevölkerungsversammlung" der Republik zu plakatieren. Wenn alle politischen Rattenfänger zu begrifflicher Klarheit gezwungen werden könnten, würden sie sich selbst entlarven. Wir sollten unser Sprachgefühl schärfen!

Edgar Hein, Hamburg 61

Wort des Tages

„Wer ist der glücklichste Mensch? Der fremdes Verdienst zu empfinden weiß und am fremden Genuß sich wie am eigenen zu freun."

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Ehrenamtlich

Im Kommentar von Enno von Loewenstern „Frau Donnepps Einfall" (WELT vom 19. Oktober) wird die nachweislich wahrheitswidrige Behauptung aufgestellt, ich hätte „Planstellen" für Ombudsmänner zum Schutze gequälter Kinder gefordert. Sämtliche mir zugängliche Medien, darunter auch der von Ihnen bezogene Dienst der „Deutschen Presse-Agentur" (dpa) haben die von mir vorgeschlagenen Ombudsmänner richtig als „ehrenamtliche" Helfer zur Überwindung dieses Gesellschaftsproblems wiedergegeben.

Inge Donnepp, Düsseldorf

Scheuklappenfrei?

„Keine Antenne"; WELT vom 18. Oktober

Es ist doch beschämend, daß ein Rentner „von drüben" unseren Fernsehanstalten sagen muß, wie uninteressant und langweilig unsere Nachrichtensendungen sind. Man weiß schon vor Beginn einer solchen Sendung, was man für die Zuschauer ausgesucht haben könnte: Demonstrationen von fern und nah, Krieg und Schießereien mit deren unabwendbaren Folgen. Viele Demonstranten scheinen schon darauf zu warten, daß das Fernsehen dabei ist. Viele können dann dadurch den Nachweis ihrer Teilnahme belegen.

Bei Partei- und Gewerkschaftstagen weiß man schon im voraus, daß dieser Kelch nicht an uns vorüber geht.

Der Mann „von drüben" hat keineswegs übertrieben, sondern das zum Ausdruck gebracht, was auch viele Zuschauer hier über die „für uns" ausgesuchten Themen der Nachrichtensendungen *denken*. Aber wir *sind* immer noch besser dran, als der Mann „von drüben", da wir ja auf beliebige, dem Einzelnen genehme, Medien ausweichen können.

Der letzte Halbsatz Ihres Artikels, sehr geehrter Herr Zehm hat auch für uns Bedeutung und verdient es wiederholt zu werden, damit die Fernseh-Leute ihn auswendig lernen können: „... und eine scheuklappenfreie Vielfalt der Themen und Aspekte anstreben".

Mit freundlichen Grüßen
Max Mertens, Hamburg 60

Personalien

GEBURTSTAGE

Professor **Gerhard Joppich**, ein *Pionier der Polio-Schluckimpfung*, feiert am Samstag seinen 80. Geburtstag. Der frühere Ordinarius für Kinderheilkunde an der Universität Göttingen stammt aus dem schlesischen Hermsdorf. Er studierte unter anderem in Berlin und Graz Medizin. 1936 habilitierte er sich in Köln. Internationales Aufsehen errang er durch seine wissenschaftlichen Arbeiten während der großen Kinderlähmungsepidemie im gleichen Jahr. 1942 wurde er Direktor des Auguste-Viktoria-Kinderkrankenhauses in Berlin, seit 1978 Universitätsklinik der Freien Universität. Joppich gehörte zu den Gründern der Medizinischen Fakultät dieser neuen Universität. 1954 folgte er einem Ruf nach Göttingen. Als Präsident der deutschen Vereinigung zur Bekämpfung der Kinderlähmung setzte er durch, daß zwischen 1959 und 1966 die Polioschluckimpfung für das ganze Bundesgebiet eingeführt wurde. Die Medizinische Fakultät der Universität Göttingen wählte Gerhard Joppich zweimal zum Dekan. Noch drei Jahre nach seiner Emeritierung wurde Professor Gerhard Joppich mit großer Mehrheit zum Ärztlichen Direktor des Göttinger Klinikums gewählt.

*

Joseph Neyses, Musiker, Pädagoge und Forscher in Personalunion, wird in Düsseldorf am 10. November 90 Jahre alt. Seine bedeutenden Lehrer waren einmal **Wanda Landowska** am Cembalo, **Fritz Steinbach** im Dirigieren und **Ludwig Schiedermair** als Doktorvater. Seinen „Bachverein Düsseldorf" leitete Joseph Neyses mehr als 50 Jahre lang. Nach 1945 erwarb er sich große Verdienste als Direktor des Robert-Schumann-Konservatoriums. Hier ließ er die ersten Radio-Toningenieure durch **Friedrich Trautwein** und den Sängernachwuchs durch die inzwischen schon legendäre Altmeisterin **Franziska Martienssen-Lohmann** unterrichten. Berühmt ist Joseph Neyses auch durch seinen „Altherrenhumor". „Der Geist wehet wo er will, wenn auch nicht immer", meinte er einmal zum Thema „Rheinische Kulturpolitik".

TIERSCHÜTZER

Die Schildkröte wird von Deutschlands feinsten Speisekarten verschwinden. Nachdem der Münchner Stargastronom **Eckhart Witzigmann** bekannt gab, er wolle in seinem Restaurant „Aubergine" keine Schildkrötensuppe mehr anbieten, hat sich jetzt auch ein großes Unternehmen in Bad Godesberg dieser Art von gastronomischem Tierschutz angeschlossen: die Bad Godesberger Redoute. Der Direktor der Redoute, der Franzose **Gerard Jurine** und Chefkoch **Michael Mittermeier** kamen überein, ab sofort in der Redoute Schildkröte in jeder Form von der Speisekarte verschwinden zu lassen. In der Redoute finden regelmäßig Staatsessen der Bundesregierung statt. Sie ist außerdem seit vielen Jahren Treffpunkt der internationalen Diplomatie. So wird in dem Schlößchen des früheren Kurfürsten **Max-Franz** am kommenden Montag Sowjetbotschafter **Wladimir Semjonow** den Tag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution feiern.

EHRUNGEN

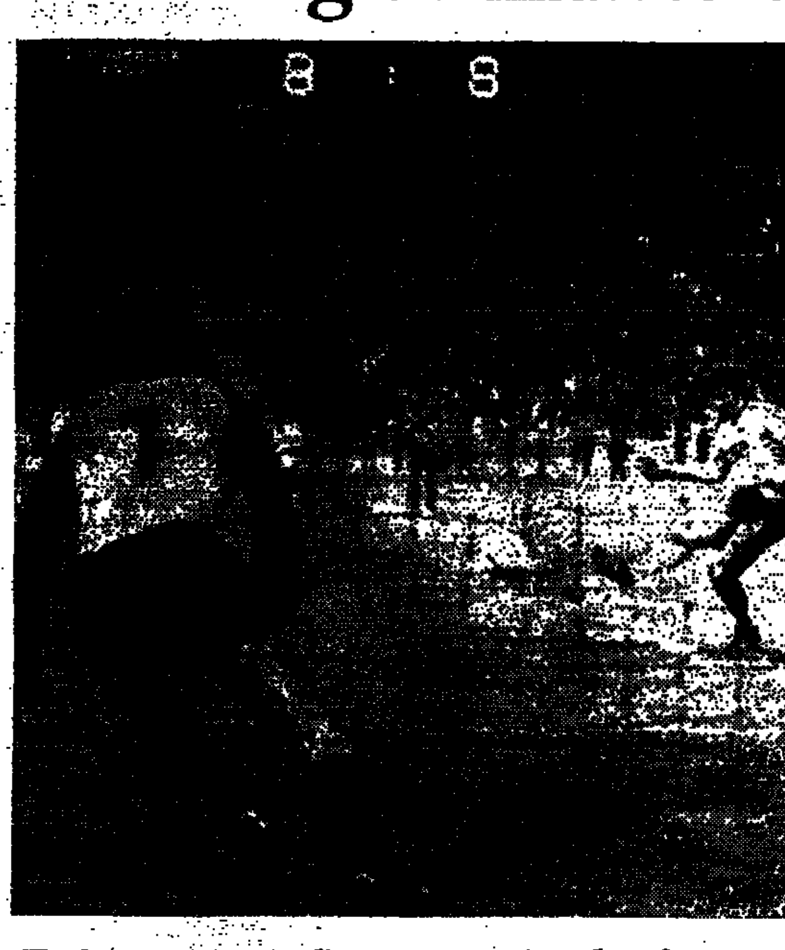
In dieser Woche hat **Loki Schmidt**, Schirmherrin der „Stiftung zum Schutze gefährdeter Pflanzen" in Hamburg Umweltschützer geehrt und ihnen die Silberpflanze verliehen. Von Frau Schmidt ausgezeichnet wurden Dr. **Johann Högenauer** und **Franz Rembold** aus Markt Königstein, die in Königstein einen botanischen Lehrpfad angelegt haben! Die Silberpflanze erhielt auch Baudirektor **Werner Kruspe** vom Naturschutzamt Hamburg, der im „Weichbild" der Hansestadt Schutzgebiete ausgewiesen hat, die Standorte seltener und gefährdeter Pflanzen sind. Weitere Preisträger sind Doris Engel aus Neuwied, die sich für Landschaftspflege engagiert, die Arbeitsgemeinschaft deutscher Junggärtner und Hajo Hayen vom Staatlichen Naturkunde-Museum in Oldenburg, der sich für die Rettung bedrohter Moore eingesetzt hat.

*

Einer der bekanntesten Vertreter des ehemaligen ostpreußischen Fußballs und langjährige FIFA-Schiedsrichter **Fritz Bouillon** wurde zu seinem 80. Geburtstag mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen, der Goldenen Sportnadel der Stadt Marburg und dem Ehrenteller des Kreises Marburg-Biedenkopf geehrt. Fritz Bouillon hatte die Endspiele um die Deutsche Fußballmeisterschaft 1942 im Olympiastadion in Berlin geleitet und die Süddeutsche Meisterschaft 1950 in Nürnberg. Durch seine Schule sind rund 500 Schiedsrichter gegangen.

EUROPAPOKAL / Nur Bayern weiter: Der Satz von der „stärksten Liga der Welt" stimmt nicht mehr – Jean-Marie Pfaff Münchens neuer Held

Ein Belgier mußte die deutsche Fußballehre retten





Jean-Marie Pfaff – so wurde er zum Held von München: Beim Stand von 8:8 beim Elfmeterschießen hielt Bayern Münchens belgischer Torwart den Ball, dann trat er selbst an (linkes Foto) und hatte Erfolg. Anschließend wurde Pfaff (rechts) von den Fans auf den Schultern vom Platz getragen. Pfaff: „Das war mein erster Elfmeter seit meiner Schülerzeit."

EDGAR FUCHS, München

Eigentlich war das Stück als leichte Unterhaltung auf den Spielplan gekommen. Aber da die eine Hälfte der Darsteller an diesem Abend in hartnäckiger Humorlosigkeit den zugedachten Narren-Part verweigerte, verselbständigte sich die Dramaturgie und die Aufführung wuchs sich zum Drama aus, was – um schließlich eine befriedigende Lösung zu bieten – den Auftritt eines Helden verlangte.

Wenn der Weg vom strahlenden zum tragischen Helden sich auf kurzer Distanz entscheidet, auf vier bis fünf Schritte Anlauf und Sekundenbruchteile reduziert ist, drängt sich keiner in den Vordergrund. Als es beim Elfmeter-Duell zwischen dem FC Bayern München und PAOK Saloniki 8:8 stand und der letzte Schuß fällig war, blieben nur noch zwei übrig. Der eine, Bertram Beierlorzer, hatte sich verdrückt. Udo Lattek: „Wo ist denn dieser Feigling Beierlorzer? Der hat bestimmt schon wieder die Hosen gestrichen voll." Der andere, Jean-Marie Pfaff, hätte das vielleicht auch gerne getan, aber Uli Hoeneß versperrte ihm den Fluchtweg. Beierlorzer – Pfaff, wer will den Unterschied zwischen der Feigheit und dem Mut der Verzweiflung an diesem Beispiel definieren?

Der Belgier, der als gläubiger Mensch („Ich habe zum lieben Gott gebetet, daß er mir beisteht. Schließlich bin ich ein guter Katholik") geschildert wird, sagt, er habe die Augen zum Himmel gehoben und um überirdischen Beistand gebeten. Was beweist, daß das Vertrauen in die eigene Treffsicherheit nicht sehr groß gewesen sein kann. Aber er hat den ersten Elfmeter seines Lebens verwandelt und sich danach feiern lassen.

Der Held des Abends, ein ganz und gar unfreiwilliger, war gefunden. Und wie schnell das geht, wie leicht einer zum Retter wird, war am nächsten Morgen zu erkennen. Pfaff wohnt mit Frau und drei Kindern in einem Reihenhaus vor den Toren der Stadt. Nach Unterhaching werden die Zeitungen geliefert, die schon Minuten nach Spielschluß durch die Rotationen laufen. Zu früh, um die Ereignisse im Olympiastadion ganz und korrekt zu erfassen. Bei sich zu Hause durfte Pfaff deshalb in einer Münchner Boulevard-Zeitung lesen, was längst nicht mehr galt. Auf dem Blatt, auf dem das Elfmeter-Drama später ausführlich geschildert wurde, stand noch eine lange vorher entstandene Einzelkritik. Da hieß es: Pfaff – 3. Die Zahl bedeutet ausgeschrieben befriedigend.

Die armen Hunde im Tor. Es muß schon Ungewöhnliches geschehen, es muß immer erst vieles schiefgegangen sein, und andere müssen versagt haben, ehe man für sie zu den großen Lettern greift und in die Kisten mit den Klischees. Und dann dürfen sie beweisen, was sie wert sind. Ohnehin werden sie an der Börse nicht sonderlich hoch gehandelt. 900 000 Mark hat der belgische Nationaltorhüter gekostet. Allein am Mittwochabend hat er einen schönen Teil davon eingespielt.

Mit 500 000 Mark hatten die Bayern den Erlös aus dem UEFA-Cup angesetzt, 400 000 verdienten sie bisher, den fehlenden Rest bringt die dritte Runde allemal ein. Und daß Pfaff die Münchner vor der Peinlichkeit bewahrt hat, ausgerechnet von der Mannschaft ihres Ex-Trainers Pal Csernai ausgeschaltet zu werden, ist nahezu unbezahlbar. Über die süffisanten Bemerkungen seines Vorgängers, er hoffe nicht wieder lesen zu müssen, die Bayern hätten nur mit angezogener Handbremse gespielt, erregte sich Udo Lattek: „Es gibt Leute, die sich unheimlich gerne auf die Schulter klopfen."

Das tut jeder nach seinen Möglichkeiten. Lattek hatte bedauerlicherweise keinen Grund dazu. Denn schließlich verdanken er und die Mannschaft den Sieg einem Mann, mit dem er sich selten einige eigenwillige Scherze erlaubt hatte. Vor nicht allzu langer Zeit stellte er die Frage, ob Pfaff überhaupt dem Reservisten Manfred Müller vorzuziehen sei. Ein paarmal setzte er den Belgier sogar auf die Bank, was selbst bei nicht besonders sensiblen Naturen leicht der Anfang einer langfristigen Krise sein kann. Diesmal war Pfaff dabei. Lattek hatte möglicherweise doch Weitblick, vor allem aber Glück, und mehr als das hatten die Bayern an diesem Abend nicht vorzuweisen, einschließlich Pfaff.

Die Hamburger scheiterten, weil sie keinen Sturm haben, Köln besiegte sich selbst, Bremen zu „grün"

Von MARCUS BERG

Seit Mittwoch abend ist es wohl auch dem letzten Fußball-Freund klargeworden. Der Spruch von der „stärksten Liga der Welt" läßt sich heute nur noch als leeres Gerede bezeichnen. Und die Sahne auf dem europäischen Fußballkuchen bilden endgültig nun auch die anderen. Die Bundesligaklubs aber sind nur noch der Teig, der halt dazugehört. Nun jammern sie wieder allerorten. An der deutschen Überheblichkeit soll's gelegen haben, so befand Altbundestrainer **Helmut Schön** (67), daß der Europapokalsieger Hamburger SV, der Pokalsieger 1. FC Köln und der deutsche Vizemeister Werder Bremen nicht mehr im Rennen sind. Ausgeschieden schon in der zweiten Runde gegen Gegner, die wirklich nicht zu den stärksten Teams in Europa zählen.

Gescheitert sind sie aber nicht nur am Mittwoch. Was in den Rückspielen passierte, war nur die logische Konsequenz der unterlassenen Arbeit in den Hinspielen. Ein deutscher Profi tut eben nicht mehr als unbedingt nötig. Ein knappes Resultat beim Gegner, das verspricht ein volles Stadion und viel Geld für die eigene Kasse. Hier haben sie sich schon verrechnet. Wenn der Hamburger Spielmacher **Felix Magath** (30) heute sagt, der HSV müsse erkennen, daß er nicht mehr Spitze ist, dann kommt diese Einsicht genau 14 Tage zu spät. Statt sich nach den Pleiten in den Hinspielen über die eigene Stärke klarzuwerden, wurde auf den Busch gehauen, wurden große Sprüche gemacht, ließ man sich blenden.

*

„Wir spielen auf jeden Fall zu Null", hatte Kölns Torwart **Harald Schumacher** (29) im Vorfeld des Spiels gegen Budapest getönt. Wie hat er sich geirrt! „Was die können, können wir schon lange." Dieser Spruch stammt von Hamburgs Trainer **Ernst Happel** (57). Auch er hat sich geirrt. „Diese Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen." Das war der Standardsatz der Spieler von Werder Bremen. Heute wissen sie, sie haben die Chance doch vertan. Auf dem Feld der Überheblichkeit konnte es nur Niederlagen geben. Nun muß nicht wieder gleich das Wort von der Krise strapaziert werden, doch Zeit genug sollte nun sein, um Korrekturen anzubringen, um den deutschen Fußball wieder auf stärkere Beine zu stellen.

*

Länger als gewohnt rührte Ernst Happel in seinem Kaffee herum. Er konnte es lange nicht fassen: „Ich bin bald 40 Jahre im Fußball, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt. Was soll man tun? Man kann nichts tun." Wenige Minuten fehlten dem HSV noch, um in die Verlängerung zu kommen, nachdem der 0:3-Rückstand aus dem Hinspiel wettgemacht war. Dann ließ sich Jimmy Hartwig (27) im Strafraum wie ein Anfänger ausspielen, und die Rumänen erzielten das entscheidende Tor. „Ein sehr, sehr harter Schlag für uns alle", meinte Manager **Günter Netzer** (37),



„nach der beispiellosen Aufholjagd wurden wir auf grausame Art und Weise bestraft."

Beim HSV wird es nun immer deutlicher, daß die Mannschaft praktisch ohne Stürmer spielt. „Mit neun Mann drei Tore aufgeholt. Das ist doch etwas!" So flachsen die Zuschauer auf der Tribüne angesichts der mageren Leistungen von **Wolfram Wuttke** (22) und **Dieter Schatzschneider** (25). Man täte Schatzschneider unrecht, meinte Günter Netzer, wenn man ihn immer an den Glanztaten von Hrubesch mißt: „Auch Hrubesch hatte schwarze Tage." Präsident **Wolfgang Klein** (41) könnte sich sogar „totlachen", wenn jetzt jemand die Einkaufspolitik des Klubs kritisieren würde, weil man für den billigeren und älteren **Bum Kun Cha** (600 000 Mark) den jüngeren und teureren Wolfram Wuttke (950 000 Mark) verpflichtet habe. Nun ist ja bekannt, daß sich der HSV-Präsident nicht gerne kritisieren läßt, doch eines steht fest: Auch wenn die Verpflichtung von Wuttke eine langfristige Planung sein soll, so kann sich das HSV-Spiel gar so weit nicht ändern, daß Wuttke ins Konzept paßt. Denn was beim HSV gespielt wird, das hat der Flügelstürmer noch nicht begriffen. Die Mannschaftskollegen heben nur noch abwehrend die Hand, wenn sie auf Schatzschneider und Wuttke angesprochen werden. Beide rettet derzeit nur die Tatsache, daß der HSV kaum noch Spieler aufbieten kann, sonst säßen sie wohl längst auf der Bank. Wo sie ja auch hingehören . . .

*

„Dreh bloß das Scheißspiel da ab", so unwirsch reagierte Harald Schumacher, als das Spiel des 1. FC Köln im Fernsehen übertragen wurde. Nicht hinsehen, am besten verstecken – danach war den Kölnern zumute. Schumacher hatte auch die entsprechende Kleidung dazu an: Lederjacke mit hochgeschlagenem Kragen und einen großen Hut auf dem Kopf. An den Theken der Kölner Altstadt versuchten die Spieler später diesen Abend möglichst schnell zu vergessen. Doch was nutzte es, sie konnten vor der Realität nun wirklich nicht fliehen. Und diese Wirklichkeit ist hart für die Kölner. „Wir hätten im Viertelfinale noch eine runde Million Mark eingenommen", ärgerte sich Trainer **Hannes Löhr** nach dem Ausscheiden. Er konnte wenigstens noch etwas Positives feststellen: „Der Wille, die spielerische und kämpferische Einstellung waren bravourös. Wir hatten einfach viel Pech, und die fehlende Erfahrung einiger ist der Tribut, den wir für den Neuaufbau zahlen müssen." Die Kölner haben sich wieder einmal selbst besiegt. Durch ein unglückliches Eigentor von **Gerd Strack** (27), der kaum zu trösten war, und durch eine Unachtsamkeit, die zum zweiten Tor der Ungarn führte. „Wir hätten ruhig und konzentriert weiterspielen müssen. Statt dessen haben wir den Faden verloren, weil nicht mehr konsequent gearbeitet wurde", meinte **Klaus Allofs** (26), der immer mehr zu Kölns bestem Spieler wird.

*

Köln und Hamburg waren nahe dran, obwohl sie am meisten aufholen mußten. Werder Bremen mußte nur ein Tor gutmachen. Aber die Bremer waren von allen vier Bundesligaklubs am weitesten davon entfernt, die nächste Runde zu erreichen. Sehr selbstbewußt, gar nicht hektisch waren die Bremer an ihre Aufgabe gegangen, viele Tore zu erzielen. Daß in der Abwehr etwas schiefgehen könnte, daran haben sie selbstverständlich nicht gedacht – das wurde ihnen erst bewußt, als Lokomotive Leipzig mit 1:0 in der 17. Minute in Führung ging. „Nach dem Treffer dachtest zu immer, jetzt mußt du noch drei Tore erzielen. Das macht nervös", beschrieb Nationalspieler **Norbert Meier** (24) die Situation nach dem Rückstand. Präsident Franz Böhmert wollte dann später auch der Cognac nicht mehr schmekken: „Das hatten wir uns wirklich ganz anders vorgestellt."

*

Den „heißen Abend", den Bremens Trainer **Otto Rehhagel** (44) den Leipzigern nach der knappen 0:1-Hinspielniederlage prophezeit hatte, den mußte er nun selbst verkraften. „Wir waren heute abend zu grün", stellte Nationalspieler **Rudi Völler** (23) resigniert fest. Ein Zustand, der eigentlich einer deutschen Spitzenmannschaft wie Werder Bremen nicht passieren sollte.



Beschämter Blick nach unten: Kölns Trainer Hannes Löhr
FOTO: PFEIL

Europapokal auf einen Blick

Landesmeister

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Dynamo Minsk – Györ	3:1	(1:1)
Part. Belgrad – **Dyn. Berlin**	1:0	(1:0)
Rapid Wien – Boh. Prag	1:0	(1:0)
Hamburg – **Din. Bukarest**	3:2	(1:0)
Bilbao – **FC Liverpool**	0:1	(0:0)
Dundee United – St. Lüttich	4:0	(2:0)
AS Rom – ZSKA Sofia	1:0	(0:0)
Bf. Lissab. – Olymp. Piräus	3:0	(2:0)

Pokalsieger

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Servette Genf – **Donezk**	1:0	(0:0)
Valkeakoski – Hammarby	2:1 n. V.	
Köln – **Ujpest Budapest**	4:2	(2:1)
Aberdeen – SK Beveren	4:1	(2:0)
Juv. Turin – ParisSt. Germain	0:0	(0:0)
Manch. United – Sp. Varna	2:0	(2:0)
FC Barcelona – Nijmegen	2:0	(2:0)
FC Porto – Glasgow Rangers	1:0	(0:0)

UEFA-Pokal

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Sparta Prag – Widzew Lodz	3:0	(2:0)
Jena – **Sparta Rotterdam**	1:1	(0:0)
Banik Ostrau – **Anderlecht**	2:2	(1:1)
Int. Preßburg – **Radn. Nisch**	3:2	(3:1)
Hajduk Split – H. Budapest	3:0	(1:0)
Spartak Sofia – **FC Watford**	3:0	(1:0)
Sturm Graz – Hellas Verona	0:0	
Bremen – **Lok Leipzig**	1:1	(0:1)
Bayern München – PAOK Saloniki	0:0 n. V., 9:8 im Elfmeterschießen	
Antwerpen – **Racing Lens**	2:3	(0:2)
F. Rotterdam – **Tottenham**	0:2	(0:1)
Stade Laval – **Austria Wien**	3:3	(3:0)
Nottingham Forest – Eindh.	1:0	(0:0)
Celt. Glasgow – Lissabon	5:0	(3:0)
Inter Mailand – Groningen	5:1	(0:0)
Aston Villa – **Spart. Moskau**	1:2	(1:0)

Die fettgedruckten Mannschaften erreichen die nächste Runde.

„DDR"-Spieler flüchteten

Zwei Spieler vom „DDR"-Meister Dynamo Berlin haben sich nach Aussagen der Belgrader Polizei vor dem Europapokal-Rückspiel bei Partizan Belgrad bei einem Stadtrundgang von ihrer Mannschaft abgesetzt und sind seitdem spurlos verschwunden. Es handelt sich um die Abwehrspieler Dirk Schlegel und den Stürmer Falko Götz.

*

Der deutsche Nationalspieler Hansi Müller bot beim 5:1-Sieg im UEFA-Pokal seines Klubs Inter Mailand über Groningen in Bari eine Glanzleistung. Der frühere Stuttgarter erzielte das Tor zum 4:1. Altobelli verwandelte einen an Müller verursachten Elfmeter.

*

20 Fußball-Fans mußten nach Krawallen während des UEFA-Pokalspiels Feyenoord Rotterdam gegen Tottenham Hotspurs mit zum Teil schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Drei Personen wurden verhaftet.

*

Heute wird in Zürich die dritte Runde im UEFA-Pokal (23. 11. und 7. 12.) ausgelost.

Pressestimmen

Nur Spott für den FC Bayern

Bayern München zog am Mittwochabend zwar als einziger Bundesligaklub in die dritte Runde des Europacups ein, in der griechischen Presse ernteten die Münchner dennoch nur Spott. Anerkennung findet dagegen trotz des Ausscheidens Meister und Titelverteidiger Hamburg. In der „DDR" herrschte gleichzeitig Genugtuung über den Triumph von Lok Leipzig über Werder Bremen.

„Aufsehenerregend: HSV, der König Europas, ausgeschieden", meldete der Mailänder „Gazzetta dello Sport".

„Corriere dello Sport": „Hamburg hatte den Nachteil des Hinspiels aufgehoben, aber am Ende hat die Müdigkeit den Spielern die Beine geknickt, die Rumänen haben die zwei Tore für ihre Qualifikation geschossen. So haben sie Juventus gerächt, trotz der großartigen Leistung der Hausherren, die praktisch über 60 Minuten lang nur angegriffen haben."

Jubel herrschte in der „DDR"-Presse, nachdem zwei von drei Mannschaften den Sprung in die nächste Europapokal-Runde geschafft haben. „Deutsches Sportecho": „Lok Leipzig bot beim 1:1 vor 40 000 Zuschauern in Bremen eine selbstbewußte nervenstarke Partie. Der überragende Torhüter Müller war der große Rückhalt."

Das SED-Parteiorgan „Neues Deutschland" schrieb: „Große Sprüche waren vom BRD-Vizemeister vor dem Spiel genug zu hören. Von drei und vier Toren war da noch auf dem Weg aus den Kabinen zu hören, die die Bremer an diesem Abend schießen wollten. Aber sie hatten ihre Rechnungen ohne die Leipziger gemacht, die nach einem bravourösen Spiel die nächste Runde erreichten."

Zu dem Elfmeter-Krimi Bayern München – PAOK Saloniki schreibt „Athlitiki Icho": „Die Adler des PAOK machten Bayern lächerlich. 20 Strafstöße waren nötig, bis PAOK ruhmvoll unterlag. In diesem erschütternden Spiel mit dem Hitchcock-Finale kämpften die Saloniker 120 Minuten lang wie die Löwen." „O Filathlos": „Gruselfilm in München mit dem Helden PAOK als Opfer. Ein sehr großer PAOK verlor . . . gegen mittelmäßige Münchner. Bayern hat gestern seinen Mythos eingebüßt . . . und sich in die Kette der deformierten deutschen Mannschaften eingereiht. PAOK lehrte gestern intelligenten Fußball, ließ im vereisten Münchner Stadion den Stempel einer sehr großen Mannschaft zurück. Bayerns Fußballstern zittert und erlischt . . . eine langsame, schwerfällige Mannschaft ohne Phantasie und Persönlichkeit überzeugte nicht . . ."

„To fos ton Spor": „Csernais Abseits-Taktik hatte Erfolg. Die Saloniker waren Bestien in der Abwehr und Löwen im Angriff . . . nur durch großes Unglück qualifizierte sich PAOK nicht. Ganz Griechenland ist stolz auf PAOK."

Rudi Koopmans klagt

München (sid) – Vier Monate nach der Europameisterschaft im Halbschwergewicht zwischen Rudi Koopmans (Holland) und Manfred Jassmann (Korbach) hat der Berliner Anwalt Koopmans, Hans-Joachim Rust, vor dem Landgericht Berlin eine Klage gegen Manfred Donike (Köln) und Walter Wagner (Erlangen) eingereicht. Der Anwalt will die Unterlassung der Behauptung erreichen, wonach Koopmans beim K.-o.-Sieg am 9. Juli in Frankfurt gedopt gewesen sein soll.

BMW künftig mit Arrows?

München (sid) – BMW wird 1984 wahrscheinlich den englischen Rennstall Arrows als drittes Formel-1-Team mit Turbo-Motoren ausrüsten. Das erklärte BMW-Pressesprecher Uwe Mahla in München. Die Bayern hatten in diesem Jahr das englische Brabham-Team und den deutschen ATS-Rennstall beliefert.

Langer gut gestartet

Kapalua (sid) – Einen guten Start erwischte Bernhard Langer aus Anhausen bei der mit 300 000 Dollar dotierten „Kapalua Championship" der Golfprofis auf Hawaii. Langer benötigte für die erste von vier Runden 69 Schläge und liegt damit gemeinsam mit vier anderen Spielern auf Rang sieben. Die Führung übernahm Bob Gilder (USA) mit 66 Schlägen.

Comeback mit Björn Borg

Houston (sid) – Bettina Bunge ist nach viermonatiger Wettkampfpause in die internationale Tennisszene zurückgekehrt. Die deutsche Weltranglisten-Achte gewann mit dem fünfmaligen Wimbledonsieger Björn Borg (Schweden) in der ersten Runde der Mixed-Weltmeisterschaft in Houston gegen die Exil-Chinesin Hu Na und den Amerikaner Marty Riessen 6:3, 6:7, 7:6.

Connors droht Strafe

New York (sid) – Dem amerikanischen Tennisspieler Jimmy Connors droht eine Geldstrafe von 10 000 Dollar wegen seines Verzichts auf die Teilnahme an den Internationalen Hallenmeisterschaften von Skandinavien in Stockholm. Connors bestreitet statt dessen in dieser Woche die mit 400 000 Dollar dotierte Mixed-Weltmeisterschaft in Houston mit seiner Landsmännin Chris Evert-Lloyd.

Bundesliga: Zwei Spiele

Bonn (DW.) – Zwei Fußball-Bundesligaspiele gibt es bereits heute abend: Borussia Dortmund gegen VfL Bochum und Bayer Uerdingen gegen Waldhof Mannheim (beide 20 Uhr).

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

BASKETBALL

Liliana-Ronchetti-Pokal, Frauen, Achtelfinal-Rückspiele: Vozdovac Belgrad – Porz/Hennef 76:54 (26:22), Hinspiel 68:62, damit Belgrad im Viertelfinale, Agon Düsseldorf – PC Barcelona 88:59 (50:27), Hinspiel: 77:79 – Düsseldorf im Viertelfinale, SG München – Vienna Wien 79:71 (28:33), Hinspiel: 76:76, München eine Runde weiter.

HANDBALL

Supercup, Gruppe A: „DDR" – Rumänien 19:20 (7:10), Deutschland B – UdSSR 24:25 (12:17).

1. Rumänien	2 2 0 0	42:38	4:0
2. „DDR"	2 1 0 1	47:36	2:2
3. UdSSR	2 1 0 1	45:46	2:2
4. Deutschland B	2 0 0 2	40:54	0:4

Gruppe B: Jugoslawien – Schweden 23:18, Deutschland A – CSSR 13:16.

1. Jugoslawien	2 1 1 0	43:38	3:1
2. CSSR	2 1 1 0	36:33	3:1
3. Deutschland A	2 1 0 1	32:34	2:2
4. Schweden	2 0 0 2	36:40	0:4

REITEN

CSIO in New York, Preis der Nationen: 1. USA mit Monahan/Noren, Homfeld/Corfair, Fargis/Touch of Class, Dello Jojo/I love You 4 Fehlerpunkte, 2. Kanada mit Brand/Gambrinus, Greenough/Astregel, Deslauriers/Aramis, Millar/Warrior 8, 3. Deutschland mit Ernst/Lustig, Supan/Kemenate, Bayer/Tandor, Fevers/Gaylord 11 ¼.

TENNIS

Internationale Hallenmeisterschaften von Skandinavien in Stockholm, zweite Runde: Gerulaitis (USA) – Hocevar (Brasilien) 4:6, 6:4, 6:4, Leconte (Frankreich) – Roger-Vasselin (Frankreich) 6:2, 6:2, Sundstroem (Schweden) – Dickson (USA) 6:4, 3:6, 7:5, Glickstein (Israel) – Carlsson (Schweden) 6:1, 3:6, 6:3, Kriek (USA) – Perez (Uruguay) 6:3, 6:3, Jarryd (Schweden) – Gunnarsson (Schweden) 6:3, 6:1, Gottfried (USA) – Simonsson (Schweden) 6:4, 6:7, 6:1.

HOCKEY

5. Champions Trophy der Herren in Karachi (Pakistan), siebter Spieltag: Indien – Neuseeland 2:1 (1:0).

1. Australien	4 2 2 0	11:6	6:2
2. Pakistan	4 3 0 1	8:3	6:2
3. Deutschland	4 3 0 1	8:6	6:2
4. Indien	5 2 1 2	8:9	5:5
5. Holland	4 1 0 3	8:11	2:6
6. Neuseeland	5 0 1 4	5:13	1:9

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 2, 3, 12, 17, 24, 33, 37, Zusatzzahl: 5. – Spiel 77: 6 0 5 2 7 9 6 (ohne Gewähr).

GEWINNQUOTEN

Mittwochslotto: Klasse 1: 437 425,60, 2: 29 824,40, 3: 2700,10, 4: 63,70, 5: 5,80. (Ohne Gewähr.)

BASKETBALL / Interview mit Ralph Klein

Ein Israeli ist der neue Bundestrainer

KLAUS BLUME, Bonn

Der Israeli Ralph Klein (52) ist neuer Basketball-Bundestrainer. Klein löst damit den Amerikaner Christ Lee ab. Der gebürtige Berliner Ralph Klein gewann mit Maccabi Tel Aviv 1982 den Europa-Pokal. Als israelischer Nationaltrainer holte Klein 1979 die Vize-Europameisterschaft. Derzeit steht Ralph Klein beim deutschen Pokalsieger BC Saturn Köln unter Vertrag. Der Deutsche Basketball-Bund (DBB) verpflichtete Klein als Bundestrainer, um langfristig planen zu können. Erstes großes Ziel ist dabei 1985 ein Erfolg bei der Europameisterschaft in Deutschland. Die WELT sprach mit Ralph Klein.

WELT: Sie sind neuer Bundestrainer des Deutschen Basketball-Bundes ...

Klein: Das erfuhr ich heute morgen um sieben Uhr am Telefon. Da rief mich ein Journalist aus Tel Aviv an. Offiziell weiß ich es also noch nicht, und vom Deutschen Verband hat auch noch niemand mit mir darüber gesprochen.

WELT: Also ist ihre Berufung eine Überraschung.

Klein: Das nicht, weil ich schon vorher mit entsprechenden Leuten darüber gesprochen habe. Aber wie das zustande kam, das ist kurios.

WELT: Wieso kurios?

Klein: Ich habe einen Zweijahres-Vertrag mit dem BC Saturn Köln als Trainer. Meine Ehefrau Ruth und meine drei Kinder leben aber in Israel. Der israelische Verband wiederum möchte, daß ich im April zurückkomme. Ich wiederum wollte in der Zeit bis dahin nicht allein in Köln leben.

WELT: Und da haben Sie Ihre Familie gebeten, von Israel nach Köln umzuziehen?

Klein: Ja, nur meine Kinder können kein Wort Deutsch. Und es gibt auch keine Schule, die sie hier in Deutschland nur für drei Monate aufnimmt. Also habe ich dem israelischen Verband gesagt, ich muß längere Zeit in Deutschland bleiben. Nun bin ich ja Bundestrainer und da wird es auch so werden.

WELT: Sie bleiben aber gleichzeitig Trainer des BC Saturn Köln. Wie wird sich Ihre Arbeit aufteilen, jeweils zur Hälfte?

Klein: Es geht nur so: Hundert Prozent für Köln und hundert Prozent für die Nationalmannschaft. Ich kann zehn Stunden am Tag arbeiten. Wenn die anderen das auch wollen ...

WELT: Und jetzt fühlen Sie sich nicht ausgelastet?

Klein: Vormittags überhaupt nicht. Ich brauche einen Full-Time-Job. Deshalb könnte ich mir auch jetzt noch vorstellen, daß ich irgend etwas noch Zusätzliches an einer Hochschule mache, ich war schließlich schon einmal Dozent.

WELT: Sie waren acht Jahre Nationaltrainer in Israel. Gibt es Konzepte, die Sie auch in Deutschland anwenden können?

Klein: Israel – das war eine kleine, große Mannschaft mit sehr intelligenten, körperlich kleinen Spielern, die zwangsläufig die Defensive bevorzugten. Das ist kein Modell.

WELT: Was dann?

Klein: Ich habe eine Basketball-Philosophie: Ständiger schneller Wechsel zwischen schnellem und langsamem Spiel. Das ist nicht einfach, aber in Köln begreifen sie es mit der Zeit.

WELT: Aber es gibt noch etwas anderes im Konzept des Ralph Klein ...

Klein: Basketball ist eigentlich ein Spiel der übergroßen Menschen. Aber wichtig sind auch die kleinen Spieler, denn die Kleinen sind der Kopf, die Großen machen die Arbeit.

WELT: Und auf diese Weise kann es aufwärts gehen?

Klein: Das braucht seine Zeit. Sehen Sie, Maccabi Tel Aviv brauchte zwölf Jahre, um populär zu werden.

WELT: Sie sind Israeli und arbeiten in Deutschland. Wie ist die Resonanz?

Klein: Die Zeitungen in Israel schreiben: Wie kann er das machen? Noch dazu, wenn sein Vater in Auschwitz ums Leben gekommen ist. Ich kann dazu nur sagen: Ich bin ich. Ich kann weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft leben, sondern nur in der Gegenwart. Die Gegenwart heißt: Ich tue alles Menschenmögliche für den deutschen Basketball.

Ralph Klein: Ein Zehn-Stunden-Tag für Basketball FOTO: DIE WELT

HANDBALL / Nach der Niederlage gegen CSSR

Schobel: Wunderlich hat sich falsch vorbereitet

dpa, Kiel

Kein Kopf, keine Kondition, keine Konzentration – die Auswahl des Deutschen Handball-Bundes (DHB) hat beim Supercup nach dem glücklichen 19:18 gegen Schweden und der 13:16-Niederlage gegen die CSSR den frisch gewonnenen Lorbeer vom Vier-Länder-Turniersieg in Dänemark schon wieder verspielt. „Meine Mannschaft hat im Vergleich zu allen anderen Teams den größten konditionellen Rückstand." Bundestrainer Simon Schobel suchte nach einer Erklärung für das schwache Spiel mit eklatanten Abschlußschwächen gegen die CSSR, die noch in Dänemark mit 14:17 verloren hatte. Ohne Regisseur und spielerische Einfälle hilft der neuformierten Mannschaft im letzten Vorrundenspiel gegen Vizeweltmeister Jugoslawien nur noch ein Sieg, um in das Halbfinale einzuziehen.

„Die Mannschaft war in der zweiten Halbzeit völlig von der Rolle." DHB-Präsident Bernhard Thiele stand fassungslos in der Kieler Ostseehalle. 20 Minuten lang hatte das Team mit der Achse Thiel–Roth–Happe und Schulz die CSSR im Griff gehabt. Der Zwischenstand von 6:3 war das Resultat gelungener spielerischer Aktionen aus der starken Abwehr heraus, die der routinierte Meffle (2) aus Hofweiher und der Kieler Publikumsliebling Schwenker (4) erfolgreich abschlossen.

Doch schon bei der Aufholjagd der CSSR zum 6:7 bis zur Halbzeit offenbarten sich große Mängel der jungen Mannschaft, die bereits in Holland bei der B-WM zum Verlust der Olympia-Fahrkarten geführt hatten. Es fehlt die Konzentration beim Abschluß. Elf vergebene Chancen und zwei verschossene Siebenmeter (Wunderlich/Schwenker) waren nach dem 13:16 der beste Beweis dafür.

Der Abstand zu Olympiasieger „DDR", Weltmeister UdSSR und zum Abonnements-Weltmeister Rumänien ist nach den ersten Spielen anscheinend noch größer geworden. „DDR"-Trainer Paul Tiedemann traf den Nagel auf den Kopf. „Immer wenn es um etwas geht, ist Rumänien in Top-Form."

Die Rumänen, die den Sowjets mit 22:19 die erste Niederlage nach 30 Spielen seit 1981 bereiteten, bezwangen dann in einer hochklassigen Partie die „DDR" mit 20:19 und haben damit die Favoritenrolle beim Turnier der Weltmeister und Olympiasieger übernommen.

Die Umschulung des einstigen Torjägers Erhard Wunderlich zum Regisseur auf der Mittelposition ist fehlgeschlagen. Schobel testete den 2,04 m großen Spieler lediglich gegen Schweden einige Minuten lang auf dieser Position. Doch insgesamt sieben Tore in zwei Spielen waren zu wenig und die technischen Mängel zu viel. Der nur 1,64 m kleine Günzburger Schulz war letztlich überfordert, um die Spiele noch herumzureißen, wie es einst Wunderlich mit seiner Wurfkraft von 375 Toren in 98 Länderspielen möglich war.

Der Nürnberger Stulle soll gegen die Jugoslawen sein Comeback auf dem Posten feiern, auf dem er sich bei der Weltmeisterschaft 1982 noch unter Stenzel aus der Mannschaft gespielt hatte. Eine andere Alternative zeichnet sich zur Zeit nicht ab. „Wunderlich hat eindeutige Mängel im Konditionsbereich. Er trainiert falsch", meinte Schobel.

Große Schwächen offenbarten auch der Großwallstädter Michael Paul auf Halblinks und der Essener Thomas Springel auf Halbrechts. Paul hatte wenigstens gegen Schweden mit sechs Toren seine Nominierung als Nachfolger von Wunderlich gerechtfertigt. Er traf aber gegen die CSSR kein einziges Mal und saß mehr auf der Bank, als daß er spielte. „Ich habe mit Springel nur einen Linkshänder auf seiner Position." Schobels Argument und Votum für den Essener offenbaren das größte Problem in der Mannschaft: Seine Versuche mit Wunderlich und Meffle für den 25jährigen Linkshänder waren nur eine Notlösung mit dem Prädikat „untauglich".

Im Juniorenbereich warten mit Ratka (Bergkamen), Dörhöfer (München) und Schwalb (Göppingen) drei Talente auf ihre Chance, die sie in ihren Vereinen längst nutzen. Verunsichert sitzt auch der Junior Jochen Fraatz in den Spielen um den Supercup auf der Bank, nachdem er noch in Dänemark auf der Linksaußenposition großartige Leistungen zeigen konnte. Er ist ein Opfer der Auswechseltaktik von Schobel geworden.



Nicht zufrieden: Bundestrainer Schobel und Wunderlich FOTO: RZEPKA

Bellofs Probleme

Im Grunde bedarf es nur noch der Bestätigung: Der Gießener Stefan Bellof wird im nächsten Jahr neben dem Waiblinger Manfred Winkelhock der zweite deutsche Automobilrennfahrer in der Formel 1 sein. Das Haus BMW will neben Brabham und ATS künftig auch das englische Arrows-Team mit Turbomotoren ausrüsten. Auf diese Weise erhält Bellof seine Chance.

Nun sei freilich davor gewarnt, in Stefan Bellof bereits den künftigen Grand-Prix-Weltmeister zu sehen. Nicht etwa, daß es ihm an Talent mangele. Nein, das hat er erst bei Testfahrten im McLaren-Rennwagen bewiesen. Da war Bellof sogar schneller als der große John Watson.

Das ist es nicht. Bellof wird sich aber mit dem Material herumschlagen müssen. Da ist zum einen der BMW-Motor. Sicher wird er nicht ganz die Qualität haben, wie sie Weltmeister Nelson Piquet zur Verfügung steht. Und dann ist da das Auto. Grundsolide, aber eben ein Arrows, also kein Brabham oder Ferrari. Bellof wird zäh arbeiten müssen, wenn er nach oben will.

K. Bl.

STANDPUNKT

FUSSBALL

Krafft neuer Trainer in Kaiserslautern

sid, Kaiserslautern

Manfred Krafft (45) ist neuer Trainer des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Kaiserslautern. Er ist damit Nachfolger des zurückgetretenen Dietrich Weise.

Krafft, dessen Wechsel vom baden-württembergischen Amateur-Oberligaklub FV Offenburg ins Profi-Geschäft aufgrund einer entsprechenden Klausel problemlos verlief, erzielte die Einigung mit dem Klub in Kaiserslautern schon in der zweiten Verhandlungsrunde. „Nachdem Ernst Diehl geäußert hatte, daß er nur für kurze Zeit bereit sei, als Interimscoach zu fungieren, wollten wir möglichst bald einen neuen Cheftrainer holen", erklärte Präsident Udo Sopp das zunächst nicht geplante Schnellverfahren. „Die Vertragsdauer bis zum Ende der Saison war dabei von beiden Seiten erwünscht."

Allerdings mußte zunächst noch ein Vorstoß aus den eigenen Reihen abgeschmettert werden. Sopp: „Der Verwaltungsrat wollte mitbestimmen und eine Sitzung einberufen. Unter unserem Druck war das allerdings nicht machbar und nach den Gesprächen auch unnötig. Denn das Präsidium gilt als Entscheidungsgremium."

Sopp hofft, daß es dank Krafft nun wieder aufwärts geht.

Kritische Anmerkungen von Prof. Holzamer zum deutschen Fernsehen

Falsche Bilder und Fachchinesisch

Fünfzehn Jahre ist man Intendant, dann plötzlich nur noch Zuschauer – macht einem Fernsehen da noch Spaß? Diese Frage stellte der Branchendienst „medien-telegramm" am Anfang eines Interviews mit Prof. Karl Holzamer, bis 1977 Intendant des ZDF. Die WELT bringt nachstehend einige prägnante Aussagen dieses Gesprächs.

Frage: Johannes Gross hat die linke Haltung der meisten Journalisten in Rundfunk und Fernsehen einmal so erklärt: Diese Leute hegen einen tiefen Affekt dagegen, daß ein Mensch durch seine Arbeit Geld verdienen muß und daß der Erfolg beim Geldverdienen etwas mit der Qualität ihrer Arbeit zu tun haben kann. Sie bekommen ihre Gehälter – und ihre Gehaltserhöhungen – ohne Anbindung an eine konkret nachweisbare Leistung, unabhängig etwa von Einschaltquoten.

Holzamer: Diese sehr überspitzte Formulierung von Johannes Gross, wie Sie sie zitieren, macht deutlich – was zuzugeben ist – daß die persönliche Sicherung der Journalisten im öffentlich-rechtlichen System sehr viel fester ist als in der privatwirtschaftlich verfaßten Presse. Um so mehr müssen sich die Journalisten in den öffentlich-rechtlichen Anstalten anstrengen, diese Schwelle in sich zu überwinden. Den weitaus meisten gelingt das ja auch. Man soll auch hier nichts verallgemeinern.

Frage: Sie sagten vorhin, Sie ärgerten sich gelegentlich auch über mangelnde Professionalität. Was meinen Sie damit?

Holzamer: Zum Beispiel eine gewisse Verluderung der Sprach- und Sprechkultur, die teilweise zu beobachten ist. Da werden falsche Bilder aufeinandergetürmt, Fachchinesisch wird gedankenlos vom Blatt gelesen, und das Ganze wird dann oft noch schludrig gesprochen, mit falscher Betonung und falscher Intonation. Sicher darf man bei Live-Improvisationen nicht alles auf die Goldwaage legen. Das weiß ich von mir selber. Christian Wallenreiter, der frühere Intendant des Bayerischen Rundfunks, hat einmal ganz richtig festgestellt: Alles, was zu berechtigten Beanstandungen führt, hängt eigentlich mit der mangelnden Qualifikation des Verantwortlichen zusammen.

Frage: Und den kann man, wieder im Gegensatz zur privaten Presse, nicht wegen Unfähigkeit entlassen.

Holzamer: Ich habe einmal den Vorschlag gemacht, wenigstens von oben nach unten für ein bißchen mehr Flexibilität zu sorgen, nämlich die Verträge nicht nur der Intendanten und Programmdirektoren auf fünf Jahre zu befristen, sondern auch die der Hauptabteilungsleiter und der verantwortlichen Ressortleiter. Man sollte sie gut bezahlen, sogar sehr gut, aber auch die Möglichkeit des Auswechselns haben. Das würde sicherlich den Wettbewerb und damit die Qualität der Arbeit erhöhen.

Frage: Damit haben Sie sich offensichtlich nicht durchgesetzt.

Holzamer: Immerhin habe ich beim ZDF etwas eingeführt, wozu sich die ARD-Anstalten erst nach langen Jahren durchgerungen haben: die Beschäftigung von freien Mitarbeitern und freien Produzenten. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht, und ich glaube, der Anteil der privaten Produzenten an den Programmen wird in Zukunft eher noch zunehmen. Sie bieten viele Vorteile der freien Wirtschaft. Sie helfen mit, den Etat für die Festangestellten niedrig zu halten; sie können untereinander geistig, künstlerisch und auch wirtschaftlich im Wettbewerb das Geschäft, hier das Programm, heben, wenn der jeweilige Programmverantwortliche dies umsichtig führt. Sie sind flexibel.

Frage: Was halten Sie von den Rufen nach einer „Bestandsgarantie" für die öffentlich-rechtlichen Anstalten angesichts der Konkurrenz privater Programmanbieter?

Holzamer: Ich bin konsequent für den weiteren Bestand von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Ich habe allerdings nie einen Zweifel daran gelassen, daß es daneben auch andere, private Formen geben sollte. Der Wettbewerb mit privatem Kabel- und Satellitenfernsehen wird sich belebend auf ARD und ZDF auswirken. Es wird einen Wettbewerb für gute und bessere Qualität geben. Ich jedenfalls habe nicht die Sorge, daß das Niveau absinken wird, wenn die Anstalten in der Hauptsendezeit für beste Qualität bemüht sind. Eine Sorge habe ich allerdings: Wie wird der Zuschauer mit der Vielfalt der Programme fertig? Hier, glaube ich, haben die Schulen, neben der Familie, eine dringliche Aufgabe zu erfüllen. Sie müssen die Jugend dazu erziehen, das Fernsehen richtig zu gebrauchen, zu wählen, das Gute und Gehaltvolle zu erkennen und besonders dem Angebot von Videoprogrammen nicht hilflos gegenüberzustehen. Auslesen, lesen, lernen. Darauf muß in der Zukunft der größte Wert gelegt werden.



1962–1977 Intendant des ZDF: Prof. Karl Holzamer FOTO: DIE WELT

KRITIK

Einen Jux wollte er sich machen

Das ist das Schöne: Wenn Georg Stefan Troller seine „**Personenbeschreibung**" auf den Bildschirm malt (ZDF), und sei's über einen Herrn Meyer, dann kommt immer gediegenes Feuilleton heraus, denn seine stilvolle, rhetorisch blitzgescheite Art macht's möglich.

Einen Jux wollte er sich machen mit seinem Porträt der amerikanischen Ein-Mann-Filmfabrik Russ Meyer (60), einem Kerl, der ausschaut, als würde er in „Dallas" Rinder hüten. Aber Meyer ist eben mehr als nur ein echter Selfmademan, als ein Pokerface: eine Art Zelluloid-Bukowski, einer, der sich angeblich auch nur immer Juxe aus seinen Streifen macht und mit seinen Filmen keineswegs Sozialreflexion betreibt, sondern nur eigene Phantasmen in großkalibrige Formen bringt. Meyer, ein Phänomen, das im Bahnhofskintopp wie im Cineasten-Tempel gleichermaßen goutiert wird und die Welt als Action-Film sieht und „mit seinen Zwangsvorstellungen bevölkert", hat den Busen-und-Action-Porno sozusagen salonfähig gemacht, indem er ihn mit der Dosis Übertreibung und Ironie versah, die alle Kritiker weichmachen mußte: „Ich mache halt die besten Russ-Meyer-Filme im Lande."

Recht hat er. Und Siegmund Freud hätte diesen urwüchsigen Libido-Symbolisten vielleicht doch als amerikanischen Psychographen erkannt.

ALEXANDER SCHMITZ

Opfer der Phantasiearmut?

Arme deutsche Kabarettisten! Über ein Jahrzehnt lang haben sie ihre Pfeile, uniform eingerötet, auf Ersatzzielscheiben abschießen müssen – auf die politische Opposition nämlich, statt auf die Regierenden, in deren Parteien sich ja selbst recht viele Brüder von ihrem Geiste und Gemüte fanden. Hatte man sich doch schon angewöhnt, sie zu bemitleiden wie einen Maler, der keine Farbe mehr hat. Und jetzt? Was jetzt, da wieder eine konservativ-liberale Regierung im Sattel sitzt und weiß Gott an etlichen Ecken und Enden nach scharfzüngigem Spott geradezu schreit? Stürzen sich unsere Kabarettisten, die Fernsehleute des Dieter Hildebrandt mit ihrem „**Scheibenwischer**" (ARD) voran, auf all die Ärgernisse, die den Bürger zwicken?

Sie stürzen sich. Aber auf wen? Auf den Ronald Reagan stürzen sie sich. Auf den Ami, den pfui-Teufel-bösen. Da geht es halt wieder zackig und kriegslüstern zu im deutschen Land und noch mehr überm großen Teich. Da ist Frieden wie „Rost im Gewehrlauf" – haha, die bescheiden-dankbaren Zuschauer im Saal drücken ihre Lachwerkzeuge, Tausende daheim den Abschaltknopf.

Im Ernst: Wurden diese Kabarettisten ein Opfer der bequem parat stehenden rot-grünen Schablonen – oder schlicht ihrer Phantasiearmut, die uns nur wehmütig der alten Lach- und Schießzeiten des begabten Dieter Hildebrandt gedenken läßt?

HERMANN A. GRIESSER





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.25 Ich heirate eine Familie . . .
11.55 Umschau
12.10 Ungewöhnlich leben
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.15 Tagesschau
16.20 Manche halten uns für verrückt
Die freiwilligen Helfer
17.05 Teletechnikum
Berichte aus Naturwissenschaft, Technik und Umwelt
Geplante Beiträge: Ackerbau im Regenwald mit der Maya-Methode / Neues aus der Gen-Forschung / Bio-Motor / Energie-Turm.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Film-Premiere
Deine Lippen, deine Augen
Amerik. Spielfilm, 1980
Mit Frank Langella, Glynnis O'Connor u. a.
Regie: Michael Pressmann
(Dt. Erstaufführung)
Artie Showmaker, ein junger Medizinstudent, verdingt sich zum Mißvergnügen seiner Eltern als Requisiteur an einem Sommertheater in der amerikanischen Provinz. Er ist fasziniert von der Welt der Schauspieler und vor allem von einer hübschen Tänzerin des Balletts, in die er sich bis über beide Ohren verliebt.
21.55 „Plusminus"
Themen: Risiko – (Wie kommen junge Unternehmen zu Geld?)/Turbulenzen – (Legt sich die Bundesrepublik beim neuen Airbus quer?)/Minus – (Warum kippt die deutsche Leistungsbilanz schon wieder?)
Moderation: Adolf Althen
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Die Truhe und das Gespenst
Fernsehfilm von Roger Hanin nach der gleichnamigen Novelle von Stendhal
00.25 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Pinnwand
Veranstaltungskalender
16.20 Schüler-Express
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Max Werner („Roadrunner")
17.50 Dick und Doof
Das unterschlagene Testament
1. Lola und ihr Wirt
2. Der Wirt am Kronleuchter
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Auslandsjournal
Themen: USA: Grenada und das neue Selbstbewußtsein/Türkei: Die Spitzenkandidaten/Ungarn: Paprika – rotes Gold/Sowjetunion: Einkaufen am Roten Platz
Moderation: Peter Berg
20.15 Aktenzeichen: XY . . . ungelöst
Eduard Zimmermann berichtet über ungeklärte Kriminalfälle
21.15 Tegtmeier klärt auf
Mit Jürgen von Manger u. a.
22.00 heute-journal
22.20 Aspekte
Themen: Krise im Schriftstellerverband? – Interview von Johann Willms mit Bernt Engelmann/Ausstellung Alex Colville in Berlin/ Ausstellung A. Paul Weber in Stuttgart/Neues Stück von Thomas Brasch: „Mercedes – ein Leben ohne Arbeit"/Aspekte-Literatur-Preis
Felix Schmidt stellt seinen Kandidaten Klaus Baedekerl vor.
Moderation: Alexander U. Martens
22.50 Sport am Freitag
U. a. Hallenhandball
23.50 Aktenzeichen: XY . . .
24.00 Serpico
Ein Junge vom Lande
00.45 heute

Cécile Paoli und Gérard Darmon in dem französischen Fernsehfilm „Die Truhe und das Gespenst", ARD, 23.00 Uhr FOTO: TELEBUNK

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Marco
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Medizin im Dritten
21.15 off-off
21.45 Alle neune auf Mallorca
Film von Michael Rühl über den Kegel-Tourismus
22.15 Der Doktor und das liebe Vieh (7)
23.00 Rockpalast
Heute mit den Simple Minds
24.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Die kluge Bauerntochter
18.30 Reisemarkt
19.00 Sehen statt Hören
19.30 Glauben heute
Buddhismus für Christen
20.00 Tagesschau
20.15 III international
21.00 Treffpunkt '83
21.45 III nach neun
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Die kluge Bauerntochter
18.30 Hier Studio Kassel
19.00 Avanti! Avanti! (7)
19.30 Mensch, ärgere Dich doch!
20.00 Tagesschau
20.15 Man könnte es auch „Mord" nennen . . .
Überlebende der Titanic
20.45 Berichte aus der Wissenschaft
Zauberformel Aerodynamik
21.30 Drei aktuell
21.45 III nach neun

SÜDWEST

18.00 Fauna Iberica
18.25 Ritter Prancelot und seine Abenteuer (8)
18.30 Telekolleg I
Sozialkunde (14)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Lieder & Leute extra
20.15 Sonde
21.00 Tele-Tip
21.15 Bilder der Chemie (1)
21.45 Wortwechsel
22.30 Eine amerikanische Familie

BAYERN

18.15 Follow me (7)
18.30 Bonjour la France (7)
18.45 Rundschau
19.00 Tierleben in der Nacht
Eulen, Hyänen und Vampire
19.45 Bayern-Report
20.15 Pantalon und Colombine
und
Der Handwerker als Edelmann
21.45 Der Brunnenmacher
22.00 Rundschau
22.15 Sport heute
22.30 Z. E. N.
22.35 Das Erwachen
Amerik. Spielfilm, 1981
00.15 Rundschau
00.20 Actualités

„69 000 Sowjets und Kubaner in Afrika“

WELT-Gespräche mit Ägyptens Verteidigungsminister

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der ägyptische Verteidigungsminister Mohammed Abu Ghasala schließt nicht aus, daß Ägypten an einer militärischen Intervention im Persischen Golf teilnimmt, falls dies im Interesse der westlichen Welt notwendig werden sollte. In einem Gespräch mit der WELT nannte er dafür drei Bedingungen:

„1. Es muß eine wirkliche Gefahr bestehen, zum Beispiel die Sperrung der Straße von Hormuz.

2. Kairo muß von den bedrohten Anrainerstaaten um Hilfe gerufen werden, und zwar für einen konkreten Auftrag.

3. Ein Eingreifen ägyptischer Streitkräfte am Golf darf nur gemeinsam und in Koordination mit den Einheiten der Westmächte erfolgen.“

Die Gemeinsamkeit der Interessen Ägyptens mit dem Westen am Golf definierte der Minister so: „Wir brauchen westliche Technologie und Kredithilfe für unseren nationalen Wiederaufbau. Der Westen braucht eine ungehinderte Energieversorgung, sprich das Öl aus dem Golf. Ohne Öl für den Westen gibt es für uns keine Hilfe aus dem Westen. Deshalb sind wir ebenso wie Amerika, Europa und Japan an der Stabilität am Golf und in Saudi-Arabien interessiert.“

Ghasala? besucht zur Zeit die Bundesrepublik Deutschland. Es ist der erste Besuch eines ägyptischen Verteidigungsministers in der Bundesrepublik. Er gilt als der Mann Washingtons in Kairo und als enger Vertrauter Mubaraks. Als die tödlichen Schüsse auf Sadat abgegeben wurden, stand Mubarak auf der rechten, Ghasala auf der linken Seite des Präsidenten. Er versucht, die Zusammenarbeit auf strategisch-militärischem Gebiet mit dem Westen zu intensivieren. Sein Besuch in der Bundesrepublik Deutschland habe jedoch nicht zum Ziel, hier moderne Waffensysteme zu kaufen. Das sei „kein Thema“ bei den Gesprächen mit seinem Amtskollegen Wörner gewesen.

Die Hauptgefahr für den Nahen Osten und vor allem für Afrika sieht der ehemalige Militärattaché Kairos in Washington in der „enormen sowjetisch-kubanischen Infiltration in Afrika“. Nach seinen Angaben befinden sich 69 000 Sowjets und Kubaner in diesem Erdteil. Ihre Hauptkontingente seien 6000 Sowjets und 8000 Kubaner in Äthiopien, 5000 Russen und 20 000 Kubaner in Angola, 3000 Sowjets und 6000 Kubaner in Libyen. Ghasala: „Das ist die schnelle Eingreiftruppe Moskaus. Nur – sie greift schon ein.“ Von ihr fühle sich Ägypten bedroht. Deshalb habe es mehr als die Hälfte seiner Streitkräfte entlang der libyschen Grenze stationiert. Ägypten sei das „Schlüsselland für die Stabilität in dieser Region“.

Über israelische Sorgen im Zusammenhang mit dem Neuaufbau der ägyptischen Armee sagt der Minister: „Frieden für den Nahen Osten ist für uns ein lebenswichtiges strategisches Ziel.“ Ägypten baue keine neue größere Armee auf, sondern ersetze nur seine Waffensysteme. Im Vergleich mit anderen Ländern habe Ägypten in den vergangenen acht Jahren abgerüstet. Auch Israel kaufe neue Waffen. Kairo sei deshalb nicht besorgt. Aber „jeder hat das Recht, sich zu sorgen“.

Ägypten kaufe, sagt Ghasala, „Waffen nur aus dem Westen“. Lediglich einige kleinere Boote wurden aus China geliefert. Das rumänische Panzergschäft sei ein „Ringtausch mit Irak“ gewesen. Spekulationen, die diesem Geschäft eine ähnliche Bedeutung wie dem sogenannten tschechoslowakischen Waffengeschäft aus dem Jahre 1955 beimessen, hält der Minister für weit übertrieben. Kairo habe Bagdad 200 Panzer geliehen, die Irak nicht mehr zurückgeben konnte. Deshalb habe Irak von Rumänien 200 Panzer eines ähnlichen Typs für Ägypten gekauft, wovon Kairo jedoch bisher erst 60 erhalten habe. Es gehe Kairo darum, Irak vor einem Zusammenbruch zu bewahren, den Krieg am Golf zu beenden. Dort versuche jetzt Iran, Irak zu überrennen. Teheran sei, so Ghasala, „die kriegstreibende Kraft“. Sie müsse gestoppt werden.

Hart geht der Verteidigungsminister mit Syrien ins Gericht. Zwar sei man nicht mit Damaskus befeindet. Syrien aber verfolge eine Politik, die der ägyptischen „diametral entgegengesetzt“ sei. „Was um alles in der Welt suchen die Syrer in Libanon?“ fragt Ghasala. Syrien sollte ebenso wie Israel seine Truppen aus Libanon zurückziehen. Wenn keine fremden Truppen mehr in diesem Nahost-Land stünden, würde man sehr rasch eine Lösung finden.

„DDR“-Frauen schickten den Wehrpaß zurück

● Fortsetzung von Seite 1

auch „für die Vorbereitung der Mobilmachung und des Verteidigungszustandes“.

Laut Paragraph 10 („Wehrdokumentation“) können an diese Frauen – vor allem aus medizinischen Berufen und der Computer-, Telefon- und Nachrichtentechnik bereits jetzt entsprechende Unterlagen verschickt werden. Dazu heißt es im Gesetz: „Die Wehrpflichtigen erhalten bei der Musterung oder zu einem anderen von den Wehrkreiskommandos festzulegenden Zeitpunkt Wehrdienstausweise. Die Wehrdienstausweise sind von den Wehrpflichtigen sorgfältig aufzubewahren.“ Eben jene Dokumente hatten die Frauen in Ost-Berlin kommentarlos an den NVA-Absender zurückgeschickt.

Diese Handhabung ist legal, denn das Gesetz hat die Dienstverpflichtung für Frauen auf die Zeit „während der Mobilmachung und im Verteidigungszustand“ beschränkt. Auf diese Rechtslage hatte nach einem Bericht des Evangelischen Pressedienstes erst Mitte Oktober der neue Sekretär des „DDR“-Kirchenbundes, Martin Ziegler, im Verlauf einer öffentlichen Fragestunde während der Synode der sächsischen Landeskirche in Dresden hingewiesen.

Mit dem Gesamt-Problem, auf das die „Frauen für den Frieden“ im anderen Teil Deutschlands aufmerksam machten, beschäftigte sich am vergangenen Wochenende laut epd auch die Konferenz der Kirchenleitungen sämtlicher acht Landeskirchen bei einer Tagung in Ost-Berlin.

FDP will Weizsäcker in Berlin halten

E. N. Bonn

„Größere Reibungssituationen“ innerhalb der FDP in Berlin sieht das Bundesvorstandsmitglied der Partei, der ehemalige Schulsenator von Berlin, Walter Rasch, bei einem Fortgang des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker nach Bonn voraus. Der Hang zur „Profilierung“ bei den Liberalen werde größer werden und zu „Querelen“ mit dem Koalitionspartner führen. Es dürfe in Berlin nicht das Gefühl aufkommen, „daß wir Durchreisestation für Politiker sind“, sagte Rasch in Bonn.

Koalition steht zu Lambsdorff

Kohl und Genscher: Auch im Fall einer Anklage soll der Minister im Amt bleiben

MANFRED SCHELL, Bonn

Für den Fall, daß die Staatsanwaltschaft Bonn Anklage gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff erheben sollte, werden weder die FDP noch die CDU den Minister drängen, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Nach Informationen der WELT ist es vielmehr die Auffassung des FDP-Vorsitzenden Genscher und auch des FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnick, daß Lambsdorff aufgrund einer „bloßen Anklage“ durch die Staatsanwaltschaft nicht zurücktreten müsse. Statt dessen sollte er Einspruch einlegen und das zuständige Gericht über eine Eröffnung des Hauptverfahrens entscheiden lassen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat bisher bewußt vermieden, mit Lambsdorff über die Komplikationen zu sprechen, die sich für die Bundesregierung aus einer strafrechtlichen Verfolgung ergeben könnten. Im Bundeskanzleramt wird auch darauf hingewiesen, daß es darüber keine Absprachen zwischen Kohl und dem FDP-Vorsitzenden Genscher gebe. Aber der Bundeskanzler sei offenbar der Auffassung, daß eine Anklage durch die Staatsanwaltschaft noch kein Schuldspruch sei. Vielmehr solle dann ein Gericht über die Zulässigkeit der Anklage entscheiden.

Im Bundeskanzleramt geht man davon aus, daß die Staatsanwaltschaft zu der Meinung gelangt ist, sie müsse Anklageantrag gegen Lambsdorff und sechs weitere Personen stellen. Vor weiteren Überlegungen werde man deshalb sehr genau die Anklageschrift prüfen müssen, hieß es. Wenn sie sich auf die Angaben des früheren Flick-Buchhalters Diehl stützen sollte, wäre sie allerdings mehr als zweifelhaft, denn diese Liste habe sich in mehreren Punkten als nachweislich falsch erwiesen. Zum Beispiel sei darauf auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt als Geldempfänger ausgewiesen, der nie einen Pfennig erhalten habe. Kaum haltbar wäre auch, wenn die Staatsanwaltschaft annehmen sollte, allein die Zuwendung von Parteispenden an die FDP durch die Firma Flick habe das Verhalten des Bundeswirtschaftsministers gegenüber diesem Unternehmen beeinflußt. Eine solche Auffassung, so hieß es im Bundeskanzleramt, wäre zumindest sehr problematisch und klärungsbedürftig.

Bundeskanzler Kohl hat sich offenkundig vorgenommen, nach Bekanntwerden der Einzelheiten auch in der Öffentlichkeit ein Wort zu den Vorgängen um Graf Lambsdorff zu sagen. Intern hat er wiederholt in sehr scharfer Form gegen die Vorverurteilungen des Bundeswirtschaftsministers durch „Spiegel“ und „Stern“ Stellung genommen. Er hält diese Vorgänge für einen Anschlag auf den Rechtsstaat. Dieses Thema müsse man, so Kohl, losgelöst von Personen diskutieren, denn hier zeichneten sich qualitative Veränderungen des Rechtsstaates ab.

Mertes: Verständnis für USA wächst

Staatsminister spricht gegenüber der WELT von „übergeordnetem Notstand“ in Grenada

BERNT CONRAD, Kyoto

Ein wachsendes Verständnis der Bundesregierung für die Motive Washingtons beim militärischen Eingreifen in Grenada sieht Staatsminister Alois Mertes (CDU) vom Bonner Auswärtigen Amt. „Äußerungen des Gouverneurs von Grenada haben für die völkerrechtliche Beurteilung der amerikanischen Aktion eine neue Lage geschaffen, der die Bundesregierung selbstverständlich angemessen Rechnung trägt“, sagte Mertes, der Bundeskanzler Helmut Kohl in Japan begleitet, gestern im Gespräch mit der WELT.

Auf die Frage, was das praktisch bedeute, erwiderte der Staatsminister: „Wir haben ein noch gewachsenes Verständnis für die politisch-moralische Güterabwägung, vor der die amerikanische Regierung gestanden hat.“ Politische Güterabwägungen ließen sich nicht in das „Prokrustes-Bett rein juristischer Betrachtungen“ pressen. Indizien für die Absicht Kubas, Grenada in eine militärische Bastion mit expansiver Tendenz umzuwandeln, kommentierte Mertes mit dem Hinweis: „Es scheint in Grenada eine Situation eingetreten zu sein, die völkerrechtlich mit einem übergeordneten Notstand für die Vereinigten Staaten vergleichbar ist.“

Als grotesk bezeichnete der Staatsminister Vergleiche mit der sowjetischen Invasion Afghanistans. Aber gerade wegen dieses Verständnisses fügte der CDU-Politiker hinzu: „Amerikanische Regierungen sind immer gut beraten, wenn sie ihre europäischen Verbündeten maximal informieren, damit Mißverständnisse rechtzeitig ausgeschaltet werden.“

DAS ● INTERVIEW

Sprecher der Bundesregierung hatten mehrmals darauf hingewiesen, daß Bonn über das militärische Eingreifen der Vereinigten Staaten in Grenada vorher nicht informiert worden war.

Offensichtlich entspricht die jüngste Bewertung von Mertes jener des Bundeskanzlers. Volle Übereinstimmung konnte der Staatsminister auch in einem Gespräch mit dem japanischen Außenminister Abe feststellen. Seine Regierung habe ein Maximum an Verständnis für das amerikanische Verhalten bekundet, aber sie bedauere die Lage, erklärte Abe dem Bonner Gast. Was die Bundesregierung gesagt habe, stimme mit der japanischen Auffassung überein. Die Stellungnahmen beider Regierungen würden sich natürlich bei fortlaufender Information weiter entwickeln, meinte Abe.

Gegenüber der WELT verwies Mertes auf die Bonner NATO-Erklärung vom 10. Juni 1982, in der festgehalten werde, daß sich auch außerhalb des Bündnisgebietes Vorgänge abspielten, die für die Sicherheit der Allianzmitglieder von vitaler Bedeutung seien. Im nordatlantischen Bündnis sei auch immer anerkannt worden, daß auf den Vereinigten Staaten hier eine besondere Verantwortung laste, die vom Bündnis als solchem nicht wahrgenommen werden könne.

Am vergangenen Dienstag hatte Staatsminister Mertes gegenüber dem japanischen Außenminister Abe das „Verständnis“ des Bundeskanzlers für die Haltung der Vereinigten Staaten in einer anderen Weise interpretiert. In der deutschen Sprache, so hatte der CDU-Politiker gesagt, sei „Verständnis“ nicht gleichbedeutend mit „Einverständnis“ (WELT v. 2. 11.).

Kritik Vogels an Verhandlungen der USA in Genf

PETER PHILIPPS, Bonn

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel will sich im Vorfeld des SPD-Bundesparteitages über die Frage der Nachrüstung in seiner Partei dafür einsetzen, „daß sich viele meiner Meinung anschließen, daß der NATO-Doppelbeschluß beachtliches geleistet hat“. Auf dieser Basis soll in der Fraktion und auf dem Parteitag am 19. November in Köln „ein möglichst hohes Maß an Geschlossenheit erreicht werden“.

Vor Journalisten machte Vogel deutlich, daß es auf dem Parteitag „nicht nur ein Nein“ zur westlichen Nachrüstung geben dürfe. Die Sozialdemokraten müßten in ihrem Beschluß auch ausdrücken, woran „wir festhalten: am Bündnis, an der Bundeswehr, an der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik und an dem, was Helmut Schmidt die Grand Strategy genannt hat, die über das Militärische hinausreicht“.

Die Richtung, auf der Basis eines solchen vielschichtigen Leitantrags des Parteivorstandes in Köln eine eindrucksvolle Mehrheit der Delegierten zu einigen, hatten auch andere Mitglieder der SPD-Spitze in den vergangenen Wochen bereits angedeutet – zuletzt der ehemalige Verteidigungsminister Hans Apel. In einem Gespräch mit dem „Spiegel“ hatte er aber auch klargestellt, daß nach seiner Meinung „man wohl am Ende, wenn man in der Regierung ist, zu verbindlichen Zusagen in der NATO stehen“ müsse, „so schwierig das ist“. Und: Wenn die SPD in Bonn noch in der Regierungsverantwortung gewesen wäre, wäre spätestens jetzt, bei der Entscheidung über den Vollzug der vereinbarten Nachrüstung, die sozial-liberale Koalition zerbrochen.

Vogel verwies in seinen Äußerungen über die Parteitagsvorbereitung noch einmal darauf, daß die SPD-Parteitage in Berlin (1979) und München (1982) keine „Stationierungsbeschlüsse gefaßt“ hätten. Vielmehr sei auf „ernsthafte Verhandlungen“ in Genf abgehoben worden. Er, Vogel, sei „von den größten Anstrengungen“ unserer amerikanischen Freunde“ in Genf „nicht überzeugt“. Vogel erwartet, daß der ehemalige Bundeskanzler Schmidt nicht nur auf dem Parteitag, sondern auch während der Bundestagsdebatte am 21. und 22. November das Wort ergreifen wird.



Rohe Sitten

hg – „Verrohung der Sitten im Handel" – diese Klage, bekannt vor allem als unabdingbarer Bestandteil einschlägiger Festreden, ist plötzlich aktuell geworden: Soeben hat das Bundeskartellamt der Metro untersagt, für die Aufnahme neuer Artikel in ihr Sortiment sowie bei der Eröffnung neuer Metro-Märkte von ihren Lieferanten Sonderzahlungen zu verlangen. Sind denn die Sitten bei der Metro besonders roh?

Wohl kaum; sie hat die „Eintrittsgelder" nicht erfunden. Allerdings praktizierte sie ein besonders perfektes System zu ihrer Durchsetzung: Der Lieferant erhielt ein Formular, auf dem er sein Einverständnis mit diesen Sonderleistungen schon vorgedruckt fand. Unterschrieb er nicht, konnte er der Metro auch nichts verkaufen – was ein kleiner Mittelständler, der fünf bis zehn Prozent seines Umsatzes mit dem Cash-und-Carry-Konzern macht, sich gar nicht leisten kann. Also wird gezahlt und versucht, sich an weniger bedeutenden Kunden über höhere Abgabepreise schadlos zu halten. Dummerweise sitzen viele Hersteller auf beträchtlichen Überkapazitäten. So daß manche von ihnen unter dem Zwang der Verhältnisse geneigt sind, Sonderrabatte sogar von sich aus anzubieten, damit die Bänder nicht stillstehen. Darum ist es unbillig, allein dem Handel die Schuld zu geben. Denn es steht keineswegs fest, wer die Eintrittsgelder und ähnliche unfeine Praktiken erfunden hat – der Handel oder die Industrie.

Seit einiger Zeit bemühen sich die Verbände wieder einmal, die rohen Sitten mit einer Fortschreibung der gemeinsamen Erklärung aus der Welt zu schaffen. Der Erfolg ist zweifelhaft. Es darf weiter geklagt werden.

Folgen

J. Sch. – Die neue elektronische Schreibmaschine, die die französische CGE mit der italienischen Olivetti entwickeln will, verdient das ihr von Paris etwas voreilig aufgeklebte Europaetikett wohl nicht. Im Gegenteil könnte die damit gekoppelte Reduktion des Anteils der französischen Staatsunternehmen am Olivetti-Kapital von 33 auf zehn Prozent den Weg für einen verstärkten amerikanischen Einfluß in der europäischen Bürotechnik und Datenverarbeitung freimachen. Denn wären Saint-Gobain und Bull – die beiden bisherigen Großaktionäre von Olivetti – nicht verstaatlicht worden, dann hätte Frankreich durchaus einen wesentlichen Beitrag für den Aufbau des industriellen Europas leisten können. Und ohne die Verstaatlichung von Thomson würde es um die europäische Kooperation in der Unterhaltungselektronik besser aussehen. So hat die französische Regierung mit den Verstaatlichungen der von ihr beschworenen gemeinsamen europäischen Industriepolitik keinen guten Dienst erwiesen.

BUNDESVERBAND DEUTSCHER BANKEN / Für Fortsetzung des Bonner Kurses

Revitalisierung durch Verläßlichkeit und ordnungspolitische Klarheit

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Zu einer konsequenten Fortsetzung ihrer investitionsfreundlicheren Wirtschaftspolitik ermuntern die privaten Banken die Bundesregierung. Sie fordern eine grundlegende Revitalisierung der Wirtschaft, die nicht nur Verläßlichkeit, sondern auch eine noch stärkere ordnungspolitische Klarheit voraussetze. Wachstumskräfte könnten nicht durch kurzfristigen finanzpolitischen Aktionismus mobilisiert werden, sondern nur, wenn mit der Beseitigung von Wachstumshemmnissen und Strukturschwächen für nachhaltig bessere Investitionsbedingungen gesorgt werde.

Deshalb müßten, so schreibt der Bundesverband deutscher Banken, die überhöhte Staatsausgabenquote sowie die Steuer- und Abgabenbelastung gesenkt und die ausgeuferten staatlichen Transferleistungen wieder in ein angemessenes Verhältnis zu den Leistungseinkommen gebracht werden. Strukturkonservierende und wachstumshemmende Subventionen sollten eingeschränkt werden. Das Kapitalaufkommen dürfe nicht weiter in großem Umfang der Finanzierung konsumtiver Zwecke dienen, sondern müsse wieder einer produktiven Verwendung zugeführt werden. Die Banken appellieren an den Staat, durch Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die Inanspruchnahme privater Ersparnisse einzuschränken und steuerliche Vorschriften zu überprüfen, die Kapital in falsche Kanäle leiten.

Von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung des Strukturwandels, für Modernisierung, technologischen Fortschritt und Innovation in der Wirtschaft ist nach Auffassung der Banken eine ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Eigenkapital. Dazu könnte neben eigenen Anstrengungen des Kreditgewerbes auch eine Konzentration der staatlichen Vermögenspolitik auf Beteiligungswerte beitragen.

Der Bundesbank empfiehlt der Verband eine Politik der ruhigen Hand. Selbst wenn sich die Geldmenge bis zum Jahresende nicht wieder in ihr Zielband zurückbewege, sollte dies kein Anlaß für eine grundlegende geldpolitische Kurswende sein. Die Zusammenhänge zwischen Geldmenge, Ausgaben und Preisen seien zu komplex, um zeitweilige Abweichungen dieses Indikators, dessen Instabilität Anfang dieses Jahres besonders deutlich geworden sei, zu einem Glaubwürdigkeitsproblem für die Geldpolitik zu machen. Die Banken erinnern an die Mitverantwortung auch der Lohn- und Finanzpolitik für die Stabilität.

Die internationale Verschuldungskrise hält der Bankenverband nach den bisherigen Erfahrungen bei wirkungsvoller Zusammenarbeit aller Beteiligten für beherrschbar. Allerdings seien die Geschäftsbanken allein nicht in der Lage, die Finanzierungslücke zu schließen, die auch dann noch bleibt, wenn dem Internationalen Währungsfonds die Mittel aus der fälligen Quotenerhöhung zufließen. Deshalb müßten sich die Weltbank und auch regionale Entwicklungsbanken stärker als bisher engagieren und über „entwicklungsfördernde Finanzierungen" die Rückzahlungsfähigkeit der Schuldner stärken.

Zustimmung findet bei den privaten Banken die vom Gesetzgeber angestrebte Bankenaufsicht auf konsolidierter Basis unter Einschluß der Auslandstöchter, die durch den Fall SMH-Bank eine besondere Aktualität erlangt. Zur Vermeidung von nachteiligen Folgen für die Wirtschaft, besonders den Export, fordern die Banken jedoch zur Anpassung des Eigenkapitals an das 18fache des Kreditvolumens eine längere Übergangsfrist als die drei Jahre, die in der Novelle zum Kreditwesengesetz vorgesehen ist. Außerdem müßte für die Übergangszeit ein ausreichender Atemspielraum gewährt werden. Gleichzeitig wiederholt der Verband seine Ablehnung einer Einbeziehung der Hypothekenbank in die Konsolidierung.

Unter der Überschrift „mehr Marktwirtschaft in der Wohnungsbaupolitik" setzt sich der Verband dafür ein, die steuerlichen Nachteile bei der Eigennutzung von Wohnungseigentum zu beseitigen, die sich besonders aus der Nichtabzugsfähigkeit der Hypothekenzinsen ergeben.

VEREINIGTE STAATEN

Haushaltsdefizite: Feldstein glaubt an baldigen Abbau

H.-A. SIEBERT, Washington

Der vorsichtigste unter den Ökonomen der Reagan-Administration, Martin Feldstein, ist auch der optimistischste. Wie der Vorsitzende des wirtschaftlichen Beraterstabes des Weißen Hauses in einem Gespräch mit ausländischen Journalisten erklärte, bestehe berechtigte Hoffnung, daß Exekutive und Legislative schon bald den Rekordhaushaltsdefiziten zu Leibe rücken. In Washington begreife man inzwischen, welchen Schaden die Defizite der amerikanischen Wirtschaft zufügten, sagte er. Besonders klargeworden sei das in der Diskussion über die Anhebung der Verschuldungsgrenze des Bundes.

In den Vorbesprechungen über den Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1985, der in der zweiten Januarhälfte dem Kongreß übermittelt wird, will Feldstein den Eindruck gewonnen haben, daß Präsident Reagan einen Anfang dieses Jahres eingebrachten Vorschlag erneuern wird. Danach würde das Defizit um etwa 90 Milliarden Dollar durch parallele Ausgabenrestriktionen und Steuererhöhungen reduziert.

Einzelheiten dieses Plans waren im Budget des Weißen Hauses für das am 1. Oktober begonnene Haushaltsjahr 1984 enthalten. Er sah in der Hauptsache ein Einfrieren und eine „stärkere Kontrolle der als nicht kontrollierbar geltenden" Ausgaben vor. Bei Zustimmung durch den Kongreß wollte Reagan eine Steueranhebung festschreiben, die im Finanzjahr 1986 in Kraft treten, nicht mehr als ein Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen und nicht länger als drei Jahre erhoben werden sollte. Reagan nannte dieses Paket „eine Versicherungspolice für die Zukunft".

Das Problem ist, daß der Kongreß diesen Vorschlag gleich zur Seite geschoben hat und der Präsident erst kürzlich selbst davon abrückte, und zwar mit dem Argument, er sei angetreten, um die Steuern zu senken und nicht zu erhöhen. Der Gedanke einer Neuauflage liegt andererseits nahe; sie würde ins Wahlkampfkonzept der Administration passen, weil die Demokraten zu Ausgabenschnitten praktisch gezwungen würden.

Ob Feldsteins Prognose richtig ist, muß sich mithin noch erweisen. Auf jeden Fall rechnet er für den Rest dieser Dekade mit jährlichen Haushaltsdefiziten in den USA, „die 200 Milliarden Dollar betragen, falls nichts geschieht". Nach seiner Kalkulation würde das Defizit bei Verwirklichung der Maßnahmen 1988 etwa 40 Prozent kleiner ausfallen.

Unter der Voraussetzung, daß „Washington wirtschaftspolitisch richtig führt", wird, so Feldstein, Amerika in den nächsten fünf Jahren auf Wachstumskurs bleiben. Der lange Aufwärtstrend hängt also vom Kongreß und von der US-Notenbank mit einer Strategie der richtigen Mischung im Fiskal- und Geldbereich ab. Im Vergleich der vierten Quartale nimmt die US-Wertschöpfung 1984 um vier bis fünf Prozent zu. Die reale Rate bleibt dann auf diesem Niveau.

Aufklärung ist überfällig

Von WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung, bislang fest entschlossen, mit ihrem ehrgeizigen Programm zur Teilprivatisierung von Staatsunternehmen auf Kurs zu bleiben und das Tempo sogar noch zu beschleunigen, ist plötzlich in unangenehmes Fahrwasser geraten. So erweist sich der Widerstand der Gewerkschafts-Bewegung gegen die Privatisierungsaktion mit einem Mal als unerwartet hartnäckig und gut organisiert. Besonders deutlich wird dies an der Entschlossenheit der Gewerkschaft der Posttechniker und deren Mitglieder, den für Oktober nächsten Jahres festgelegten Verkauf von 51 Prozent der staatlichen Fernmeldegesellschaft British Telecom [illegible] Kampagne aus eher passiver Dienstverweigerung ihrer Mitglieder und aktiver Öffentlichkeitsarbeit versucht die Gewerkschaft Stimmung und Stimmungen gegen die Privatisierung von Telecom mobil zu machen. Ganz abgesehen vom „Ausverkauf von Staatsvermögen", den die Regierung Thatcher betreibe und der grundsätzlich gegen das allgemeine Interesse gerichtet sei, würden im speziellen Fall British Telecom darüber hinaus die Verbraucher massiv geschädigt.

Natürlich haben sich Regierung und Telecom-Management beeilt, Zeitungsberichte über eine bereits ins Auge gefaßte Verschiebung des Verkaufstermins als völlig unbegründet zu dementieren. Tatsache aber ist, daß der Ausstand von inzwischen knapp 3000 Mitgliedern der Posttechniker-Gewerkschaft bei British Telecom die Öffentlichkeit stärker irritiert, als es der Regierung lieb sein kann. Dies um so mehr, als die parallel laufende Weigerung der Gewerkschaft, die neugegründete private Telefongesellschaft Mercury als künftige Konkurrenz von British Telecom an das bestehende Telefonnetz anzuschließen, durch hochrichterlichen Spruch unter Hinweis auf drohende Arbeitsplatzverluste bei Telecom gerechtfertigt wurde.

Mit ihrer bisherigen Privatisierungsaktion hatten Premierministerin Margaret Thatcher und ihre Minister kaum Schwierigkeiten, weil es sich bei Britisch Aerospace, Amersham International oder Britoil um Unternehmen mit sehr geringem Direktbezug zur Öffentlichkeit handelte. Das ist bei Telefon, Post und Bahn grundlegend anders. Man wird den Verdacht nicht los, daß von der Regierung zwar die technisch nicht einfach zu lösende Unterbringung von Telecom-Aktien für geschätzte 16 Milliarden Mark immer wieder durchdiskutiert wurde, dafür aber die psychologische Öffentlichkeitsarbeit auf diesem sehr sensiblen Gebiet völlig auf der Strecke blieb.

Es genügt einfach nicht, sich als konservative Regierung immer wieder auf den Hinweis zu beschränken, daß die Staatseigentumstheorie in Großbritannien in den lezten 40 Jahren alles andere als segenbringend gewirkt hat. Man darf nicht vergessen, daß das Sicherheitsdenken der Belegschaft in staatseigenen Monopol-Unternehmen traditionell extrem stark ausgeprägt ist. Entsprechend werden negative Konsequenzen bei jedem Versuch der Rationalisierung und Reorganisation in diesem Bereich befürchtet.

Diese Regierung muß erst einmal alles daransetzen, innerhalb der britischen Gesellschaft die theoretische Auseinandersetzung um ihre Privatisierungsaktion zu gewinnen, bevor sich der Widerstand weiter verstärkt. Es geht um eine Auseinandersetzung der Definitionen: daß weder eine ganze Nation, noch viel weniger der einzelne Verbraucher vom System monopolistischer, bürokratischer Staatsunternehmen profitiert; daß nur über die Privatisierung eine Mitarbeiterbeteiligung verwirklicht werden kann; daß Staatsunternehmen weit stärker dem Druck staatlicher Ausgabenkürzungen und dem Wechselbad von Stop-and-go-Entscheidungen ausgesetzt sind; und schließlich, daß es bei dem Privatisierungsprogramm um die Wiederherstellung eines Gleichgewichts der Marktkräfte geht.

Das Schlagwort der Premierministerin, daß die Grenzen des Staates im Wirtschaftsbereich „zurückgerollt" werden müssen, wirkt jedenfalls viel zu aggressiv und ist kaum angetan, im Land die positive Lobby für das Privatisierungsprogramm auf breiter Front zu vergrößern. Dem neuen Staatssekretär mit Ministerrang im Schatzamt, John Moore, verantwortlich für das weitere Privatisierungsprogramm, scheint dies klar zu sein. Er hat jetzt den längst fälligen Aufklärungsgang angetreten.

AUF EIN WORT

„Mit dem Subventionswettlauf ist es so ähnlich wie mit dem Rüstungswettlauf. Beides ist Wahnsinn. Trotzdem ist bei Störung des Gleichgewichtes eine Nachrüstung erforderlich, auch bei den Subventionen."

Dr. Michael Budczios, Vorsitzender des Verbandes der deutschen Schiffbauindustrie. FOTO: DIE WELT

Freundlicher Herbst für Bauwillige

HH, Bonn

„Einen freundlichen Herbst für Bauwillige" sagt der Verband Deutscher Hypothekenbanken voraus, nachdem die Zinsen am deutschen Kapitalmarkt von einem Höchststand um etwa 8,5 Prozent für Schuldverschreibungen mit zehnjähriger Laufzeit noch im September auf derzeit rund 8,3 Prozent zurückgegangen seien. „Eine weitere Normalisierung bis auf etwa acht Prozent" (wie Ende letzten Jahres) sei nun „durchaus möglich". Die Baupreisentwicklung wirke sich zusätzlich günstig aus. Nichts deute auf große Preissprünge hin.

INDUSTRIEPRODUKTION

Nach dem Sommer ist die Erzeugung wieder gestiegen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Zu Beginn des Herbstes hat sich der Anstieg der Industrieproduktion nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums wieder fortgesetzt, nachdem er in den Sommermonaten zum Stillstand gekommen war. Zwar hat die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im September gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt nicht weiter zugenommen. Dabei sei jedoch zu berücksichtigen, so das Bundeswirtschaftsministerium, daß der August-Wert nachträglich um einen Indexpunkt heraufgesetzt wurde. Das Ministerium rechnet auch damit, daß die Daten für den September nach oben korrigiert werden müssen.

Auch nach den vorläufigen Ergebnissen ist der Ausstoß im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe um ein Prozent gestiegen. Der Bergbau meldete dagegen einen kräftigen Rückgang.

Der Quartalsvergleich (3. gegenüber 2. Vierteljahr) weist auch eine unveränderte Produktion aus; dabei war die Entwicklung in den einzelnen Zweigen uneinheitlich. So erhöhte sich die Leistung im Bauhauptgewerbe um zwei Prozent, während sie im Verarbeitenden Gewerbe auf dem Niveau des Vorquartals verharrte und im Bergbau um 5,5 Prozent sank. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes kam es im Investitionsgüterbereich zu einer Abnahme der Fertigung um ein Prozent und beim Verbrauchsgütergewerbe um zwei Prozent. Dem stand eine Steigerung der Erzeugung im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe um 3,5 Prozent gegenüber. Das Produktionsniveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums wurde im 3. Quartal insgesamt um knapp zwei Prozent übertroffen.

EG-LASTENVERTEILUNG

Bonns neuer Vorschlag setzt bei den Einnahmen an

WILHELM HADLER, Brüssel

Mit einem eigenen Vorschlag hat sich die Bundesregierung jetzt in die Diskussion um eine gerechtere finanzielle Lastenverteilung in der EG eingeschaltet. Er kombiniert eine Reihe von Elementen, die in den bereits vorliegenden Modellen enthalten sind und versucht, durch die Festlegung einer finanziellen Obergrenze eine exzessive einseitige Belastung einzelner Mitgliedsstaaten für die Zukunft auszuschalten.

Bisher neigte die Mehrheit der Partnerstaaten einem dänischen Vorschlag zu. Dieser zielt auf einen Ausgleich der Ausgabenseite des Etats ab – also durch zusätzliche Finanzierungen zugunsten von Mitgliedsstaaten, die bei den Rückflüssen aus Brüssel zu kurz gekommen sind. Bonn setzt wie Großbritannien auf der Einnahmenseite an. Eine Beitragsbegrenzung soll nach deutscher Meinung automatisch dann eintreten, wenn die Rückflüsse eines Landes anteilmäßig geringer sind als dessen Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft.

Im Gegensatz zu London denkt die Bundesregierung jedoch noch an eine absolute Obergrenze. Zweites Teilelement einer Gesamtlösung sollte nach ihrer Meinung der von der EG-Kommission vorgeschlagene, modulierte Abführungssatz für die Mehrwertsteuer sein. Er würde die einzelnen Mitgliedsstaaten jeweils nach ihrem Anteil an der Agrarerzeugung belasten und damit die Staaten besonders zur Kasse bitten, die Nutznießer der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik sind.

Erste Reaktionen auf den Vorschlag lassen erkennen, daß er zumindest als eine Möglichkeit betrachtet wird, die Briten aus ihrer bisherigen Isolierung zu befreien.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Umschuldungsabkommen mit Polen unterschrieben

Frankfurt (rtr) – Vertreter westlicher Banken und der Volksrepublik Polen haben am Donnerstag in Luxemburg ein Umschuldungsabkommen unterzeichnet. Dies teilte die Dresdner Bank AG in Frankfurt mit. Damit werden 95 Prozent der 1,5 Milliarden Dollar Schulden der Volksrepublik umgeschuldet. Im einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen: Zunächst sollten 95 Prozent der Kapitalfälligkeiten 1983 im Gesamtvolumen von rund 1,1 Milliarden Mark mit einer Endlaufzeit von zehn Jahren bei fünf tilgungsfreien Jahren umgeschuldet werden. Die restlichen fünf Prozent seien am 16. Januar 1984 zu zahlen. Zweitens sollten die für 1983 noch ausstehenden Zinsen in Raten am 10. und 30. November 1983 sowie am 15. und 31. Dezember 1983 von der Volksrepublik gezahlt werden. Drittens gewähren die etwa 500 Gläubigerbanken Polen kurzfristig revolvierende Warenfinanzierungskredite in Höhe von 200 Millionen Dollar, deren Gesamtlaufzeit fünf Jahre beträgt.



Jeder Auszubildende kostet seinem Lehrherrn durchschnittlich 17 040 D-Mark jährlich. Die von den Auszubildenden erarbeiteten Erträge bringen dagegen nur 40 Prozent der Ausbildungskosten wieder herein. Eine lohnende Investition dürfte dies aber dennoch sein, denn sie sichert qualifizierten Nachwuchs. QUELLE: GLOBUS

Übernahme untersagt

Berlin (Wz.) – Das Bundeskartellamt hat dem Süddeutschen Verlag, München, untersagt, den „Donau-Kurier" in Ingolstadt zu übernehmen. Allerdings ist die Untersagungsverfügung noch nicht rechtskräftig. Der Süddeutsche Verlag, der die „Süddeutsche Zeitung" mit einer Auflage von 338 000 herausgibt, ist schon zu einem Viertel am „Donau-Kurier" beteiligt, der in der Region Ingolstadt mit einer Auflage von 73 000 erscheint. Das Kartellamt begründet die Untersagung damit, daß eine Übernahme die überragende Marktstellung des Verlages im Großraum München weiter absichere und den Wettbewerb in der benachbarten Region ausschließe.

Neue Platin-Münze

Frankfurt (dpa/VWD) – Ab 3. November startet die Deutsche Bank AG, Frankfurt, den Verkauf einer neuen Platin-Münze, für die es nach Darstellung der Bank ähnlich wie bei der Gold-Münze „Krügerrand" einen organisierten und voll funktionierenden Markt geben wird. Der sogenannte „Platin-Noble", der genau eine Unze (31,1035 Gramm) Feinplatin enthält, wird von einer Londoner Münzanstalt für die über eigenes Münzrecht verfügende Isle of Man geprägt, wo der „Noble" auch den Charkter eines gesetzlichen Zahlungsmittels hat. Für den deutschen Markt hat die Deutsche Bank das Alleinvertriebsrecht. Das Erst-Prägevolumen liegt bei gut 200 000 Münzen. Maßgebend für den Handelspreis der Münze sind die Börsen-Notierungen für Platin. Am Bankschalter kostete der „Noble" gestern 1225,50 Mark.

Insolvenzenzunahme

Hamburg (VWD) – Die Insolvenzen und die Zwangsversteigerungen auf dem Immobiliensektor haben in den vergangenen Jahren ganz erheblich zugenommen. Hierauf wies Detlef G. Seefeld, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Makler (VDM) in Hamburg, auf dem diesjährigen Bundeskongreß (3. bis 5. November) hin und sprach von einer besonders negativen Entwicklung auf dem Immobilienmarkt. Im Verlaufe der letzten drei Jahre hätten die Anträge auf Zwangsversteigerungen bei den Amtsgerichten durchschnittlich um 300 Prozent zugenommen. In den letzten sechs Monaten hat sich eine weitere überproportionale Steigerung ergeben.

Höhere Großhandelsumsätze

Wiesbaden (rtr) – Die Umsätze des deutschen Großhandels sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres nominal wie real leicht gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt auf der Basis vorläufiger Ergebnisse mitteilte, erhöhten sich die Großhandelsumsätze in diesem Zeitraum um nominal ein Prozent und real – auf der Basis des Preisniveaus 1980 – um zwei Prozent auf 552 Milliarden Mark. Für den September allein wurde von dem Amt ein nominaler Anstieg um 2,4 und ein realer um 1,7 Prozent auf 68 Milliarden Mark gemeldet.

ZENTRALBANKRAT

Kreditwesengesetz-Novelle sollte bald vorliegen

PETER WEERTZ, Berlin

[illegible] rasche Verabschiedung der Novelle des Kreditwesengesetzes hält Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl für vordringlich. Hierzu äußerte er sich im Zusammenhang mit den Liquiditätsschwierigkeiten des privaten Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co, Hamburg/Frankfurt, nach der Sitzung des Zentralbankrates, der keine kreditpolitischen Beschlüsse faßte. Laut Pöhl bestand dazu kein Anlaß.

„Wir alle sind von dem Ausmaß der Liquiditätsklemme des Bankhauses überrascht worden", sagte Pöhl, der andeutete, daß Auslandskredite über den Platz Luxemburg eine Rolle gespielt hätten. Dieser Vorgang unterstreiche die Notwendigkeit, daß die Bankkonzerne auch die Kreditgeschäfte ihrer Auslandstochter-Gesellschaften in ihre Bilanzen mit einbezögen. Zu Einzelheiten wollte er freilich keine Stellung nehmen. Er lobte jedoch die rasche und solidarische Lösung durch die Unterstützung der übrigen Banken, „ohne die es vielleicht zu einer kritischen Entwicklung gekommen wäre". Die Konsolidierung auch der Auslandskredite in den Bankenbilanzen bezeichnete Pöhl als „Minimalforderung".

Auf Zuversicht, nicht auf Optimismus, basiert laut Pöhl die wirtschaftliche Voraussage der Bundesbank für die nächsten Monate. Für 1984 rechnet Pöhl mit einem Wachstum des Bruttosozialprodukts von 2,5 (1983: ein) Prozent und der Lebenshaltungskosten um 3 bis 3,5 Prozent. Bei den Kapitalmarktzinsen erwartet Pöhl in nächster Zeit keine starken Schwankungen – weder nach oben noch nach unten. Das Geldmengenziel der Bundesbank wird bis zum Jahresende voraussichtlich nicht ganz erreicht werden, aber im Durchschnitt unter acht Prozent liegen.

DEG / Parteien melden Ansprüche auf Posten des Geschäftsführers an

Dem Unternehmen droht Politisierung

HEINZ HECK, Bonn

Wieder gerät ein Bundesunternehmen durch eine politische Stellenbesetzung ins Gerede. Seit sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Schröder (Lüneburg) um einen Geschäftsführerposten bei der DEG – Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (früher „Deutsche Entwicklungsgesellschaft") bemüht, meldet auch die SPD Ansprüche für einen der ihren an. Auch hier sind bereits Namen im Gespräch, so der des früheren Forschungs-, Finanz- und Postministers Matthöfer wie der des Haushaltsexperten Esters.

Dabei ist nicht ohne Pikanterie, daß Schröder und Esters seit Jahren Berichterstatter für den Etat des Entwicklungsministeriums sind – des Hauses also, das für den Bund gegenüber der DEG die Gesellschafterfunktion wahrnimmt. Der Bund hat allerdings sein Interesse an einer möglichst privatwirtschaftlich ausgerichteten Arbeitsweise auch dadurch demonstriert, daß er der DEG bei der Gründung 1962 einen Aufsichtsrat gegeben hat, obwohl dies nach GmbH-Recht nicht erforderlich ist – einen Aufsichtsrat noch dazu, der immer mehrheitlich mit Vertretern der Privatwirtschaft besetzt war. Bisher hat es, soweit bekannt, noch keinen Bundestagsabgeordneten im Aufsichtsrat gegeben.

Politisierung ist allerdings auch der DEG nicht erspart geblieben. Der bisher einzige Sündenfall trat ein, als der damalige Entwicklungsminister Eppler seinen Staatssekretär Sohn 1963 kurzfristig loswerden wollte und ihm den Vorsitz in der DEG-Geschäftsführung antrug.

Nach dessen Ausscheiden im letzten Jahr hat der Aufsichtsrat einen neuen Geschäftsverteilungsplan auf die beiden verbliebenen Geschäftsführer Karenberg und Lohmann vorgenommen – wie der Aufsichtsratsvorsitzende, Alt-Bundespräsident Scheel, gegenüber der WELT erklärte, weil ihm die Besetzung „als ausreichend erschien". Scheel erinnert daran, daß der Aufsichtsrat die Geschäftsführer einstellt. Wenn der Gesellschafter an das Gremium herantreten sollte, werde man dies dort „sehr sorgfältig erwägen".

Auf die Frage eines vierten Geschäftsführers angesprochen (also Aufstockung um zwei), meint Scheel kategorisch: „Eine Idee, die von niemandem verfolgt wird. Das ist ganz ausgeschlossen." Er selbst sähe darin jedenfalls eine „höchst unerwünschte Politisierung der Geschäftsführung eines Wirtschaftsunternehmens". Minister Warnke und sein Staatssekretär Köhler schweigen zu den Spekulationen. Sie wollen dem Aufsichtsrat nicht vorgreifen. Wenn sie diesem die Entscheidung überlassen, die – so Scheel – „nur nach sachlichen Erwägungen" erfolgen kann, wird dem Unternehmen die Politisierung erspart bleiben.

WELTBÖRSEN / Rege Nachfrage an Wall Street

Londoner Kurse ziehen an

New York (VWD) – Fester schlossen am Mittwoch die Kurse an der New Yorker Effektenbörse nach relativ lebhaftem Geschäft. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte schloß die Sitzung mit 1237,30 (Vorwoche 1243,80) Punkten um 8,03 Punkte über Vortagsniveau. Der Umsatz stieg gegenüber dem Vortag auf 95,21 (84,46) Millionen Aktien. Die Zahl der Kursgewinner war mit 1050 fast doppelt so hoch wie die der Kursverlierer mit 542. Keith S. Hertel, Vice President bei Smith Barney Harris Upham, begründete den Kursanstieg zum Teil damit, daß der Markt in den letzten Tagen überverkauft war. Auch einige Baisse-Dekkungen und Käufe eines Index-Fonds hätten dazu beigetragen.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche, in der Freitagsausgabe, einen Überblick über den Kurstrend an den wichtigsten internationalen Börsen. . .

London (fu) – Nachdem Londoner Börsenhändler Ende vergangener Woche trotz einer durch die Krisen in Grenada und Beirut bedingten starken Zurückhaltung der Anleger ein Anziehen der Kurse an der Londoner Wertpapierbörse auf breiter Front voraussagten, hat sich im Verlauf dieser Woche eine regelrechte Hausse durchgesetzt. Allein am Montag stieg der Financial-Times-Index für 30 führende Industriewerte um zwölf auf 703,1 Punkte, beflügelt durch optimistische Voraussagen über die britische Konjunkturentwicklung. Bis zum frühen Nachmittag des gestrigen Donnerstags erreichte der Financial-Times-Index 712 Punkte. Damit hat er im Verlauf dieser Woche um immerhin knapp 21 Punkte zugelegt.

Paris (J. SCH.) – Seit Anfang letzter Woche dürfen an der Pariser Börse auf Termin gehandelte Aktien nicht mehr gleichzeitig am Kassamarkt notiert werden. Von dieser Reform sind die 250 führenden Titel mit den größten Umsätzen betroffen. Ihre Liquidierung erfolgt jetzt ausschließlich zum Monatsende. Die Umstellung brachte zunächst technische Störungen. Sie wirkte sich außerdem kursdämpfend aus. Das lag auch daran, daß die Aufhebung der bisherigen Doppelgleisigkeit, die zu Kursdifferenzen von bis zu zwei Prozent zwischen den Kassa- und Terminnotierungen führte, Arbitragen notwendig machte. Außerdem kam es zu Abgaben wegen des unerwartet schlecht ausgefallenen letzten Preisindex.

Tokio (dlt) – Die innenpolitische Unsicherheit dämpfte die Investitionslust in Tokio. Der Dow-Jones-Index erhöhte sich zwischen Donnerstag letzter Woche und Mittwoch um 21 Punkte auf 9344,1. Am Donnerstag blieb die Börse wegen eines nationalen Feiertags geschlossen. Die Tagesumsätze bewegten sich zwischen 211 Millionen und 372 Millionen Aktien.

USA / Handelspolitische Probleme belasten Reagans Reise nach Tokio und Seoul

Washington fühlt sich ausgenutzt

H.-A. SIEBERT, Washington

Mit schwerem handelspolitischen Gepäck reist Präsident Ronald Reagan in der kommenden Woche nach Japan und Südkorea. Beiden Ländern wirft Washington Verstöße gegen die freihändlerischen Prinzipien vor. Amerika fühlt sich ausgenutzt: In diesem Jahr schnellt das Defizit im Warenverkehr mit Japan von 17 auf etwa 23, im nächsten wahrscheinlich auf 30 Milliarden Dollar. In Seoul sind Stahlsubventionen und künstliche Investitionsbarrieren für US-Firmen die Streitpunkte.

Auf den hohen Schwierigkeitsgrad, an dem der Staatsbesuch zu messen ist, haben Spitzenbeamte der Administration in Gesprächen mit ausländischen Journalisten aufmerksam gemacht. Nach ihrer Ansicht sind die virulenten handelspolitischen Probleme mit Japan durch „den gewaltigen Umfang des Handelsdefizits ausgerechnet in einem Wahljahr enorm verschärft worden". Nicht zu übersehen ist die wachsende Unruhe im Kongreß. Im Gerangel um den Export Administration Act ist nun der Senat an der Reihe; im Repräsentantenhaus steht die Abstimmung über amerikanische Autoteile, mit denen Importwagen ausgerüstet werden sollen, bevor.

In der Administration hofft man, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen, die sich zwischen Reagan und dem japanischen Premier Nakasone entwickelt haben, auszahlen. Schon vor dem Besuch einigten sich die USA und Japan auf die freiwillige Verlängerung der Autoexportquote um ein Jahr bis Ende März 1984. Nicht einverstanden ist jedoch Detroit mit der Anhebung von 1,68 auf 1,85 Millionen Wagen.

Die Forderungen der USA, die Reagan in Tokio vorbringen wird, lassen sich so zusammenfassen:

1. Der *Yen ist eindeutig unterbewertet*, und zwar auf Grund der Kapitalstruktur des fernöstlichen Inselreiches. Ein großer Schaden entsteht der US-Exportindustrie dadurch besonders auf den Märkten der Dritten Welt, weil ihre Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt wird. Ein stärkerer Yen würde die bilateralen Ungleichgewichte im Güterverkehr aber kaum beseitigen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist nach Auffassung der Reagan-Administration eine Internationalisierung des Yen und damit der japanischen Finanzmärkte erforderlich. Erleichterte Kreditaufnahmen und Direktinvestitionen von Ausländern in Japan würden einen positiven Effekt auf den relativen Wert des Yen haben, wird betont. Von Reagans Visite verspricht man sich „das Ingangsetzen eines Prozesses, der zur Öffnung des japanischen Kapitalmarktes führt".

2. Tokios jüngste konjunkturelle Ankurbelungsmaßnahmen sind zu bescheiden. Nach Washingtoner Urteil reicht die Diskontsenkung nicht aus; nach wie vor bestimmt allein die Verbrauchernachfrage das Wachstumstempo.

3. In den vergangenen zwei Jahren hat Japan dreimal Schritte zur Vereinfachung der Einfuhrprozedur unternommen. Aber noch immer klagen US-Firmen laut über lange Verzögerungen bei der Erteilung der Importgenehmigungen.

4. Mittels Steuer- und anderer Anreize ist Japan dabei, seine Grundstoffindustrie zu modernisieren, und zwar zu Lasten ausländischer Lieferungen. Die USA wollen das nicht länger hinnehmen. Sie verweisen auf die Kostenvorteile beispielsweise der amerikanischen Papier- und petrochemischen Industrie, die gegenüber japanischen Erzeugnissen 30 bis 40 Prozent betragen. Würden Nippons Einfuhrschleusen geöffnet, könnten die Handelsbilanzen schon durch diese Waren ausgeglichen werden.

In Tokio wird Präsident Reagan auch für eine Ausweitung des Agrarhandels eintreten. Hier und in der Belieferung des japanischen Telefon-Giganten NTT mit hochtechnologischen US-Produkten sieht die Administration ebenfalls eine Chance zum schnellen Defizitabbau.

KONJUNKTUR

Investitionen in Europa nehmen zu

WILHELM HADLER, Brüssel

Der leichte konjunkturelle Aufschwung in Westeuropa scheint sich auf breiter Front zu bestätigen. So rechnet der Dachverband der europäischen Industrie (Unice) jetzt auf Grund der vierteljährlichen Umfragen bei seinen Mitgliedsorganisationen mit einer durchschnittlichen Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von 0,6 Prozent für 1983 und 1,3 Prozent für das kommende Jahr.

Antriebskräfte für die Konjunktur dürften *in den dreizehn* befragten Ländern (außer der EG Schweden, Österreich, Norwegen und Finnland) vor allem vom Export her kommen. Er soll im gewogenen Durchschnitt 1984 um fast vier Prozent ansteigen, verglichen mit 1,3 Prozent im laufenden Jahr. Durchweg rechnen sich die europäischen Unternehmer verbesserte Wettbewerbschancen aus, „da die Lohn- und Kosteninflation graduell zurückgeht und die günstigen Auswirkungen gewisser Währungsanpassungen fortbestehen". Das Importwachstum wird für 1984 nur auf rund drei Prozent veranschlagt.

Von Bedeutung ist nach der Unice-Umfrage auch ein erwarteter Trendumschwung bei den Investitionen: Anstelle eines Rückganges von durchschnittlich zwei Prozent in diesem Jahr kann 1984 danach mit einer Zunahme in ähnlicher Größenordnung gerechnet werden.

ÖSTERREICH

Arbeitslosenrate steigt weiter an

W. F. Wien

Der Beschäftigungsrückgang in Österreich hält unvermindert an. Lediglich während der Sommermonate kam es zu der üblichen saisonal bedingten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Anfang Oktober waren in Österreich insgesamt 2,776 Millionen unselbständige Erwerbstätige gemeldet. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 30 298 oder rund ein Prozent und der tiefste Stand seit 1977.

Die Arbeitslosenrate lag damit bei 3,3 Prozent (August: 3 Prozent), saisonbereinigt erreichte sie jedoch bereits 5,2 Prozent. Dabei hat sich der neuerliche Beschäftigtenrückgang aber insofern noch nicht in der Arbeitslosenstatistik ausgewirkt, als sich gleichzeitig auch das Arbeitskräfteangebot verringert hat.

Auf Grund unterschiedlicher Erfassungs- und Berechnungsmethoden sind die österreichischen Arbeitslosenzahlen jedoch nur bedingt international vergleichbar. Wie eine Erhebung ergeben hat, liegt nämlich die Zahl der arbeitssuchenden Österreicher jeweils um gut die Hälfte höher als die offiziell ausgewiesenen Arbeitslosenziffern. Nach Einschätzung der Wirtschaftsforscher ist die stark steigende Zahl der amtlich nicht erfaßten *Arbeitslosen sogar mit 70 000 bis 75 000* anzunehmen, zu denen noch an die 3000 Lehrstellen suchende Jugendliche kommen.



KWU / Bewerbung um türkischen Kraftwerks-Auftrag

Unterstützung aus Bonn

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung „unterstützt nachdrücklich" die Bemühungen der Kraftwerk Union (KWU) zur Lieferung eines Kernkraftwerks in die Türkei. Wie der Parlamentarische Staatssekretär beim Wirtschaftsminister, Grüner (FDP), auf eine Frage des SPD-Abgeordneten Catenhusen weiter erklärte, ist das KWU-Angebot „gegen starke internationale Konkurrenz" mit zwei weiteren in der Endauswahl.

Ergänzend ist zu erfahren, daß die deutsche BBC-Tochter ihr Angebot für die Lieferung des nicht-nuklearen Teils zurückgezogen hat, da der Konsortionalpartner, die schwedische Firma ASA, aus innenpolitischen Gründen für den Reaktorteil nicht mehr antritt. Wie berichtet, hatten daneben auch die französische Framatome, die kanadische AECC und die amerikanische General Electric Angebote für das 1000-Megawatt-Projekt abgeben.

Die Bundesregierung würde es begrüßen, so Grüner, wenn das deutsche Unternehmen Erfolg hätte. Denn durch den Auftrag würden in der Bundesrepublik etwa 2000 Arbeitsplätze für hochqualifizierte Mitarbeiter für sechs Jahre gesichert oder neu geschaffen. Zugleich könnten damit der „hohe Stand der Kerntechnologie" gehalten und fortentwickelt, sowie die führende Position in dieser Spitzentechnologie gefestigt werden. Bonn ist daher bereit, für das Projekt eine Ausfuhrkreditbürgschaft (Hermes) bis zu 1,4 Milliarden Mark zu bewilligen.

Die Bundesregierung hat keine Angaben über die technischen Spezifikationen der deutschen Lieferungen. Grüner erklärt zu einer entsprechenden Frage Catenhusens, daß sich das Angebot offenbar „an dem in der Bundesrepublik Deutschland erreichten Sicherheitsstandard orientiert". Es sei zudem international üblich, nur solche Angebote zu berücksichtigen.

STAHLKRISE / Thyssen und Krupp betreiben die Schuldzuweisung nach dem Scheitern der Fusion vorsichtig

Konzepte des Alleingangs schließen Kooperation ein

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

So behutsam, wie es das auch künftig gemeinsame Branchenschicksal nahelegt, betreiben nach dem Scheitern der Fusion ihrer Stahlbereiche in je eine Massen- und Edelstahlgesellschaft die Konzernvorstände von Thyssen AG und Krupp Stahl AG jetzt den öffentlichen Teil ihrer Gewissenserforschung, wer denn nun schuld am Scheitern sei.

Erster Grund der Behutsamkeit: Wenigstens die beiderseitigen Freiformschmiede-Aktivitäten, zusammen 4700 Beschäftigte mit knapp 600 Mill. DM Umsatz, wollen die Konzerne noch in diesem Jahr in eine 50:50-Gesellschaft fusionieren und mit dem Abbau von Überkapazitäten (etwa 1000 Arbeitsplätze) wieder in die Gewinnzone bringen.

Zweiter Grund: Diesseits der nicht zu überspringenden Fusionshürde will man sich bei den nun notwendigen Alleingang-Konzepten der Strukturbereinigung Kooperationsmöglichkeiten offen halten. Entgegen dem bislang auf Thyssen-Seite vorherrschenden Eindruck zeigt sich da nun auch Krupp öffentlich kooperationsbereit. Erstes und beileibe nicht einziges Ziel könnte dabei sein, die beiderseitige Schienenproduktion (die als dritter deutscher Produzent nur noch Klöckner betreibt) aus den benachbarten Duisburger Hüttenwerken Hamborn (Thyssen) und Rheinhausen (Krupp) mit Produktionsquotentausch auf nur noch eine und dann vollbeschäftigte „schwere Profilstahlstraße" zu konzentrieren.

Die Alleingang-Konzepte selbst liegen nur bei Krupp schon offen auf dem Tisch; Thyssen hält sich unter Hinweis auf die in diesen Tagen laufenden Präsentationen vor den Betriebsräten noch bedeckt. Immerhin besteht die begründete Vermutung, daß der Branchenführer von seinen im Massen- und Edelstahlbereich noch vorhandenen Arbeitsplätzen, die 1983 erst um 3000 auf 64 000 reduziert wurden, in Bälde mindestens noch 10 000 abbauen will und muß.

Die Krupp Stahl AG, die in der letzten Phase ihrer „fusionsneutralen" Umstrukturierung schon 1983 ihre Belegschaftszahl um 4000 auf 31 000 verringerte, legt nun im Alleingang-Konzept da nochmals circa 4000 Arbeitsplätze auf (zweijährigen) Abbauetat. In diesem Programm stekken unter anderem die Vollintegration der bislang noch rechtlich selbständigen „Südwestfalen"-Edelstahlseite, ein 15prozentiger Queerbeet-Angestelltenabbau (900 Leute) und auch ein Personalabbau um 500 Leute (fast ein Drittel) bei der mit staatlich gestützter Kampfaktion gegen Klöckner gerade erst erworbenen Leverkusener Wuppermann GmbH.

Resultat der Schlankheitskur: baldige Kostenentlastung um etwa 250 Mill. DM pro Jahr und „Sicherstellung einer ausreichenden wirtschaftlichen Basis" für die Zukunft. Das werde nach dem in der letzten Woche absolvierten Krupp-Banken-Gespräch offensichtlich auch von den Kreditgebern positiv bewertet.

Übereinstimmend sagen beide Konzerne, daß mit Blick auf das nächste halbe Jahrzehnt der Personalabbau bei Fusion und Alleingang ungefähr der gleiche wäre. Im Dissens liegen sie weiterhin bei den Gründen des Scheiterns. Thyssen: Die nicht überbrückbare Lücke zwischen 0,5 Mrd. DM angebotener Bundeshilfe und erforderlichen 1,2 Mrd. DM zur „staatlichen" Krupp-Schuldenentlastung bestätige auch das Gutachten der bundeseigenen „Treuarbeit"-Prüfungsgesellschaft; ergo liege die Schuld bei Bonn. Krupp: Mit mindestens 800 Mill. DM hätte (was Thyssen ablehnte) der Ertragswertvorteil der eigenen Edelstahlseite „kapitalisiert" werden können, impliziere auch das „Treuarbeit"-Gutachten; ergo liege es an Thyssen, daß die Fusionshürde für Krupp unübersteigbar hoch wurde.

PORSCHE

Gerüchte um Aktienverkauf

nl. Stuttgart

„Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dürften die übrigen Porsche-Anteilseigner von ihrem Optionsrecht Gebrauch machen, wenn einer der Aktionäre seinen Anteil verkaufen wollte." Mit dieser Feststellung bezog sich der stellvertretende Porsche-Vorstandsvorsitzende Heinz Branitzki auf eine entsprechende Darstellung des Aufsichtsratsvorsitzenden Ferry Porsche. Grund dafür waren in der Schweiz aufgekommene Gerüchte, arabische Anleger seien mit 7 bis 8 Prozent beim Stuttgarter Sportwagenhersteller eingestiegen. Von Ferry Porsche selbst war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten.

Daß aus dem arabischen Raum ein starkes Interesse an einem Engagement bei diesem florierenden Unternehmen besteht, darf wohl unterstellt werden, vor allem, wenn man sich die anerkannt leistungsfähigen Forschungskapazitäten für militärische und zivile Projekte vor Augen führt. Das Grundkapital von 50 Mill. DM der Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart, die im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 7.) auf einen Umsatz von über 2,1 (1,5) Milliarden DM kam, wird von insgesamt zehn Aktionären der Familien Porsche und Piech gehalten.

CONTI-GUMMI / Dividende bleibt ungewiß

„Auf dem Weg nach oben"

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der Vorstand der Continental Gummi-Werke AG, Hannover, schweigt beharrlich auf die Frage, ob für das Geschäftsjahr 1983 die Dividendenzahlung aufgenommen wird. Der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Helmut Werner, und Finanzchef Horst W. Urban wollen sich trotz der positiven Geschäfts- und Ertragsentwicklung mit diesem Thema zum jetzigen Zeitpunkt nicht beschäftigen und in Zugzwang bringen lassen. Einigkeit bestehe darüber, daß die Substanz nicht angegriffen werden darf.

Bedenken bereiten vor allem die Nachversteuerung von nicht abzugsfähigen Steuern aus früheren Verlustjahren. Im Falle einer Dividendenzahlung würde dadurch die Steuerquote auf bis zu 80 Prozent ansteigen. Keine Anhaltspunkte hat der Vorstand trotz „massiven Nachfragens" dafür, daß sich bei Conti ein neuer Großaktionär etabliert hat. Die Tatsache, daß das Aktienkapital (270 Mill. DM) im bisherigen Verlauf 1983 an der Börse bereits mehrfach umgeschlagen wurde, spreche eher für das Gegenteil.

Nach den Worten Werners ist der Konzernumsatz in den ersten neun Monaten um 3,8 Prozent auf 2,44 Mrd. DM und in der AG um 5 Prozent auf 1,46 Mrd. DM gestiegen. Für das gesamte Jahr werden 3,4 Mrd. DM Umsatz im Konzern erwartet. Erfreulich verbessert habe sich das Betriebsergebnis. Alle Unternehmensbereiche schreiben schwarze Zahlen, auch Uniroyal-Englebert. Die Beschäftigtenzahl verringerte sich gegenüber Ende 1982 um 5 Prozent auf weltweit 26 754 Mitarbeiter. Nachdem die bisherigen Versuche, Preiserhöhungen durchzusetzen, gescheitert sind, will Conti noch im November die Preise quer durch das Programm um 2 Prozent anheben.

Die Umstrukturierungspläne in den hannoverschen Werken Vahrenwald und Limmer, in denen technische Produkte hergestellt werden, sind inzwischen vom Aufsichtsrat genehmigt worden. Bis 1987 wird Conti dafür 70 Mill. DM aufwenden.

Obwohl in einigen europäischen Ländern noch Probleme bestehen (Belgien und Frankreich), zeigt sich Werner zuversichtlich: „Continental ist weiter auf dem Weg nach oben."

NEUE HEIMAT / Zwei Milliarden Mark Eigenkapital sollen mobilisiert werden – Zuversicht ohne Illusionen

Haftende Mittel an der „kritischen Grenze"

JAN BRECH, Hamburg

Die Unternehmensgruppe Neue Heimat (NH) ist nach Meinung des Vorsitzenden der Geschäftsführung, Diether Hoffmann, ihrem Ziel der Konsolidierung auf einem sehr steinigen Weg ein gutes Stück näher gekommen. Anläßlich der erst jetzt vorgelegten Bilanzen für das Jahr 1982 präzisierte Hoffmann noch einmal die Zielsetzungen sowohl für die gemeinnützige Gruppe als auch für die Neue Heimat Städtebau.

Die gemeinnützige NH, so Hoffmann, braucht eine gesunde Eigenkapitalausstattung, einen ordentlich instandgehaltenen Wohnungsbestand, der auch in schwierigen Marktverhältnissen gut vermietet werden kann, eine aktive Vertriebsorganisation, einen völligen Abbau der Halde von Eigentumsobjekten und eine drastische Reduzierung des vorgehaltenen Grundstücksbestands.

Bei der NH Städtebau sollen die Aktivitäten im Ausland reduziert und Eigeninvestitionen auch im Inland beendet werden. Für den bauwirtschaftlichen Bereich müßten Lösungen gefunden werden, die neue Beschäftigung bringen und die Kosten decken. Mit Nachdruck widersprach Hoffmann Gerüchten, wonach die NH Städtebau nach Abwicklung ihrer jetzigen Aktivitäten geschlossen werden soll.

Für die Realisierung des Strukturkonzepts nennt Hoffmann einen Eigenkapitalbedarf von rund 2 Mrd. DM, der aus eigenen Reserven mobilisiert werden soll. Rund 1,2 Mrd. DM erwartet er in fünf bis sechs Jahren aus dem Verkauf von Gebrauchtwohnungen, den Rest sollen Gewinne der Gruppe erbringen, auf die Hoffmann bereits ab 1984 wieder setzt.

Bei Betrachtung der Bilanzen 1982, den unbewältigten Problemen und der kaum abschätzbaren Risiken, die nach wie vor in den NH-Aktivitäten schlummern, ist Hoffmanns „illusionslose Zuversicht" bemerkenswert. Die NH Städtebau als größtes Sorgenkind bescherte immerhin wieder einen Verlust von 439 Mill. DM, der sich auf einen Bilanzverlust von 8,9 Mill. DM reduziert, indem die Gewerkschaften einen weiteren Zuschuß von 400 Mill. DM geleistet haben. Ihr Engagement zur Sanierung der NH Städtebau erhöht sich damit auf insgesamt mehr als 1 Mrd. DM.

Hauptquelle der Verluste blieb das Auslandsgeschäft mit rund 311 Mill. DM. Inwieweit in diesem Jahr die Auslandsaktivitäten das Ergebnis belasten werden, ist zur Zeit noch nicht absehbar. Für die erst im September 1983 erstellte Bilanz 1982 haben die Prüfer zwar erklärt, daß man „zur Zeit davon ausgeht, daß die getroffene Vorsorge ausreichend ist", doch Hoffmann selbst räumt ein, daß Prognosen angesichts der mittel- und langfristigen Verwertungszeiträume von unbebauten und bebauten Grundstücken kaum möglich seien.

Die gemeinnützige NH steuerte ebenfalls einen stattlichen Verlust von 268,6 Mill. DM bei, der durch Rücklagenauflösung ausgeglichen wird. Da Hoffmann für dieses Jahr nochmals mit gut 160 Mill. DM Verlust rechnet und auch dieser Fehlbetrag durch Rücklagen gedeckt werden soll, reduzieren sich die haftenden Mittel der Gruppe per Ende 1983 auf nur noch rund 550 Mill. DM. Hoffmann bezeichnet dies als „kritische Grenze".

Größte Verlustbringer sind der riesige Bestand an unbebauten Grundstücken und die Halden von unverkauften Eigentumsobjekten. Beide Bereiche zusammen brachten 1982 rund 330 Mill. DM Verlust und werden in diesem Jahr das Ergebnis in ähnlicher Höhe belasten. Der Grundstücksbestand, der per Ende 1982 in der Gruppe mit 1,9 Mrd. DM zu Buch steht, soll in diesem Jahr netto um 300 Mill. DM und bis 1986 auf 1 Mrd. DM abgebaut werden. An Eigentumsobjekten hält die NH zur Zeit rund 4800 Einheiten mit einem Verkaufswert von rund 1,6 Mrd. DM vor. Einkalkulierter Verlust für dieses Jahr 115 Mill. DM.

Ergebnisentlastung bringt zur Zeit nur der Verkauf von Gebrauchtwohnungen. Nachdem die NH 1982 rund 3110 Wohnungen verkauft und einen Überschuß von 126 Mill. DM erzielt hat, sollen 1983 insgesamt knapp 10 000 abgesetzt werden und einen Nettoüberschuß von fast 310 Mill. DM bringen. Künftig strebt die NH jährlich Verkaufsüberschüsse von mindestens 200 Mill. DM an.

NAMEN

Dr. E. h. **Helmuth Burckhardt**, langjähriger Generaldirektor und später Aufsichtsratsvorsitzender des Eschweiler Bergwerks-Vereins AG (EBV), Herzogenrath/Kreis Aachen, wird am 5. November 80 Jahre.

Dr. Götz Wricke (40) wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Hamburg-Mannheimer Rechtschutzversicherungs-AG als Nachfolger von Heinz Krull (67) bestellt.

Karl-Albert Altfuldisch (38), bisher Leiter Vertrieb/Marketing bei Allianz Leben, Stuttgart, wurde per 1. Oktober 1983 zum Vorsitzenden des Vorstandes der Transatlantischen Lebensversicherungs-AG, Hamburg, die seit Juni 1982 über Abbey Life, London, zur ITT gehört, bestellt.

Dr. Frank Niethammer, Vorstandssprecher der Aktiengesellschaft für Industrie und Verkehrswesen, Frankfurt, ist in den Aufsichtsrat der Feldmühle AG, Düsseldorf, gewählt worden.

Dividende bei KSB angekündigt

dpa/VWD, Frankenthal

Zuversicht herrscht bei dem Maschinen- und Anlagenbauer Klein, Schanzlin und Becker AG, Frankenthal, hinsichtlich der künftigen Geschäftsentwicklung. Nach Angaben im jüngsten Aktionärsbrief erwartet das Unternehmen bereits für 1983 einen – gemessen am Vorjahr – deutlich verbesserten Jahresüberschuß (1982: 2,4 Mill. DM). Die Aktionäre sollen erstmals nach 1981 (Stammaktie 3, Vorzugsaktie 4 DM plus Steuergutschrift) wieder eine Dividende erhalten.

In den ersten neun Monaten 1983 blieb der Umsatz mit 558,7 Mill. DM noch um 8,2 Prozent unter dem Vorjahresniveau (608,9 Mill. DM). KSB weist jedoch darauf hin, daß zwei große Aufträge noch vor Jahresende berechnet werden, die für 1983 einen Umsatz in Vorjahreshöhe (890,5 Mill. DM) erwarten lassen. Entsprechend soll sich der Auftragseingang entwikkeln, der im Neunmonatszeitraum eine Zunahme um 1,6 Prozent auf 637,1 (627,1) Mill. DM zeigte.

Streik im letzten Moment verhindert

fu. London

Im letzten Augenblick ist es dem staatlichen Werftenbund British Shipbuilders gelungen, einen landesweiten unbefristeten Ausstand der 60 000 Werftarbeiter mit verheerenden Auswirkungen auf die ohnehin desolate Lage der Schiffbauindustrie abzuwenden. Bei der Auseinandersetzung ging es um den vor kurzem vorgelegten „Überlebensplan", der neben einer Streichung von mindestens 5000 Arbeitsplätzen in den nächsten fünf Monaten (in der ersten Phase des Schrumpfungsprogramms sind 3700 Arbeitsplätze eingespart worden) die zunächst unbefristete Fortsetzung des Einfrierens aller Bezüge vorsieht.

Da die Mitarbeiter des Schiffbaukonzerns seit mehr als 18 Monaten keine Lohnerhöhungen mehr erhalten haben, schien ein Arbeitskampf nicht mehr abwendbar. Doch letztlich einigten sich Gewerkschaftsführer und Management auf einen Produktivitätszuschlag von sieben Pfund pro Woche, vorausgesetzt der Überlebensplan wird voll eingehalten.

TEXTILFORSCHUNG / Mittelstand mehr beachten

Großes Innovationspotential

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Bundesregierung muß ihre Forschungsförderung stärker auf die mittelständische Industrie ausrichten, denn gerade dort schlummere ein großes Innovationspotential. Mit dieser Ansicht verbindet Ernst-Günter Plutte, Präsident von Gesamttextil, die Forderung nach einer schnellen Wiederzulassung von Unternehmen mit 50 bis 100 Mill. DM Umsatz zur Personalkostenzulage im Bereich Forschung und Entwicklung. Grundsätzlich zeigte sich jedoch Plutte auf der Jahrestagung des Forschungskuratoriums Gesamttextil in Augsburg mit den forschungspolitischen Zielen der Bundesregierung einverstanden; in der Praxis jedoch kämen mittelstandsfreundliche Umschichtungen der Forschungsförderung zu langsam voran.

Im Mittelpunkt der Augsburger Tagung standen die Ergebnisse der ITMA, der Internationalen Textilmaschinen-Ausstellung, die in vierjährigem Turnus die Weiterentwicklungen der textilen Technologie demonstriert. Im Vordergrund stand diesmal der Einsatz von Elektronik, Mikroprozessoren und Robotern: Durch produktivere (aber auch kapitalintensivere) Maschinen soll die Textilindustrie in Hochlohnländern mit Kostennachteilen fertig werden und ihren Leistungsvorsprung gegenüber Billiganbietern sichern.

Das Interesse an den technologischen Weiterentwicklungen gerade aus der Bundesrepublik, wo die Unternehmen möglicherweise mit der 35-Stunden-Woche fertig werden müssen, war groß. Ohnehin hat sich die unter Wettbewerbsdruck stehende Branche in den letzten Jahren ungebrochen investitionsfreudig gezeigt. Auch im überaus schwachen *Jahr 1982 sind die Investitionen* gestiegen, in diesem Jahr werden die Aufwendungen für Modernisierungen in der Produktion bei den rund 1500 mittelständischen Textilunternehmen auf 1,2 Mrd. DM geschätzt, das sind zehn Prozent mehr als im Vorjahr.

CGE und Olivetti kooperieren

J. SCH., Paris

Als „bedeutende europäische Allianz" bewertet die verstaatlichte französische Compagnie Générale d'Eléctricité (CGE) das Kooperationsabkommen, welches ihre Tochter C. I. T.-Alcatel mit der italienischen Olivetti über die Entwicklung einer neuen Generation elektronischer Schreibmaschinen getroffen hat. Das jetzt in Paris unterzeichnete Abkommen sieht eine enge industrielle, technische und kommerzielle Zusammenarbeit vor. Von den neuen Schreibmaschinen sollen ab 1986 rund 100 000 Stück pro Jahr in Frankreich produziert werden.

Die Zusammenarbeit wird durch eine zehnprozentige Beteiligung der *CGE am Olivetti-Kapital untermauert.* Der französische Konzern erhält dafür zwei Sitze im italienischen Verwaltungsrat. Verkäufer des Aktienpakets sind die staatlichen französischen Gesellschaften Bull und Saint-Gobain, die mit 24 und neun Prozent an Olivetti beteiligt sind.

KAMPFFMEYER / Vergleichsverfahren eröffnet

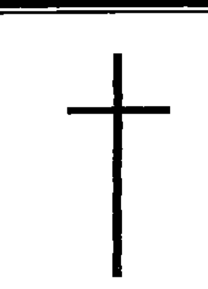
Quote von 50 Prozent?

J. BRECH, Hamburg

Das Vergleichsverfahren über die Getreide- und Futtermittelhandelsgruppe E. Kampffmeyer, *das Ende* April dieses Jahres beantragt worden war, ist am 31. Oktober vom Amtsgericht Hamburg eröffnet worden. Nach Angaben des Vergleichsverwalters Joachim Brandenburg ist im Fall einer Annahme des Liquidationsvergleichs durch die Gläubigerversammlung am 17. Februar nächsten Jahres mit einer Vergleichsquote von 50 Prozent zu rechnen. Die ersten 30 Prozent der Forderungen könnten bereits im März 1984 ausgezahlt werden. In dem Verfahren geht es um Gesamtforderungen von rund 200 Mill. DM, in die sich in erster Linie etwa 20 Kreditinstitute teilen.

Die Eröffnung des Verfahrens ist möglich geworden, nachdem für den Mühlenbereich und auch für Teile der Handelsgruppe getrennte Lösungen gefunden worden sind. Der gesamte Kampffmeyer-Mühlenkomplex mit einem Marktanteil in Deutschland von rund 20 Prozent ist über die Deutsche Genossenschaftsbank von der Vereinigten Kunstmühlen AG, *Rosenheim,* übernommen worden und belastet damit den Vergleich nicht mehr. Am Kapital der Vereinigten Kunstmühlen AG ist inzwischen ein vielzähliges Mühlenkonsortium beteiligt.

Von der Handelsgruppe E. Kampffmeyer, die etwa ein Umsatzvolumen von 2,6 Mrd. DM (ohne Auslandsgesellschaften) repräsentierte, ist Mitte des Jahres ein Teil in die neu gegründete Deutsche Getreide Handels-GmbH & Co, Hamburg, eingebracht worden. Dabei handelte es sich vor allem um die Abteilungen Futtergetreide, Raps, Braugerste, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie Saatgut. Das Volumen dieser ausgegliederten Konzernteile dürfte bei rund 1 Mrd. DM liegen. Gesellschafter der neuen Firma sind die Hamburger Handelsunternehmen Peter Cremer GmbH & Co sowie Krohn & Co, Import-Export (GmbH & Co KG).



Michael von Busse gibt in seinem und im Namen seiner Gemahlin Beatrice von Busse geb. Freiin von Stengel, seiner Kinder Marcus, Oliver und Alexandra sowie im Namen von Dr. Curt Duisberg und der Gesamtfamilie tiefbetrübt Nachricht vom Ableben seiner verehrten Großmutter

Hildegard von Veltheim

geb. Duisberg

die am 1. November 1983 nach tapfer ertragener Krankheit im gesegneten Alter von 89 Jahren in die Ewigkeit abberufen wurde.

Wir verlieren mit ihr den Mittelpunkt unserer Familie.

Hamburg 13, Magdalenenstraße 5

Die Beisetzung findet am Dienstag, dem 8. November 1983, um 12.30 Uhr, Waldfriedhof Alter Teil, München, statt.

Wir werden heute, Freitag, den 4. November 1983 in der Paul-Gerhardt-Kirche zu Dortmund getraut.

Dr. jur. Werner Himmelmann
Marlene Himmelmann, geb. Lücke

Gerhart-Hauptmann-Str. 22
4600 Dortmund 1

FINANZANZEIGEN

Einladung
zur Gesellschafterversammlung der Pommerschen Saatzucht GmbH, Uelzen, am Freitag, 16. Dezember 1983, 13.30 Uhr, in Hamburg, Hotel „Reichshof"

Tagesordnung
1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr
2. Feststellung des Abschlusses des Geschäftsjahres 1982/83
3. Entlastung der Verwaltung
4. Beschlußfassung über eine Gewinnausschüttung
5. Neuwahlen im Gesellschafterausschuß
   Die Herren Konrad-Tessen von Heydebreck und Dr. Tessen von Heydebreck bieten ihren Rücktritt turnusgemäß an. Wiederwahl ist zulässig.
6. Verschiedenes

Anmeldung zur Teilnahme an die Pommersche Saatzucht GmbH, Farinastr. 37, 3110 Uelzen 1, erbeten.

Die Geschäftsführung — Der Vorsitzende des Gesellschafterausschusses

ÜSTRA HANNOVERSCHE VERKEHRSBETRIEBE AKTIENGESELLSCHAFT – Hannover –
Wertpapier-Kenn-Nummer 825 000

Bekanntmachung
über Ausgleichszahlungen gem. § 304 AktG

Nach § 5 Abs. 1 des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zwischen der Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH und der ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft vom 21. Dezember 1970 erhalten die außenstehenden Aktionäre der ÜSTRA eine jährliche Verzinsung von 2% des Nennbetrages jeder Aktie.

Die garantierte Dividende für 1982 von DM 1,00 pro Aktie zu DM 50,00 wird ab sofort unter Abzug von 25% Kapitalertragssteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 33 der Aktien bei nachgenannten Zahlstellen ausgezahlt:

Bank für Gemeinwirtschaft AG, Hannover
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin
Commerzbank AG, Hannover und Hamburg
Deutsche Bank AG, Hannover und Hamburg
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin
Dresdner Bank AG, Hannover und Hamburg
Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – Hannover
Stadtsparkasse Hannover

Wenn dem depotführenden Kreditinstitut eine Nichtveranlagungsbescheinigung des Finanzamtes vorliegt, wird vom Abzug der Kapitalertragssteuer abgesehen.

Die Dividendenzahlung erfolgt im Auftrage und für Rechnung des Zweckverbandes Großraum Hannover. Da der Zweckverband Großraum Hannover als Körperschaft des öffentlichen Rechts nicht der Körperschaftssteuerpflicht unterliegt, entfällt der Anspruch der Aktionäre auf eine Steuergutschrift.

Hannover, den 28. Oktober 1983

DER VORSTAND



Renten teilweise gesucht

Am Rentenmarkt blieb das Geschäft zwar insgesamt schleppend, jedoch wurden die am Vortag unterbrochenen Auslandskäufe in den Laufzeiten 1987, 1988 und 1989 wieder aufgenommen. Hier gab es im öffentlichen Bereich einige Kursanhebungen, während im längeren Laufzeitbereich die Kurse eher abbröckelten. Die neue Bundesanleihe wurde unter Banken weiterhin mit einem Abschlag von minus 0,60 Prozentpunkten gehandelt. Sie gilt als weitgehend plaziert. Ausgesprochen ruhig blieb das Pfandbriefgeschäft. Von Wiederanlagekäufen im Zusammenhang mit dem Monatsbeginn kann diesmal keine Rede sein. DM-Auslandsanleihen werden nur wenig verändert.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		3. 11.	2. 11.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
7½ BBahn 72	2/84	100,2	100,25
8 dgl. 72	9/84	101	101,1
8¼ dgl. 76	9/84	101,3	101,3
6 dgl. 78 II	11/84	99,6	99,6
6¾ dgl. 79	2/85	99,65	99,65
8½ dgl. 73	2/85	101,6	101,6
7 dgl. 77	2/87	98,4	98,4
6 dgl. 77	9/87	94,75	94,75

Bankschuldverschreib.

	3. 11.	2. 11.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	87	87G
7 dgl. Pf 2	98,75G	98,75G
F 7½ Bekola Pf 104	100T	99,9G
9 dgl. Pf 106	102,85G	102,45G
10 dgl. Pf 108	107,7G	107,25G
7 dgl. KS 132	94,9G	94,9G
8 dgl. KS 155	98,85G	98,85G
9 dgl. KS 169	102,4G	102,4G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Unverändert bis knapp behauptet notierte Kupfer. In allen Sichten fester gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	2. 11.	1. 11.
Dez.	358,50	356,00
März	370	367,75
Mai	368,75	366,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif,	2. 11.	1. 11.
St. Lawrence 1 CW	240,35	238,95
Amber Durum	250,00	248,90

Kakao New York ($/t)	2. 11.	1. 11.
Dez.	1982	1940
März	2005	1970
Terminkontr. Mai	2030	2000
Umsatz	–	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,55	8,83
März	9,10	9,34

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Aktien leicht erholt

Der SMH-Schock gilt als überwunden

DW. – Bei allerdings noch schleppendem Geschäft konnten sich die deutschen Standardaktien an der Donnerstag-Börse etwas erholen. Die Lage wurde stabilisiert durch die festere Tendenz an der Wall Street, aber auch durch den leicht rückläufigen Dollar. Das konsequente Eingreifen der Banken bei der in Schwierigkeiten geratenen SMH-Bank hat zudem im Ausland zu einer spürbaren Beruhigung geführt. Von dort kam kaum noch Material an den deutschen Markt. Der durch die früher einmal angesehene Privatbank ausgelöste Schock gilt in den Börsensälen als überwunden. Obwohl ausreichende Informationen über eine abschließende Beurteilung des Falles noch nicht vorliegen.

Lebhafte Schwankungen gab es wieder bei den Aktien der Allianz Versicherung, die mit 820 DM um 10 DM höher als am Vortag schlossen. Das Angebot der britischen BAT zur Übernahme des englischen Versicherungskonzerns Eaglestar, an dem die Allianz zu rund 30 Prozent beteiligt ist, gab dem Markt der Allianz Versicherungsaktien neue Anregungen. Die Allianz könnte jetzt ihre Beteiligung mit einem beträchtlichen Kursgewinn wieder abstoßen. Bei den Bankaktien, die am Vortag wegen der SMH-Affäre unter Druck geraten waren, traten kaum noch Veränderungen ein.

Düsseldorf: Schubsa befestigten sich um 4,50 DM auf 89,50 DM und Colonia schlossen mit einem Plus von 24 DM auf 290 DM ab. Alexander verminderten sich um 2,50 DM auf 77 DM, Audi NSU sanken um 5 DM auf 270 DM und Pongs und Zahn gaben um 2,10 DM auf 76 DM nach.

Frankfurt: Die meisten Standardwerte konnten sich bis zu 2 DM verbessern. Nur Großbanken blieben knapp behauptet. Wibau, die zum Komplex SMH/IBH gehören, gaben erneut bei doppelter Minusankündigung um 15 DM auf 60 DM nach, gehandelt wurden 8500 Aktien. Ansonsten blieben Lahmeyer 347 DM minus 18 DM, Thüringer Gas 420 DM plus 9 DM, Südzucker 329 DM plus 6 DM und Bekula-Bezugsrechte 8,20 DM bei 8500 Stück Umsatz.

Hamburg: HEW wurden mit 105 DM minus 2,50 DM und NWK-Vorzüge mit 169,50 DM plus 2 DM gehandelt. Phoenix Gummi setzten mit 163 DM ein und lagen später bei 164 DM plus 1 DM. Holsten Brauerei gingen zu 280 DM plus 2,50 DM und Maihak zu 160 DM plus 1,50 DM aus dem Markt.

München: Agrob St. verminderten sich um 3 DM auf 340 DM, Dywidag fielen um 4 DM auf 180 DM, Ekatit Riedinger gaben um 2 DM auf 71 DM nach und NAK Stoffe büßten 5 DM auf 53 DM ein. Zahnräder Renk befestigten sich um 9 DM auf 280 DM.

Berlin: Koetitzer Leder wurden um 5 DM höher taxiert und Berthold zogen um 6 DM an. Bekula, DUB-Schultheiss und Herlitz Vorzüge bröckelten um je 1 DM ab. DeTeWe büßten 2 DM ein.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

	3. 11.	2. 11.		3. 11.	2. 11.		3. 11.	2. 11.		3. 11.	1. 11.
H AachM Beteil. 9	906	907	Hn Brech. Jute *0	75	75G	M En. Ostb. 5	309	312G	H Holsten-Br. 6	2280	277,5
H Aach. M. Vers. 6+1	378	375B	H Breitenb.-C. *28	510G	510G	H Elkraft 0	44,3	43TG	F Holzmann 10	425	427
D Aach. Rück. 9+7,5	1190	1210T	H Br. Straßb. *0	530T	530	B Engelhardt 7	245G	245G	D Horten 0	171,5	172
D Aseag *4	165G	165G	H Br. Vulkan 0	40,2	37	D Enka 2,67	156,5	157	B Hw. Kayser *12	260G	260
M Ack-Gögg 0	114,8	114,8	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	128	128	M Erlus 10	445bG	470B	D Hassel 7	274	275
H Adca 0	123	123G	F BBC 6	218	220,2	M Erste Kulmb. 8	845B	845G	D Huta Heg. 0	110bG	110,6
D Adler 9	291G	291G	S BSU Texall %28	1300G	1300G	S esbi *0	18TG	17,5	M Hutschenr. 9	241bG	243bB
F Adt AG 4	152	155	D Buckau-W. 0	114G	114	S Essl. Masch. *10	520G	520G	H Hypo Hbg. 10+2,5	435bG	435bG
F AEG-Telef. 0	80	80,6	D Buderus *12	446	437G	M Esterer **10	537TB	537TB			
D AEG-Kabel 7,5	230	230	M Bgl. Br. Ing. *11+1	750	758G	D Farb. Liqu. RM 0	10	10,1	D IKB 7	184,5	185,5
S Aesculap 8	335	335bG	S Bgl. Brh. Rav. *0	355TB	365G	F Flachglas 8	279	280	S IWKA 0	167,5	164
F AGAB 5	135	136G	S Calw D. **18	690G	690G	D Ford *0	1150T	1150T	M Isar-Amper 6	520,5	522
D Agrippina *7	580T	590T	F Cassella *7	509	505	B Forst Ebn. *4	1849G	1849G	D Iserbeck *9,5	303G	303G

Devisenterminmarkt

Die Terminmärkte wiesen am 3. November nur kleine Abweichungen gegenüber den Vortagskursen auf.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,93/0,83	2,62/2,52	5,23/5,03
Pfund/Dollar	0,05/0,07	0,21/0,24	0,41/0,45
Pfund/DM	1,90/0,40	3,90/2,50	7,30/5,90
FF/DM	26/10	67/51	138/122

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

WELT-Aktienindex vom 3. 11.: 147,1 (147,0)

WELT-Umsatzindex vom 3. 11.: 3142 (3035)

	3. 11.	2. 11.	1. 11.
Dreyfus Third C. $*	–	6,92	6,87
Energie-Valor DM	173,38	161,71	160,98
Europa Valor sfr.	121,75	113,75	114,00
Fonsa sfr.	115,50	108,50	107,50
Founders Growth $*	10,22	10,22	10,06
Founders Mutual $*	10,90	10,54	10,46
Goldmines hfl.	–	273,00	267,00
Intercontinental Tr. sfr.	–	274,75	273,75
Interswiss sfr.	161,00	161,00	161,00
Intervalor sfr.	69,75	65,50	65,25
Japan Portfolio sfr.	680,25	642,00	641,25
Kemper Growth $*	14,47	13,24	13,10
NY Venture $*	8,79	8,04	8,01
Noraminvest $*	–	2,74	2,74
Pacific-Valor sfr.	135,50	124,00	124,00
Pharmafonds sfr.	218,50	202,00	201,00
Pioneer Fund $*	23,66	21,65	21,50
dgl. II $*	17,15	15,69	15,56
Schweizeraktien sfr.	317,75	297,00	294,50
Sicr-Imm. sfr.	1680,00B	1675,00G	1670,00G
Sicr 63 sfr.	1280,00B	1270,00G	1270,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2600,00	2410,00	2395,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1315,00	1225,00	1215,00
Swissvalor sfr.	250,00	240,00	237,00
Technology $*	16,02	14,64	14,48
Templeton Growth $*	10,56	9,66	9,56
Universal B.S sfr.	76,50	75,25	73,25
Universal Fond sfr.	97,73	94,34	93,81
Ussec	769,00	719,00	712,00

Ausland

Madrid

	3. 11.	2. 11.
Banco de Bilbao	260	260
Banco Central	270	266
Banco Hisp. Am.	218	215
Banco Popular	242	240
Banco de Santander	259	256
Banco de Urquijo	–	–
Banco de Vizcaya	328	325
Cros	27,75	–
Dragados	147	–
El Aguila	183	–
Fenix	334	336

Paris

	3. 11.	2. 11.
Air Liquide	494	488
Alsthom Atlant.	154	154
Beghin-Say	267	274,5
BSN-Gerv.-Danone	2360	2350
Carrefour	1299	1300
Club Méditerranée	440	450
C. F. P	149,5	149,5
Elf-Aquitaine	163	164
Gal. Lafayette	146,1	150
Hachette	1170	1185

Wien

	3. 11.	2. 11.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	211	210
Gösser-Brauerei	321	321
Länderbank Vz.	212	212
Österr. Brau AG	297	298
Perlmooser	325	325
Reininghaus	376	375
Schwechater Br.	168	168
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	145	148
Universale HochTief	–	–
Veitscher Magnesit	200	201
Index	53,72	53,92

Kopenhagen

	3. 11.	2. 11.
Den Danske Bank	288	286
Jyske Bank	592	585
Kopenh. Handelsbk.	267	265
Novo Industri	3080	3010
Privatbanken	282	280
Ostasiat. Komp.	152	145
Dan. Sukkerfabr.	649	638
For. Bryggerier St.	1530	1530
Kgl. Porc. Fabr.	370	370

Brüssel

	3. 11.	2. 11.
Arbed	1148	1152
Brux. Lambert	2280	2305
Cockerill Ougrée	156	159
Ebes	2180	2115
Gevaert	2420	2440
Kreditbank	6150	6200
Petrofina	5390	5360
Soc. Gén. d. Belg.	1560	1640
Sofina	4555	4505
Solvay	3200	3180
UCB	3850	3850
Index	122,28	121,87

Singapur

	3. 11.	2. 11.
Cycle + Car.	6,60	6,55
Cold Storage	4,88	4,88
Dev. Bk. of Sing.	9,25	9,25
Fraser + Neave	6,00	5,90
Kl. Kepong	2,89	2,89
Mal. Banking	9,25	9,35
Nat. Iron	4,40	4,50
OCBC	11,00	10,90
Sime Darby	2,41	2,41
Singapur Land	5,70	–
Un. Overs. Bank	5,50	5,45

Optionshandel

Frankfurt: 3. 11.: 985 Optionen = 50 400 (37 000) Aktien, davon 250 Verkaufsoptionen = 13 450 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-70/18, 1-80/6, 4-80/10,20, 4-85/8,80, 4-95/4, 7-100/5,50, Siemens 1-380/19,40, 4-370/40, 4-380/30, 4-390/24, 4-400/20, 4-410/12,60, 4-420/11, 4-430/7,85, 7-390/41, 7-400/32, 7-410/25, 7-450/10,20, 7-460/5,50, Veba 1-170/5, 4-170/10, 4-180/5,60, 7-160/24, 7-180/10,10, 7-190/7, BASF 1-160/7,35, 4-150/23, 4-160/15, 4-170/8, 4-190/4,50, 7-150/25,40, 7-170/15, Bayer 1-136/26,70, 4-150/19,50, 4-160/10,80, 4-170/7,65, 7-170/11,40, 7-180/7,05, Hoechst 1-150/28,20, 1-170/10, 1-180/5,20, 4-180/20,90, 4-170/16,60, 4-180/11,40, 4-190/5, 7-190/11, 7-200/7, VW 1-190/38, 1-220/16, 1-230/10,40, 1-250/4, 4-230/19,50, 4-280/6,50, 4-290/5, 7-220/35, 7-230/27,90, 7-240/21,80, 7-270/9, Conti Gummi 1-110/17, 1-120/10, 1-130/6,90, 1-140/3, 4-110/21,60, 4-120/13,50, 4-130/11,85, 4-140/5,90, 7-110/25,10, 7-120/22, 7-130/15,40, 7-140/8,30, Commerzbank 1-170/12, 1-190/5, 4-170/17, 4-180/11, 4-190/7,95, 7-170/25, 7-180/17,05, 7-200/8,10, Dt. Bank 1-320/10, 1-330/6,70, 4-320/21, 4-330/17,40, 4-340/11,50, 4-350/6,80, 7-320/33,50, 7-330/24,60, 7-380/6, Dresdner Bank 1-180/8,90, 1-190/4, 4-170/19,30, 4-180/14, 4-200/5, 7-170/28,70, Hoesch 1-90/5,60, 1-100/2,40, 4-90/13, 4-100/5, 7-100/10, 7-110/7,40, 7-120/4, Mannesmann 1-140/5, 1-150/1,50, 4-130/16,05, 4-140/10, 4-150/6,50, 4-160/3, 7-140/17,90, 7-150/11,40, 7-160/8, Thyssen 1-75/8, 1-85/3, 4-90/7,85, 4-90/4, 7-85/10, 7-90/7, 7-95/5, Bayr. Hypo 4-280/30, 4-300/14, Bekula 1-110/4,40, 4-100/12,95, Daimler 4-720/29,70 Kali + Salz 4-210/12, Linde 7-380/37, MAN 4-130/15, RWE St. 4-170/17,50, 4-180/9,90, Vz. 4-170/13,40, 4-180/9,40, Schering 7-390/36, VEW 4-130/5, Chrysler 4-70/13,10, 4-85/6,90, Philips 1-45/1,50, 4-40/4,85, 4-45/2,90, Royal Dutch 4-120/9,80, 7-130/7,05, Elf 4-60/4,05, Norsk Hydro 4-190/15. Verkaufsoptionen: AEG 1-85/4, 4-85/6,80, 7-85/8, Siemens 1-380/6, 4-370/8,30, 4-380/12,40, 7-380/15,40, Veba 1-160/2,50, 7-170/8, BASF 1-150/2,50, 1-160/5, 4-160/5,40, Hoechst 1-180/6,40, BMW 1-390/1,80, 4-390/5, 4-420/20, 7-390/11,40, VW 4-220/3,40, 7-220/6,20, Conti Gummi 4-120/5, 7-120/6, Lufthansa St. 7-130/5, Vz. 7-130/5, Commerzbank 1-170/2,60, 7-170/4,50, Dt. Bank 1-320/9, 4-300/5,10, 4-320/10, Dresdner Bank 1-170/1,65, 4-170/3,20, Hoesch 1-95/6, Mannesmann 7-140/16, Thyssen 1-75/2, 1-80/15, 4-85/10, Bayr. Hypo 4-280/11,40, Daimler 1-680/10, 7-630/15, Harpener 1-270/12, Karstadt 4-280/10, Klöckner 1-40/3,40, MAN 1-140/13,55, Schering 4-390/10, Alcan 4-100/9,50, Chrysler 1-70/2,50, 1-85/17, 7-75/7, Sperry Rand 4-120/11, Philips 1-40/2,60, 4-40/3,50, Norsk Hydro 1-180/6,70, 4-180/8,10. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛– 9¼	5½–5¾	3¾–3⅞
3 Monate	9⅜– 9½	5¾–6	4 –4¼
6 Monate	9¾–10	5¾–6	4⅛–4⅜
12 Monate	10 –10¼	6 –6¼	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 3. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1385,00	1692,90
10 US-Dollar (Indian) **)	1124,00	1331,08
5 US-Dollar (Liberty)	430,00	581,40
1 £ Sovereign alt	232,00	287,28
1 £ Sovereign Elizabeth II	228,00	282,72
20 belgische Franken	181,00	233,70
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,38
2 südafrikanische Rand	230,00	283,86
Krüger Rand, neu	1029,00	1212,96
Maple Leaf	1013,00	1194,72
Platin Noble Man	1040,00	1225,50
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	239,00	304,38
20 schweiz. Franken „Vreneli"	194,00	249,66
20 franz. Franken „Napoléon"	184,00	233,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	949,00	1145,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	238,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	431,00	531,24
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	139,08

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

3. 11. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	2,6465	2,6485	2,6188	2,60	2,69
London¹)	3,930	3,944	3,904	3,88	4,03
Dublin¹)	3,099	3,113	3,055	3,10	3,16
Montreal³)	2,1415	2,1595	2,1290	2,09	2,18
Amsterd.	89,100	89,320	89,15	88,00	90,00
Zürich	122,925	123,125	123,025	121,50	124,25
Brüssel	4,911	4,931	4,876	4,73	4,95
Paris	32,775	32,935	32,288	32,00	33,75
Kopenh.	27,685	27,805	27,395	26,50	28,50
Oslo	35,685	35,805	35,1195	34,50	36,25
Stockh.**)	33,620	33,780	33,20	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,641	1,651	1,600	1,60	1,70
Wien	14,189	14,229	14,191	14,10	14,32
Madrid**)	1,731	1,731	1,658	1,61	1,73
Lissabon**)	2,095	2,115	1,980	1,50	2,30
Tokio	1,1310	1,1340	–	1,09	1,15
Helsinki	46,370	46,570	46,40	45,50	47,25
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,296	2,315	–	2,07	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,411	2,43	–	2,38	2,46
Johannesbg.*)	2,763	2,817	–	2,20	2,45

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

In Ermangelung neuer Aspekte verlief das Devisengeschäft am 3. 11. sehr ruhig. Der US-Dollar bewegte sich in einer sehr engen Bandbreite von 2,6430 bis 2,6470, nachdem der schon am Vorabend in New York diese Basis erreicht hatte. Die Bundesbank griff heute zum amtlichen Kurs in das Marktgeschehen ein und gab einen Betrag von 41,9 Mill. US-Dollar zur amtlichen Notiz von 2,6445 ab. Bei den übrigen Währungen überwogen ebenfalls geringfügige Abschwächungen. Eine der wenigen Ausnahmen war der Yen, der mit einem Gewinn von 2,2 Promille seinen Kursanstieg auf 1,1325 fortsetzte. US-Dollar in: Amsterdam 2,9635; Brüssel 53,7575; Paris 8,04975 Mailand 1606,75; 18,6150; 2,1496; Ir. Pfund/DM 3,106; Pfund/Dollar 1,4888;, Pfund/DM 3,937.

Ostmarkkurs am 3. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,50; Verkauf 20,50 DM West.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3. 11.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 6,10–6,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3. 11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 3. 11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.



Wölfchens Riesenbaby

rr. – Biermann im Pech. Er gewöhnt sich nicht an den Westen. Denn in Honeckers Arbeiter- und Bauernidylle bekam er täglich politisch was zu beißen: einen satten Funktionär. Einen saftigen Ideologen. Das ist Jahre her. In Bonns Republik findet der hungrige Wolf keine politischen Leckerbissen. Hier schnappt er nur noch nach Phantomen. Und so blieb denn auch der Zahnausfall des bissigen Wolfes nicht aus.

Was soll er auch tun? Soll der gestandene KP-Wolf mit den kapitalistischen Wölfen um die Wette heulen und wie Kollege Günter Wallraff Bungalow-Eigner auf Lanzarote werden? Soll er grauer Wolf werden? Oder roter? Grüner?

Wolf Biermann beschloß, ein einsamer zu bleiben: Er emigrierte mit seiner urbanen Gebrauchslyrik ins gelobte Land der Worthülsen. Und so seufzt er nun zur Gitarre: „Die Mutter Erde geht schwanger." Na, mit wem denn schon: „Mit dem Kommunismus".

Wolf, vorsorglich Mutter Erdes andere Umstände erklärend: „Mein Bauch ist so riesig, ich glaube, da kommt bald ein Riese raus." Und in Erwartung des Riesen Kommunismus jauchzt es vor Glück, beten Lippen Inbrunst, wird laut in dunklem Menschenwald gesungen. In ungebrochener Demut, versteht sich. Das und noch viel weniger hören wir aus Biermanns jüngstem Plattenalbum aufsteigen.

Dieser gewandelte Wolf würde sich nicht schlecht machen als ordentlich bestallter „DDR"-Geburtstagslyriker. War es damals vielleicht nur ein Irrtum, als man ihn aus dem „realen Sozialismus" exmittierte? Oder will er – wem auch immer – beweisen, daß es ein Irrtum gewesen sein muß.

Bonns neuer Kulturdezernent v. Uslar-Gleichen

Die Eitelkeiten kitzeln

Der Auftakt war nach (rheinischem) Maß: Bonns neuer Kulturdezernent, Hans-Jochen von Uslar-Gleichen, erst vor wenigen Wochen vom Berliner Senat an die Spitze der Bonner Kulturverwaltung gewechselt, wurde sofort in einen Hauskrach nach Provinzpossenart verstrickt. „Hauptstädtische" Identitätsprobleme (man könnte auch sagen: Profilneurosen) haben sich darin niedergeschlagen, daß der Generalmusikdirektor (Gustav Kuhn), der Generalintendant (Claude Riber) und der Schauspieldirektor (Peter Eschberg) jegliche Kommunikation miteinander eingestellt haben.

Braucht Bonn die große Star-Oper, oder soll man sich auf eine bescheidenere Ensemble-Bildung beschränken? Wie bringt man das Bonner Schauspiel zu überregionalem Ansehen? Soll man Opernhaus und Schauspielhaus trennen? Soll der Generalmusikdirektor sich ums Orchester kümmern oder auch die Oper nach seinem Maß und Zuschnitt formen? Solche Fragen stehen im Hintergrund des Streits.

Hans-Jochen von Uslar-Gleichen ist kein Mann der großen Bekenntnisse und Utopien. „Bonn ist nicht Paris", sagt er. Die Konsequenz: „Man kann nicht anordnen, daß hier etwas geschieht." Das Maß der Dinge ist ihm wichtig: „Bonn ist eine Großstadt mit einer beachtlichen kulturellen Szene, aber ich glaube nicht, daß sie aus sich heraus eine Leistung mit nationalen oder gar internationalen Perspektiven vollbringen kann."

Was von Uslar vorschwebt, ist nicht unbedingt neu, aber in der nüchternen, detailgenauen Einschätzung wohltuend. „Keine Wolkenkuckucksheime!" heißt sein Credo. Eine Art Doppelstrategie soll die Perspektiven bestimmen. Einerseits will er die lokale und regionale Szene stärken. Andererseits setzt er auf die „Eitelkeit der Länder und Städte, aber auch der ausländischen Vertretungen, hier aufzutreten". Forum zu sein für die verschiedenen kulturellen Kräfte – dafür sei Bonn wohl geeignet und auch berufen.

Der erste Aspekt hat für den neuen Kulturverweser etwas mit Identität zu tun. Die geistige Struktur der Stadt sieht er als überdurchschnittlich an: Universität, Bürgertum, politische Präsenz – das ergibt eine starke „Potenz an wissendem und interessiertem Publikum", dem man zeigt, was es selber hat. Förderung der freien Gruppen, stärkere Betonung der bildenden Kunst, Akzente im Bereich des Films, Erhöhung der Ankaufsmittel für die regionale Kunst, weg mit der einseitigen Förderung von Musik und Theater – das ist es, was von Uslar vorschwebt.

Den Aspekt, Bonn als Forum zu etablieren, sieht er recht konkret. „Ich stelle mir zum Beispiel vor, daß die Filmschaffenden und Filmfunktionäre einmal in Bonn zu einem Gespräch zusammenkommen über Urheberrechtsfragen oder Probleme der Filmförderung. Bonn als Gesprächsort – das wäre zum Beispiel hauptstadtgerecht." Und die Prestigeobjekte Oper, Orchester, Schauspiel? Von Uslar hält wenig davon, das „aus dem hohlen Bauch" zu diskutieren. Welches Konzept man realisieren kann, hängt für ihn davon ab, wieviel Geld man hat und welche Personen man findet.

„Claude Riber hat mit der Star-Oper auf dem kürzesten Weg Erfolge erzielt", sagt er. „Wer eine Ensembleoper will, müßte erst einen geeigneten Mann dafür finden. Strukturfragen sind nicht am grünen Tisch zu entscheiden."

Viele Ideen, die von Uslar einbringt, stehen unter dem alten, leidigen Vorbehalt: Bonn hat kein Veranstaltungsforum, in dem sich Ausstellungen präsentieren lassen, freie Gruppen arbeiten können, das Kunstmuseum seine Sammlungen unterbringt. „Bonn braucht einen vielseitig nutzbaren Veranstaltungsort. Und das muß die Stadt den Ländern und dem Bund, aber auch sich selber energisch klarmachen."

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Schweizer Literatur: Das Unternehmen Linsmayer

Was zwischen Keller und Frisch blühte

In der Schweiz ist eine außergewöhnliche literarische Unternehmung glücklich zu Ende gegangen. Ein junger Zürcher Germanist, Charles Linsmayer, hatte sich vor vielen Jahren schon ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Der durchschnittlich gebildete Deutschschweizer kennt seine drei Klassiker – Gotthelf, Keller, Meyer –, und darüber hinaus beeindruckt ihn natürlich, daß nach 1945 Dürrenmatt und Frisch so viel von sich reden machten (außerhalb der Schweizer Grenze . . .). Linsmayer möchte nun seinen Landsleuten beibringen, daß sie auch in der Zeit „dazwischen" – in jener eigenartigen Schwellenzeit zur Moderne hin – eine recht beachtliche erzählerische Literatur aufzuweisen haben.

Linsmayer träumte jahrelang von einer vielbändigen Buchreihe, mit der er diesen literarischen Frühling wieder ins eidgenössische Bewußtsein zurückholen wollte. Und er träumte nicht nur – er begann zu forschen und zu sammeln. Er tastete die Rechtslage bei den Erben und Verlegern der in Frage kommenden Erzähler ab. Und vor allem suchte er sich einen potenten Partner. Er fand ihn in der größten schweizerischen Buchgemeinschaft, dem „Buchclub Ex Libris Zürich". 1980 begannen die ersten Bände der Reihe „Frühling der Gegenwart / Der Schweizer Roman 1890–1950" zu erscheinen; in diesen Wochen ist davon der 30. und letzte Band herausgekommen. 27 Bände dieser Reihe bringen Romane ebenso vieler Schriftsteller; in den restlichen drei Bänden werden weitere 152 Autoren mit kürzeren Erzählstücken vorgestellt.

Der große Erfolg dieser Reihe in der Schweiz hat seinen guten Grund. Linsmayer beschränkt sich nicht darauf, verschiedene Romane unter einem Sammeltitel neu zu drucken. Er hat vielmehr einen eigenwilligen Typus der Präsentation entwickelt (der inzwischen bereits nachgeahmt worden ist). Das beginnt schon beim Umschlag. Hier hat sich Linsmayer daran erinnert, daß jenem literarischen Frühling auch einer in der damaligen schweizerischen Malerei parallel lief (es gab nicht nur Hodler). Also prangt auf jedem der lackschwarzen Umschläge in bunten Farben das Bild eines Malers von damals, der dem jeweiligen Erzähler wesensverwandt erscheint. Und hier ist Linsmayer nicht, wie bei den Texten, auf den deutschschweizerischen Bereich beschränkt – er kann auch interessante Maler und Graphiker aus den anderen Landesteilen heranholen.

Im Innern der Bände geht diese seelisch-geistige Massage des Lesers weiter. Zu jedem Autor wurde ein besonderer Kenner des jeweiligen Werkes gefunden, der dem Roman eine Einführung in Leben und Opus des betreffenden Schriftstellers beigibt. Hinzu kommt eine reichhaltige Foto-Dokumentation, mit großenteils noch unveröffentlichten Aufnahmen, welche die Bände auch zu einer Art von physiognomischem Atlas des eidgenössischen Parnasses machen.

Vor allem aber gebührt Linsmayer Lob für die Auswahl der Autoren. Er hat keine Selektion nach weltanschaulichen oder stilistischen Prinzipien getroffen, sondern den ganzen Fächer entfaltet. Er brachte unter den 27 Haupt-Autoren nicht nur die Vertreter des Expressionismus (Otto Wirz, Turel, Fankhauser, Pulver) und diejenigen des „sozialen Realismus" (zwei Frauen: Ruth Blum und Elisabeth Gerter), sondern auch drei Vertreter jener „Heimatdichtung", welche bis zum Zweiten Weltkrieg Lesevergnügen auch in Deutschland und Österreich war: Lienert, Federer und Ernst Zahn (dazu in den drei Erzählungsbänden noch Huggenberger, Jegerlehner und andere von dieser Couleur).

Die mit der Schweiz selbstkritisch, aber nicht selbstzerstörerisch befaßte Literatur jener beiden Generationen ist unter den Haupt-Autoren sechsfach vertreten: Inglin, Ilg, Loosli, Jakob Bosshart, Felix Moeschlin und Jakob Bührer. Wer es lieber mit der „Innerlichkeit" hat, wird ebenfalls sechsfach bedient: Hugo Marti, Hans Morgenthaler, Kurt Guggenheim. R. J. Humm, Cécile Lauber und die von dem sonst so strengen Walter Muschg hochgeschätzte Cécile Ines Loos.

Natürlich fehlt der „schweizerische Simenon", Friedrich Glauser, mit seinem „Wachtmeister Studer" (auch deutschen Fernsehern inzwischen bekannt geworden) nicht. Weiter ist ein schweizerischer Spinner (das gibt es auch dort) mit einem utopischen Roman „Die Sonnenstadt" in der Reihe zu finden: Jakob Vetsch. Und sogar die vier Großen aus den beiden Generationen sind vertreten: Nobelpreisträger Spitteler mit einer längeren, bisher nicht in Buchform erschienenen Erzählung, Jakob Schaffner mit seinem „Pilater"-Roman, Robert Walser mit den „Geschwistern Tanner", zuletzt der mit seinen Gedichten über die Schweizer Grenze hinausstrahlende Albin Zollinger mit einem seiner kuriosen Lyrikerromane.

Der einzige schwere Fehler ist nicht Linsmayer anzulasten: Die Reihe ist nicht über den Buchhandel zu beziehen! Von der Bundesrepublik aus gibt es aber einen Ausweg: Man kann beim Ex-Libris-Verlag (CH-8023 Zürich, Postfach) ein Verzeichnis der Liste bestellen und dann dort die einzelnen Bände zu 24,50 Mark beziehen.

Für Linsmayer selbst hat die Reihe übrigens Folgen. Wie man hört, wollen ihm öffentliche Institutionen in der Schweiz durch ein Forschungsstipendium die Möglichkeit geben, seine geplante Literaturgeschichte der deutschen Schweiz 1890–1950 zu schreiben. Offensichtlich haben die anfänglich mißtrauischen Zürcher Literaturpäpste ihren Widerstand gegen den Außenseiter Linsmayer aufgegeben und sehen nun ein, daß die ihnen zunächst unangenehme Reihe nicht nur Materialien zu einer Seelengeschichte der Schweiz bringt, sondern auch manche echte Dichtung wieder zutage gefördert hat.

ARMIN MOHLER



Noch sind Graf Panzas Bilder zu sehen: Der Kunstmäzen im Basler Museum FOTO: KURT WYSS

Sammlung Panza sucht weiter nach einer Bleibe

Schlägt Los Angeles zu?

Giuseppe Panza di Biumo gilt bei den Liebhabern modernster Kunst als einer der wichtigsten Sammler in der Welt. Leihgaben aus seiner Kollektion sind in Basel und waren in Düsseldorf zu sehen. Das neue Museum von Mönchengladbach sollte langfristig den wohl bedeutendsten Teil der Panza-Sammlung aufnehmen: 80 Bilder der fünfziger Jahre, darunter Bilder von Rauschenberg, Oldenburg und Lichtenstein, Klein, Tapiès, Rosenquist, Rothko.

Der Plan zerschlug sich, weil der Bau angeblich nicht den Anforderungen des Leihgebers entsprach. Die Enttäuschung für Mönchengladbach war so groß wie die Freude der Kunstsammlung Düsseldorf, die nun die Bilder aufnehmen sollte, sobald das neue Haus fertig wäre. Auch dieses Versprechen ist nicht in Erfüllung gegangen. Noch bevor der Neubau fertig ist, muß die Stadt eine Absage hinnehmen.

Nun beginnt sich mancher zu fragen, ob die berühmte Sammlung, die zu neun Zehnteln in Kisten verpackt und in Depots gestapelt ist, weil sie nirgends Platz findet, etwa eine Fantasmagorie sei.

Kürzlich erfuhr man, daß Graf Panza seine spätbarocke Villa in Varese samt großem Park und Nebengebäuden, mit Enviroments „Minimal und Concept" Art angefüllt, für zwei Milliarden Lire zum Verkauf bietet. Allein die Kunstwerke werden auf fünf bis sechs Milliarden Lire geschätzt. Giuseppe Panza sagt dazu: „Ich sehe im Verkauf die einzige Möglichkeit, meine Sammlung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Aber die potentiellen Käufer, die Stadt Varese und die Lombardei, die reichste Region Italiens, zeigen kein Interesse. Sie meinen offenbar, Kunst sei lediglich ein Hobby für reiche Leute. Dabei vergessen sie, daß Museen zu schaffen das intelligenteste Mittel ist, das Problem der wachsenden Freizeit zu lösen."

Werner Schmalenbach, der Direktor der staatlichen Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, erklärte, warum er die Leihgabe, für die ein Teil seines neuen Museums geplant war, nicht bekommen kann. „Wir beklagen diesen Verlust ebenso wie Graf Panza. Die 80 Bilder warteten seit 1974 in Zürich darauf, daß das Museum von Mönchengladbach fertiggestellt würde. 1976 wurde ein neues italienisches Gesetz erlassen, nach dem Kunstwerke aus italienischem Besitz nach zwei Jahren mit einer zwanzigprozentigen Mehrwertsteuer belastet zurückgebracht oder im Ausland verkauft werden müssen, wobei der Erlös nach Italien transferiert werden muß. Da Giuseppe Panza nicht gleich gehorchte, um sein mir gegebenes Wort nicht zu brechen, wurde er verklagt. Jetzt ist er zwar freigesprochen worden, sieht sich aber gezwungen, die Sammlung zu verkaufen. Weder Düsseldorf noch die Region Piemont, der er eine sehr günstige Option gab, sind finanziell in der Lage, sie zu erstehen."

Das Museum von Los Angeles bot nun angeblich zwanzig Milliarden Lire. Bis Ende 1983 muß allerdings ein Vertrag perfekt sein, sonst kommen die Bilder in New York unter den Hammer, und die Kollektion wird zerstückelt. „Für mich", so sagt Graf Panza, „wäre das eine Tragödie." So hat er was den übrigen Teil seiner Sammlung betrifft, angeboten, sie der Stadt zu schenken. Allerdings gilt dies nur bis zum Juni 1984. In Italien ist es eben ein teures Problem, Kunst zu sammeln und zu verschenken.

MONIKA von ZITZEWITZ

JOURNAL

Hannover fordert Auskunft von Sotheby's

SAD, London

Die Landesregierung von Niedersachsen hat über die deutsche Botschaft in London dem Londoner Auktionshaus Sotheby's die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit der für den 6. Dezember angesetzten Versteigerung des Evangeliars Heinrich des Löwen (etwa 1129-1195) angekündigt (vergl. WELT v. 15. 10.). Das Evangeliar war 1961 in das Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes aufgenommen worden. Demnach wäre eine Ausfuhrgenehmigung des Innenministeriums erforderlich gewesen.

Sotheby's Handschriftenexperte, der Kunsthistoriker Christopher de Hamel erklärte demgegenüber: „Wir haben gezeigt, daß wir hundertprozentig sicher sind, daß die Handschrift sich seit 1949 nicht in Deutschland befand." Sotheby's ließ wissen, daß die Handschrift in den dreißiger Jahren aus der Villa Cumberland im österreichischen Gmünd fortgeschafft wurde und erst 1949 wieder in England auftauchte.

Nordische Filmtage mit Jubiläumsprogramm

ow. Lübeck

Mit dem dänischen Spielfilm „Ditte Menschenkind" von Bjarne Henning-Jensen wurde gestern abend die Retrospektive „Meisterwerke des skandinavischen Films" der XXV. Nordischen Filmtage Lübeck eröffnet. Die offizielle Eröffnung des Jubiläumsfestivals findet heute abend statt. Bis zum 6. November werden in Lübeck insgesamt 27 Spiel- und Kurzfilme im Hauptprogramm, 12 Spielfilme in der Retrospektive und in einer Informationsschau fünf skandinavische Kinder- und Jugendfilme gezeigt.

Rostropowitsch gibt Benefizkonzert in Köln

DW. Köln

Mstislaw Rostropowitsch und Galina Wischnewskaja geben am 29. November im Kölner Gürzenich ein Benefizkonzert, dessen Reinertrag Schriftstellern und jungen Künstlern aus den totalitären Staaten des Ostblocks, die sich im Westen eine neue Existenz aufbauen, zugutekommt. Betreut werden die Menschen, denen mit diesem Konzert geholfen werden soll, von der „Gesellschaft Kontinent" und dem „Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands". Begleitet vom Pro Arte Ensemble unter Jens Langeheine, spielt Rostropowitsch das D-Dur-Cellokonzert von Boccherini sowie Joseph Haydns C-Dur-Konzert. Am Klavier begleitet er seine Frau Galina Wischnewskaja bei je drei Liedern von Tschaikowskij und Mussorgskij. Karten zu Preisen zwischen 45 und 120 Mark sind erhältlich bei der Westdeutschen Konzertdirektion, Bismarckstr. 18, 5000 Köln 1 (Tel. 51 30 11/12).

Kritik am Bundespreis „Gute Form"

dpa, Berlin

Mit Kritik an der staatlichen Designförderung ist im Internationalen Design-Zentrum Berlin (IDZ) der 13. Bundespreis „Gute Form" verliehen worden. Mit sechs prämiierten Produkten – vor allem im Bereich „Bildschirm-Arbeitsplätze" – war die Siemens AG am erfolgreichsten. Vier Gestaltungsentwürfe erhielten einen Förderpreis, der mit je 3000 Mark dotiert ist. Die prämiierten Produkte sind im IDZ noch bis zum 30. November zu sehen. Der Präsident des Rates für Formgebung, Philip Rosenthal, bemängelte, daß in der Bundesrepublik nur zwei Millionen Mark als staatliche Designförderung vergeben würden, in Finnland dagegen drei, in Frankreich zwölf und in Großbritannien sogar 35 Millionen Mark. Die in bezug auf Humanisierung der Alltags- und Arbeitswelt „gemeinsame Fehlbeurteilung der Industrie und des Staates" müsse dringend beseitigt werden.

Deutsch-holländischer Museumsaustausch

dpa, Bonn

Das Städtische Kunstmuseum Bonn und das Stedelijk van Abbe-Museum Eindhoven tauschen im Dezember in einer ungewöhnlichen Aktion ihre modernen Kunstwerke aus. Das Bonner Institut eröffnet die von Georges Braque und Pablo Picasso bis zur Minimal und Concept Art reichende Schau der Holländer am 29. November. Schon zwei Tage vorher werden u. a. Werke von Joseph Beuys, Bernard Schultze und Günther Uecker in Eindhoven gezeigt.

Anthony van Hoboken †

AFP, Zürich

Der holländische Musikwissenschaftler Anthony van Hoboken ist im Alter von 97 Jahren in Zürich gestorben. Er war durch die Herausgabe des Haydn-Werkverzeichnisses, das seinen Namen trägt, bekannt geworden. Van Hoboken hatte 1927 an der österreichischen Nationalbibliothek das erste Dokumentationszentrum auf musikalischem Gebiet gegründet. Die gesamten Manuskripte, Quellenarbeiten und Vorarbeiten zu seinem Haydn-Verzeichnis vermachte der Musikwissenschaftler 1980 der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien.

Vom kuriosesten Festival Europas: Das Mekka der Fans heißt Wexford

Hier näht man Kostüme in Heimarbeit

Falls Sie jemals zum Festival ins irische Wexford fahren wollen, überlegen Sie es sich doppelt. Die schriftliche Zimmerbestätigung des Hotels? Die ist nichts wert. Die reservierten Karten? Die sind nicht da. Sie müssen sich in diesem hoffnungslosen Chaos einer Kleinstadt, die für zwei Wochen im Jahr zur großen Opernwelt wird, schon mit Haut und Haaren der unerschöpflichen Liebenswürdigkeit der Iren und ihrem geradezu mediterranen Improvisationstalent ausliefern, um über die Hürden zu kommen, die Hotellerie und Gastronomie aufbauen. Nichts also für Festspiel-Habitués, sondern etwas für Opernpfadfinder.

Denen freilich ist das Wexford-Festival ein Labsal. Piratenmitschnitte von den Rundfunkübertragungen (RTE und BBC) aus Wexford stehen bei den Opernfreaks international ganz oben auf dem Kurszettel. An Ort und Stelle dabeizusein, gleicht einem Ritterschlag. Denn in Wexford hören die Fans das, was sie nirgends sonst zu hören bekommen. Dort gab es in den letzten Jahren Massenets „Griséldis" und Alfanos „Sakùntala", Verdis „Un Giorno di Regno" und Puccinis „Edgar", Montemezzis „L'Amore dei Tre Re" und Smetanas „Die beiden Witwen". In diesem Jahr, nicht minder wagemutig, spielte man Marschners „Hans Heiling", Ermanno Wolf-Ferraris „La Vedova scaltra" und Donizettis „Linda di Chamounix".

Hinzu kommt, daß sich das Wexford-Festival in den gut dreißig Jahren seines Bestehens als eine Talentbörse sondergleichen bewährt hat. Dort wurden die Freni entdeckt und Graziella Sciutti, Janet Baker und Giacomo Aragall: Wer die nicht ohne Stolz seit 1951 fortgeschriebene Künstlerliste liest, dem klingelt es nur so in den Ohren. Auch dieses Jahr machte man wieder Bekanntschaft mit einem halben Dutzend Jungsängern, denen man den Sprung in die große Karriere auf Anhieb zutrauen möchte.

Sergej Leiferkus zum Beispiel, ein russischer Bariton (er hat am Moskauer Bolschoij kürzlich schon Tschaikowskijs Eugen Onegin gesungen), präsentierte sich als Hans Heiling mit einer wahren Prachtstimme. Trotz der heldenbaritonalen Färbung macht ihm die hohe Lage der Partie nicht die geringste Mühe, und nebenbei besitzt er auch noch die elegante Spannkraft der italienisch geprägten Schule.

Constance Cloward, Heilings Anna, ist ein Spinto-Sopran mit großer Linie, der sich aber auch im deutschen, jugendlich-dramatischen Fach noch zu Hause fühlt. Da steht im Moment auch Malmfried Sand, die Geisterkönigin. Aber wenn alles gut geht, werden wir in ihr bald wieder eine echt nordische Hochdramatische haben. Als Heilings Gegenspieler Konrad tauchte Eduardo Alvares wieder auf, der es schon bis zu den Staatsopern von München und Wien gebracht hatte, bevor er vor sieben Jahren aus persönlichen Gründen in die brasilianische Heimat zurückkehrte. Nun ist er, 34jährig und mit einem Tenor in voller lyrischer Blüte, bereit zum zweiten Anlauf.

Um die „schalkhafte Witwe" Jill Gomez, eine Sängerin von Rasse und Intelligenz und ja längst auf den großen Bühnen des Kontinents etabliert, scharten sich vier junge Liebhaber. Grant Shelley errang zwar nicht Rosauras Gunst, wohl aber mit seinem hellen, gelenkigen Tenor die der Stimmfans in Wexford.

Lucia Aliberti, die erstaunlichste Jung-Primadonna Italiens, auch sie eine Wexford-Entdeckung aus den siebziger Jahren, war Donizettis Linda di Chamounix. Donizettis späte, für die Wiener Oper komponierte Semiseria bietet Belcanto-Wonnen aus dem Füllhorn und damit genau das Richtige für die Aliberti und ihren Tenorpartner Ugo Benelli.

Die Aliberti klingt ja wie die Wiedergeburt der jungen Callas: tränenschwere Koloraturen, das gaumige Timbre, das weit schwingende Vibrato, die hohen Töne von durchdringender dramatischer Kraft – das hatte man bei ihren Deutschland-Gastspielen im Frühjahr entdecken können und fand es nun wieder bestätigt. Die Stimme der Aliberti ist einen Kniefall wert (in Berlin kann man ihn Ende des Monats vor ihrer Lucia wiederholen, in München gastiert sie Anfang Dezember als Norina im „Don Pasquale").

Eine Nebenstraße, zweigeschossige Reihenbebauung. Stände nicht über einem Hauseingang „Theatre Royal", man würde das Festival kaum finden. Das Theater ist so alt wie winzig. Samt Bühne und Zuschauerraum ließe es sich bequem im Foyer eines normalen Stadttheaters unterbringen. Der Graben ist so klein, daß das ausgedünnte, aber höchst präzis und inspiriert spielende irische Rundfunkorchester mit einem einzigen Kontrabaß auskommen muß (Dirigenten: Albert Rosen, Yan Pascal Tortelier, Gabriele Bellini). Der Vorteil einer solchen Wohnzimmeroper: hautnaher Kontakt zur Bühne, die Stimmen klingen voll in beide Ohren.

Doch nicht nur die irische und britannische Gesellschaft, die dieses Festival zum großen Teil subventioniert (hinzu kommen auch Spenden der amerikanischen Kennedys, die aus einem Dorf bei Wexford stammen), ist vom Opernbazillus angesteckt, halb Wexford ist es. Die Kostüme werden von den Frauen zu Hause in Heimarbeit genäht, die großen Jungen aus dem Ort klopfen in den Pausen die Bühnenbilder für den nächsten Akt zusammen. Das sieht dann schon einmal ein bißchen windschief aus, aber mehr Spaß als die kühle, glatte Perfektion macht es allemal.

Teamgeist: Die jungen Sänger der kleinen Rollen formen auch den Chor, und vormittags spielen sie in einem Workshop die großen Opernszenen, an die sie erst noch ran wollen. Und nachmittags geben sie Kirchenkonzerte: drei Auftritte am Tag. Begeisterung macht es möglich. Man wird ganz stimmtoll in Wexford und darf es nächstes Jahr wieder werden: bei Smetanas „Der Kuß", Cimarosas „Weiberlist" und Massenets „Le Jongleur de Notre Dame".

REINHARD BEUTH



Auf den Belcanto-Pfaden der Callas: Lucia Aliberti, Wexfords „Linda di Chamounix" FOTO: DIE WELT

Münster: Archäologen als Medizinhistoriker

Was Skelette erzählen

Die Untersuchung von Skelettfunden – vor allem solcher Völker, die uns nichts oder nur wenig Schriftliches hinterlassen haben – ermöglicht heute einen recht guten Einblick in deren Krankheiten und Gebrechen. Die Wissenschaft, die sich mit krankhaften Veränderungen an diesen Funden beschäftigt, heißt Paläopathologie (palaios = alt, Pathologie = die Lehre von den Auswirkungen der Krankheiten an den Organen). Neben dem Studium schriftlicher Quellen stellt diese Randwissenschaft – die sich auf noch keine lange Tradition berufen kann – einen zweiten wichtigen Zweig der Medizingeschichte dar.

Im Gegensatz zur klassischen Anthropologie, die sich hauptsächlich mit der vergleichenden Erbforschung beschäftigt, kann die Paläopathologie nicht auf feste Merkmale und Maße an den Skeletten zurückgreifen. Denn: die gleiche Krankheit bewirkt an der Knochensubstanz die unterschiedlichsten Veränderungen, deren Zuordnung in vielen Fällen unlösbare Probleme bereitet. Auch hinterläßt – zum Leidwesen der Forscher – nur ein Teil der Krankheiten Spuren am Knochen, was statistische Berechnungen über die Leidenshäufigkeit in früheren Zeiten oft genug zu einer reinen Spekulation werden läßt. Dem Paläopathologen stellt sich die schwierige Aufgabe, aus der Kenntnis aller Erkrankungen, die den Knochen als Organ befallen können, entsprechende Veränderungen am Skelett richtig zu deuten; die Arbeit eines Detektives bei der Spurensicherung und -deutung.

An Fundstücken, die üblicherweise nicht in Schausammlungen der Museen gezeigt werden, wird bis zum 15. Januar 1984 im Westfälischen Museum für Archäologie in Münster dargelegt, wie in enger Zusammenarbeit von Archäologen, Anthropologen und Paläopathologen auch Einzelschicksale von Menschen des frühen Mittelalters aufgeklärt werden können. Die Sonderausstellung trägt den beziehungsreichen Titel „Skelette erzählen . . ."

So lassen sich noch nach Jahrtausenden exakte Antworten auf die von Fachhistorikern gestellten Fragen geben: Litten die Alemannen auch schon an Krebs? – Hatten sie Rückenschmerzen? – Waren sie von Gelenkrheumatismus geplagt? – Wie alt wurden sie, und wie sahen sie aus?

Die Reste einer Beinprothese aus einem Alemannengrab der Zeit um 700 n. Chr., Bandscheibenveränderungen, rheumatische Gelenkdeformationen und Karies-Spuren geben Aufschluß über Lebenserwartung, Krankheit und Mißgeschicke gerade der einfachen Leute, über die sonst keine historische Überlieferung berichtet.

Die mühsame Arbeit eines Paläopathologen beginnt im Labor. Hier werden die Bruchstücke so weit wie möglich restauriert, um die ursprüngliche Form des Skeletteils zu erhalten. Bei der Altersbestimmung wird der Entwicklungszustand der Zähne auf zwei Jahre genau und der Verknöcherungsgrad der Schädelnähte in Zeitspannen von zehn Jahren bestimmt.

Liegen von den untersuchten Individuen auch die Daten der metrisch erfaßten Morphologie vor, wird die große Anzahl der Einzelinformationen anhand von statistischen Methoden zusammengefaßt. Bereits während der Präparation kann man krankhafte Veränderungen durch Röntgenaufnahmen und fotografisch festhalten. Bei einigen Krankheitsbildern läßt sich sogar die Häufigkeit berechnen.

DIETER THIERBACH

Türkei: Neue Erdstöße im Katastrophengebiet

SAD, **Ankara**

Im türkischen Erdbebengebiet in den nordostanatolischen Provinzen Erzurum und Kars haben die Bergungsmannschaften bisher 1330 Tote und mehr als 500 Schwerverletzte geborgen. Die Behörden gehen inzwischen davon aus, daß kaum eine der knapp 700 noch vermißten Personen am Leben sein dürfte. Drei schwere Nachbeben in der Nacht zum Mittwoch haben die Rettungsarbeiten zusätzlich erschwert. „In den Trümmern kann es nach so vielen Tagen kaum noch Überlebende geben", sagte ein Armeeoffizier. Es ist zu befürchten, daß sich die Zahl der Todesopfer erhöht, wenn die Bergungsmannschaften in die noch nicht zugänglichen Bergdörfer vorgedrungen sind.

Inzwischen hat in der betroffenen Region ein Massenexodus eingesetzt: Tausende von Erdbebenopfern haben sich kurzfristig entschlossen, in erdbebensichere Gebiete der Türkei zu übersiedeln. „Am besten haben es diejenigen, die Verwandte in anderen Landesteilen haben. Sie werden sofort einen Platz zum Schlafen bekommen", schrieb gestern eine türkische Massenzeitung.

Das Erdbeben am vergangenen Sonntag hat nach amtlichen Schätzungen etwa 35 000 Menschen, vor allem arme Bauern, obdachlos gemacht. Inoffizielle Schätzungen gehen von etwa 75 000 Obdachlosen aus. Selbst Familien, deren Häuser intakt geblieben sind, dürfen aufgrund einer Anweisung der Militärbehörden nicht in ihre Dörfer heimkehren, weil sie im Fall von weiteren Erdstößen gefährdet sind. Die Zelte, die von verschiedenen ausländischen Regierungen und dem internationalen Roten Kreuz zur Verfügung gestellt wurden, reichen nicht aus. Zahlreiche Familien müssen deshalb bei strömendem Regen und Temperaturen, die in der Nacht unter Null sinken, im Freien übernachten. Wohnungsbauminister Ahmet Samsuulu versprach, schnellstens Fertighäuser aufstellen zu lassen.

Zur Zeit schneit es im Katastrophengebiet kaum noch. Aber in vielen türkischen Presseberichten klingt die Sorge für die Obdachlosen an, ob sie überleben werden, wenn die Temperaturen auf 15 bis 20 Grad Celsius unter Null sinken. „In dieser Kälte hat niemand eine Überlebenschance. Wenn die Obdachlosen bis dahin kein Dach gefunden haben, droht ihnen der Erfrierungstod", urteilte ein Reporter.

Inzwischen hat die auflagenstärkste Zeitung der Türkei „Hürriyet" die Aktion „Adoptiere ein Waisenkind" gestartet. In Großstädten lebende Bürger werden aufgefordert, Kinder, deren Eltern beim Erdbeben ums Leben gekommen sind, aufzunehmen. Die Aktion hatte bisher unerwartet großen Erfolg: Fast 650 Adoptiveltern in spe haben sich bereits gemeldet.



Mehr Sicherheit durch raffiniertes aerodynamisches Styling und hochgezogene Flügelenden: Die neue Verkehrsmaschine DM-100 der amerikanischen Flugzeugwerke McDonnell-Douglas. FOTO: AP

Startschuß für Superjet verzögert sich

Die MD-100 gilt als Flugzeug der Zukunft / Die Maschine soll die DC-10 vergessen lassen

A. BÄRWOLF, **Hamburg**

Bei Verzicht auf das berühmteste Initial in der Zivilluftfahrt, „DC" (Douglas Commercial), wollen die amerikanischen Douglas-Werke ein abgeändertes Flugzeug mit neuem Namen und unter neuem Management auf den Markt bringen, nachdem der angeschlagene Ruf des Jumbos DC-10 nicht wieder aufgewertet werden konnte. Praktisch liegen keine Bestellungen mehr für die DC-10 vor, in der in den 70er Jahren bei zwei Abstürzen 619 Menschen ums Leben gekommen waren. In der Öffentlichkeit hatte sich danach ein starker Vertrauensverlust bemerkbar gemacht. Die neue Maschine, für die am 1. November der Startschuß gegeben werden sollte, läuft unter der Bezeichung MD-100 (McDonnell-Douglas).

Der Startschuß für die MD-100 fand nicht statt, weil die Mindestbestellung von 20 Flugzeugen nicht in dem Werk von Douglas im kalifornischen Long Beach eingegangen war. Jetzt hofft man auf den Sommer '84. Die umgemodelte DC-10 zeigt sich in einem neuen und raffiniert geschneiderten aerodynamischen Kleid. Die größte Veränderung sind die hochgezogenen und widerstandsmindernden Flügelenden (Winglets) sowie die ebenfalls als Winglets bezeichneten Flossen unter den Tragflächen. Die leichten Accessoires aus Graphit steigern im Verbund mit neuen Motoren die Leistung bei gesenktem Treibstoffverbrauch um gut 20 Prozent. Zudem hat die MD-100 ein Zweimann-Cockpit. Der Ingenieur wird durch digitale Geräte und Kathodenstrahlröhren ersetzt. Die erste Maschine soll 1987 geliefert werden.

Mit der bei großen Aufwand forcierten Entwicklung der MD-100 haben die Douglas-Werke aus der Absatznot eine Tugend gemacht. Mit ihrer Erfahrung haben sie auf die Zukunft gesetzt und Marktlücken angepeilt: neue Flügeltechnologie, neue Werkstoffe, neue Triebwerke, digitales Cockpit für zwei Mann auf der Langstrecke.

Das neue Management von Douglas – die Firma gehört seit 1967 zum Konzern McDonnell – setzt auf die Zukunft. Die neuen Manager hoffen darauf, daß im Jahre 2000 zweimal soviel Düsenverkehrsflugzeuge fliegen werden wie heute. Sie schätzen, daß die Airlines schon bis 1995 etwa 5000 neue Flugzeuge benötigen werden und daß der Luftverkehr jährlich um rund sechs Prozent zunehmen wird.

Tatsächlich schwebt am technologischen Horizont ein kleineres und sehr sparsames Langstreckenflugzeug mit einer Reichweite von mehr als 10 000 Kilometer – also zum Beispiel eine Maschine für die Strecke Frankfurt–Los Angeles. Angeblich hat Douglas mit der MD-100 besonders die Erfordernisse der Lufthansa berücksichtigt, die noch über elf DC-10 verfügt.

Lufthansa hat inzwischen Bedarf für ein im Vergleich zur Boeing 747 kleines Langstreckenflugzeug angemeldet. So sind auf den Reißbrettern der Airbus-Industrie Modelle wie die „TA-11" entstanden – ein Airbus mit vier Motoren. Dazu der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Lufthansa, Reinhardt Abraham: „Ein Technolgie-Fortschritt zeigt sich in einem Langstreckenflugzeug deutlicher als bei einem Kurzstreckenflugzeug. Die Kraftstoffersparnis spielt bei einem Langstreckenflugzeug eine wesentlich größere Rolle. Die Kapitalkosten, die man für neue Technologien investieren muß, amortisieren sich auf langen Strecken leichter. Die MD-100 würde in den Betriebskosten besser liegen als die DC-10. Die MD-100 wäre für uns im Moment das zweitbeste Flugzeug."

Die Misere der DC-10 hatte im März 1974 begonnen. Damals stürzte eine Maschine der Turkish Airlines nach dem Start in Paris ab. 346 Menschen fanden dabei den Tod. In der Ladeluke des Flugzeugs fehlte ein zusätzlicher Sicherheitsmechanismus, der nach den Unterlagen von Douglas eingebaut worden war. Tatsächlich war das jedoch nicht der Fall gewesen; die Douglas-Inspektoren hatten den Einbau gleichwohl unterschrieben. Im Mai 1979 waren 273 Menschen beim Absturz einer DC-10 der American Airlines in Chicago ums Leben gekommen. Ein abgefallenes Triebwerk hatte die Hydraulik außer Betrieb gesetzt. Es kam zu einer „asymetrischen" Klappenstellung. Die Maschine schmierte ohne Verschulden des Piloten ab.

Schwarz – die Modefarbe des Bonner Presseballs

EVI KEIL, **Bonn**

„Bonn-Noir" heißt das Motto des Bonner Presseballs heute Abend. 2700 Gäste wollen nicht schwarzmalen – sollen aber nach dem Willen der Organisatoren und nach der Bonner Wende viel Schwarz sehen: Nach der sommerlichen Brandbotschaft aus der Beethovenhalle, feiert die Prominenz mit Bundespräsident Karl Carstens an der Spitze in einem Festzelt, dessen Wände auch hier schwarzweiß drapiert sind. Schwarz-weiß auch das Tanzparkett im Schachbrett-Muster, gestiftet von – Dynamit Nobel. Nur der „schwarze Riese" fehlt. Helmut Kohl weilt noch in Japan. Kameras und Hauptinteresse werden sich daher vor allem auf den „superschwarzen Riesen" aus Bayern richten, auf den Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Er erscheint seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder zum „Ball der Bälle". Schwarzen Humor bewiesen in diesem Jahr auch die „Macher" des Almanachs – jährlich die heiß begehrte Spende für den „Herrn". Die Damen lassen sich (mit Duftnoten) „bestäuben". Scharf wie nie zuvor nahmen sich Karl-Heinz Kirchner und seine Bonner Freunde die aktuelle Politik vor. „Der Almanach beginnt heute mit dem Abdruck von Hitlers Kochbuch", heißt es einleitend, den „Stern"-Skandal mit den gefälschten Hitlertagebüchern persiflierend. Hitlers Kochbuch mit „Heil Butt", und „Mus olini" ist für Fälscherfreunde eine wahre Delikatesse. Von der „braunen Mehlsuppe" bis zum „deutschen Met" sind Hitlers Schriftzüge fast unverfälscht gefälscht worden.

Viele Exklusivfotos aus dem Almanach dringen zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Man darf gespannt sein, wer sich von den Spitzenpolitikern diesmal „auf den Schlips" getreten fühlt.

Elisabeth Bachhausen, Geschäftsführerin der Bundespressekonferenz, hat seit Tagen Wettermeldungen gehört. Prognose für heute: „Ausgesprochen milde." „Notfalls soll pausenlos geheizt werden", so „die Seele des Balles". Die Programmgestaltung hat der Südwestfunk übernommen. „Prominentensprecher" Karl-Theodor Paschke vom Auswärtigen Amt würzt mit „Big Bonn Special".



„Die Friedensbewegung bin ich"



Nicht auf den Hund gekommen



„Presseball? Bin skeptisch"



Einer, der andere gern klein hält



„Wo bitte geht's nach Genf?"

FOTOS AUS: ALMANACH ZUM PRESSEBALL '83

Widersprüchliches zum Untergang der „Kampen"

AP, **Reykjavik**

Der Kapitän des in der Nacht zum Mittwoch vor der Südküste Islands gesunkenen Hamburger Frachters „Kampen" hat vor dem Untergang seines Schiffes ein Hilfeangebot abgelehnt, obwohl der Frachter bereits eine Schlagseite von 15 Grad hatte. Dies teilte die isländische Küstenwache in Reykjavik mit. Bei dem Untergang der „Kampen", die erst in diesem Jahr vom Stapel gelaufen war, sind sieben der 13 Besatzungsmitglieder, darunter auch der Kapitän, ums Leben gekommen. Vier Seeleute starben erst an Bord eines Rettungsschiffes. Ansonsten gibt es widersprüchliche Meldungen. Während es gestern noch hieß, die Überlebenden seien wohlauf, heißt es jetzt, der Zustand bei einigen sei noch immer kritisch. Die zitierte isländische Zeitung „Dabgladid-Visir" gestern Augenzeugen, die berichteten, daß die meisten Rettungsflöße der „Kampen" von den haushohen Wellen, die über das Schiff hereinbrachen, zertrümmert worden seien, nachdem sich die Frachtluken gelöst hatten. Im Unglücksgebiet der Westmänner-Inseln hatte ein Sturm in der Nacht zum Mittwoch neun Meter hohe Wellen aufgetürmt.

Gedächtnisstütze per Telefon

gi. **Bonn**

Der Knoten im Taschentuch ist endgültig passé: Seit Mai 1983 erinnern die Fräulein von der Post rund 5000 Dortmunder an Konferenztermine oder Einkaufszettel. Damit verlief der probeweise eingeführte Erinnerungsdienst in Dortmund, Berlin, Mainz, Wiesbaden und Heilbronn erfolgreich. Das erklärte gestern ein Sprecher des Postministeriums. Unter der Nummer 114 und 0114 kann man dort Nachrichten für Freunde oder Verwandte hinterlassen.

Wieder Arbeiten im All

AP, **Moskau**

Die sowjetischen Kosmonauten Wladimir Ljachow und Alexander Alexandrow haben gestern erneut die Orbitalstation Salut-7 verlassen und weitere Sonnenkollektoren zur Verbesserung der Stromversorgung installiert. Es war der zweite Raumausflug der beiden in zwei Tagen. Ljachow und Alexandrow befinden sich jetzt bereits im fünften Monat im Weltraum.

Camorra-Boß gefaßt

dpa, **Rom**

Einer der Anführer der Camorra-Unterweltbanden von Neapel, Antonio Bardellino, ist in Spanien gefaßt worden. Bardellino, der wegen Waffenhandels, mehrfachen Mordes und Bildung einer Verbrecherorganisation gesucht wurde, gilt als Hauptkonkurrent des ebenfalls inhaftierten Camorra-Bosses Raffaele Cutolo. Die italienischen Behörden haben die Auslieferung von Bardellino beantragt.

Passauer Altstadt brannte

dpa, **Passau**

Bei einem Feuer in der Altstadt von Passau (Bayern) ist in der Nacht zu gestern ein Sachschaden von einer halben Million Mark entstanden. Drei zur Sanierung vorgesehene Häuser wurden fast völlig vernichtet. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Wechsel des Familiennamens

AP, **Kassel**

Kinder aus geschiedenen Ehen können nach der Wiederverheiratung der Mutter zumindest dann den neuen Familiennamen der Mutter erhalten, wenn sich der leibliche Vater nicht mehr um die Kinder kümmert. Das hat das Kasseler Verwaltungsgericht entschieden. In derartigen Fällen habe die Eingliederung der Kinder in die neue Familie Vorrang vor den Interessen des leiblichen Vaters, urteilte das Gericht. (Az.: III E 3.640/82).

WETTER: Mild

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet mit Schwerpunkt über Südosteuropa bestimmt mit milder Luft das Wetter in Deutschland. Erst im Laufe des Sonnabends greifen Tiefausläufer von Nordwesten her auf Mitteleuropa über.

Deutscher Wetterdienst 3. November 1983, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16 °C. bedeckt still; Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Freitag:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Südlich der Mittelgebirge verbreitet Morgennebel- und Hochnebel, die sich nur zögernd auflösen, in Süddeutschland zum Teil auch tagsüber nebligtrüb. Sonst heiter und trocken. Höchste Temperaturen in Nebelgebieten bei 8, sonst 13 bis 16 Grad C. Tiefstwerte in der Nacht zum Sonnabend um 5 Grad. Schwacher, im Norden mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten

Im Norden herbstlich trüb und leicht unbeständig, sonst wenig Änderung, weiterhin mild.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	31°
Bonn	10°	Kopenh.	10°
Dresden	12°	Las Palmas	25°
Essen	10°	London	13°
Frankfurt	9°	Madrid	11°
Hamburg	9°	Mailand	14°
List/Sylt	9°	Mallorca	18°
München	11°	Moskau	4°
Stuttgart	7°	Nizza	19°
Algier	15°	Oslo	4°
Amsterdam	11°	Paris	11°
Athen	19°	Prag	9°
Barcelona	16°	Rom	16°
Brüssel	12°	Stockholm	6°
Budapest	11°	Tel Aviv	34°
Bukarest	15°	Tunis	17°
Helsinki	6°	Wien	10°
Istanbul	17°	Zürich	5°

Sonnenaufgang* am Samstag: 7.21 Uhr, Untergang: 16.50 Uhr, **Mondaufgang:** 7.42 Uhr, Untergang 17.19 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Extrem viele krebskranke Anwohner einer Atomanlage?

Britischer Minister warnt Medien vor „Panikmache"

PETER LAUDON, **London**

Der britische Umweltschutzminister Patrick Jenkin hat vor Panikmache im Zusammenhang mit Berichten über Krebserkrankungen durch Radioaktivität gewarnt. Jenkin sagte im Unterhaus, daß die Bedeutung der in der Nähe der atomaren Wiederaufbereitungsanlage Windscale gemessenen Radioaktivität „von den Medien überbewertet" worden sei, aber er teile „die natürliche Beorgnis".

Der Minister gab bekannt, daß die Berichte über eine hohe Zahl von Krebserkrankungen unter den Anwohnern der Atom-Anlage im Auftrag der Regierung unverzüglich untersucht werden. Die Untersuchungen leitet der renommierte Wissenschaftler Sir Douglas Black.

In einer Sendung der Fernsehanstalt ITV mit dem Titel „Windscale – die atomare Wäscherei" war am Dienstag behauptet worden, daß in Seascale, der der Anlage am nächsten liegenden Ortschaft, die Erkrankungen an Leukämie (Blutkrebs) zehnmal höher liegen als im Landesdurchschnitt. In Seascale und zwei Nachbarorten, Bottle und Waberth, war nach dem Bericht die Erkrankung von Kindern an den verschiedenen Krebsarten fünfmal so hoch wie im Landesdurchschnitt.

In der Sendung wurde berichtet, Plutonium-Spuren seien in Häusern in Cumbria und in Schottland gefunden worden. Das Ehepaar Christopher und Christine Merlin, das knapp zehn Kilometer von Windscale entfernt in dem Ort Ravenglass lebt, schickte den Inhalt eines Staubbeutels an Professor Edward Radford von der Universität Pittsburgh in den USA. Seine Untersuchung ergab, daß die Verseuchung noch viel ernster sei als je befürchtet. Radford fand die Menge des Plutoniumstaubs inakzeptabel und meinte, daß – wenn er dort lebte – er sich Sorgen um seine Kinder machen würde. Umweltschutzminister Jenkin: Der Bericht „nannte keine Menge von Radioaktivität jenseits der Grenze, die bei früheren Messungen festgestellt worden war. Die Bedeutung der gemessenen Radioaktivität ist überbewertet worden." (SAD)

Streit auf dem Friedhof wie zu Ganghofers Zeiten

Der Tod eines Wilderers löste Familienfehde aus

AP, **Innsbruck**.

Der als „Wildererdrama von Osttirol" bekanntgewordene Streit zwischen zwei Tiroler Familien ist wieder aufgeflammt. Der österreichische Heimatdichter Ludwig Ganghofer hätte sich die Geschichte, die seit Monaten die Osttiroler Einwohnerschaft beschäftigt, kaum besser ausdenken können. Auch für den neuesten Akt hätte er keinen passenderen Zeitpunkt und kein trefflicheres Szenario finden können: Nach dem traditionellen Gottesdienst und dem anschließenden Gräberbesuch am Allerheiligentag brach diesmal die Fehde zwischen den Walderbrüdern und den Familien Schett und Schaller auf dem malerischen Friedhof in Kalkstein in Osttirol aus.

Der 42jährige Jäger Johann Schett hatte im September 1982 in Begleitung des 49jährigen Josef Schallers den 30 Jahre alten Holzfäller Pius Walder aus Innervillgraten unweit von Kalkstein beim Wildern überrascht und auf der Flucht erschossen. Ein Prozeß konnte die Geschehnisse im Wald nicht völlig aufklären. Dennoch wurde Schett am 24. Februar dieses Jahres zu drei Jahren Freiheitsstrafe wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt und bis zum Strafantritt auf freien Fuß gesetzt. Daraufhin floh der Todesschütze prompt nach Bayern – aus Angst vor der blutigen Rache, die die Walder-Brüder geschworen hatten.

An Allerheiligen kam es nun nach Angaben der örtlichen Polizei zu einem Kampf, der als „Friedhofsschlägerei" in die Dorfannalen von Kalkstein eingehen dürfte. Der 39jährige Hermann Walder, ein Bruder des Erschossenen, beschimpfte nach Gottesdienst und Gräberbesuch beim Verlassen des Friedhofes die 51jährige Notburga Schaller, eine Verwandte von Josef Schaller. Walders 39jährige Frau geriet derweil mit der 52jährigen Schwägerin des verurteilten Jägers in Streit, der in Handgreiflichkeiten ausartete, in den sich bald sämtliche übrigen Familienmitglieder auf beiden Seiten einschalteten. Der Friedhofsbesuch endete für beide Familien mehr oder weniger vollständig beim Arzt.

ZU GUTER LETZT

Berichtigung. Es muß heißen in Absatz 1: „... betreut von zahlreichen Museen am Rhein" und nicht von reichen Museen. Pressemeldung des Westfälischen Kunstvereins zur Ausstellung Maria Nordman.



Stahl '83

J. G. – Milliarden für die kranke Kohle, Milliarden für den kranken Stahl, und auch die kranken Werften lasten schwer auf Steuerzahlers Tasche. Versubventionieren wir nicht mit dem Erhalt von Altem und Absterbenswertem unsere Kraft zum schnelleren Aufbruch in neue, wo immer liegende Gefilde der Wirtschaft? Der Chor solcher kritischen Stimmen zum leidigen Dauerthema Stahlkrise wird hierzulande neuerdings lauter.

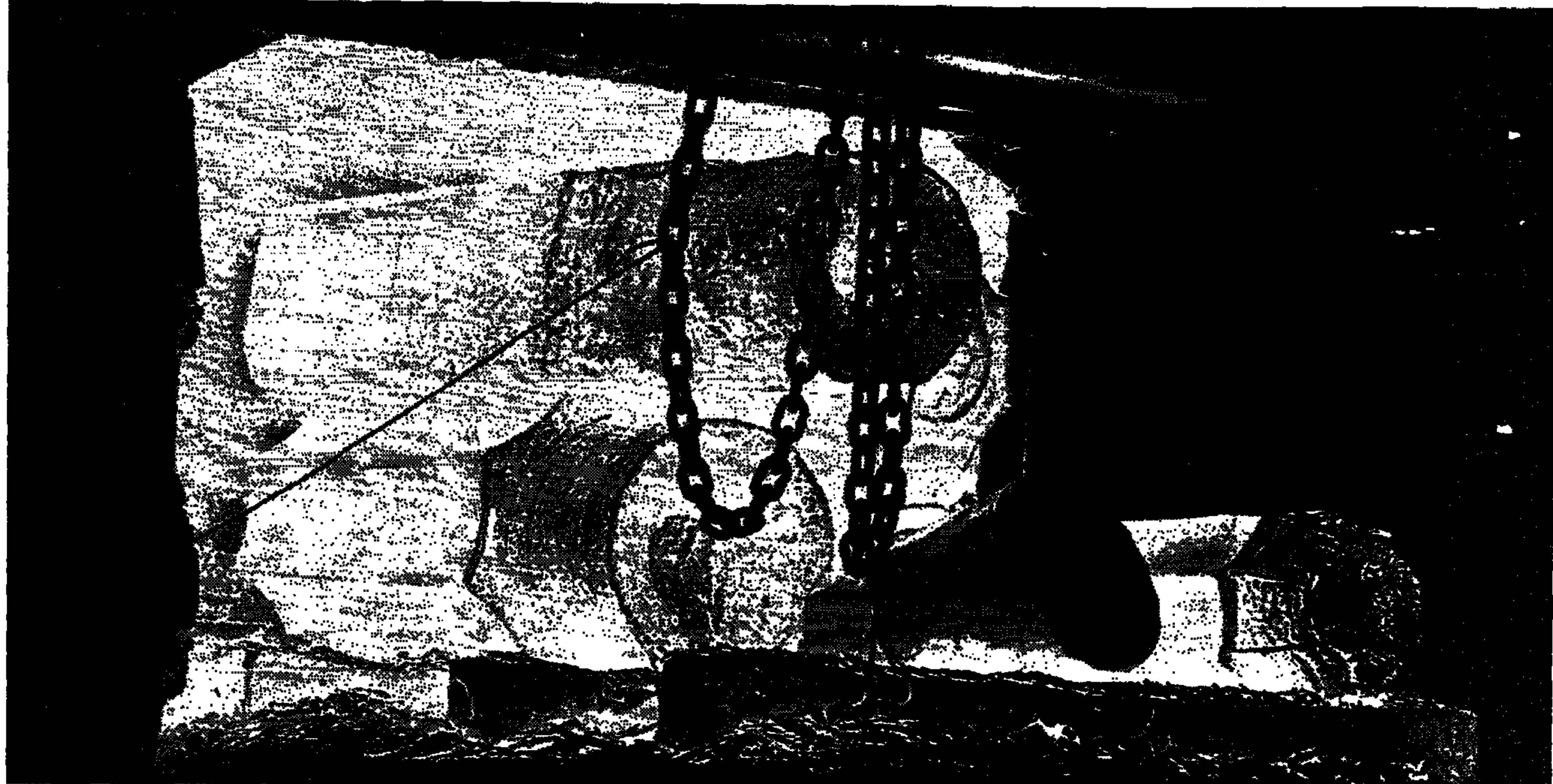
Am Ende ihres nun neunten Krisenjahres hat die deutsche Stahlindustrie allen Anlaß, sich gegen solche Kritik zu wehren. Sie gehört nicht in den gleichen Krisentopf. Kohlesubventionen zahlen wir, weil Gott die dicken und billigeren Flöze anderswo wachsen ließ und ein Sicherheitspfeiler heimischer Energieversorgung eben eine Sicherheitsprämie kostet. Der Schiffbau erlebt weltweit eine Verlagerung in Billiglohnländer, an Nord- und Ostseeküste also einen mit Subventionen höchstens abzumildernden Strukturwandel.

Die Stahlindustrie aber ist modern und wettbewerbsfähig. In der Produktivität gehört sie zur Weltspitze. Für ihre Dauerkrise gibt es keinen anderen Grund als den Subventionsrausch ihrer Vettern in der EG, die schon bis zu einem Drittel ihrer Produktionskosten aus ihren Staatskassen alimentiert bekommen. Dagegen kommt kein Privatunternehmen an.

In Kenntnis dieser Tatsache ist nun, da die Unternehmen ausgeblutet sind, die Bundesregierung aufgerufen, Mittel und Ziele einer nationalen Stahlpolitik nach teuren Jahren der Versäumnisse auch in der Europapolitik kraftvoll zu vertreten.

Tut sie es nicht, dann ändern auch einige deutsche Subventionierungsmilliarden nichts mehr am baldigen Tod der Branche. Mit ihren Investitionen pro Produkttonne liegt sie schon jetzt nur noch halb so hoch wie die Japaner und bildet auch in Europa ein trübes Schlußlicht.

Auch im Zeitalter von Elektronik und Dienstleistungen bleibt Stahl ein zentraler Werkstoff. Er ist aus einer hochentwickelten Industriegesellschaft nicht wegzudenken. Bricht dieser Pfeiler ab, dann stürzt auch in Auto- und Investitionsgüterindustrie vieles zusammen.



Szene aus der Schmiede: Glühende Werkstücke werden zur Bearbeitung aus dem Ofen geholt FOTO: MANFRED VOLLMER

Die große Koalition deutscher Stahlinteressen

Es war ein bißchen viel in letzter Zeit: Ende Juni traf die Europäische Kommission die fälligen Subventionsentscheidungen. Darin bewilligte sie den Erzeugern Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens annähernd 70 Milliarden Mark an öffentlichen Beihilfen; das sind 20 Milliarden Mark mehr, als deren Regierungen bis zu dem im Kodex fest vereinbarten Ausschlußdatum notifiziert hatten. Den deutschen Unternehmen schnitt sie zugleich die Berufung auf frühzeitige, das heißt vor 1980 erbrachte Anpassungsmaßnahmen ab.

Im Juli trat der Ministerrat zur Entscheidung über die künftigen Produktionsquoten zusammen. Da der Brüsseler Industriekommissar zuvor seine diplomatischen Fäden gesponnen hatte, wurden die Delegationen einig. Der Bundeswirtschaftsminister erklärte gegenüber der Öffentlichkeit, deutsche Stahlarbeitsplätze seien nun sicherer geworden. Sechs Wochen später, als der Computer endlich ausdruckte, was die Minister beschlossen haben sollten, war das Erstaunen in Deutschland allerdings groß. Italien fand unter anderem 500 000 Tonnen durch öffentliches Recht festgeschrieben, die ihm der von EUROFER angerufene Schiedsrichter Davignon zuvor privatrechtlich zuerkannt hatte.

Die Kommission akzeptierte damit ein Argument, das mit seiner tödlichen Spitze aufs Herz der EG, auf die Arbeitsteilung unter den europäischen Partnern, zielt: Italien will einen höheren Anteil des italienischen Bedarfs aus heimischer Versorgung decken. Frankreich konnte sich eines Zuschlags von 800 000 Tonnen erfreuen, Großbritannien wurden beträchtliche Zusatzmengen in Aussicht gestellt. Den Deutschen, denen „Bestandsschutz" und kräftige Supplements zur Lösung der Klöckner-Frage zugesagt waren, schwante angesichts dieser Zahlen nicht Gutes. Ihnen wurden dann auch von der Kommission Rechenwerke vorgeführt, die ein hohes Maß an Kunstfertigkeit offenbaren, sie aber völlig unbefriedigt ließen. Offenbar ist derzeit in Europa nicht einmal über die Grundrechenarten Konsens zu finden.

Im August war Brüssel dann in Ferien. Es konnte nichts geschehen. Aber schon im September gab es neue Aktivität zum Nachteil unserer Industrie. Neue Zahlen für die Marktversorgung kamen auf den Tisch. Sie machten sichtbar, daß in den Sommermonaten fast jede zweite in Deutschland verbrauchte Tonne Stahl im Ausland erschmolzen und gewalzt worden war. Fast 30 Prozent der Marktversorgung kamen aus anderen EG-Ländern; vor der amtlichen Regelung der Produktion, im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1980, waren es 23 Prozent. Mehr als 16 Prozent des deutschen Marktes wurden nun durch dritte Länder besetzt; im Zeitraum 1974 bis 1980 waren es 10 Prozent.

Was für Europa ausgehandelt worden ist, wird also überwiegend zu Lasten Deutschlands erfüllt. Vom Zuwachs der deutschen Marktversorgung mit Stahl in diesem Jahr werden Dreiviertel durch Importe gedeckt. Die deutschen Produzenten müssen feststellen, daß sie bei traditioneller Versorgungsstruktur fast eine Million Tonnen mehr in ihrem Markt hätten absetzen können, genug, um jedem zweiten Kurzarbeiter volle Beschäftigung zu bieten. Als das Bundeswirtschaftsministerium und der Stahlverband deshalb gemeinsam in Brüssel vorstellig wurden, bedeutete man ihnen erneut, sie wüßten nicht richtig zu rechnen.

Den bisherigen Höhepunkt hatte diese Serie jedoch im Oktober. Die durch geschickte Quoten-Diplomatie begünstigten ausländischen Produzenten verständigten ihre deutschen Partner, sie möchten die von ihren Regierungen ausgehandelten Quotenerhöhungen ohne weitere Verzögerung in Anspruch nehmen. Aus diesem Grunde seien sie nicht länger bereit, an der EUROFER-Vereinbarung festzuhalten, die noch bis Jahresende laufe und an diesem Genuß hindere. Die deutschen Produzenten antworteten auf lateinisch: „Pacta sund servanda". Sie machten geltend, daß es nicht angeht, wenn Vertragspartner mit Hilfe ihrer Regierungen neue Daten schaffen und sich dann auf Änderung der Geschäftsgrundlage berufen.

In dieser kritischen Situation unterrichtete Industriekommissar Davignon den europäischen Produzentenverband förmlich darüber, daß er künftig das Krisenmanagement für Stahl ausschließlich auf das behördliche System stützen werde. Damit entzog er EUROFER die notwendige politische Unterstützung. Dies ging erneut zum Nachteil der deutschen Produzenten.

Das ist kurz gefaßt die betrübliche Bilanz eines halben Stahljahres. Sie legt zwei Folgerungen nahe:

● In Brüssel hat sich derzeit eine Entscheidungsstruktur gebildet, die der deutschen Stahlindustrie – vorsichtig gesprochen – nicht günstig ist. Obwohl Deutschland noch immer das größte Produktionsgewicht in der Gemeinschaft hat, ist in der Entscheidungsspitze, in der über die europäische Stahlpolitik entschieden wird, kein Deutscher zu finden, wohl aber ein Belgier, ein Franzose und ein Niederländer. In den nachfolgenden Beamtenrängen sieht es nicht sehr viel besser aus. Die Bundesregierung muß sich fragen lassen, warum ihre Repräsentanten eine solche Arbeitsteilung akzeptieren.

In diesem Zusammenhang ist an ein Wort von Carlo Schmid zu erinnern, der ja sicher unverdächtig ist, ein schlechter Europäer gewesen zu sein. Die vertraglich vereinbarte Unabhängigkeit der Kommissare, so sagte er am 12. 7. 1951 vor dem Deutschen Bundestag, „löst für sich allein den einzelnen doch nicht aus dem Sog der nationalen Interessen heraus, für deren Vertretung er von seiner Regierung für die Hohe Behörde vorgeschlagen worden ist. Denn die Regierungen werden doch die Kandidaten nicht nach ihrer Fähigkeit zur nationalen Selbstverleugnung aussuchen, sondern nach ihrer Fähigkeit zur Vertretung nationaler Interessen ... Man wird doch nicht dadurch zum Europäer, daß man in eine Behörde delegiert wird, die mit Eisen und Kohle zu tun hat und eine europäische Firmenbezeichnung trägt".

● Die geschilderte Sequenz nachteiliger Entscheidungen läßt Schlüsse darauf zu, wie Brüssel die Kräfteverhältnisse innerhalb Europas einschätzt. Die Entschlossenheit unseres Landes, seine Stahlinteressen zu verteidigen, wurde bis in die jüngste Vergangenheit offenbar nicht hoch taxiert.

Die Zurücksetzungen, die wir in Europa erfahren mußten, haben aber auch ein Positives. In Fragen der Stahlpolitik haben Regierung, Industrie und Gewerkschaften nun unbeschadet aller innenpolitischen Divergenzen zu größerer Geschlossenheit gefunden. Unter dem Druck von außen hat sich eine große Koalition deutscher Stahlinteressen formiert. Dies wird das Kräftefeld wieder zu unseren Gunsten verändern. Und dies sind die Abschnitte dieser gemeinsamen Front:

1. Die Bundesregierung hat die eingangs genannten EG-Subventionsentscheidungen vor dem Europäischen Gerichtshof angefochten. Sowohl die IG Metall als auch die Stahlindustrie haben diesen Schritt ausdrücklich begrüßt und Unterstützung zugesichert.

2. Zwei deutsche Unternehmen haben in Luxemburg Klage dagegen erhoben, daß ihnen die Kommission die Anerkennung frühzeitiger Anpassungsleistungen versagt, andererseits aber hochsubventionierten Unternehmen, die erst in den letzten Jahren längst überfällige Kapazitätsschnitte vorgenommen haben, noch Zusatzbeschäftigung zuerkennen will. Die Bundesregierung wird die Kläger als Streithelfer unterstützen.

3. Der Bundeswirtschaftsminister hat sich wegen der Produktionsquoten persönlich engagiert. Gleiches gilt hinsichtlich der Brüsseler Zusage, das hinlänglich bekannte Klöckner-Problem im internationalen Rahmen zu lösen.

4. Der deutsche Vizekanzler hat den EG-Präsidenten kurzfristig nach einer Stahlrunde des Kabinetts wegen der subventionierten Importe und der dadurch ausgelösten Preisturbulenzen um einen Termin gebeten. „Das war kein Höflichkeitsbesuch, das war eine Feuerwehrübung", so kommentierte ein Kabinettskollege. Genschers Argumentation läßt einen politischen Ansatz erkennen, der weit über Stahl hinausführt. Es sei dem deutschen Steuerzahler nicht zumutbar, für die Füllung europäischer Kassen aufzukommen, wenn die deutsche Stahlindustrie an Europa leiden muß und ihr wegen des Subventionswettbewerbs Beschäftigung und Arbeitsplätze verlorengehen. Die Bundesregierung werde das Stuttgarter Verhandlungspaket mit der Stahlfrage verbinden. Zugleich hat er eine Ausgleichsabgabe gegen subventionierten Stahl unüberhörbar deutlich ins Gespräch gebracht.

Da es keinen Konsens über die Zukunft von EUROFER gibt, ist auch nicht abzusehen, ob es den Regierungen noch einmal gelingt, eine Verlängerung des Produktionsquotensystems zu vereinbaren. Während noch immer keine Einigkeit über das Ergebnis der letzten Ministerratsrunde vorliegt, haben die Italiener bereits für weitere 1,2 Millionen Tonnen Beschäftigung gefordert. Ein hoffnungslos veraltetes Werk, das zur Schließung bestimmt war, soll weiter produzieren. Rund 3,3 Milliarden Mark, die aus italienischen Staatskassen geflossen sind, sollen nicht als Subvention gewertet werden. Angesichts solcher Positionen tut Bonn gut daran, auch einen Mißerfolg des bisherigen europäischen Stahlkrisen-Managements zu kalkulieren.

Der Blick auf Europa hilft, den innerhalb Deutschland noch offenen Diskussionen die richtigen Abmessungen zu geben. Es ist notwendig, daß unsere Industrie ihren Beitrag erbringt. Durch eine Konzentration der Erzeugung auf die leistungsfähigsten Anlagen und andere Maßnahmen sind die Erträge um 50 DM/t Walzstahl und in günstigen Fällen noch etwas mehr zu verbessern.

Durch unternehmerische Initiative, in welcher Form auch immer, kann allerdings die Subventionswelle, die von außen hereinschlägt, nicht gebrochen werden. Mit 200 bis 250 Mark sind ausländische Regierungen mittlerweile an den Kosten jeder in ihrem Land erzeugten Tonne Walzstahl beteiligt. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen läßt die Rangfolge der Probleme erkennen. Die Lösung der Subventionsfrage ist die Hauptsache. Sie kann nur politisch bewältigt werden. Um den notwendigen Eigenbeitrag der Industrie zu erbringen und der Herausforderung von draußen kraftvoll entgegenzutreten, ist ein besseres Miteinander innerhalb unseres Landes unverzichtbar. Sonst bleibt auch die gemeinsame Außenposition gefährdet.

RUPRECHT VONDRAN
Geschäftsführender Vorstand der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie

Aus dem Inhalt

Auf dem Weltmarkt ist die Stahlnachfrage für die achtziger Jahre unverändert schwach

Hiobsbotschaften über die Stahlindustrie *sind wieder an der* Tagesordnung. Probleme der dringend notwendigen Restrukturierung sowie des gemeinsamen Markts für Stahl im Rahmen der EG stehen diesmal im Zentrum der Erörterung. Das große öffentliche Interesse läßt sich sicher nicht nur mit der Sorge um die Beschäftigungslage erklären. Es hat *wohl auch* mit *der* Erkenntnis *zu* tun, daß hochindustrialisierte Wirtschaften ohne eigene Stahlindustrien sich schnell als nicht mehr voll leistungsfähig erweisen würden. Der Niedergang der Stahlindustrie hätte zweifelsohne für die nachfolgenden Verarbeitungsstufen, wie die Investitionsgüterindustrie und den Automobilbau, katastrophale *Folgen.*

Ein gewisser Unmut über die sich nun seit Jahren hinziehende Krise und das Ausbleiben überzeugender Lösungen ist in der öffentlichen Diskussion nicht zu überhören. Die Ungeduld wächst allenthalben; nicht nur hier in Deutschland, sondern vielerorts in Europa, wenn auch unterschiedlichste Lösungsansätze hier und dort diskutiert werden, die die Aussicht auf gemeinschaftliche Lösungen in und für Europa völlig zu verstellen scheinen.

Wenn sich die Aufmerksamkeit der letzten Zeit auf die europäische Stahlszene konzentrierte, so kann dies angesichts der Folgenschwere der zu treffenden Entscheidungen nicht wundern. In diesem Beitrag möchte ich jedoch die Aufmerksamkeit auf das weltweite Geschehen lenken, das die Existenz und die zukünftigen Aussichten der europäischen Stahlindustrie unmittelbar beeinflußt.

Nach vielen Fehlstarts scheint der lang erwartete Aufschwung der Weltwirtschaft nun in Gang gekommen zu sein. Die Entwicklung verläuft allerdings sehr uneinheitlich. Während das Wirtschaftswachstum in Nordamerika *und in Japan* verhältnismäßig deutlich zugenommen hat, bleibt die Entwicklung in Europa noch immer ohne rechten Schwung. Die Wirtschaften der Entwicklungsländer zeigen ebenfalls ein uneinheitliches Bild: Einige der asiatischen Länder haben die Krise recht gut überstanden, andere, insbesondere in Afrika und Lateinamerika, stecken in einer tiefen Rezession.

Die Entwicklung der letzten Monate und die Aussichten der kein Öl exportierenden Entwicklungsländer geben kaum Anlaß zu Optimismus. Nach Schätzungen der Mitglieder des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts wird die Stahlnachfrage in der westlichen Welt in diesem Jahr nochmals schrumpfen und möglicherweise nur 394 Millionen Tonnen Rohstahlgewicht erreichen. Damit läge die Stahlnachfrage 1983 noch unter dem Niveau des Jahres 1975. Im letzten Jahr war man da noch optimistischer und hatte für 1983 auf eine Stahlnachfrage in der westlichen Welt von 435 Millionen Tonnen *gehofft; gegenüber den neuen* Schätzungen wären das 41 Millionen Tonnen mehr gewesen.

Alte Nachfragestruktur ist längst zerbrochen

Für 1984 erwartet man für die westliche Welt eine Zunahme der Stahlnachfrage gegenüber den voraussichtlichen Ergebnissen in diesem Jahr. Insgesamt rechnet man hier mit einem Wachstum von etwa sechs Prozent; das entspricht einer Zunahme der Nachfrage um 24 Millionen Tonnen Rohstahlgewicht gegenüber 1983. Das stärkste Wachstum wird in den Industrieländern und hier insbesondere in den Vereinigten Staaten erwartet, während die Aussichten für Europa und Japan wesentlich schlechter beurteilt werden.

Für die Entwicklungsländer, abgesehen von dem einen oder anderen Land im asiatischen Raum, rechnet man weitgehend mit Stagnation. Sollte die Stahlnachfrage in der westlichen Welt im nächsten Jahr tatsächlich wie jetzt erwartet auf 418 Millionen Tonnen Rohstahlgewicht steigen, *so läge dieses Ergebnis* jedoch immer noch um über 14 Prozent oder etwa 70 Millionen Tonnen unter dem Nachfrageniveau des Jahres 1979.

Zusammenfassend muß man sagen, daß zwar eine Verbesserung des Konjunkturklimas eingetreten ist, die jedoch in der ersten Phase des Aufschwungs nur eine geringe Stahlintensität aufweist und daher die Stahlnachfrage nur wenig belebt. Es ist möglich, daß im weiteren Verlauf des Konjunkturaufschwungs auch wieder höhere Zuwachsraten für den Stahlverbrauch verzeichnet werden, und es gibt durchaus Stimmen, die diese Meinung vertreten. Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, *die verstärkt seit der ersten Ölkrise* eingetreten sind, erscheint eine solche Entwicklung jedoch wenig wahrscheinlich.

Das wirtschaftliche Umfeld der Stahlindustrie hat sich seither einschneidend verändert. Die alten Nachfragestrukturen für Stahlerzeugnisse gelten nicht mehr. Die Ursachen hierfür liegen jedoch nicht nur in der Entwicklung der Energiepreise seit 1973, sondern sind auf die technische Entwicklung sowie auf die fortschreitende Verlagerung der Stahlerzeugung in die Entwicklungsländer zurückzuführen. Diese Tendenzen werden auch weiter wirksam bleiben. Eine Rückkehr zu den Wachstumsraten der sechziger Jahre erscheint unwahrscheinlich.

Die Ölpreisschocks der letzten zehn Jahre haben technische Entwicklungen ausgelöst, die selbst in einer Periode ruhiger Ölpreisentwicklung, wie sie vor uns zu liegen scheint, nicht rückgängig gemacht werden dürften. Im Transportwesen beispielsweise wird man fortfahren, leichtere Bauweisen vorzuziehen und schwerere Kohlenstoffstähle entweder durch gewichtssparende niedriglegierte hochfeste Stähle oder Plastikwerkstoffe und andere Materialien zu ersetzen. Wo immer möglich und wirtschaftlich, werden zunehmend gewichtssparende Materialien verwandt.

Die Nachfrage nach den Erzeugnissen *einer Reihe von stahlverbrauchenden* Industrien ist zumindest in den Industrieländern rückläufig und stagniert. Bekanntlich besteht eine enge Verbindung zwischen Investitionstätigkeit und Stahlverbrauch. Aber auch hier stimmen die überlieferten Erfahrungen nicht mehr. Ein wachsender Anteil der Investitionsaufwendungen entfällt heutzutage auf hochentwickelte technische Anlagen, deren Stahlgehalt gering ist; Elektronik, Datenverarbeitung und -übertragung sind hierfür Beispiele. Es ist schwierig, diese Verschiebungen zu quantifizieren. Ein Indiz dafür liefert der Dienstleistungssektor in den Vereinigten Staaten, auf den im vergangenen Jahr 30 Prozent der Gesamtinvestition entfielen; 1975 waren es noch 16 Prozent. Der Dienstleistungssektor investiert jedoch nicht in schwere Industrieausrüstungen, sondern in wenig stahlintensive Anlagen.

Spezifischer Verbrauch weiter auf dem Rückzug

Stahlintensive Investitionen erfolgen im Bergbau, in den Grundstoffindustrien *sowie im Schiffbau usw.* Angesichts der mehr als ausreichenden Kapazität und des verlangsamten Wachstums in diesen Wirtschaftszweigen werden Investitionen hier überwiegend zur Produktivitätssteigerung durchgeführt und nicht zum Ausbau der Kapazitäten. Investitionen zur Verbesserung der Produktivität sind jedoch wenig stahlintensiv. Man wird davon ausgehen müssen, daß diese Situation sich auf Jahre hinaus nicht ändern wird.

Das verlangsamte Wachstum des Bergbaus sowie anderer Grundstoffindustrien kann auch nicht ohne Folgen für den Transportbedarf bleiben und wird zu einem geringeren Investitionsbedarf in Infrastruktur führen, der selbst wiederum stahlintensiv gewesen wäre.

Diese Feststellungen beziehen sich in erster Linie auf die großen Industrieländer. Die technischen Veränderungen wirken sich jedoch auch auf die Entwicklungsländer aus, die Erzeugnisse und Verfahren der achtziger Jahre einsetzen werden und *nicht solche* der *sechziger Jahre.* Auch trifft sie der geringere Rohstoffbedarf der Industrieländer empfindlich, mit allen Konsequenzen für die Stahlnachfrage.

Diese Kette sich beeinflussender und die Stahlnachfrage schwächender Faktoren wird bei der Betrachtung der Folgen des niedrigen spezifischen Stahlverbrauchs ganz deutlich. Nicht nur nimmt die Anzahl neuer Bauvorhaben für Hüttenwerke ab. In der Folge werden auch weniger Eisenerz- und Kohlegruben erschlossen. Damit bleiben die Investitionen in Eisenbahn- und Hafenanlagen, in Schiffe und in die maschinelle Ausrüstung, die auf dem Weg von Grube zu Hüttenwerk nötig geworden wären, ebenfalls auf der Strecke.

Vor diesem Hintergrund haben wir *unsere mittelfristigen Schätzungen* des Stahlverbrauchs in den Jahren 1985 bis 1990, die wir erstmals im letzten Jahr zur Diskussion stellten, auf dem kürzlich in Wien abgehaltenen Jahreskongreß des IISI revidiert. Die Entwicklung auf dem Stahlmarkt hat die erwartete Nachfragezunahme noch nicht gebracht, und diese Verzögerung hat die Nullwachstumstendenzen, die für einige Märkte festzustellen sind, und in manchen Fällen auch eine Marktschrumpfung erwarten lassen, noch weiter verstärkt.

Ich möchte betonen, daß es sich bei den folgenden Zahlen nicht um das Ergebnis offizieller Schätzungen der Mitglieder meines Institutes handelt, sondern um die Ansicht einer Expertengruppe, wie sie *im IISI-Sekretariat* vertreten ist.

Unsere Prognose für die Industrieländer zeigt einen Rückgang des Stahlverbrauchs in den Vereinigten Staaten bis zum Jahr 1985, der sich bis 1990 – wenn auch abgeschwächt – fortsetzt. Die voraussichtliche Entwicklung in den EG-Ländern ist ähnlich enttäuschend, während der Stahlverbrauch in Japan stagniert. Für die Entwicklungsländer haben die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme der letzten Zeit eine Verzögerung des Industrialisierungsprozesses mit sich gebracht, aber wir nehmen an, daß der Stahlverbrauch der Entwicklungsländer in der zweiten *Hälfte* der achtziger Jahre wieder etwas kräftiger ansteigen wird. Insgesamt ergibt sich für die westliche Welt ein Stahlverbrauch von 462 Millionen Tonnen in 1985 und 483 Millionen Tonnen in 1990. Diese Zahlen stellen Trendwerte dar, das heißt, der tatsächliche Stahlverbrauch kann in guten Jahren darüber, in schlechten *Jahren aber darunter liegen.*

Kapazitäts-Abbruch muß weitergehen

Besonders die Möglichkeit eines konjunkturellen Aufschwungs verleitet leicht dazu, Kapazitätsstillegungen zu verschieben oder gar zusätzliche Produktionsmöglichkeiten zu schaffen. Angesichts des erwarteten verlangsamten Wachstums der Stahl*nachfrage* oder *gar einer anhaltenden* Stagnation des Verbrauchs sind Neubau und Ausbau von Stahlkapazitäten außerordentlich fragwürdig geworden, da für eine angemessene Verzinsung der benötigten enormen Investitionsmittel kaum Aussicht besteht. Es wird täglich deutlicher, daß eine Festschreibung der Kapazitäten auf dem gegenwärtigen Niveau nicht genügt. Die endgültige Schließung veralteter, ja sogar der Abbruch moderner Anlagen scheint daher unvermeidlich.

LENHARD J. HOLSCHUH
Generalsekretär des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts (IISI), Brüssel

Sichtbarer Stahlverbrauch

	1977–1981	1985		1990	
	Durchschn.	Trend	Prozent pro Jahr	Trend	Prozent pro Jahr
Nordamerika	140	130	–1,2	127	–0,5
EG (10)	104	100	–0,7	96	–0,8
Japan	72	73	+0,2	73	–
Andere Industrieländer	45	47	+0,7	50	+1,2
Industrieländer insgesamt	361	350	–0,5	346	–0,2
Entwicklungsländer	92	112	+3,3	137	+4,1
Westliche Welt	453	462	+0,3	483	+0,9
Staatshandelsländer	253	263	+0,6	275	+1,0
Welt insgesamt	706	725	+0,4	758	+0,9

Redaktion:
Joachim Gehlhoff, Düsseldorf
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg

ANLAGEN

Ein neues Marketing

Es gibt noch Geschäfte, nur kann man sie nicht mehr mit den alten Methoden machen. Klaus Czempirek, im Vorstand des österreichischen Montankonzerns Vöest-Alpine AG, Linz, für den Bereich Industrieanlagenbau verantwortlich, belegt diese für Großanlagenbauer in der westlichen Welt in allgemeiner Auftragsbaisse durchaus nicht mehr selbstverständliche Bemerkung mit folgender *Erfolgsbilanz:* Erstmals wird der Gesamtbereich (nebst Handel und Personaltraining) 1983 mit einem auf den Gegenwert von 6,5 Milliarden DM reichlich verdoppelten Umsatz der größte Konzernteil der Vöest. Und während der Staatskonzern im europaweiten Gleichklang der Stahlmisere tief in den roten Zahlen steckt, bleibt der Industrieanlagenbau auf der Gewinnseite.

Czempirek führt diesen Erfolg des in nur sechs Jahren aus kleinsten Anfängen zur Weltspitze der Anlagenanbieter vorgestoßenen Vöest-Anlagengeschäfte nicht zuletzt auf eine flexible Politik des gebündelten Leistungsangebots zurück, die in dieser Form noch längst nicht von jedem Anlagenbauer praktiziert wird. Eine „Dreisäulentheorie": Erstens gute *technische Konzeption;* zweitens umfangreiches Dienstleistungsangebot in *Personaltraining* und technischer Assistenz; drittens Vermarktungshilfe, wo der Kunde den Produktabsatz seiner Neuanlage auch auf dem Weltmarkt suchen muß.

Der dritte Punkt ist besonders wichtig geworden. Immerhin hat die dafür gegründete Intertrading GmbH ihren Umsatz, der 1978 erst bei einigen Dutzend Millionen Mark lag, 1983 gegenüber 1982 nochmals auf 2,9 Milliarden Mark reichlich verdreifacht. Der *Anlagenbau selbst (mit* Schwergewichten bei hüttentechnischen und petrochemischen Anlagen) steuerte zum 1983er Umsatz rund 3,5 (2) Milliarden Mark bei, beflügelt von der Häufung einiger Großauftrag-Abrechnungstermine. Gleichwohl blieb der Auftragsbestand mit fünf Milliarden Mark, davon gut 40 Prozent aus Ostblock- und arabischen Ländern, über dem Umsatz. Ein Drittel niedriger als die im Vorjahr erreichte Spitze beleuchtet die Zahl das auch hier mühsam gewordene Geschäft. DW.



STAHLVERWENDUNG / Forschung stellt sich auf Kombinationen ein

Verbund als Konzept der Zukunft

Stahl verwenden – selbstverständlich? Trotz Aluminium, Beton, Holz, Glas, Kunststoff, Kupfer, Pappe, Zink! Und noch länger könnte die Auflistung der Werkstoffe sein, mit denen Stahl im Wettbewerb steht. Aber nicht nur im Wettbewerb – mit vielen dieser Stoffe kooperiert Stahl, ist Stahl einen so selbstverständlichen Verbund eingegangen, daß er oft nicht mehr bewußt zur Kenntnis genommen wird. In seiner Vielfältigkeit der Sorten und Formen kooperiert oder konkurriert Stahl mit anderen Werkstoffen, konkurrieren stahlintensive Bauteile und Bauweisen mit anderen, die wenig oder keinen Stahl benötigen.

Was liegt näher, als die Frage nach den Chancen für die Stahlverwendung im Wettbewerb der Werkstoffe anhand der 9. Internationalen Fachmesse Kunststoff + Kautschuk, der K '83, zu beantworten, die vor wenigen Tagen in Düsseldorf stattfand. Das gesamte Messegelände war ausgebucht, mehr als die Hälfte der Hallenfläche belegten die Kunststoffmaschinenbauer allein, den Rest teilten sich Kunststoffhersteller und Kunststoffverarbeiter je etwa zur Hälfte. Dieses Verhältnis entspricht aber nicht den Produktionswerten für das Jahr 1982 dieser drei Gruppen, die für die Kunststoffherstellung mit 19 Milliarden Mark, für die Kunststoffverarbeiter mit 27,1 Milliarden Mark und für den Kunststoffmaschinenbereich mit 2,9 Milliarden Mark angegeben werden.

Das Kunststoff-Auto bleibt Wunschtraum

Angekündigt waren 200 Weltneuheiten, die auf der Fachmesse aber so leicht nicht auszumachen waren. Dies wohl deshalb, weil es sich in vielen Fällen um Weiterentwicklungen schon bekannter Anwendungen oder Arten der Kunststoffe handelte. Weiterentwicklungen sind weniger spektakulär und oft nur vom Fachmann zu erkennen. So entstand trotz der Fülle der aus Kunststoff gefertigten Produkte, Konstruktionselemente und Fertigteile doch der Eindruck, daß die stürmische Entwicklung der Kunststoffe einen Höhepunkt erreicht und die Phase stetiger Verbesserungen im Detail begonnen hat. So gesehen ist Kunststoff jetzt einer unter vielen anderen Werkstoffen geworden, wobei sich in bestimmten Bereichen Sättigungsgrenzen abzeichnen.

Ein Blick in die Ausstellungshallen machte überaus deutlich: Auch zur Herstellung und Verarbeitung von Kunststoffen wird Stahl benötigt. Die ausgestellten Maschinen zeigten, daß es sich bei ihnen nicht nur um die Anwendung einfacher Grundstähle handelt. Die blanken Oberflächen ließen vielmehr sehr edle Stähle vermuten; aber das sind Herstellungsgeheimnisse. – Stahlintensiv sind also die Maschinen, mit denen die Produkte aus Kunststoff hergestellt werden, die zweifelsohne manche Stahlprodukte am Markt für immer verdrängt haben. Aber nicht nur Produkte aus Stahl.

Die Fortschritte der Kunststofftechnik wurden auf unterschiedliche Weise am publikumswirksamen Objekt Auto dargestellt. So wenig dem Benutzer eines Autos bewußt ist, daß beim PKW schon immer nicht alles aus Stahl hergestellt wurde, so sehr entstand angesichts der gezeigten Ausstellungsstücke der Eindruck, daß beim Automobil nur der Werkstoff Stahl vom Kunststoff verdrängt wird. Wenn dadurch auch der Eindruck entstand, daß demnächst das ganze Auto aus Kunststoff hergestellt würde, so gibt es dagegen die Überzeugung der Fahrzeughersteller, daß sie aus vielerlei guten Gründen auch weiterhin wesentliche Bauteile des PKW aus Stahl machen werden.

Und das auch in Zukunft, wie eine umfassende und weltweite Befragung führender Automobilhersteller kurz vor der K '83 ergab. Es sind nicht nur sicherheitstechnische Überlegungen, die für die weitere Stahlverwendung beim Bau von diesen Fahrzeugen sprechen. Es sind wirtschaftliche Überlegungen, wobei Herstellung, Betriebs- und Reparaturkosten der Fahrzeuge gegeneinander abgewogen werden. Die Fahrzeugbauer honorieren die Entwicklungsarbeiten, die die Stahlindustrie in die anwendungstechnische Forschung investiert hat.

Nur in der Kombination mit Stahl werden Kunststoffe bei der Karosseriefertigung ihre Verwendung finden. Kein Wunder also, daß seitens der chemischen Industrie Lacke entwikkelt wurden, mit denen sich in den Lackierstrecken gleichzeitig Stahloberflächen und Kunststoffoberflächen beschichten lassen.

So wie es Menschen mit unterschiedlicher Veranlagung und verschiedenen Fähigkeiten gibt, so haben verschiedene Werkstoffe unterschiedliche Eigenschaften. Was liegt also näher, als Werkstoffe so miteinander zu kombinieren, daß ihre Eigenschaften sich zum Vorteil der Benutzer kostengünstig ergänzen. Im Falle der Stahl-Kunststoff-Kombination bedeutet dies, dem Stahl die Funktion des Tragens, der Formstabilität, der Festigkeit zuzuweisen, während die Kunststoffe die Oberflächengestalt, die Farbwirkung und den Korrosionsschutz für den Grundstoff Stahl übernehmen. Kunststoffummantelte Drähte und kunststoffbeschichtetes Stahlblech sind Verbundwerkstoffe, die sich seit Jahren bestens bewährt haben. Stellvertretend für viele andere Anwendungen seien die Maschendrahtzäune aus kunststoffummantelten Drähten oder die Hallenverkleidungen aus kunststoffbeschichteten Stahltrapezblechen genannt.

Zu den Stahl-Kunststoff-Verbundwerkstoffen müssen auch die Sandwich-Bauteile gerechnet werden, bei denen zwischen zwei ebene oder profilierte kunststoffbeschichtete Stahlbleche Kunststoffschäume eingebracht werden, die einerseits die gesamte Konstruktion kraftschlüssig stabilisieren, andererseits aber auch für eine gewünschte Wärmedämmung sorgen.

Stahlnadeln als Bewährungselement

Bei den Stahlbeton- und Spannbetonbauweisen werden Bewehrungsmatte und Bewehrungsstab oder Spanndraht verwendet. Das ist heute die selbstverständliche Verwendung von Stahl für tragende oder nichttragende Bauteile aus Beton, die als Bauweise den Massivbauweisen zugeordnet werden. Neu ist die Anwendung von Stahlfasern oder Stahlnadeln als Bewehrungselemente in derartigen Konstruktionen.

Neuerdings gibt es aber auch Versuche, Glasfasern oder andere Fasern in Kunststoffe einzubetten, um zu einem Ersatzwerkstoff für die Stahlbewehrung im Beton zu kommen. Wenngleich auch bei einigen Kunststoffen beachtliche Fortschritte hinsichtlich der Formbeständigkeit bei höheren Temperaturen erreicht wurden, so darf neben dem Gestehungspreis schon aus brandschutztechnischen Gründen die Eignung solcher Faserwerkstoffe für den Betonbau bezweifelt werden.

Im Bauwesen konkurrieren die Beton- und Stahlbetonweise mit der weitaus stahlintensiveren Stahlbauweise. Diese Konkurrenz begegnet uns überall, angefangen vom Brükkenbau bis hin zum Hallenbau. Es gibt aber auch eine Kombination beider Bauweisen, die traditionell als Verbundbauweise bezeichnet wird. Der Grundgedanke der Verbundbauweise ist es, in den beanspruchten Zonen die Druckkräfte möglichst den im allgemeinen kostengünstigeren Betonteilen, die Zugkräfte möglichst den Stahlteilen zuzuweisen. Vorteilhaft angewendet werden die Verbundbauweisen bei bestimmten Mindeststützweiten im Geschoßbau und im Brückenbau.

Comeback für den Stahlkochtopf

Stahl verwenden, das heißt, sich für Stahl zu entscheiden. Es gibt eine Fülle von Produkten, bei denen die Entscheidung für Stahl gar nicht bewußt gefällt werden muß. Viele Handwerkzeuge sind selbstverständlich aus Stahl. Viele Produkte des täglichen Lebens sind aus Stahl, zum Teil aus Stahlsorten, die eines Oberflächenschutzes bedürfen, zum Teil aus nichtrostenden Stählen, die dann auf Grund ihrer Legierungsbestandteile blank bleiben.

Im Bereich der Haushaltswaren beispielsweise ist es aber so, daß entweder allein aus dekorativen Gründen oder aus korrosionsschutztechnischen und dekorativen Gründen farbige Schichten auf Stahl aufgebracht werden. Ein repräsentatives Beispiel ist der emaillierte Stahlkochtopf, der in den letzten Jahren ein echtes Comeback erlebt hat.

Die Wettbewerber im Markt argumentieren vielfach gegen Produkte aus Stahl damit, daß ihre Produkte aus Werkstoffen sind, die leichter als Stahl sind oder nicht rosten können. Dem Käufer bleibt dann überlassen, ob er für die Gewährung dieser Vorteile möglicherweise einen höheren Preis aufwendet. Folgt er dieser Argumentation, so sollte er sich zuvor darüber klar werden, daß beispielsweise durch Verrosten der Rahmen seines Fahrrades trotz mäßiger Pflege wirklich nicht versagt hat oder daß Rost heute auch nicht mehr in der Weise, wie noch vor ein paar Jahren, der Schrecken der Automobilbesitzer ist. Denn viele Forschungsarbeiten sind in die Entwicklung und Verarbeitung der Werkstoffe eingebracht worden, um Stahlblechkarosserien so dauerhaft zu machen, daß sie die Lebensdauer aller anderen Bauteile des Autos ebenfalls erreichen.

Von diesen Erfahrungen werden auch die Industrien profitieren, die für eine hier kaum beschreibbare Fülle von Produkten in Konkurrenz oder in Kooperation mit anderen Werkstoffen Stahl verwenden – wie selbstverständlich.

HANS GLADISCHEFSKI
Geschäftsführer der Beratungsstelle für Stahlverwendung, Düsseldorf



Ein 60-Tonnen-Konverter wird beschickt
FOTO: MANFRED VOLLMER

KLEIDUNG

Sicherheit vom Schaf

Wolle und Stahl – wie geht das zusammen? Das Schlüsselwort heißt „Arbeitsschutzbekleidung". Der Arbeiter auf offener und zugiger Hochofenbühne beim Roheisenabstich („vorne heiß und hinten kalt") mit seinem silbern glänzenden langen Schutzmantel ein gern gefilmtes Bild wie aus der Astronautenwelt, trägt ein aluminisiertes Produkt aus 85 Prozent Schurwolle und 15 Prozent Glasfaser. Ein eindrucksvolles Beispiel für den weiten Anwendungsbereich von Wolle gegen glühende Metallspritzer, Schlackenauswurf und Funkenflug, die in vielen Arbeitsprozessen der Erzeugung und Verarbeitung von Metallen an der Tagesordnung sind. Und die in der Stahlindustrie wie bei den Gießereien zu den häufigsten Ursachen der Unfälle am Arbeitsplatz zählen.

Erst seit kurzer Zeit hat sich das Naturprodukt Schurwolle seinen Platz für den speziellen Anwendungsbereich der Arbeitsschutzbekleidung erobert. Ihre natürlichen Eigenschaften, darunter zumal ihre mäßige „Entflammbarkeit" (unbehandelte Wolle hat mit 590° C bereits eine ungewöhnlich hohe Selbstentzündungstemperatur) boten dafür schon eine gute Basis. Doch ausschlaggebend für den Vormarsch in dieses neue Einsatzgebiet der Schurwolle waren einige neuere Ausrüstungsprozesse für das Naturprodukt. Das gilt besonders für das vom Internationalen Woll-Sekretariat (IWS), der gemeinsamen Marketing-Organisation der Schafwollproduzenten, entwikkelte Zirpro-Flammhemmend-Ausrüstungsverfahren.

Resultat dieser Entwicklung ist eine „veredelte" Naturfaser, die noch schwerer entflammbar ist, zum Unterschied von der Chemiefaser unter Flämmeinwirkung auch keinen Schmelzvorgang aus Eigenenergie in Gang setzt und nach Entfernung der Zündquelle von sich aus auch nicht weiterbrennt. Darüber hinaus zählt das IWS gut ein Dutzend Gründe für den vorteilhaften Einsatz der Schurwolle bei Arbeitsschutzbekleidung auf. Zu den wichtigsten gehören zweifellos die Luftdurchlässigkeit, der Schutz vor Kälte wie vor Hitzestau und die flüssigkeitsabweisenden Eigenschaften. Letztere spielen bei Schutzanzügen aus Schurwolle gegen ätzende oder gesundheitsschädliche Flüssigkeiten in der Chemieindustrie eine große Rolle. DW.

TARIFPOLITIK / Die 35-Stunden-Woche ist Kernpunkt der kommenden Verhandlungen

Vernunft statt Kampfparolen führt zum Kompromiß



Protest alleine rettet keine Arbeitsplätze
FOTO: MANFRED VOLLMER

In der Tarifpolitik dürfen Schlagworte und Kampfparolen nicht die Sachargumentation ersetzen. Mit dieser Feststellung hat F. J. Weisweiler vor vier Jahren an gleicher Stelle eine Schlußfolgerung aus dem Stahlstreik gezogen, der zehn Monate vorher Anfang 1979 zu Ende gegangen war.

Was mein Vorgänger im Vorsitz beim Arbeitgeberverband Eisen und Stahl damals feststellte, gilt unverändert auch heute. Die IG Metall hat sich für die kommende Tarifrunde bei Metall und Stahl propagandistisch in einem bisher nicht gekannten Ausmaß gerüstet. Spätestens durch die Beschlüsse auf dem Gewerkschaftskongreß im Oktober hat sie öffentlich kargemacht: Auch bei der bevorstehenden Tarifrunde über Arbeitszeitverkürzung werden ideologisch beeinflußte Parolen und leider nicht wirtschaftliche Vernunft im Vordergrund gewerkschaftlicher Argumentation stehen.

Kernpunkt der kommenden Tarifrunde ist nicht der Lohn, sondern die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. Dabei geht es nicht um Wohlstandsmehrung für die Arbeitnehmer innerhalb des schon jetzt erkennbaren gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums.

Vielmehr wird eine über den Verteilungsspielraum weit hinausgehende Belastung der Unternehmen mit der Begründung gefordert, daß die Probleme auf dem Arbeitsmarkt erleichtert oder gar gelöst werden sollen. Arbeitsmarktprobleme, die sich nicht nur demographisch, sondern auch und vor allem aus der schwachen Ertragskraft der Unternehmen ergeben haben, sollen gegen die Gesetze des Marktes mit administrativen und weitere Personalkosten verursachenden Methoden gelöst werden.

IG Metall ignoriert wichtige Argumente

Die wichtigen gesamtwirtschaftlichen Argumente, die die Arbeitgeber gegen eine solche „verkehrte Welt" ins Feld führen, werden von der IG Metall nicht zur Kenntnis genommen. Dabei müßte die IG Metall Verständnis dafür haben, daß sich die Unternehmen angesichts des Rückgangs der Umsatzrendite sowie der Eigenkapitalquote in den 70er Jahren heute schwerer denn je zu einer Tarifpolitik verstehen können, die den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsrahmen sprengt.

Die wirtschaftliche Lage der Stahlindustrie und ihre Strukturprobleme sind nicht nur den bei uns Beschäftigten, sondern auch der IG Metall und der gesamten Öffentlichkeit bekannt. Der Arbeitgeberverband hat immer den Standpunkt vertreten, daß diese Probleme zwar mit den Mitteln der Tarifpolitik nicht gelöst werden können, die Branchenlage aber dennoch in den Tarifergebnissen erkennbar sein müsse.

Ein Blick über die Grenzen auf die Kosten der Wettbewerber ergibt ein eindeutiges Bild. Obwohl die tarifliche Arbeitszeit in der Bundesrepublik mit 40 Wochenstunden höher liegt als in Belgien, Frankreich und Großbritannien, ist die tarifliche Jahresarbeitszeit bei uns schon heute niedriger als dort und in allen anderen wichtigen EG-Stahlländern. Die deutschen Arbeitskosten sind hinter USA und Belgien in der Spitzenposition.

In anderen Ländern, beispielsweise in den USA und in Luxemburg, führt die Krise der Stahlindustrie zum Abbau von Nominallöhnen. Bei uns schließt die IG Metall die Stahlindustrie ohne jede Abstriche in ihre Gesamttarifpolitik wie eh und je ein. Diese für die Tarifrunde 1983/84 schon heute erkennbare mangelnde Flexibilität der IG Metall ist sicher auch Ausdruck der Unfähigkeit einer großen Organisation zu entsprechender Berücksichtigung von Branchengesichtspunkten.

Gleichzeitig fordert die IG Metall in München aber auch, die Stahlindustrie in Gemeineigentum zu überführen. Besteht bei der IG Metall die Hoffnung, daß der Staat als „Auffanggesellschaft" den Arbeitnehmern das Schicksal einer zu Bruch gehenden Stahlindustrie abnimmt und damit auch tarifliche Überforderung finanziert?

Die jetzt wiederum geforderte Wochenarbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ist nicht nur die Arbeitszeitverkürzung mit der höchsten Kostenbelastung. Sie wird auch von den Arbeitnehmern am wenigsten gewünscht. Der volle Lohnausgleich bei Einführung der 35-Stunden-Woche muß zu einer Erhöhung der individuellen Stundenlöhne um 14,3 Prozent führen. Bei den Arbeitszeitverkürzungen der 60er Jahre hat die IG Metall diese Berechnung als Basis entsprechender Tarifvereinbarungen anerkannt. Das gewerkschaftliche „Herunterrechnen" der Kostenauswirkung ist ein argumentatives Verwirrspiel.

Nach 1945 war die Lage noch nie so schlecht

Die für 1965 tariflich vereinbarte Einführung der 40-Stunden-Woche wurde auf 1966 verschoben, weil angesichts der wirtschaftlichen Lage der Stahlindustrie die vorgesehene Arbeitszeitverkürzung eine zu große Belastung für die Unternehmen gewesen wäre. Was damals galt, gilt heute erst recht. Der Stahlindustrie ging es nach 1945 nie schlechter als heute.

Wir haben in der Tarifrunde 1978/79 einen Einbruch in die 40-Stunden-Woche trotz des erbitterten Arbeitskampfes abwehren können. Unsere Lage hat sich seither nur verschlechtert. Unsere damalige Begründung für die Ablehnung der 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich gilt heute also erst recht.

Nur Arbeitsplätze in rentablen Betrieben sind sicher. Das setzt voraus: zum einen ausreichende Nachfrage nach Produkten zu auskömmlichen Preisen und zum anderen kostengünstige Herstellung.

In der Stahlindustrie mangelt es aber gegenwärtig vor allem an ausreichender Nachfrage zu auskömmlichen Preisen. Das Rezept der IG Metall, Beschäftigung künstlich zu halten und dabei noch teurer zu machen, läuft deshalb auf eine noch stärkere Gefährdung von Arbeitsplätzen hinaus.

Es ist ein Illusion zu meinen, der Überlebenskampf der Stahlindustrie würde leichter und die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie würden sicherer, wenn die Personalkosten der Unternehmen überproportioanl steigen. So wie die Krise der Stahlindustrie sich nicht mit den Mitteln der Tarifpolitik beseitigen läßt, kann auch die Auswirkung dieser Krise auf die Arbeitsplätze mit tarifpolitischen Mitteln nicht verhindert werden.

Die Stahlindustrie ist in den letzten Tarifrunden trotz ihrer katastrophalen Lage im allgemeinen tariflichen Geleitzug geblieben. Auch nach dem erbitterten Arbeitskampf 1978/79 konnte schließlich ein tragfähiger Kompromiß gefunden werden. Die Verhandlungen im Frühjahr 1984 müssen jedoch zu einem Kompromiß führen, der als Tarifvertrag auch von denen unterschrieben werden kann, die die Verantwortung für das Überleben unserer Branche tragen.

Die IG Metall muß wissen, daß wir schon jetzt die Grenze unserer Leistungsfähigkeit erreicht haben. Vage Erwartungen an Arbeitsmarktauswirkungen tariflicher Kostenbelastungen werden uns zu einem Überschreiten unserer Leistungsgrenze nicht veranlassen können.

Der notwendige Kompromiß verlangt nicht nur unsere Bereitschaft zu verhandeln. Er verlangt insbesondere von unserem Partner, der IG Metall, das Aufgeben von Schlagworten und Kampfparolen und die Rückkehr zu branchenbezogener Sachargumentation über branchenspezifische Lösungen.

KARL-AUGUST ZIMMERMANN

Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie

Wöchentliche Arbeitszeit in der EG-Stahlindustrie

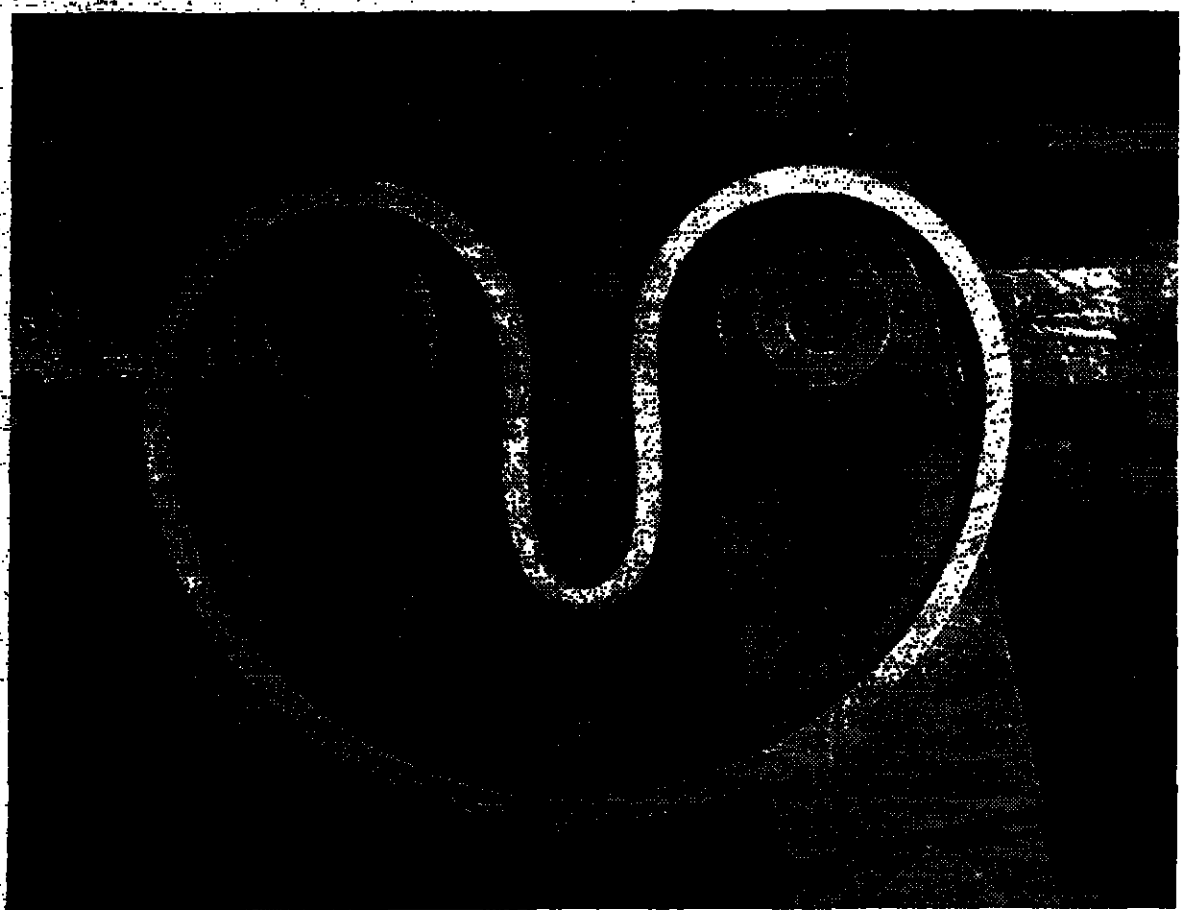
Bundesrepublik Deutschland	40 Stunden
Belgien	37 bis 38 Stunden (je nach Unternehmen)
Frankreich	37,5 bis 40 Stunden (je nach Schichtarbeitsweise)
Großbritannien	39 Stunden
Italien	40 Stunden
Luxemburg	40 Stunden
Niederlande	40 Stunden

Jährliche Normalarbeitszeit in der EG-Stahlindustrie

	Minimum[1]	Maximum[1]	Durchschnitt
Bundesrepublik Deutschland	1 694	1 766	1 726
Belgien	1 720	1 768	1 744
Frankreich			1 793[2]
Großbritannien	1 816	1 816	1 816
Italien	1 776	1 792	1 784
Luxemburg	1 784	1 808	1 799
Niederlande	1 600	1 880	1 838

[1] je nach individuellen Voraussetzungen z. B. Alter
[2] ohne Nachtschichtarbeit

Quelle: AGV Eisen und Stahl / Stand 1. 7. 1983



Hart im Nehmen – Stahlleitungsrohre auf dem Prüfstand FOTO: MANNESMANN

METALLURGIE / Ein Fachmessen-Dreigestirn für alle Kontinente

Innovations-Stau in der Flaute

Der Fall ist symptomatisch. Erstmals pilgert auch ein chinesischer Aussteller in das „Mekka der Metallurgie". Die China Metallurgical Import und Export Corporation, Beijing, wird auf der zweiten Internationalen Fachmesse für Hüttentechnik vertreten sein, die als METEC '84 vom 22. bis zum 28. Juni in Düsseldorf stattfindet. China ist derzeit für die Anlagenbauer der Hütten- und Walzwerkstechnik einer der wenigen noch interessanten und regen Märkte geworden.

Nicht nur diesen Punkt hebt Heinrich Weiss hervor, der Vorstandsvorsitzende des zur Weltspitze gehörenden Walzwerks- und Stranggießanlagenbauers SMS Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf/Hilchenbach, der auch für die METEC '84 zum Präsidenten im zwölfköpfigen Präsidium bestellt wurde. Bedeutsam genug wäre er schon für sich allein. Denn China, das 1949 erst ganze 158 000 Tonnen Rohstahl produzierte, hat 1982 mit seinen 37 Millionen Tonnen erstmals die deutsche Stahlindustrie vom vierten auf den fünften Platz unter allen großen Erzeugungsländern der Welt verdrängt. Signal einer Expansion, die weitergeht. Die vor einigen Jahren von den Anlagenbauern aus aller Welt gebuchten großen China-Aufträge, die dann in einer aufsehenerregenden Aktion erst storniert und dann langsam mit hinausgeschobenen Terminen wiederbelebt wurden, kommen nun offensichtlich Schritt für Schritt in die Realität.

In eine Realität, die sich aber auch in China gewandelt hat. Denn der einheimische Maschinenbau ist dort inzwischen so weit, daß er sich verstärkt auch der Hüttentechnik zuwendet. Lizenz-Kooperationsverträge mit ausländischen Anlagenbauern gehören da beinahe schon zum Alltag. Neu hingegen ist, daß sich nun ein großer Anlagenbauer wie SMS Schloemann-Siemag entschlossen hat, die Angebote für das große Hüttenwerks-Ausbauprojekt Baoshan II gemeinsam mit chinesischen Maschinenbaupartnern zu machen. Gemeinsam will man ein konkurrenzfähiges Angebot gegenüber dem japanischen Wettbewerb zustande bringen. Eine in anderen Weltteilen längst erprobte, in China aber noch von niemandem praktizierte Strategie, die landeseigene Industrie des Auftraggebers nicht nur als Unterlieferanten bei der Auftragsabwicklung zu beschäftigen, sondern auch zum Mitunternehmer in Planung und Projektierung zu befördern. So weit sind die Chinesen nun auch.

Doch eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Analog zum Rückgang der Weltstahlproduktion, in dem sich Konjunkturflaute und Strukturkrise der Erzeuger in den großen alten Industrieregionen Westeuropas und der USA kumulieren, wird die METEC '84 von der Ausstellerzahl her kleiner ausfallen als ihre Vorgängerin von 1979. Voraussichtlich werden es diesmal rund 250 (331) Aussteller aus 19 (21) Ländern sein. Insoweit ein Spiegelbild der Tatsache, daß die Welt-Rohstahlproduktion 1983 um rund 100 Millionen Tonnen hinter ihrem 1979 erreichten Allzeit-Gipfel von knapp 750 Millionen Tonnen zurückbleibt und die meisten der potentiellen Investoren in der Hüttentechnik nur noch kärgliche Investitionsneigung erkennen lassen.

Dennoch ist METEC-Präsident Weiss überzeugt, daß auch diese zweite Düsseldorfer Präsentation internationaler Hüttentechnik ein Erfolg wird. Und das nicht nur, weil es auf der Welt in auch nur halbwegs vergleichbarer Größe keine Konkurrenzveranstaltung gab oder gibt. Wesentlicher ist für den Optimismus des METEC-Präsidenten, daß diesmal mit zwei verwandten Messen (GIFA und thermprocess) zeitgleich auf dem Düsseldorfer Nowea-Messegelände eine Heerschau über den modernsten Stand der gesamten Metalltechnik in einem Fachmessen-Dreigestirn geboten wird. Das kann auch für die METEC das Besucherinteresse nur beflügeln. Zur ersten METEC waren 27 295 Fachbesucher aus 65 Ländern gekommen. Zusätzlich 60 000 Fachbesucher werden für GIFA/thermprocess erwartet, von denen sich ein Teil „übergreifend" auch gleichzeitig über die Hüttentechnik informieren wird.

Die METEC '84 informiert umfassend über Gesamt- und Einzelanlagen, Maschinen, Komponenten Betriebsbedarf und Know-how für die Erzeugung und Umformung von Eisen und Stahl, Leicht- und Buntmetallen, Edel- und Sondermetallen sowie Legierungen. Die „thermprocess '84", gleichfalls die international größte Fachmesse ihrer Art, zeigt als Ausstellung für Industrieöfen und wärmetechnische Produktionsverfahren zugleich Problemlösungen im weiten Feld der Energieeinsparung und der Umweltverträglichkeit. Die GIFA '84 schließlich, auch sie auf ihrem Gebiet die weltgrößte Fachmesse, deckt den weiten Spannungsbogen von Gießereianlagen für alle Metalle über die Roh- und Hilfsstoffe bis zum Technologie-Transfer.

Alle drei gebündelten Fachmessen zusammen lassen eine Ausstellerzahl von 890 erwarten. Ergänzt wird ihr Informationsangebot durch Fachkongresse auf allen drei Gebieten, Ausstellerseminare, Exkursionen zu Hüttenwerken in Deutschland und Belgien. Und nicht zuletzt durch den 2. Internationalen Walzwerkskongreß, der ebenso wie sein Vorgänger (1980 in Tokio) weltweit große Resonanz in der Fachwelt finden dürfte.

Die hüttentechnischen Anlagenbauer sehen in der so und umfassend komplettierten METEC-Veranstaltung von 1984 nicht zuletzt die Chance, in ihrem immer mehr mit Kunden aus weit entfernten Ländern ablaufenden Geschäft „die Kunden zu uns herzuholen, statt ständig alle diese Länder nach den rarer gewordenen Aufträgen abzuklappern", wie Weiss formuliert. Die Chance haben sie auch bitter nötig. Die Investitionslethargie der Stahlindustrie ist weitverbreitet. Zum Aufzählen der noch realistischen großen Hüttenwerksneubauten (in Indien, Südkorea und China) sind schon die Finger einer Hand zuviel.

Der große Markt Lateinamerikas, bis vor wenigen Jahren zumal für die deutschen Anlagenbauer ein Raum mit konstant beträchtlichem Auftragsvolumen, ist in Devisennöten erstickt. Opec-Länder leisten sich infolge gesunkener Öleinnahmen keine neuen „Prestige-Stahlwerke" für ihren verlangsamten Industrialisierungsprozeß. Schwellen- und Entwicklungsländer leiden überall an Kapital- und Devisenklemme und müssen selbst jene hüttentechnischen Investitionen auf die lange Bank schieben, mit denen ihr nationaler Massenstahlbedarf zugunsten der Devisenkasse von Importen abgekoppelt werden könnte.

Flau ist auch der für Anlagenbauer der westlichen Welt große Ostblock-Markt geworden. Hier allerdings mit der Hoffnung, daß sich die Nachfrage in der Sowjetunion (die produziert inzwischen sogar doppelt soviel Stahl wie die noch 1974 ebenso tonnenreichen USA) nach dem Auslaufen des alten Fünfjahresplanes wiederbelebt. In den alten Industrieregionen Westeuropa und USA schließlich, wo die Stahlkapazitäten nur zur Hälfte ausgelastet sind, herrscht weithin Attentismus auch für Modernisierungsinvestitionen. Er wird sich allerdings wohl auflösen, wenn Anfang 1984 bei der dann für zwei Jahre anvisierten Verlängerung des EG-Krisenmanagements klarer als heute ist, welche überflüssig gewordenen Hüttenwerksanlagen verschrottet werden.

Was da in der Alten Welt als Investitionsstau der Aktivierung harrt, umschreibt auch ein anderer großer Anlagenbauer mit selbstbewußten Tönen. Krupp-Vorstandsvorsitzender Wilhelm Scheider in dem neuen Informationsdienst European Economics Editor: „Positive Wirtschaftsnachrichten aus Europa sind selten geworden. Darüber ist bei vielen in Vergessenheit geraten, daß Europa nach wie vor der wirtschaftlich stärkste Kontinent und vor allem der größte Absatzmarkt für die deutsche Exportindustrie ist. In Europa werden – verglichen mit den USA oder Japan – die meisten Autos gebaut, der meiste Stahl erzeugt und die meisten Maschinen verkauft."

Die Anlagenbauer in der Hüttentechnik erwarten die fällige Erlösung aus der Flaute nicht nur in Europa mit Schwergewicht aus dem Detailgeschäft der Modernisierungsinvestitionen. Nach dem Motto „Evolution statt Revolution" bieten sie da auf ihrer Fachmesse METEC '84 eine Fülle technischer Neuerungen aus dem letzten halben Jahrzehnt seit der METEC '79. Die Palette reicht da zum Beispiel von neuen, energiesparenden Verfahren der Elektrostahlerzeugung (vor allem bei Klöckner) über Fortschritte in der Stranggießtechnik (weiterhin die schnell rentierende „Trauminvestition") bis zur Komplettierung der Prozeßrechnertechniken. Ohne letztere sind kostenoptimale Walzwerke, ob bei Stahl oder NE-Metallen, die ihr Produkt mit Geschwindigkeiten bis zu 360 km/h ausstoßen, überhaupt nicht mehr denkbar.

JOACHIM GEHLHOFF

Wo Experten noch lernen können

Es gebe heute bereits Walzwerke und Produktionsverfahren, bei denen die Qualitätskontrolle des Produkts zwischen 30 und 50 Prozent der gesamten Herstellkosten ausmacht. Da haben, beispielsweise in der Kostenoptimierung an der Adjustage, auch die Produzenten aus den Industrienationen noch einen großen Aufholbedarf zum Anschluß an den aktuellen Stand der obendrein rasch voranschreitenden Verfahrenstechnik – „und das um so mehr, je anspruchsvoller ihr Produkt ist".

So sagt es Mannesmann-Vorstandsvorsitzender Franz Josef Weisweiler als Präsident des 2. Internationalen Walzwerkskongresses, der zur Bereicherung der METEC '84 vom 25. bis zum 27. Juni auf dem Düsseldorfer Messegelände stattfindet. Ein Kongreß mit 65 Referenten aus 20 Ländern, der als METEC-Höhepunkt für die internationale Fachwelt konzipiert ist. Ebenso wie sein Vorgänger (1980 in Tokio) hat er, am damaligen Erfolg orientiert, einen Schwerpunkt. Diesmal das „Warmwalzen von Profilen".

Für die METEC- und Kongreßveranstalter ist das ein willkommener Anlaß, aus dem eigenen Kongreßangebot zur METEC '79 etwas Besseres in die Tat umzusetzen. Damals hat man versucht, mit einem Kongreß die Verfahrenswege der gesamten Hüttentechnik in knapp drei Tagen darzustellen. Ein notwendigerweise bei allzu vielen Themen zu sehr an der Oberfläche bleibendes Unterfangen. Trotz der sehr guten Besucherresonanz wird nun mit Schwerpunktbildung der neue Weg beschritten.

Der Schwerpunkt ist nicht alles. Auch dieser Kongreß wird durch einen Einführungsvortrag eingerahmt, in dem über den neuesten Stand der gesamten Metallurgie berichtet wird, und nach dem „Walzwerksteil" werden Vorträge über die Bearbeitung von NE-Metallen geboten. Aber das „Warmwalzen von Profilen", vom Stranggußmaterial über neuzeitliche Adjustagen und Prüfverfahren bis zur Energieeinsparung, ist nun das Herzstück dieses METEC-Kongresses.

„Hier soll auch der Spezialist nach Kongreßbesuch sagen können, daß er auf seinem Fachgebiet noch dazugelernt hat", postuliert Weisweiler das Kongreßziel. Geboten werden mit solchem Schwerpunkt-Angebot die jeweils jüngsten Entwicklungen eines Ausschnitts der Walzwerkstechnik, die in den Indstrieländern geboren wurden. Auch das bringt einen engen Zusammenhang mit dem METEC-Ausstellerangebot. Interessenten aus den Schwellen- und Entwicklungsländern präsentiert man mit „ausstellerneutralen" Fachvorträgen die notwendige Zusatzinformation zur Bewertung der Exponate. In solchem „Know-how-Transfer" sieht man zu Recht die beste Chance, das Messeangebot zum Erfolg bei potentiellen Investoren zu machen. J. G.

USA / Überkapazitäten und hohe Kosten beschleunigen den Anpassungsprozeß

Alle im Startloch zu Großfusionen

Am Rande der traditionellen Herbsttagung des amerikanischen Wirtschaftsrates in Hot Springs, hat der Vorstandsvorsitzende der United States Steel Corporation, David M. Roderick, eine Bombe gezündet, deren Explosion allen Stahlmanagern noch laut in den Ohren dröhnt. Er sagte voraus, daß sich die Zahl der acht größten integrierten Stahlkonzerne in den USA in den kommenden zwei Jahren auf „drei bis vier" verringern wird.

Roderick, ein kühl rechnender Finanzmann, hat den Pessimismus vielleicht ein wenig zu weit getrieben – vermutlich, um die Krisenstimmung nach Washington zu tragen und, wie es in den Chefetagen anderer Stahlfirmen heißt, Ausnahmen von den strengen Antitrust-Vorschriften zu erreichen. Aber einig ist man sich darin, daß sich in Amerika die Schlankheitskur im Stahlsektor durch Fusionen, Aufkäufe und Stillegungen fortsetzen wird.

In der Branche gilt die Faustregel, daß sich der Abbau der Kapazitäten seit 1978 um rund zehn Prozent bis 1988 noch einmal wiederholen wird. In ihrem neuen Buch: „Steel – Upheaval in a basic Industry", das in den USA Furore machte, prohphezeiten die anerkannten Stahlanalysten Donald F. Barnett und Louis Schorsch längerfristig jedoch eine noch steilere Talfahrt:

Verglichen mit 1980 sinkt die Rohstahlproduktion bis zum Jahre 2000 um 12,3 Prozent auf 91,4 Millionen Tonnen, die Gesamtkapazität um 27 Prozent auf 101,5 Millionen Tonnen. Im integrierten Bereich lauten die Endzahlen 61,1 und 68 Millionen Tonnen (minus 33,3 und 45,4 Prozent), für die an Bedeutung zunehmenden Mini-Stahlwerke 30,2 und 33,6 Millionen Tonnen (plus 140 und 133 Prozent).

Anlagen auf der Kippe

In der gleichen Zeitspanne steigt in den USA der Stahlverbrauch um 15,7 Prozent auf 105,3 Millionen Tonnen. Gedeckt wird er zu zwei Drittel durch amerikanischen Stahl (79 Millionen Tonnen plus 5,8 Prozent) und zu einem Drittel durch Importe (26,4 Millionen plus 62 Prozent). Schorsch zur WELT: „Die Prognose basiert auf der Annahme, daß die Umstrukturierung in der amerikanischen Stahlindustrie erfolgreich verläuft. Wenn nicht, müssen alle US-Zahlen nach unten revidiert werden."

Der Schrumpfungsprozeß in der amerikanischen Stahlbranche hat eigentlich schon 1968 begonnen, als Wheeling und Pittsburgh fusionierten. Es folgten 1971 Nationale und Granite City und 1978 Jones & Laughlin und Youngstown Sheet & Tube. Nach einem offiziellen Industriepapier haben die Unternehmen – heute erzeugen in den USA 93 Firmen Rohstahl – außerdem von 1974 bis Juni 1982 199 Werke und Betriebsanlagen geschlossen. Auf U. S. Steel, vor 82 Jahren von Andrew Carnegie gegründet und seitdem Marktführer, entfielen allein 92 Anlagen, auf Bethlehem 39, auf Jones & Laughlin 34, auf Kaiser Steel 14, auf Republic zwölf sowie auf Inland und National jeweils zwei.

Hinzu gekommen sind inzwischen oder stehen auf der Kippe weitere zehn Anlagen. Jeweils drei gehören Republic und Kaiser Steel, die in diesen Tagen von einer privaten Finanzgruppe übernommen worden ist. Seit 1979 Pleite gemacht haben Alan-Wood Steel, Wisconsin Steel und McLough. Penn-Dixie und Washburn Wire werden im Rahmen des amerikanischen Konkursrechtes neu organisiert.

In den Stahkontoren zwischen Cleveland und Houston sinnt man darüber nach, welche Konzerne nach Rodericks delphischem Urteil wohl auf der Strecke bleiben werden. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, die großen „Zehn" etwas genauer abzuklopfen (Geschäftsjahr 1982):

1. US. Steel: Umsatz 18,4 Milliarden Dollar; Verlust 361 Millionen Dollar; Aktiva 19,4 Milliarden Dollar; 120 000 Beschäftigte.
2. Bethlehem Steel: Usatz 5,3 Milliarden Dollar, Verlust 1,5 Milliarden Dollar; Aktiva 4,6 Milliarden Dollar; 66 900 Beschäftigte.
3. Jones & Laughlin; Betriebsverlust 299 Millionen Dollar; 30 000 Beschäftige. Muttergesellschaft LTV Corp.: Umsatz 5,2 Milliarden Dollar; Verlust 155 Millionen Dollar; Aktiva 4,0 Milliarden Dollar; 33 000 Beschäftigte.
4. Republic Steel: Umsatz 2,7 Milliarden Dollar; Verlust 239 Millionen Dollar; Aktiva 3,0 Milliarden Dollar; 34 850 Beschäftigte.
5. Inland Steel: Umsatz 2,9 Milliarden Dollar; Verlust 119 Millionen Dollar; Aktiva 2,6 Milliarden Dollar; 31 000 Beschäftigte.
6. Armco: Umsatz 5,4 Milliarden Dollar; Verlust 345 Millionen Dollar; Aktiva: 4,2 Milliarden Dollar; 52 000 Beschäftigte.
7. National Steel: Umsatz 3,0 Milliarden Dollar; Verlust 463 Millionen Dollar; Aktiva 2,6 Milliarden Dollar; 26 850 Beschäftigte.
8. Rouge Steel: Muttergesellschaft Ford Motor Co.: Umsatz 37,1 Milliarden Dollar; Verlust 658 Millionen Dollar; Aktiva 22,0 Milliarden Dollar; 379 000 Beschäftigte.
9. Wheeling Pittsburgh: Umsatz 755 Millionen Dollar; Verlust 59 Millionen Dollar; Aktiva 1,2 Milliarden Dollar; 8000 Beschäftigte.
10. Nucor: 468 Millionen Dollar; Nettogewinn 22 Millionen Dollar; Aktiva 372 Millionen Dollar; 3600 Beschäftigte.

Obwohl die Aktionäre und die Antitrust-Abteilung des Justizministeriums in Washington noch zustimmen müssen, ist die Ehe zwischen Jones & Laughlin und Republic praktisch perfekt. Firmieren wird der dann zweitgrößte US-Stahlkonzern unter dem Namen LTV Steel Corp. mit Hauptsitz in Cleveland. Die Produktionsbasis – hauptsächlich Röhren, Bleche und Edelstahl – wird von Experten als „stark" bezeichnet.

Die übrigen Fusionskandidaten sind schwerer auszumachen. In der schwierigsten Lage befinden sich U. S. Steel, die noch zu viele veraltete Werke und Anlagen besitzt. Der Konzern hat kräftig diversifiziert, der „Mix" besteht heute zu 50 Prozent aus Öl und Erdgas, zu 33 (1978: 74) Prozent aus Stahl und zu 17 Prozent aus Chemie-, Rohstoff-, Transport- und anderen Töchtern. Zwecks Arrondierung will Roderick sich jedoch eher als Aufkäufer betätigen. Das muß sich bei dem riesigen Schuldenberg aber erst noch erweisen; bei jeder verkauften Tonne Stahl verliert U. S. Steel 92 Dollar.

Bethlehem und Inland Steel haben sich das Etikett „Gesundgeschrumpft" bereits weitgehend verdient; sie setzen auf größere Spezialisierung und Qualität. Mucor führt die Liste der zwei Dutzend amerikanischen Mini-Stahlwerke an, die mit Elektroöfen auf Schrottbasis wirtschaftlich arbeiten. Wackelig mit hohem Kapitalbedarf sind Rouge Steel und Wheeling Pittsburgh. Für möglich wird gehalten, daß Armco und National, ebenfalls stark diversifiziert, sich eines Tages völlig aus dem Stahlgeschäft zurückziehen.

Wie Roderick schließen auch andere Fachleute spektakuläre horizontale Zusammenschlüsse und Pleiten nicht aus: In der Hauptsache wird sich aber nach ihrer Ansicht die Abmagerungskur wie bisher vollziehen: durch die Stillegung sogenannter Grenzbetriebe in einzelnen Unternehmen. Dadurch wird sich die Zahl der amerikanischen Stahlarbeiter in den nächsten 17 Jahren auf etwa 185 000 (1980: 396 300) verkleinern.

Der Zwang zum Schrumpfen ist unvermeidbar, nachdem die US-Stahlindustrie ihren technologischen Vorsprung der 60er Jahre verloren und den Abstand zu Japan und zum Beispiel Deutschland durch oligopolitisches Marktverhalten, zu hohe Gewinnausschüttungen und falsche Investitionsstrategien noch vergrößert hat. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden nur 30,3 Prozent des US-Rohstahls im Stranggußverfahren und immer noch 6,9 Prozent in Siemens-Martinöfen hergestellt (in Japan und Europa sind letztere seit langem demontiert; auf Strangguß entfallen 86 und 61 Prozent).

Nach Kalkulationen des Amerikanischen Eisen- und Stahlverbandes muß der Industriezweig in den kommenden zehn Jahren 60 Milliarden Dollar zu Preisen von 19[illegible] investieren, um wieder Anschluß an die Weltspitze zu finden. Völlig offen ist, wo nach den Verlusten die Mittel herkommen sollen – selbst in den besseren 70er Jahren war die Umsatzrendite mit 6,8 Prozent nur halb so groß wie beim Durchschnitt der gesamten US-Weiterverarbeitung. Die Bilanzen lassen sich nur reaprieren, wenn die Arbeitskosten – 22,51 Dollar je Stunden im Juni, verglichen mit [illegible] Dollar im Vorjahresmonat – weiter gekürzt und andere Belastungen wie unwirtschaftliche eigene Rohstoffbasen und Produktionsstätten gekappt werden. Eine wachsende Bedrohung sind die Ministahlwerke.

Wünsche der Branche

In dieser Situation hat Verbandspräsident Roderick ein umfangreiches Hilfspapier („Unsere Probleme sind ernst, aber lösbar") an Präsident Reagan geschickt, der im August eine Sonderkommission, bestehend aus Vertretern der Administration, der Stahlindustrie und der Gewerkschaft, einsetzte. Die Wünsche der Branche lassen sich auf diesen Nenner bringen:

1. Generell erlaubt werden Fusionen und Joint Ventures – Halbzeug kann sowohl im In- als auch im Ausland zur Weiterverarbeitung angekauft werden; ermöglicht werden gemeinsame Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

2. Strengere Anwendung der US-Handelsgesetze bei Preisdumping und staatliche Exportsubventionierung. Festlegung von Einfuhrquoten für Länder der Dritten Welt – hauptsächlich Südkorea, Brasilien, Mexiko, Venezuela, Argentinien und Südafrika –, die als Lieferanten Japan und Westeuropa inzwischen überrundet haben. Als Vorbild dient die EG-Absprache. Diese Maßnahme zielt auch auf einen Ausgleich der Niedriglöhne.

Aber wie es aussieht, kann die US-Stahlindustrie nur mit einer Lockerung der Antitrustgesetze zu Hause rechnen. Nicht beschränken will die Administration zur Zeit die Stahllieferungen der Entwicklungsländer. Davor warnen die Großbanken mit dem Argument, dann würden die Schulden überhaupt nicht mehr bezahlt. Hier hat offensichtlich die Lösung der internationalen Finanzkrise Vorrang.

HORST A. SIEBERT

Die Stahlindustrie der Vereinigten Staaten in Zahlen

Jahr	Umsatz (Mill. US-$)	Nettogewinn (Mill. US-$)	Umsatzrendite (%)	Beschäftigung	Investitionen	Rohstahlproduktion (Mill. Tonnen)	Ablieferung Fertigprodukte (Mill. Tonnen)
1973	28 495	1 272	4,5	509 000	1 400	135,7	100,3
1974	37 745	2 475	6,6	512 000	2 115	131,1	98,6
1975	33 144	1 595	4,8	457 000	3 179	104,9	72,0
1976	36 093	1 337	3,7	454 000	3 253	115,2	80,5
1977	39 400	22	0,06	452 000	2 850	112,8	82,0
1978	49 033	1 277	2,6	449 000	2 595	123,3	88,1
1979	55 140	1 154	2,1	453 000	3 312	122,7	90,1
1980	52 829	1 735	3,3	399 000	3 390	100,6	75,5
1981	60 173	2 601	4,3	391 000	3 365	108,7	79,7
1982	52 323	–3 197	–6,1	289 000	4 219	67,1	45,5
1. Halbj. 1983	23 039	–1 284	–5,6	246 000	–	29,9	22,3

Kapazitätsauslastung 1980: 80, Januar–September 1983: durchschnittlich 54,4 Prozent
Gesamtrohstahlkapazität 136,4 (1981: 138,9) Millionen Tonnen
1973 erzeugten die USA 19,6 Prozent des Weltrohstahls, 1982 waren es 10,5 Prozent
Quelle: American Iron and Steel Institute, Washington

FRANKREICH / Die Konzentration ist auch für die Privatunternehmen noch nicht beendet

Der staatliche Einfluß verstärkt sich weiter

Der Konzentrationsprozeß in der französischen Eisen- und Stahlindustrie macht weitere Fortschritte. Gleichzeitig verstärkt sich der staatliche Einfluß auf diese Industrie. Nach der Nationalisierung ihrer beiden größten Konzerne Sacilor und Usinor übernehmen diese zwei Drittel der Siderurgie von Creusot-Loire, dem drittgrößten (noch privaten) Stahlproduzenten des Landes. Es handelt sich um die Werke Ondaine, Pamiers und Saint-Chely sowie um die Tochtergesellschaft Imphy, die zusammen einen Umsatz von 2,5 Milliarden Francs erzielen und 6700 Personen beschäftigen.

Die zur Schneider-Gruppe gehörende Creusot-Loire, die vor allem als Turbinenproduzent und im Eisenbahnbau Weltgeltung besitzt, entledigt sich damit ihrer Hauptverlustquelle. Dafür muß sie allerdings ihre sehr rentable Beteiligung an dem Atomkraftwerksbauer Framtome von 70 auf 50 Prozent zugunsten des staatlichen Atomenergiekommissariats (Cea) reduzieren, das so ebenfalls auf 50 Prozent kommt. Auch behält Creusot-Loire im Stahlsektor das Hütten- und Schmiedewerk in Creusot sowie die Stahlblecherzeugung der TFCM (Creusot und Chateux Neuf) mit zusammen 1,4 Mrd. Francs Umsatz und 2600 Beschäftigten. Auch die amerikanische Filiale Phoenix Steel muß vorläufig weitergeschleppt werden.

Bereits 1981 hatte Creusot-Loire Teile ihres Stahlsektors abgestoßen, insbesondere die Ste. Metallurgique de Normandie. Bei konsolidierten Verlusten von 700 Millionen Francs in den Jahren 1980 bis 1982 erreichten die im Stahlsektor zurechenbaren Verluste 1,7 Milliarden Francs, und in dem gleichen Zeitraum wurden von 2,85 Milliarden Francs Finanzbedarf 2,3 Milliarden Francs von diesem Sektor absorbiert. Nach der jetzt beschlossenen Restrukturierung schrumpft Creusot-Loire (ohne Framatome) auf eine Umsatzgröße von 11,5 Milliarden Francs und 15 500 Beschäftigte.

Über die Aufteilung ihrer „Beute" sind sich die beiden staatlichen Stahlkonzerne noch nicht ganz einig geworden. Doch nimmt man an, daß Usinor den größeren Teil erhält, womit sie ihren Rückstand gegenüber Sacilor vermindern könnte. Durch die Übernahme von Ugine Aciers, Safeg und SMN hatte sich der Salicor-Umsatz 1982 auf 28 (i. V. 17,5) Milliarden Francs vergrößert, und die Belegschaft des Konzerns war auf 65 000 (38 000) Personen angeschwollen.

Im Stahlbereich allein setzte Sacilor 1982 rund 23 Milliarden Francs um gegenüber 18,4 Milliarden Francs bei Usinor. In der Rohstahlproduktion war der Abstand mit 8,91 zu 8,77 Millionen Tonnen geringer. Die gesamte französische Stahlerzeugung erreichte 18,4 Millionen Tonnen. Selbst wenn der Kaufpreis verhältnismäßig niedrig ist (nähere Angaben darüber wurden bisher nicht gemacht), so bedeutet die Übernahme der Defizitunternehmen für die beiden Stahlkonzerne zunächst eine Belastung. Ohnehin erwartet Usinor für 1983 Verluste von vier Milliarden Francs nach 4,99 Milliarden Francs 1982 und Sacilor von 3,7 nach 3,68 Milliarden Francs. Von dem Ziel des 1982 von der französischen Regierung beschlossenen letzten Stahlsanierungsplans, wonach bis 1986 die laufende Rechnung von Usinor und Sacilor voll ausgeglichen sein soll, ist man jedenfalls noch weit entfernt.

Dabei sieht dieser Plan staatliche Hilfen vor, die alles in allem vom Spitzenverband der französischen Stahlindustrie auf jährlich rund zehn Milliarden Francs veranschlagt werden. Davon entfallen in diesem Jahr 6,45 Milliarden Francs auf Kapitaldodationen an Usinor und Sacilor, die der Staat in seiner Eigenschaft als Allein-Aktionär dieser Gesellschaften aufbringt. Der Rest verteilt sich auf die Amortisierung früherer Anleihen durch die Staatskasse, auf Beihilfen für die Sozialpläne (Abfindungsprämien, Rentenausgleich für vorzeitige Pensionierungen) und auf Zinssubventionen für neue langfristige Investitionskredite. Nicht berücksichtigt sind die allen Branchen zustehenden Subventionen insbesondere für Exportkredite.

Aber die Konzentration der französischen Stahlindustrie ist damit wohl noch nicht beendet. So erklärte kürzlich Usinor-Präsident Reymond Levy, daß er sich ein „Yalta" mit Sacilor ähnlich dem zwischen den beiden anderen verstaatlichten Industriekonzernen Thomson und CGE durchaus vorstellen könne. Dies deutet auf einen Beteiligungsaustausch hin. Eine verstärkte Zusammenarbeit und Koordination wird von Levy aber auch zur Verhinderung von Doppelinvestitionen und eines unnötigen Wettbewerbs für wünschenswert gehalten. Zwei staatliche Unternehmen sollten sich nicht übermäßige Konkurrenz machen. Sacilor-Präsident Claude Dolle hat diese „Avancen" bisher ziemlich kühl aufgenommen.

Industrieminister Laurent Fabius selbst bezeichnete dieser Tage vor der Nationalversammlung eine „Fusion" der beiden Gruppen als nicht wünschenswert. Jedoch sprach er sich für eine Koordinierung ihrer Aktivitäten aus, insbesondere in der Forschung und bei der Eroberung neuer Auslandsmärkte.

Tatsächlich hat eine vom Stahlverband durchgeführte Untersuchung ergeben, daß Usinor und Sacilor zusammen 25 Prozent weniger Inlandsaufträge verbuchen würden, wenn sie fusionieren sollten. So viele Kunden würden auf zwei nationalen Konkurrenten bestehen, – andernfalls sich an ausländische Lieferanten wenden. Aber das letzte Wort scheint hier noch nicht gesprochen zu sein. Viel hängt von der Konzentrationsentwicklung in der deutschen Stahlindustrie ab, gegenüber der man nicht in Rückstand geraten will.

Zunächst einmal müssen sich die beiden Konzerne der weiter verschlechterten Stahlkonjunktur anpassen. Die von ihnen vor einem Jahr aufgestellten Produktionspläne bedürfen einer kräftigen Revision nach unten, obwohl die EG-Kommission Mitte dieses Jahres die französische Quote um 615 000 Jahrestonnen aufgestockt hat. Auf welche Bezugsgröße sich dieses Sonderkontingent bezieht, ist noch nicht entschieden. Jedenfalls ist das in dem Stahlplan der Regierung für 1985 aufgestellte Produktionsziel von 25 Millionen Tonnen Rohstahl nicht zu erreichen. Nach 18,40 Millionen Tonnen 1982 wird die Produktion in diesen Jahr zwischen 16,8 und 17 Millionen Tonnen liegen. Für 1984 veranschlagt man sie zur Zeit auf 16,5 Millionen Tonnen.

JOACHIM SCHAUFUSS

FÜHRUNGSQUALITÄT / Dem Nachwuchs wird mit Schulung auf die Sprünge geholfen

Gute Jung-Manager sind noch Mangelware

Zugegeben: Die deutsche Stahlindustrie ist seit einigen Jahren eines der Sorgenkinder unserer Wirtschaft. Meldungen über den Abbau von Beschäftigten enthalten meist vierstellige Ziffern. Frühpensionierungen sind nicht mehr die Ausnahme. Ein Rentenalter von 55 hätte man vor Jahren noch als Hörfehler abgetan. In einem scheinbar krassen Gegensatz dazu stehen die Anstrengungen der deutschen Stahlunternehmen um einen qualifizierten Nachwuchs und eine ständige Weiterqualifizierung der Fach- und Führungsmannschaft.

Die Notwendigkeit hierfür ist auch aus der Statistik zu erkennen. Während seit 1964 die Zahl der Ingenieure mit rund 7000 absolut konstant geblieben ist, ist sie im Vergleich zur Gesamtbeschäftigtenzahl sogar angestiegen, und zwar in zwanzig Jahren von 1,8 auf 3,2 Prozent. Rationalisierung heißt also nicht gleichzeitig Verringerung der Zahl von Fach- und Führungskräften. Der in den kommenden Jahren zu erwartende natürliche Abgang aufgrund einer von der übrigen Industrie abweichenden Altersstruktur bedeutet deshalb keineswegs eine wünschenswerte Personalschrumpfung, sondern die Notwendigkeit konsequenter Ersatzbeschaffung.

Die Chancen der deutschen Stahlindustrie im internationalen Wettbewerb liegen letztlich in der Entwicklung neuer technischer Verfahren und in der Verbesserung der Qualität der Produkte. Beides gelingt nur, wenn Wissen und Information der in der Forschung, Entwicklung und Betrieb Tätigen auf dem neuesten Stand bleiben.

Untersuchungen des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute haben gezeigt, daß Führungskräfte aus verschiedenen Gründen im Verlauf ihrer Berufskarriere zunehmend ihr Fachwissen erneuern und durch außer- und überfachliches Wissen ergänzen müssen, und zwar in einem Maße, wie man es bis dahin nicht für möglich gehalten hat. Die Graphik zeigt, wie sich für Ingenieure prozentual mit Aufstieg vom Assistenten und Betriebsleiter (6) zum Werksleiter und Vorstand (1) der Anteil des erforderlichen Wissens verändert. Dies gilt qualitativ für die damit verbundenen Kenntnisinhalte, also zum Beispiel Kostenrechnung und Unternehmensorganisation auf der wirtschaftswissenschaftlichen und Elektronik und Werkstoffprüfung auf der technischen Seite.

Führungskräfte der Industrie sind von Ausbildung und Studium her auf ein Fachgebiet ausgerichtet. Das gilt für Absolventen technisch-naturwissenschaftlicher Ausbildungsgänge (zum Beispiel Diplom-Ingenieure) ebenso wie für Kaufleute und Juristen. Trotz des Schwergewichts der jeweiligen Fachausbildung läßt das Studium eine gewisse Breite beruflicher Tätigkeit zu. Erst der betriebliche Werdegang verlangt eine zunehmende Spezialisierung für bestimmte Funktionen und damit eine Einengung des Erwerbs weiterer Fachkenntnisse und Erfahrungen.

Die erwähnte Untersuchung hat durch Selbstbeobachtung am Arbeitsplatz und korrespondierende Befragung die jeweils anfallenden Aufgaben und die dafür erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie die vom Betriebsbereich und der hierarchischen Ebene abhängige Kenntnisbeanspruchung ermittelt. Diese Feststellungen wurden Grundlage für die Weiterbildungsaktivitäten des VDEh, die gleichsam auf den Punkt genau dem Bedarf entsprechen. Dabei geht man auch neue Wege.

Kaufleute lernen Produkt-Gefühl

In einem dreiwöchigen Aufbaustudium für Führungskräfte wurden zum Beispiel in diesem Jahr erstmals konsequent und systematisch technischen und nichttechnischen Führungskräften überfachliches und fachliches Wissen vermittelt. Nicht neu war dabei die Wissensvermittlung für Ingenieure auf wirtschaftswissenschaftlichen Gebieten. Neu hingegen war die Wissensvermittlung für Nichtingenieure in Natur- und Ingenieurwissenschaften. Wichtig, wenn auch noch längst nicht üblich, war die gemeinsame Wissensvermittlung für Ingenieure und Nichtingenieure in sozial- und rechtswissenschaftlichen Fachbereichen.

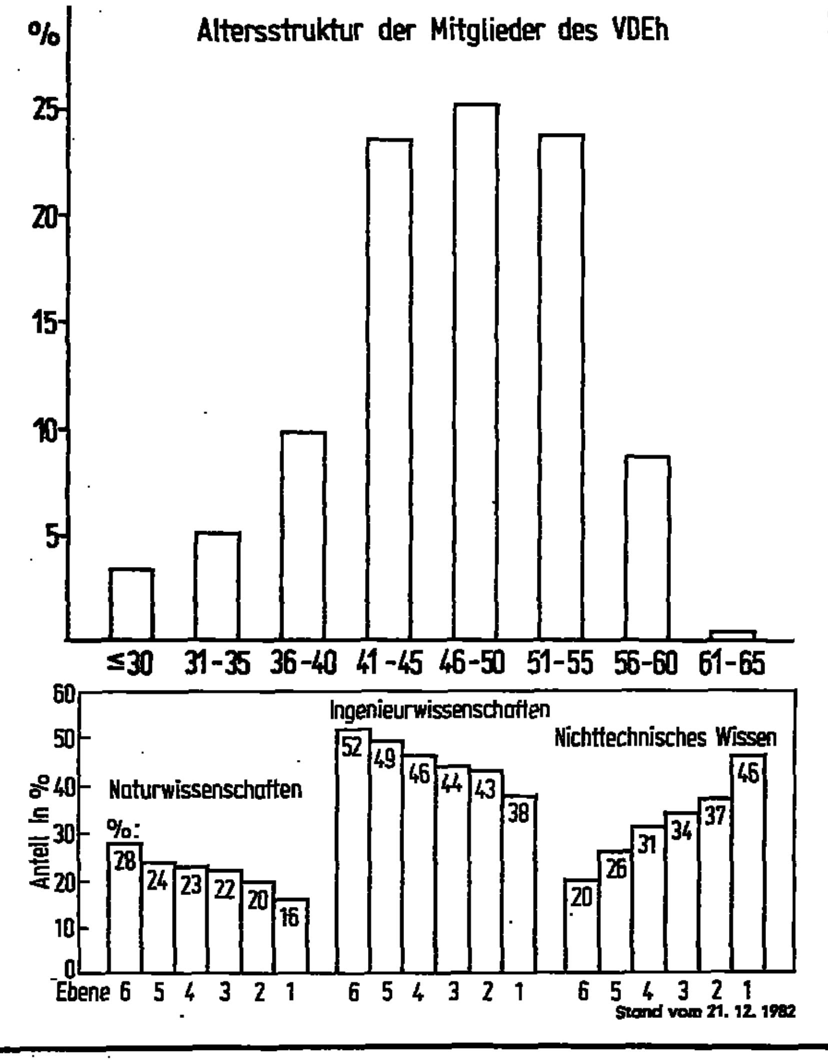
In allen drei Bereichen wurde zunächst in die Grundlagen eingeführt und darauf aufbauend Verfahren und Anwendungen dargestellt. Im Vordergrund stand die Vermittlung von grundsätzlichem Wissen zum Verständnis verschiedener Sachbereiche. Dadurch war trotz der Kürze der Zeit ein tieferes Eindringen in die verschiedenen Bereiche möglich, ohne daß Kaufleute zu Ingenieuren und Ingenieure zu Kaufleuten gemacht wurden.

Ein Beispiel aus dem Bereich der Nichtingenieure soll dies zeigen. Auf der Grundlage von Erkenntnissen insbesondere der Physik, der physikalischen Chemie und der Mechanik und durch die Darstellung der wesentlichen Stahlerzeugungs- und Verformungsverfahren wurde das Verständnis für die Möglichkeiten geweckt, bestimmte Werkstoffeigenschaften mit Hilfe wirtschaftlicher großtechnischer Verfahren zu erreichen. Dabei ging es nicht darum, etwa den Hochofenprozeß im Detail darzustellen, sondern jeweils darum, zu zeigen, wie und auf welchen Wegen bestimmte technische Prozesse zu gewünschten Ergebnissen führen.

Dieses hat bei den Kaufleuten, wie sich herausgestellt hat, in besonderem Maße das Verständnis für bestimmte technische Entscheidungen geweckt.

Das Spektrum der Weiterbildung ist breit: Im Jahre 1982 wurden von den Werken der deutschen Stahlindustrie mit über 2000 mehr Teilnehmer zu Seminaren und Lehrgängen des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute geschickt als in den Jahren zuvor. Dabei entfielen 12 Prozent auf technisch-wissenschaftliche Seminare und zusammen mit den Hochschulen veranstaltete Kontaktstudien (zum Beispiel Umformtechnik), 30 Prozent auf technisch-betriebliche Seminare (zum Beispiel feuerfeste Stoffe), 18 Prozent auf wirtschafts- und führungstechnische Lehrgänge (zum Beispiel Kontaktstudium Betriebswirtschaft) und 40 Prozent auf übergeordnete und gesellschaftswissenschaftliche Seminare. Die Unternehmen der deutschen Industrie insgesamt geben für die Weiterbildung jährlich die beachtliche Summe von 8 Milliarden DM aus. Dennoch wird die Frage gestellt: Ist das schon genug?

Dies ist aber nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht der heute schon vorhandene und für die Zukunft sich abzeichnende Bedarf an Nachwuchskräften. Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute bemüht sich schon seit mehr als zehn Jahren, durch gezielte Berufsinformation und Studienförderung vor allem auch mit dem Einsatz der Mittel des VDEh-Studienfonds den qualifizierten Nachwuchs an Eisenhütteningenieuren sicherzustellen.



Werbung um neue Studenten ist nötig

Trotz der weiterhin noch zunehmenden Zahl von Abiturienten hat auch 1982 und 1983 die Zahl der Studienanfänger in diesem Bereich nur zögernd zugenommen. Letztlich aufgrund der eingangs geschilderten Altersstruktur ist schon heute abzusehen, daß am Ende dieses Jahrzehnts ein empfindlicher Mangel an Ingenieuren eintreten und damit ein Verteilungskampf um das Ingenieurpotential entstehen wird.

„Am Ende dieses Jahrzehnts" heißt aber bei durchschnittlich über 12 Studiensemestern, wie jüngste Erhebungen an den Hochschulen ergaben, daß jetzt und nicht erst in fünf Jahren um neue Studenten geworben werden muß. Die Bemühungen des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute um den Ingenieurnachwuchs, die in einem merkwürdigen Gegensatz zu der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation der Stahlindustrie stehen, sind also realistisch. Auch realistisch, wenn man sieht, daß selbst in der aktuellen Krisenzeit die Werke der Stahlindustrie jungen Ingenieuren Arbeitsplätze bieten. Letztlich zeigt sich auch hier ein allgemeiner Trend in der Bundesrepublik Deutschland, daß nämlich qualifizierte Berufsausbildung die geringste Anfälligkeit gegen Arbeitslosigkeit bedeutet.

JÜRGEN RINK

Leiter des Fachbereichs Berufsinformation Studienförderung-Weiterbildung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute

STAHLHANDEL

Vom Tonnen-Denken Abschied nehmen

Nach dem drastischen Absturz seines gesamten Stahlabsatzes um ein volles Fünftel in 1982 erlebt der deutsche Stahlhandel 1983 zumal im Lagerabsatz wieder Plusraten. Sie dürften für das volle Jahr bei fünf bis sieben Prozent Mehrabsatz enden. Zwischen drei und fünf Prozent liegen die Erwartungen einer weiteren Mengenerholung für das nächste Jahr. Das sind nicht die einzigen positiven Daten dieser zwischen Produzenten und Verbrauchern des wichtigsten industriellen Werkstoffs nicht gerade problemfrei angesiedelten Branche.

Seitdem die Stahlhändler, soweit sie mehr als 6000 Jahrestonnen Lagerabsatz haben, ab Mitte 1981 mit Pflicht zur Veröffentlichung und diskriminierungsfreien Einhaltung von Preislisten in das Krisen-Bewältigungskorsett der EG-Kommission eingebunden sind, erleben sie in ihren Erträgen eine Erholungsphase.

Die jahrelang ruinösen Preiskämpfe hörten schlagartig auf. Sie haben sich zwar, zumal im Bereich der sehr oft willkürlichen Deklassierung von Stahlprodukten, zu „preispolitisch freiem" 2a-Material wieder eingestellt. Und besonders Speditionsunternehmen mit ausreichender Lagerkapazität heizen bei simplen Walzstahlsorten die immer noch nicht ausreichend kanalisierten Dumpingimporte zu Kampfpreisen an (typischstes Beispiel: Breitflanschträger für die Bauwirtschaft mit bereits 80 Prozent Importanteil an der deutschen Marktversorgung). Aber die Erholungsphase der Erträge hat denn doch auch bei den neuen Preisturbulenzen der jüngsten Zeit so weit angehalten, daß die meisten Walzstahlhändler zumindest den einst notorischen roten Zahlen ferngeblieben sind.

Ernst Hoeher, Vorsitzender des Vorstandes im Bundesverband Deutscher Stahlhandel (BDS), nennt dies die „Kurphase" seiner Mitglieder. Dies nicht nur im Hinblick auf die Tatsache, daß Stahlkrise und Strukturwandel dem Stahlhandel ähnlich wie den Produzenten einen tiefgreifenden Anpassungsprozeß aufzwangen. So hat sich die Zahl der BDS-Mitglieder in den letzten 15 Jahren halbiert. Die Zahl der Großläger (ab 20 000 Jahrestonnen) ist in der gleichen Zeit um 30 auf 125 gesunken. Seit 1975 wurde die Beschäftigtenzahl um ein Viertel oder fast 10 000 Mann abgebaut.

Für den am Leben gebliebenen Teil des Stahlhandels will Hoeher die „Kurphase" freilich nicht nur im Sinn der Ertragserholung verstanden wissen, sondern auch als notwendiges Umdenken zu neuen Prioritäten des Händlerlebens. Der Stahlhändler müsse Abschied nehmen, so lautet das nun schon seit einigen Jahren zu hörende Petitum, vom reinen Tonnendenken früherer Zeiten. Und das, da der Markt nie mehr so groß werden wird wie er einmal war, gleich als Abschied an zwei Fronten.

Erstens innerbetrieblich, wo die Meßlatte „Tonne" für den Geschäftserfolg oft zu falschen Schlüssen führte und die wichtigeren Ertrags- und Ergebniskennziffern erdrückte. Zweitens in der Relation zum Lieferanten wie zum Kunden, wo allzu viele Jahrzehnte hindurch der Händler seine Verbindungen zum Stahlproduzenten, das „Denken in Produkten" in den Vordergrund rückte. Hoeher: „Nicht mehr nur der Einkaufsvorteil beim Lieferanten, sondern die Frage nach dem Zusatznutzen für den Kunden, der mit der Lieferung von Stahl verbunden werden kann, wird Leitbild bei einem Verhalten, das man auch als ‚Stahl-Marketing' bezeichnen kann."

Was da anklingt, ist der Ehrgeiz zum Angebot von Problem- und Paketlösungen für die Materialwirtschaft der Kunden. Man verspricht sich davon für Händler wie Kunden die Mobilisierung gewaltiger Rationalisierungsreserven. Beispielsweise dann, wenn die gemeinsame Erarbeitung von Materialflußplänen durch Händler und Verarbeiter dazu führt, daß der schwere Werkstoff Stahl ein- bis zweimal weniger herumgelagert wird, bis er am Bohrwerk, der Fräse oder in der Schweißerei landet.

Sonderlich weit ist man mit der Hebung dieses Rationalisierungsschatzes allerdings immer noch nicht vorangekommen. Oft wird offenbar dieser Vormarsch zu modernen logistischen Systemen der Materialwirtschaft noch dadurch gehemmt, daß da Verarbeiter ihre Material-Gemeinkostenblocks als gottgegeben teure Größe betrachten, statt sie in ihre reduzierbaren Bestandteile aufzulösen.

JOACHIM GEHLHOFF



WELTSTAHLINDUSTRIE / Chinesen überrunden die Deutschen

Newcomer weiter auf Vormarsch

Ein denkwürdiges Faktum hatte die deutsche Stahlindustrie 1982, im achten Jahr der immer noch nicht beendeten Stahlkrise, zu registrieren. Erstmals wurde diese in Europa unter ihresgleichen immer noch größte und technisch-wirtschaftlich leistungsfähigste Branche durch die Volksrepublik China von ihrem in der Nachkriegszeit traditionellen vierten Platz unter allen großen Stahlländern auf Rang fünf zurückgedrängt.

Schlaglichtartig beleuchtet auch dieser ganz offensichtlich nachhaltige Rangverlust der Deutschen den Wandel in der Stahllandschaft der gesamten Welt. Ein Wandel überdies, der bei näherem Zusehen klar erkennen läßt, daß die heute, am Ende des neunten Stahlkrisenjahres, oft zu hörende Ansicht vom unaufhaltsamen Absterben der einst wichtigsten Werkstoffindustrie überhaupt nicht stimmt. Der Werkstoff Stahl ist trotz wachsender Substitutionskonkurrenz anderer Werkstoffe (zumal der Kunststoffe) und trotz Sinkens des spezifischen Stahlverbrauchs auch durch neue, *leichtere* und dabei eher noch festere Stahlsorten die Basis weiter Industriebereiche zumal in Fahrzeugbau, Investitionsgüterherstellung und Bauwirtschaft geblieben.

Ein Blick auf unsere Übersicht der Welt-Rohstahlerzeugung bekräftigt diese These. Seit „Krisenausbruch" in 1975 ist sie bis 1982 nie mehr als um 8 Prozent unter das 1974er Niveau gesunken. Das ist eine tolerable und mit Konjunkturschwankungen ausreichend begründete Schrumpfungsrate.

Sie wird, am letzten Jahr gemessen, 1983 von einer leichten Erholung um knapp ein Prozent und 1984 von stärkerer Erholung abgelöst, sagen praktisch alle branchenkundigen Propheten. Über die Konjunkturzyklen hinweg wird der Welt-Stahlverbrauch auch weiterhin auf Wachstumskurs bleiben – wenngleich mit einer gegenüber *früheren Prognosen nun* sehr deutlich abgeschwächten Plusrate von kaum noch zwei Prozent pro Jahr.

Gewandelt aber hat sich zumal seit dem ersten (und nicht letzten) Ölpreisschock von 1973/74 für die sehr energieintensive Stahlerzeugung die Standortstruktur. Zwischenbilanz *dieses Wandels für den Zeitraum* 1974/1982: Die Entwicklungsländer, teils dank günstiger eigener Erzquellen und teils sogar in Kombination mit billigem heimischen Energiereichtum, haben ihr zumeist verstaatlichtes Stahlpotential auf einen Tonnenausstoß von knapp 61 Millionen (1982) verdoppelt.

Sie dürften ihn bis zum Ende dieses Jahrzehnts noch um gut die Hälfte erhöhen. Die zwangswirtschaftlichen Staatshandelsländer (Ostblock plus China und Nordkorea) sind mit ihrem Stahlausstoß seit 1974 quasi „konjunkturneutral" um immerhin fast ein Fünftel auf 247 Millionen Tonnen gewachsen. Aus beiden Regionen, insbesondere aber aus der Gruppe der Entwicklungsländer, kam mit dem Ausbau eigener Stahlkapazitäten über den Bedarf des Heimatmarktes hinaus auch zusätzliches Angebot auf den Weltmarkt. So lag das Welt-Stahlhandelsvolumen selbst im flauen Jahr 1982 mit 134 Mill. Tonnen Rohstahlgewicht noch um knapp 3 Prozent über dem Niveau des Boomjahres 1974, obwohl sich der Rohstahlausstoß in der Gruppe aller Industrieländer der freien Welt seitdem um gut ein Viertel auf 337 Millionen Tonnen verringert hat.

Den aus solchen Entwicklungslinien auch für die *Zukunft als konstant* vorgezeichneten Teil-Rückzug der einst auch im Export klar dominierenden großen alten Stahlländer müssen in Europa zumal die Deutschen mit Bitterkeit registrieren. ff.

Rohstahlerzeugung im Weltvergleich (in Millionen Tonnen)

Region / Land	1982	1981	1980	1979	1978	1977	1976	1975	1974
Westeuropa	142	159	162	174	164	155	164	155	187
davon EG insgesamt	110	126	128	140	133	126	134	126	156
darin Bundesrepublik	36	42	44	46	41	39	42	40	53
Italien	24	25	27	24	24	23	22	22	24
Frankreich	18	21	23	23	23	22	23	22	27
Großbritannien	14	16	11	22	20	20	22	20	22
Belgien	10	12	12	13	13	11	12	12	16
Ostblock	204	207	209	209	211	204	199	195	185
davon Sowjetunion	147	148	148	149	151	147	145	147	136
Polen	14	16	19	19	19	18	16	15	15
Tschechoslowakei	15	15	15	15	15	15	15	14	14
„DDR"	7	7	7	7	7	7	7	6	6
Nordamerika	80	124	117	139	139	127	129	119	146
davon USA	68	109	101	123	124	114	116	106	132
Lateinamerika	27	27	29	27	24	22	19	19	18
davon Brasilien	13	13	15	14	12	11	9	8	8
Mexiko	7	8	7	7	7	6	5	5	5
Asien	174	172	179	176	159	148	147	142	153
davon Japan	100	102	111	112	102	102	107	102	117
China (geschätzt)	37	36	37	34	32	24	20	24	21
Indien	11	11	10	10	10	10	9	8	7
Südkorea	12	11	9	8	5	4	4	2	2
Sonstige Regionen	17	19	21	25	20	20	18	15	15
davon Australien	6	8	8	8	8	7	8	8	8
Südafrika	8	9	9	9	8	7	7	7	6
Welt insgesamt	645	708	717	748	717	676	676	643	704

Die endlose Talfahrt der Giganten

Janusköpfig wie gewohnt ist die Entwicklung der größten Stahlerzeuger in der freien Welt auch 1982 – und seitdem – geblieben. Unsere weitgehend den Angaben des International Iron an Steel Institute (IISI) entnommene Übersicht zeigt es für die drei Dutzend führenden Produzenten eindrucksvoll. Einerseits haben Konzerne im Staatseigentum zuweilen, wenn in alten Stahlregionen angesiedelt, ihre Position trotz der seit 1975 währenden „Weltstahlkrise" zumindest behauptet. In jungen Stahlländern sind sie in diesen Krisenzeiten, die ohnehin als Dauererscheinung nur für die alten Stahlregionen typisch waren und sind, sogar auf dem Vormarsch geblieben.

Andererseits liegen die einst so stolzen privatwirtschaftlichen Traditionskonzerne in Europa und erst recht in den USA, soweit sie einen „fusionsfreien" Vergleich über knapp ein Jahrzehnt hinweg erlauben, mit ihrer Produktion nun fast nur noch halb so hoch wie im letzten Stahlboomjahr 1974 – in den USA mitunter noch weit tiefer.

Und nicht nur das. Zerbrochen ist unter dem Druck der Dauerkrise manches einst große Gebilde in Europa. So der deutsch-holländische Estel-Konzern Hoesch/Hoogovens, der 1981 noch an 13. Stelle der Weltrangliste stand und sich 1982 in seine nationalen Teile auflöste. So die auf drei Kontinenten produzierende Korf-Gruppe, deren Holding 1983 in Konkurs ging.

Umgekehrt erzeugt die Krise auch Druck zu Fusionen. Teils mit Verstaatlichung, wofür das 1982 vollzogene (und nun auf den Rest der Privatindustrie übergreifende) Zusammenschmieden der französischen Stahlindustrie in die beiden Blöcke Usinor und Sacilor das herausragende Beispiel ist.

Zwiespältig ist dagegen das Bild der vom Krisendruck in Gang gesetzten Zusammenschlüsse zu größeren und mit optimalen Kosten produzierenden Unternehmenseinheiten in der noch privatwirtschaftlich organisierten Stahlindustrie. Ein erstes von vielen Konzentrationssignalen in den USA setzt da die bevorstehende Ehe von Jones & Laughlin mit Republic Steel zum zweitgrößten US-Stahlkonzern. Erloschen sind dagegen vorerst die Konzentrationssignale in Deutschland. Nach dem Scheitern der Krupp/Thyssen-Fusion kommt da die Parallelfusion Hoesch/Klöckner/Salzgitter erst recht nicht auf den Weg.

Das heißt zugleich, daß sich die Deutschen damit abfinden müssen, im ersten Dutzend der weltgrößten Stahlerzeuger nur noch mit dem hiesigen Branchenführer Thyssen vertreten zu sein. Der Rest von ihnen rangiert mittlerweile nur noch im dritten Dutzend.

Dort aber herrschen bei den anderen Unternehmen dieser Größenklasse fast durchweg die Sonderbedingungen nationaler Märkte vor, mit denen ein auf hohen Massenausstoß zumal von Flachstahlprodukten angewiesenes Unternehmen noch zurechtkommen kann, während die Deutschen sich am gemeinsamen EG-Markt und den hier nun vorherrschenden Unternehmensgrößen zu orientieren haben. Kein Wunder, daß keiner der zwangsweisen oder (wie Hoesch) freiwilligen „Alleingänger" hierzulande mit Ausnahme von Thyssen noch die Prognose wagt, er könne ohne massive Staatshilfe im subventionsverseuchten Europa noch die Kraft aufbringen, große und in dieser Branche schnell milliardenschwere Ersatzinvestitionen zum Fortleben wenigstens seiner schon stark reduzierten Kapazitäten zu realisieren.

*Diese Chance würde nur die Cash*flow-Bündelung aus Fusionen noch eröffnen.

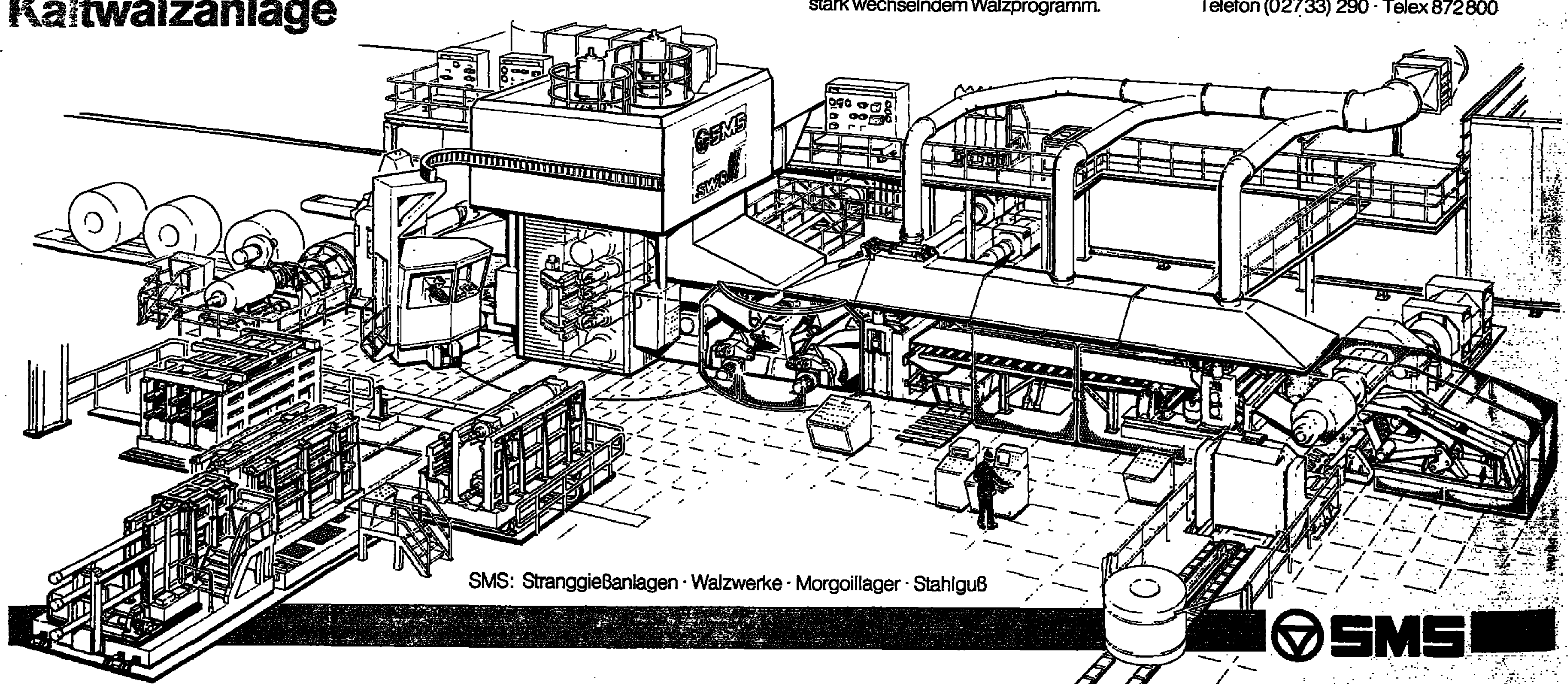
Vorerst ist diese Chance vorbei. Das ist auch aus einem weiteren Grund bedenklich. Denn die Übersicht über die Stahl-Giganten der freien Welt bestätigt klar die Tendenz, daß die Teilhabe am ohnehin über alle Konjunkturzyklen hinweg nur noch mäßigen Wachstum des Welt-Stahlmarktes am ehesten noch den Staatskonzernen der jungen Stahlländer möglich ist. Europa (und ähnlich USA und Japan) muß von einem Teil des gewohnten Kuchens in der Welt-Stahlmarktversorgung Abschied nehmen.

Eindrucksvoll bestätigen diese Tendenz auch für das achte Stahlkrisenjahr 1982 einige auf Wachstum abonnierte Produzenten der Dritten Welt: Südkoreas Pohang Iron & Steel produziert nun schon gut siebenmal so viel wie anno 1974. Indiens Staatskonzern kommt fast auf das Doppelte von damals. Brasiliens staatliche Usiminas präsentiert trotz heimischer Wirtschaftskrise für 1982 eine zweieinhalbmal so große Produktion wie 1974.

Im alten Europa hingegen ist nur Italiens Staatskonzern Finsider bis 1982 halbwegs beim Tonnenniveau von 1974 geblieben und damit nun vom einst neunten auf den zweiten Platz der Weltrangliste vorgerückt. Ein Beispiel für die Folgen einer Subventionspolitik, die nationaler Arbeitsplatzbeschaffung den Vorrang vor dem gemeinsamen Europamarkt gibt und mit ihren Resultaten nicht mehr wegzuradieren ist.

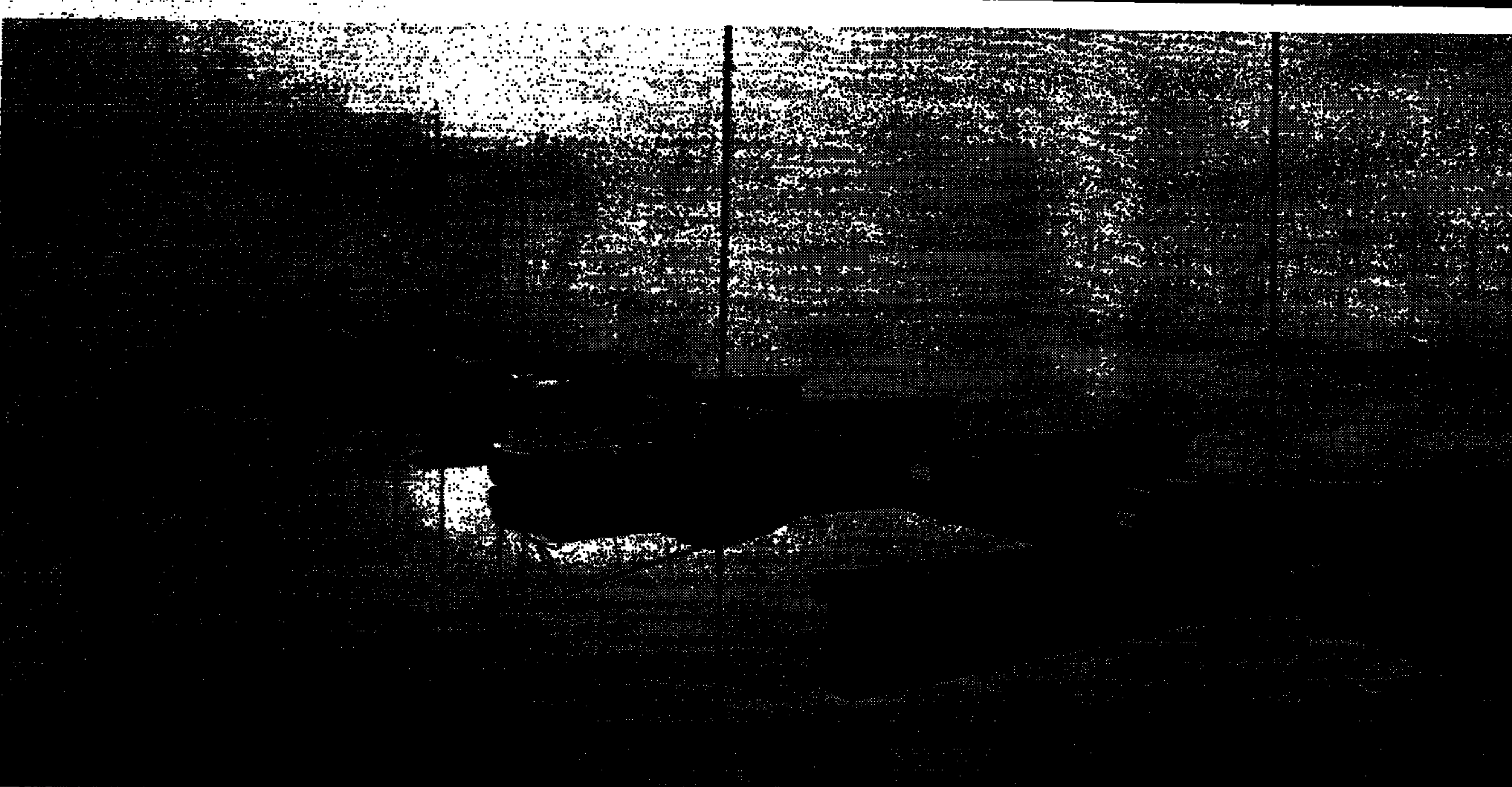
Da tröstet Finsider-Präsident Magliola die von solcher (europaweiten) Subventionspolitik besonders hart bedrängten Vettern nördlich der Alpen: Die Deutschen sind viel zu gut, um noch so viel Stahl wie nach ihrem fairen Traditions-Drittelanteil in der Europäischen Gemeinschaft zu machen! Sie sollten sich da auf den Teilrückzug begeben und ihr Wirtschaftspotential um so stärker auf technisch diffizilere neue Produkte lenken. Abgesehen davon, daß auch moderne Stahlsorten eine technisch diffizile Angelegenheit sind: In einer Zeit, da Neues nirgendwo genug Ersatzarbeitsplätze schafft, ist des Italieners Rat ein schlechter Witz. -ff.

Rang/Unternehmen	Land	Rohstahlausstoß (in Millionen Tonnen) 1982	1981	1980	1974
1. Nippon Steel	Japan	28,3	29,6	32,9	38,5
2. Finsider	Italien	13,3	13,9	13,7	13,6
3. Nippon Kokan	Japan	12,0	12,6	14,0	16,2
4. British Steel	Großbritannien	11,4	13,2	8,4	19,3
5. US Steel	USA	11,0	21,2	21,1	30,8
6. Sumitomo	Japan	10,9	11,4	12,7	14,6
7. Kawasaki	Japan	10,9	11,4	12,7	14,9
8. Arbed Gruppe	Luxemburg	9,9	11,0	12,0	14,5
9. Thyssen	Deutschland	9,6	11,6	12,4	16,3
10. Bethlehem Steel	USA	9,5	15,2	13,6	20,2
11. Pohang Iron & Steel	Südkorea	8,8	8,2	5,9	1,2
12. Usinor	Frankreich	8,8	10,6	9,2	9,5
13. Sacilor	Frankreich	6,7	7,5	3,3	5,8
14. Steel Authority of India	Indien	6,7	6,6	5,6	3,9
15. Kobe Steel	Japan	6,4	6,7	7,4	8,1
16. Iscor	*Südafrika*	6,4	6,9	7,0	4,3
17. Broken Hill	Australien	6,3	7,5	7,6	7,8
18. Jones & Laughlin	USA	5,9	9,9	8,5	7,3
19. National Steel	USA	5,0	7,4	6,9	9,6
20. Armco Steel	USA	4,8	7,4	6,6	8,1
21. Inland Steel	USA	4,7	7,3	6,4	7,3
22. Republic Steel	USA	4,6	8,6	7,7	9,6
23. Cockerill Sambro	Belgien	4,6	6,5	8,9	9,0
24. Ensidesa	Spanien	4,5	4,8	4,7	5,2
25. Klöckner-Werke	Deutschland	4,2	4,5	4,8	3,7
26. Stelco	Kanada	4,2	4,0	5,7	5,0
27. Hoogovens	*Holland*	4,1	4,7	5,2	5,4
28. Hoesch	Deutschland	4,1	4,7	5,2	6,8
29. Voest-Alpine	Österreich	4,0	4,4	4,3	4,1
30. Krupp-Stahl	Deutschland	4,0	4,9	5,4	4,5
31. Mannesmann	Deutschland	4,0	4,5	4,3	5,1
32. Salzgitter	Deutschland	3,5	4,1	4,4	5,5
33. Dofasco	Kanada	3,3	3,9	3,4	2,8
34. Usiminas	Brasilien	2,9	2,3	3,3	1,2
35. Korf-Gruppe	Deutschland	2,6	2,7	3,0	1,3
36. Nisshin Steel	Japan	2,5	2,6	2,9	3,3









Der Bostalstausee – eingebettet in die Melancholie des Herbstes

SAARLAND / Sanfte Hügel umschließen die mächtigste Fliehburg der Kelten in Europa

Treffpunkt der Völker zwischen Mosel und Saar

St. Wendel

Obwohl das Saarland – zwischen Mosel, Saar und Hunsrück – eine liebliche Mittelgebirgsregion ist, bestimmt das, was unter der Oberfläche zum Vorschein kommt – von Mensch oder Natur zutage gefördert – das Bild der Landschaft. Vor allem gilt dies für den Bodenschatz Kohle, der dem Saarland zu Unrecht den Ruf einbrachte, ein tristes Land zu sein.

Fährt man ins Saarland hinein, passiert man – vermeiden läßt es sich kaum – die alten Kohle- und Stahlstädte Dillingen, Völklingen und Neunkirchen. Doch bereits da beginnt die Überraschung: Es ist eben keine Industriewüste, die man hier vorfindet. Mächtige Förderanlagen mit ihrer bizarren Silhouette aus Röhren, Förderbändern, Zahn- und Schaufelrädern tauchen plötzlich hinter einem Bergrücken auf, eingebettet in eine herbstlich melancholische Waldlandschaft. Und noch eines: Die Schlote rauchen nicht mehr. Die Rezession forderte Opfer und sorgte dafür, daß aus wirtschaftlichen Gründen Werke stillgelegt werden mußten. Doch gerade so bekommen die mächtigen Kompositionen aus Stahl und Stein den Reiz von Goldgräberstädten. Das Industriezeitalter, das der Erde ihre Schätze entriß und verarbeitete, wird hier museal. Dies ist das vorletzte Kapitel in der Geschichte des Saarlandes, die – soweit sich die Historie zurückverfolgen läßt – zuerst von den Kelten und Sweben unter ihrem Heerführer Ariovist, schließlich von Römern, Alemannen, Deutschen und Franzosen geschrieben worden ist.

Es begann mit den Kelten. Was sie zurückließen? Steine. Genauer gesagt, die mächtigste erhaltene Fliehburg der Kelten in Europa. Einen Ringwall auf einem Berg: mehr als zwei Kilometer lang, bis zu zehn Meter hoch und drei Meter breit. Mächtige graue und rötliche Porphyr- und Granitbrocken, früher von Palisaden eingefaßt, umschließen heute ein lichtes Buchenwäldchen, dessen Blätter nun im Herbst schon goldschimmernd am Boden liegen. Aus dem ersten vorchristlichen Jahrhundert stammt die Anlage – der sogenannte Hunnenring – bei Nonnweiler, die von herrlichen Wanderwegen mit sanftem Hügelland umgeben ist.

Das nächste Kapitel in der Geschichte des Saarlandes schrieben die Römer. In dem kleinen Ort Nennig an der Mosel, Luxemburg direkt gegenüber, finden Besucher zwischen lothringischen Bauernhäusern mit dem charakteristischen pastellfarbenen Anstrich das besterhaltene römische Fußbodenmosaik jenseits der Alpen. Ein Bauer stieß 1852 darauf, als er eine Rübenmiete anlegen wollte. Zu sehen sind auf dem Mosaik, mit dem im zweiten nachchristlichen Jahrhundert ein Provinzgouverneur seine Villa schmückte, Szenen aus Gladiatorenkämpfen. So grausam die abgebildeten Szenen sind – da kämpfen etwa Fechter mit Bären, ein Panther mit einem Speerwerfer und ein Tiger gegen einen Wildesel –, so vollkommen sind Komposition und das Zusammenspiel der hellen Farben der Mosaiksteine. Einen Feldherrn, der sich ständig gegen aufsässige Germanen durchzusetzen hatte, mag die Grausamkeit ebenso wenig erschreckt haben wie den Künstler, der sie in vollendeter Form zu fassen wußte. Ein lieblich mildes Lächeln sucht der Betrachter auf dem Kunstwerk jedenfalls vergeblich. Erst in der Zukunft sollte es dargestellt werden.

In Tholey feiert die Benediktinerabtei nächstes Jahr ihr 1300jähriges Bestehen. Noch heute leben 14 Mönche in dem Kloster aus dem siebten Jahrhundert, das auf den Resten eines römischen Bades errichtet wurde. In der Apsis der gotischen Hauptkirche – da ist es nun endlich, das gotische Lächeln: ein lächelnder Engel aus grauem Sandstein. Wenn man ihn lange anschaut, wird aus dem Lächeln ein Lachen, ja ein Strahlen. Der himmlische Vertreter scheint nicht nur mit der rechten Hand dezent sein Gewand zu halten, sondern sich gar, jovial zurückgelehnt, vor Lachen den Bauch zu halten. Die Skulptur ist eine Arbeit der Steinmetzschule aus Reims, die auch die Portale der Kathedrale von Reims schmückte. Nur hier im Saarland hinterließ die französische Hochgotik erster Qualität ihre Spuren auf deutschem Boden.



Die Benediktinerabtei in Tholey steht auf den Resten eines Römerbades FOTOS: FERDI HARTUNG

Stolz sind die Saarländer auch auf ihre Kirche in St. Wendel – eine Wallfahrtskirche zu Ehren des Eremiten Wendelin, Patron der Bauern und Hirten. Doch der Stolz gilt weniger dem Einsiedler noch der schönen spätmittelalterlichen Kreuzigungsgruppe aus gebranntem Ton, dem wohl bedeutendsten Kunstwerk der Kirche, sondern einem früheren Pfarrer: Nicolaus Cusanus, Philosoph und Theologe, Bischof von Brixen und Kardinal, einer der genialsten Denker des 15. Jahrhunderts, der in diesem Winkel der Erde seine Philosophie von der Unendlichkeit der Welt entwickelte, war hier Pfarrer gewesen. Seine Lehre ließ er in einem Deckengemälde der gotischen Basilika festhalten: Die Vielfalt und Unendlichkeit der Schöpfung symbolisiert ein prächtiges Rankenwerk voller Blumen und Bäume, Tiere und Vögel. Die dichten heimischen Wälder mögen den Künstler wohl nebenbei auch inspiriert haben.

Von ihnen bekommen wohl nur Wanderer einen Eindruck, die über Berge und durch Täler laufen, die kleine Flüsse tief in die Erde gegraben haben, dabei mitunter bizarre Skulpturen schaffend. Diese wiederum inspirierten auch Künstler der Moderne.

Der wohl schönste Wanderweg des Saarlandes, er führt von St. Wendel zum Bostalstausee, ist die 18 Kilometer lange Skulpturenstraße. Vor mehr als zehn Jahren hatte der an der Akademie in München tätige Professor Leo Kornbrust die Idee, zusammen mit Bildhauern aus dem In- und Ausland mächtige moderne Steinplastiken als freie Skulpturen entlang des Weges mitten in die Landschaft zu setzen. 22 Skulpturen sind es bis jetzt. Jedes Jahr folgt eine neue, die Landschaft interpretierend und ergänzend, von Menschen geschaffene Formen als Kontrast zu den Formen der Natur. Die Straße soll einmal über die Grenze bis nach Frankreich führen! Das vorläufig letzte in Stein geschriebene Kapitel des Saarlandes – die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich über die Grenzen hinweg.

SIMONE GUSKI

*

Auskunft: Fremdenverkehrsverband Saarland e. V., Am Stiefel 2, 6600 Saarbrücken.

NACHRICHTEN

Petri Heil

Einen guten Fang verspricht die niederösterreichische Gemeinde Ysper ihren Urlaubsgästen. Im Marktteich des Ortes warten mehr als 1000 Goldfische auf Aquarienbesitzer, die kostenlos auf Fischfang gehen dürfen. Fischernetze werden gratis gestellt (Auskunft: Gemeindeamt A-3683 Ysper).

Komfort verbessert

Mehr Komfort bietet Air France in der Geschäftsreiseklasse. Auf den Linien nach Nordamerika, Mexiko, Südamerika und Asien wird die bisherige „Classe Affaires" ohne Preisaufschlag durch die „Air France Le Club" ersetzt. Die Erste und die Touristenklasse bleiben unverändert. Die neugestaltete Klasse zeichnet sich durch breitere Sitze und größeren Sitzabstand aus. Für Ruhe sorgen Trennwände und Vorhänge. Eine eigene Garderobe und eine Bar gehören ebenso zum Komfort der neuen Klasse wie Menüwahl, Kopfhörer und am Flughafen besondere Abfertigungsschalter (Auskunft: Air France, Friedensstraße 11, 6000 Frankfurt/M.).

Rallye-Lehrstunde

Das Dorint Hotel Ardennen in Spa, die Heimat des belgischen Motorsports, bietet jetzt als Besonderheit ein Wochenende mit Rallyeprogramm an. Unter anderem lernen Interessierte, welche Aufgaben der Kopilot bei den Spezialetappen in den Wäldern von Spa hat, welche Reglements zu beachten sind und welcher Techniken sich die Fahrer bedienen, um ihre Fahrzeuge sicher durch gefährliche Abschnitte der Rallye zu fahren. Der Übernachtungspreis beträgt 5150 belgische Franc pro Person im Doppelzimmer. (Auskunft: Dorint Hotel Ardennen, Route de Balmoral, B-4880 Spa-Balmoral).

Nobelherberge eröffnet

Das wohl gigantischste Hotel der Welt – das „Asiaworld Plaza" – wird in diesem Monat in Taipeh (Taiwan) eröffnet. Die Nobelherberge wartet dabei mit einigen Superlativen auf: So hat das Haus nicht nur 725 Zimmer, sondern auch 57 Restaurants und Cafeterien, die zur selben Zeit rund 30 000 Gäste bewirten können. Auch die Preise für eine Suite sind nicht gerade bescheiden. So kostet etwa eine Nacht in der „Dschingis-Khan-Suite" 3500 US-Dollar (Auskunft: Tourismus-Büro der Republik China, Dreieichstraße 59, 6000 Frankfurt/M. 70).

Wegweiser zu Windmühlen

Einen handlichen Wegweiser für die Freizeit hat jetzt das Niedersächsische Landesverwaltungsamt – Institut für Denkmalpflege – mit Unterstützung der Oldenburgischen Landesbank herausgegeben. Die 56 Seiten starke, bebilderte Schrift beschreibt im Hauptteil 59 Windmühlen zwischen Jadebusen und Dollart. Kartenausschnitte erleichtern das Auffinden der einzelnen technischen Baudenkmale. In einführenden Abschnitten werden ein Überblick über Entwicklungsgeschichte, Typenvielfalt, Technik und Nutzart der Mühlen, Geschichte des Müllerhandwerkes und die Ursachen des Mühlensterbens in den 30er Jahren sowie die Bemühungen zu ihrer Erhaltung und Pflege dokumentiert. Die Broschüre mit rund 80 Abbildungen ist kostenlos erhältlich (Auskunft: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt, Postfach 107, 3000 Hannover 1).

Westerwälder Gehöft

Das Landschaftsmuseum Westerwald in Hachenburg ist um ein „Westerwälder Gehöft", bestehend aus vier Gebäuden aus dem 17. und 18. Jahrhundert, bereichert worden. Die Gehöftgruppe – sie gilt als volkskundliche Abteilung des Museums – setzt sich aus einem Wohnhaus, einer Scheune, einem Backhaus und einer Ölmühle zusammen. Sie wird ergänzt durch einen kleinen Nutzgarten, Dorfbrunnen und weiteren landschaftstypischen Utensilien von einst. Scheune und Ölmühle wurden reetgedeckt. Öffnungszeiten: Dienstag – Sonntag von 10 bis 12 und 14 bis 17 Uhr (Auskunft: Fremdenverkehrsverein Westerwald e. V., Kirchstraße 48 a, 5430 Montabaur).

Nikolaus-Zug

An den vier Adventwochenenden werden Nikolaus und sein schwarzer Begleiter, Knecht Ruprecht, die jungen Fahrgäste der Museumseisenbahn Geilenkirchen – Schierwaldenrath, 30 Kilometer nördlich von Aachen, sozusagen „im rollenden Einsatz" bescheren. Vor der Rückfahrt des historischen, auf Hochglanz polierten Dampfzuges nach Geilenkirchen findet im Bahnhof Schierwaldenrath noch eine Nikolausfeier statt. Abfahrt der Züge ist an allen Tagen jeweils um 14 und 16 Uhr im Bahnhof Geilenkirchen-Gillrath an der Bundesstraße 56. Auskunft: Deutsche Bundesbahn, Rhabanusstraße 3, 6500 Mainz 1).

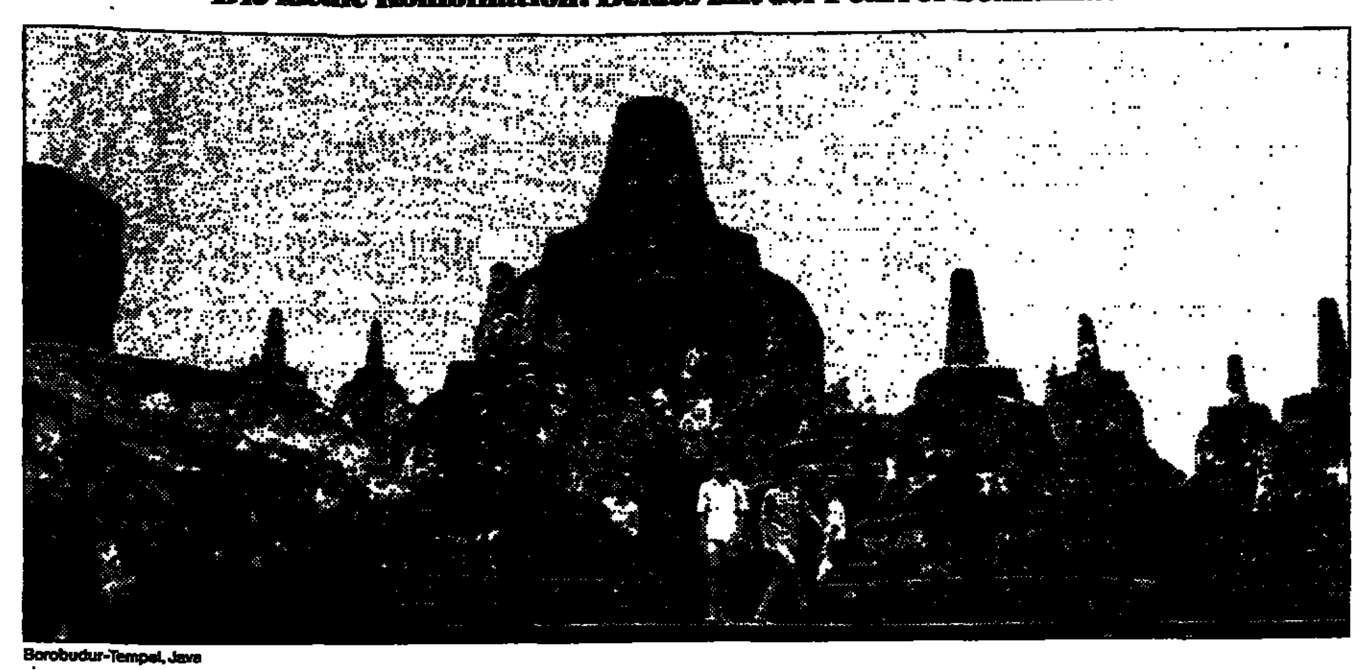
WÄHRUNGEN

Land	Einheit	Kurs
Ägypten	1 Pfund	2,60
Belgien	100 Franc	4,96
Dänemark	100 Kronen	28,50
Finnland	100 Fmk	47,50
Frankreich	100 Franc	33,75
Griechenland	100 Drachmen	3,20
Großbritannien	1 Pfund	4,02
Irland	1 Pfund	3,15
Israel	1 Schekel	0,055
Italien	1000 Lire	1,70
Jugoslawien	100 Dinare	2,50
Luxemburg	100 Franc	4,96
Malta	1 Pfund	6,20
Marokko	100 Dirham	36,00
Niederlande	100 Gulden	90,00
Norwegen	100 Kronen	36,50
Österreich	100 öS	14,32
Portugal	100 Escudos	2,40
Rumänien	100 Lei	4,25
Schweden	100 Kronen	34,50
Schweiz	100 Franken	124,25
Spanien	100 Peseten	1,75
Türkei	100 Pfund	1,35
Tunesien	1 Dinar	3,70
USA	1 Dollar	2,69
Kanada	1 Dollar	2,19

Stand vom 2. November – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

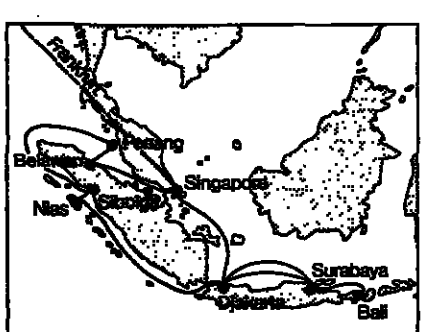
TOURISTIK

**Indonesien und Bali sind aufregend. Schiffsreisen sind erholsam.
Die ideale Kombination: Beides mit der Pearl of Scandinavia.**



Borobudur-Tempel, Java

Mit der Perle Skandinaviens zur Perle Asiens: Indonesien – Bali.



Indonesien mit seinen tropischen Dschungeln, seinen endlosen weißen Stränden, unzähligen Inseln und Bali, der Insel der Götter und Dämonen ... das Tor zur Südsee läßt sich schwerlich überzeugend beschreiben. Die schönsten Sonnenuntergänge der Welt auf Bali, die Atmosphäre eines Schattentheaters in Indonesien, das sind Eindrücke, die man selbst gesammelt haben muß.

Was wir Ihnen schildern können, sind die Besonderheiten einer Schiffsreise mit der Pearl of Scandinavia in diesem Gebiet.

Borobudur, die bedeutendste buddhistische Tempelanlage der Welt, die Reisbauern Balis, die auch Künstler sind, den Kuan-Ying-Ting-Schrein auf der malaiischen Insel Penang, all das wollen wir Ihnen zeigen.

Außerdem ist es uns gelungen, mit der indonesischen Regierung besondere Arrangements zu treffen. Deshalb werden Sie auch Gelegenheit haben, die sehr selten besuchte Insel Nias zu entdecken, das Pfahlhausdorf Bawoemataluo und vieles mehr.

Viel Abenteuer – aber wenig Risiko.

Als Ausgangsbasis für alle Exkursionen dient ein Passagierschiff mit dem Standard und Komfort eines europäischen First-Class-Hotels. Und zwischendurch viel Erholung auf See. Ohne Kofferpacken, ohne Trinkwasser-, Nahrungs- und Hotelrisiken mit einem Hospital und medizinischer Versorgung an Bord.

Warum gönnen Sie sich nicht Ihren Traumurlaub? Wer weiß, wie lange man das noch kann.

17 Tage ab DM 8.420
ab/bis Frankfurt

Termine:
16.11.1983 – 4.12.1983
7.12.1983 – 25.12.1983
19.1.1984 – 5.2.1984
1.3.1984 – 18.3.1984

Wenn Sie Indonesien schon kennen, empfehlen wir Ihnen

Die großen Städte Asiens

17 Tage ab DM 9.000
ab/bis Frankfurt



Termine:
3.11.1983 – 20.11.1983
21.12.1983 – 8.1.1984
5.1.1984 – 22.1.1984
2.2.1984 – 19.2.1984
16.2.1984 – 4.3.1984
15.3.1984 – 1.4.1984



Größe: 12.456 BRT · Länge: 153 m · Breite 20 m · Besatzung: 210 · Passagiere: 450 · Umbau: 1981–82

WICHTIG:
Buchen können Sie diese Schiffsreisen bei allen Reisebüros und namhaften Reiseveranstaltern.
Pearl Cruises of Scandinavia, Postfach 30 36 21, 2000 Hamburg, Telefon 040/36 26 09.

elm Hamburg

Studiosus Studienreisen

DER ANDERE URLAUB

Nordafrika – Orient – Indien – Mexiko

Herbst-, Winter-, Frühjahrstermine

Südmarokko, 9 Tg., 22. 12., 31. 12., 17. 3. u. w.	ab 1995,-
Marokko – Hoher Atlas, 15 Tg., 3. 12., 19. 12., 24. 12., 28. 12., 25. 2. u. w.	ab 2365,-
Syrien – Jordanien, 15. Tg., 23. 12., 17. 3. u. w.	ab 2875,-
Große Jemenreise, 15 Tg., 24. 12., 10. 3. u. w.	ab 6640,-
Südindien – Cochin, 21 Tg., 23. 12., 18. 2. u. w.	ab 5990,-
Mexiko – Yukatan, 16 Tg., 22. 12., 29. 12., 18. 2., 10. 3. u. w.	ab 5265,-
Klassisches Äthiopien, 14. Tg., 26. 12., 13. 1.	ab 5690,-

Über weitere Reisen im Winterhalbjahr 1983/1984 informiert Sie Ihr Reisebüro oder

Studiosus Studienreisen
Postfach 20 22 04, 8000 München 2, Telefon 089/52 30 00

Sie planen eine Reise

In den Anzeigen der Reiseteile von WELT und WELT am SONNTAG finden Sie interessante Angebote und nützliche Vorschläge für jeden Geschmack und jeden Geldbeutel. Da macht das Planen wirklich Freude.

Unser Winter hat zwei Gesichter!



So

Schnee in Jugoslawien? Für unsere Sommergäste kaum vorstellbar.
Doch bei uns gibt es soviel guten Schnee, daß 1984 sogar die Olympischen Winterspiele in Sarajevo stattfinden.
Für den Wintersportler, ob Anfänger oder Profi, gibt es hier einfach alles.
Und zum guten Schnee kommen noch die günstigen Preise.
Entdecken Sie noch in dieser Saison das Wintersportland Jugoslawien.

Oder so

Jugoslawien hat im Winter noch mehr zu bieten als Schnee. Auf Gäste, die in der Sonne frühlingshaft überwintern wollen, warten an der Küste zahlreiche Hotels mit allem Komfort. Mit Überwinter-Preisen, die jeden Vergleich aushalten. Wenn bei Ihnen noch die Kälte herrscht, blühen an der Adria schon die Blumen.
Erleben Sie selbst, daß unser Winter wirklich zwei Gesichter hat. So oder so!

Jugoslawien

SARAJEVO

Informationen erhalten Sie bei Ihrem Reisebüro oder bei den
Jugoslawischen Fremdenverkehrsämtern,
Goetheplatz 7, 6000 Frankfurt/M., Tel. (0611) 28 56 85/28 56 86
Hüttenstraße 6, 4000 Düsseldorf, Tel. (0211) 37 06 75
Sonnenstraße 14, 8000 München, Tel. (089) 59 55 45/46

Name: ______
Anschrift: ______



Karawane Studienreisen



Kreuzfahrten 1984

12 herrliche Kreuzfahrten bieten wir Ihnen 1984, zum Beispiel nach:

Frühjahrskreuzfahrt
Rund um Italien – Magna Graecia
08.04.–19.04.84

Osterkreuzfahrt
Dalmatinische und Ionische Inselwelt
19.04.–29.04.84

Frühjahrskreuzfahrt
Rund um die Iberische Halbinsel
08.04.–19.04.84

Osterkreuzfahrt
Maurisches Nordafrika
19.04.–29.04.84

Frühjahrskreuzfahrt
Rund um Westeuropa
29.04.–13.05.84

Sommerkreuzfahrt
Land der Mitternachtssonne
24.06.–08.07. und 05.08.–19.08.84

Unsere Kreuzfahrten bieten Ihnen Vorteile: ● die Schiffe sind nur für unsere Reisegäste gechartert ● Sie reisen in Gesellschaft Gleichgesinnter ● kein Massenbetrieb ● Alles Inklusiv-Preise mit eingeschlossener Reise-Rücktrittskosten-Versicherung ● alle Ausflüge eingeschlossen.

☐ Bitte übersenden Sie mir Ihr Kreuzfahrtprogramm '84

Bitte Anzeige ausschneiden und senden an: WAMS 6. 11.
Karawane-Studienreisen
Postfach 909 · 7140 Ludwigsburg
Telefon (0 71 41) 8 30 26 u. 2 30 87

Weihnachten und Silvester in Ontario/Canada

Unser besonderes Angebot für Weihnachten und Silvester.
14tägiger Aufenthalt inkl. Flug in der Arrowodd Lodge, Niagarafallbesichtigung, Snowmobilfahren, viele Sportmöglichkeiten.
Unser Festpreis
DM 3170,-
für Kinder unter 12 Jahren
1680,-
Rufen Sie uns an, wir rufen zurück.
**Ihr Canada-Spezialist
Canada Karlbik Travel
Erhardstr. 15
8730 Bad Kissingen
Tel. 0971/45 32**

Silvester mal ganz anders!

Sonderflug nach Tromsø in Nord-Norwegen

Silvester am Polarkreis

31. Dezember – 1. Januar

- Silvester vormittags Flug ab Hamburg mit Hapag-Lloyd
- gutes Hotel · volle Verpflegung
- Silvesterfeier mit Feuerwerk
- Schlittenf. a. Neujahrsmorgen
- Neujahr abends Rückflug

Reisepreis DM **955,—**

Exclusiv - bald anmelden!

Hapag-Lloyd Reisebüro
Verkehrspavillon Jungfernstieg
2000 Hamburg 36 · 040/32 84 430

Sonne und Wärme im Winter: Elat



ab DM 995,–
inkl. Flug 7Ü/Fr. und Transfers

Buchung/Beratung
in Ihrem Reisebüro oder bei uns
6000 Frankfurt - Münchner Str. 12
Tel. (06 11) 23 21 85-87

GIESSLER

RUMÄNIEN
Ihr Urlaubsland



3 Wo. VP incl. Flug u. Kur ab DM 1.139,–

Kur-Urlaub für Ihre Gesundheit

Wußten Sie, daß mehr als 1/3 aller europäischen Heilquellen in Rumänien liegen? Die alten Römer wußten sie schon zu schätzen. Die bekannten Heilbäder **BAD HERCULANE, FELIX, TUSNAD, SOVATA, CALIMANESTI, SLANIC** in den Karpaten und die Kurorte **EFORIE, NEPTUN** und **MANGALIA** an der sonnigen Schwarzmeer-Küste.
International anerkannte Naturheilverfahren gegen Rheuma, Herz- und Gefäßkrankheiten, Frauenleiden, Erkrankungen des Verdauungstraktes sowie Hautleiden.
Zusätzliche Behandlungen können auch mit original-rumänischen Heilmitteln wie Gerovital H3, Pell-Amar, Boicil, Covalitin und Ulcosilvanil erfolgen. Ein vielseitiges Ausflugs- und Unterhaltungsprogramm rundet Ihren Kur-Urlaub ab. Abflüge ganzjährig ab Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg und Berlin, die Sie in Ihrem Reisebüro buchen können.

Bitte senden Sie mir weitere Informationen über Kuren in Rumänien.
Rumänisches Touristenamt
Neue Mainzer Str. 1., 6000 Frankfurt/M., Tel. 0611/23 69 41-3
Corneliusstr. 16, 4000 Düsseldorf, Tel. 0211/37 10 47-8

Name: ______
Anschrift: ______ HWW

ITALIEN

ABANO TERME (Italien)

CURA-WERBUNG
Auskunft und Anmeldungen für Kur gegen Arthritis - Rheuma - Ischias - Entschlackung - Idealer Urlaub (Thermal-Hallen- und Freibad, Tennis usw.)

**KUR UND GESUNDHEIT
SONDERANGEBOT-WINTER 1983-84**
BUSREISE AB MÜNCHEN INBEGRIFFEN

ZIMMER	ABFAHRTSTERMINE			
	Vom 19.11.83 bis 3.12.83	Vom 3.12.83 bis 17.12.83	Vom 17.12.83 bis 7.1.84	Vom 23.12.83 bis 7.1.84
A - Appartements: (60 qm. insgesamt) Schlafzimmer, Wohnraum, Bad, WC, Vorraum, Balkon, Telefon, Kühlschrank, Klima-Anlage	VP 1.300.-	VP 1.300.-	VP 2.060.-	VP 1.640.-
B - Zimmer mit Bad, WC u. Bidet, Vorraum, Balkon, Telefon	1.200.-	1.200.-	1.940.-	1.520.-
C - Zimmer mit WC u. Bidet, Telefon, Balkon	1.100.-	1.100.-	1.830.-	1.410.-
VERANSTALTUNGEN WEIHNACHTEN u. NEUJAHR - OHNE AUFPREIS	14 Tage 10 Kuren	14 Tage 10 Kuren	21 Tage 10 Kuren	15 Tage 10 Kuren

Einzelzimmer-Zuschlag: DM 7.– pro Tag. inkl. MWST
Abano Terme - Via Bazarin 2 - Ruf 667154 - Telex 430240 Torem.
München - Kura-Werbung Amalienstr. 4-6 Ruf 594892-591616 - Telex 529588 Cura D
Stuttgart (im Reisebüro Itamar) Lautenschlagerstr. 20 - Ruf 296529 - Telex 722287
Köln - Kura-Werbung - Burgmauer 4 - Ruf 246414 - Telex 8883357 Cura D

Skispaß + Dolomitenzauber im Hochfleimstal



Am Fuße des Skicenters Latemar mit 40 km Pisten und herrlichen Langlaufloipen liegt das komfortable, mit familiärer Atmosphäre ausgestattete Hotel ANCORA. Gemütliche Zimmer mit TV + Telefon. Großes Frühstücksbüfett. Lassen Sie sich mit den Spezialitäten aus hauseigener Konditorei verwöhnen, und verbringen Sie den Abend in unserer Taverne „Ramisco Club".

Hotel ANCORA, I-38037 Predazzo, Hochfleimstal, Dolomiten, Italien, Telefon 5 16 51, Vorwahl D u. Ch: 0039462, A: 040462.
SPEZIALPREISE WEISSE WOCHEN AB DM 285,- Halbpension.

Anzeigen-Bestellschein für
FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

1 Mindestgröße 10 mm/1sp. = DM 98,04

2 15 mm/1sp. = DM 147,06

3 20 mm/1sp. = DM 196,08

4 25 mm/1sp. = DM 245,10

5 30 mm/1sp. = DM 294,12

6 15 mm/2sp. = DM 294,12

Anzeigen in der Rubrik *„Ferienhäuser und Ferienwohnungen" kosten* bis zu einer Höhe von 30 mm einspaltig bzw. 15 mm zweispaltig DM 9,81 inkl. MwSt. pro Millimeter, ohne Wiederholungsnachlaß.
Die normale Druckzeile kann ca. 35 Buchstaben bzw. 4 bis 5 Wörter enthalten.
Anzeigenschluß ist jeweils **montags** 14 Uhr vor dem Erscheinungstermin.

Rustikales Blockhaus
im Naturschutzgebiet an der Eider, für 4–6 Personen noch frei.

Standartgestaltung

Mindestgröße 10 mm/1spaltig. Alle Anzeigen werden mit Rand versehen.

DIE WELT
WELT am SONNTAG

An DIE WELT/ WELT am SONNTAG, Anzeigenabteilung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Hiermit bestelle ich eine Anzeige für die Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" in der Höhe von ______ Millimetern ____ spaltig zum Preis von ______ DM.

Bitte veröffentlichen Sie das Inserat am Freitag, dem ______ in der WELT sowie am darauffolgenden Sonntag in WELT am SONNTAG.

Name ______
Straße/Nr. ______ Telefon ______
PLZ/Ort ______
Der Text meiner Anzeige soll lauten:

REISEGEPÄCK-VERSICHERUNG / Hohe Zuwachsrate der Schadensfälle

„Diebstähle" füllen eigene Börsen

München

Versicherungsbetrügereien gibt es, seit es Versicherungen gibt. Überhöhte Angaben bei der Schadensmeldung gehören fast schon zum täglichen Brot der Versicherungsgesellschaften. Eine Sparte in der Branche verzeichnet seit geraumer Zeit jedoch eine besonders aufstrebende Zuwachsrate: die Reisegepäck-Versicherung. Um rund 15 Prozent, so weiß Alois Weber, stellvertretender Geschäftsführer der Elvia Reiseversicherung in München, steigen die Schadensleistungen pro Jahr.

Schuld an der Entwicklung ist nicht nur die wachsende Kriminalität im Ausland und in der Bundesrepublik. Immer häufiger, so klagt die Versicherungsbranche, versuchen Kunden auf die faule Tour, einen Teil ihrer Reisekosten über fingierte Schadensfälle wieder hereinzuholen.

Studenten sind dabei besonders in Verruf geraten. Während in der Berliner Hausbesetzerszene Merkblätter zum Thema „Wie betrüge ich meine Reisegepäckversicherung?" kursieren, setzen Jurastudenten gelegentlich ihr Wissen mit zweifelhaften Tips und Tricks in die Praxis um. Alfons Fischer von der Europäischen Reiseversicherung, mit rund 82 000 Schadensfällen pro Jahr allein in der Sparte Reisegepäck die größte im Bundesgebiet, warnt jedoch davor, einen ganzen „Berufsstand" in Mißkredit zu bringen: „Nicht jeder Student ist gleich ein Versicherungsbetrüger." Tatsache ist aber, daß gerade in studentischen Kreisen die Zahl der fingierten Schadensmeldungen überdurchschnittlich hoch ist.

Auffällige Begleitumstände, Details in der Schadensschilderung bringen den Sachbearbeiter häufig auf die Spur eines Betrügers. In einer Art Rasterfahndung wird Mosaiksteinchen für Mosaiksteinchen zusammengefügt. Unterstützt durch eine gut funktionierende EDV-Anlage, lassen sich Grunddaten eines jeden bereits bearbeiteten Schadensfalles in Sekundenschnelle mit dem aktuellen Fall vergleichen: Vorschäden, Begleitumstände, Schadenshöhe und vieles mehr.

Ist der Fall unklar, lassen es die Versicherungen auf einen Prozeß ankommen. Bereits ihre Zahl beweist, welches Ausmaß der Versicherungsbetrug durch fingierte Schadensfälle angenommen hat. Allein bei der Europäischen hat sich die Zahl innerhalb eines Jahres von 150 auf 300 verdoppelt. In einzelnen Fällen trennte sich die Versicherungsgesellschaft auch von kooperierenden Reisebüros, als offensichtlich war, daß die Reisebüros mit dem Versicherungsnehmer zusammengearbeitet, Policen nachträglich ausgestellt und zurückdatiert hatten.

Beste Erfahrungen haben die Versicherungsgesellschaften mit Langzeiturlaubern gemacht. Hierzu erklärte Alois Weber: „In drei Monaten Seniorenurlaub auf Mallorca passiert nicht soviel wie in zwei Wochen Hochsaisonurlaub auf derselben Insel." Nach Ansicht Webers geben ältere Leute mehr acht auf ihr Gepäck und lassen Wertgegenstände in der heimischen Wohnung. Der Trend bei den jüngeren Reisenden führte in den vergangenen Jahren dazu, immer mehr und immer teureres Reisegepäck mit in den Urlaub zu nehmen, edle Garderobe und Sportartikel einzupacken. Umfangreiche Video- und Fotoausrüstungen erleben zur Zeit einen Boom, und selbst, wenn die Kleidung nur aus Jeans und T-Shirts besteht, „wird am Arm doch die Rolex getragen" – eine Einladung für Diebe.

Sorgen bereitete den Versicherungsgesellschaften aber auch die ausländische Polizei. Sie stand in der Vergangenheit im Ruf, bereitwillig Bescheinigungen über angebliche Diebstähle auszustellen und zu lasch bei der Aufklärung der Fälle zu arbeiten. Das hat sich geändert. Heute vermelden deutsche Versicherungen Aktionen, mit denen dem vorsätzlichen Betrug das Handwerk gelegt werden konnte.

Besonderes Engagement legte dabei die österreichische Gendarmerie an den Tag. Nachdem die Zahl der Skidiebstähle in einem renommierten Wintersportort drastisch in die Höhe gegangen war, statuierten die Alpenländer ein Exempel. In Zusammenarbeit mit Versicherungsgesellschaften entwarf die österreichische Gendarmerie ein Formular, das bei der Anzeige eines Diebstahls ausgefüllt werden mußte. Darin fanden sich unter anderem einige Fangfragen. So wollte die Polizei etwa den Abreisetermin der Bestohlenen, den Namen ihres Hotels und das Autokennzeichen wissen. Was die Bestohlenen nicht wußten: Gendarmen der örtlichen Polizeibehörden hielten an den Abreisetagen Ausschau nach den Wagen und zählten die Skier auf dem Dach. Das Ergebnis: So manche angeblich gestohlene Skier waren ordnungsgemäß auf den Dächern festgeschnallt. Meldungen an die Grenzstellen folgten auf dem Fuße. Und der Erfolg der Aktion – die Zahl der „Skidiebstähle" ging drastisch zurück, nachdem sich die Maßnahmen der Polizei bei den Brettlfreunden herumgesprochen hatten.

PETRA S. HARDT

Gepäckschutz: Preise und Leistungen

RW. Bonn

Vor gut drei Jahren waren sich die Versicherungsunternehmen einig. Nach vierjähriger Diskussion verabschiedeten sie die „Allgemeinen Bedingungen für die Versicherung von Reisegepäck", die einen Schlußstrich unter das Durcheinander der Regeln und Bestimmungen bei der Reisegepäck-Versicherung zogen. Seit 1980 gilt nun folgendes:

- Versichert ist das gesamte Reisegepäck des Versicherungsnehmers und der mit ihm reisenden Angehörigen. Als Reisegepäck gelten sämtliche Sachen des persönlichen Reisebedarfs wie Sportgeräte, Fahrräder, Falt- oder Schlauchboote und Skier. Die Versicherung haftet nicht, wenn die Gegenstände bei der Benutzung beschädigt werden. Pelze, Schmuck und Gegenstände aus Edelmetall sowie Foto- und Filmausrüstungen sind versichert, wenn sie getragen, benutzt oder sicher aufbewahrt werden.
- Nicht versichert sind jedoch Geld, Wertpapiere, Fahrkarten, Urkunden und Dokumente aller Art, wobei Ausweispapiere ausgenommen sind.
- Ein Schaden wird ersetzt, wenn das Gepäck unterwegs gestohlen oder vorsätzlich durch Dritte beschädigt wird. Außerdem steht die Versicherung für einen Schaden gerade, wenn das Gepäck bei einem Unfall, durch Brand, Sturm, Blitzschlag oder Wasser zerstört wird.
- Grundsätzlich gilt, daß bei verlorengegangenen Reisegepäckstükken höchstens zehn Prozent der Versicherungssumme (maximal 500 Mark) erstattet werden. Außerdem gilt, daß Wertgegenstände wie Pelze und Schmucksachen, aber auch Foto- und Filmausrüstungen mit insgesamt höchstens 50 Prozent der Versicherungssumme gedeckt werden.
- Reisegepäck ist im Auto nur dann versichert, wenn es sich im abgeschlossenen Innen- oder Kofferraum befindet. Das trifft allerdings nur für die Zeit von sechs Uhr morgens bis 22 Uhr zu. Während der Nacht muß der Wagen in einer abgeschlossenen Garage (kein Parkhaus) untergestellt werden. Ausgenommen sind Wertsachen, die auf jeden Fall aus dem Auto herausgenommen werden müssen.

Reisegepäckversicherungen können für einen Zeitraum ab acht Tagen und über eine Versicherungssumme ab 2000 Mark abgeschlossen werden. Preisbeispiel: Eine Reisegepäckversicherung für 17 Tage bei einer Versicherungssumme in Höhe von 3000 Mark kostet etwa 30 Mark.

Die meisten Versicherungsunternehmen bieten jedoch als besonderen Service eine Kombinationsversicherung an, ein „Paket" aus Kranken-, Unfall-, Haftpflicht- und Reisegepäck-Versicherung. Preisbeispiel: Für 31 Tage und eine Gepäck-Versicherungssumme von 3000 Mark sind für diesen „Allround"-Schutz etwa 40 Mark zu bezahlen.



In Berchtesgaden haben die Weihnachtsschützen Tradition FOTO: ERNST BAUMANN

URLAUBSTIPS / Preiswerte und ausgefallene Touren für die Feiertage

Zu Weihnachten aufs Rittergut

Ruhige Weihnachten und Silvester fernab von Hetze und Hektik möchte die traditionsreiche Stadt Rothenburg ob der Tauber ihren Gästen in ihren Mauern bereiten. Das „Wintermärchen"-Programm (vom 3. Dezember bis zum 1. Januar) setzt an den Weihnachtsfeiertagen mit den Hans-Sachs-Spielen oder Aufführungen im Figurentheater am Burgtor fröhliche Akzente. Kunstausstellungen, Chor-, Orgel- und Kammerkonzerte und zahlreiche Silvesterbälle bilden den festlichen Rahmen für die Feiertage. Aus etwa 150 Einzelveranstaltungen hat das Kultur- und Verkehrsamt Pauschalarrangements zusammengestellt. Fünf Übernachtungen nebst Frühstück und diversen Sonderleistungen sind ab 175 Mark zu buchen (Auskunft: Städtisches Kultur- und Fremdenverkehrsamt, Rathaus, Postfach 1114, 8803 Rothenburg o. d. Tauber).

*

Für die Zeit vom 28. Dezember bis 3. Januar 1984 bietet CVJM-Reisen eine Pauschalreise nach Budapest an. Die Fahrt mit dem Bus geht über Wien und durch das Burgenland und sieht neben ausführlichen Besichtigungen einen Ausflug zum Donau-Knie sowie einen abendlichen Besuch mit Weinprobe in einem Zigeuner-Restaurant vor. Ein festliches Silvester-Bankett ist im Preis von 875 Mark (Übernachtung im neuen Novotel und Halbpension) enthalten (Auskunft: CVJM-Reisen, Postfach 410149, 3500 Kassel-Wilhelmshöhe).

*

Ausgewählte Bauernhöfe im nördlichen Oberösterreich versprechen in der Zeit vom 24. November bis zum 5. Januar ihren Gästen erholsame Feiertage: „Weihnachten in einem Mühlvierteler Bergbauerngehöft" heißt das Angebot. Das Programm sieht unter anderem eine Pferdeschlittenfahrt, eine geführte Winterwanderung, Bauerntheater-Aufführungen und einen „besinnlichen Abend am Hof" vor. Sechs Nächte mit Halbpension kosten 170 bis 230 Mark. Alle Höfe liegen in der Nähe von Langlaufgebieten (Auskunft: Fremdenverkehrsamt Mühlviertel, Starhembergstraße 35 a, A-4020 Linz).

*

Wer die beschaulichen Weihnachtstage einmal ganz anders verbringen will und dem Extravaganten nicht abgeneigt ist, der kann sich einer Sahara-Dünen-Expedition in Quargla (23. Dezember) anschließen. Bis zum 8. Januar geht es durch die interessanten Dünengebiete der größten Wüste der Welt. Inklusive Flug kostet die Weihnachtsexpedition bei Sun Tours 2950 Mark. (Auskunft: Sun Tours, Dorfstraße 14, 6306 Langgöns 2).

*

Ruhe und Erholung verspricht ein Weihnachtsurlaub auf dem Rittergut Hennickehammar im schwedischen Värmland. Sieben Tage Vollpension in unmittelbarer Waldnähe kosten 857 Mark. (Auskunft: Schwedische Touristik Information, Glockengießer Wall 2, 2000 Hamburg 1)

*

Auch das Wintersportland Norwegen lädt zu den festlichen Tagen nach Norden ein. Zahlreiche Arrangements stehen zur Auswahl. Eine Woche im Hotel in Lillehammer am Mjösasee kostet zum Beispiel mit Anreise im eigenen Auto und Schiffspassage von Kiel nach Oslo ab 1320 Mark (Auskunft: Reisebüro Norden, Ost-West-Straße 70, 2000 Hamburg 11).

*

Eine abwechslungsreiche Kultur- und Trekkingsreise durch Thailand führt zu den buddhistischen Denkmälern des Landes, den Eingeborenen in den Bergen und zum „Goldenen Dreieck" an der Grenze zu Burma. Die 22tägige Weihnachtsreise kostet mit Flug, Vollpension und deutscher Reiseleitung 4590 Mark (Auskunft: Hauser Exkursionen International GmbH & Co, Neuhauserstraße 1, 8000 München 2).

*

Zu Weihnachten und Silvester bietet die Nordsee-Insel Borkum eine Urlaubsalternative fernab vom Festland und dem Trubel der Großstädte. Das Feiertagsprogramm umfaßt Inselwanderungen, Vorträge und Weihnachts- und Silvesterball. Die achttägige Busreise ab Dortmund mit Zusteigemöglichkeiten kostet ab 550 Mark inklusive Übernachtung im Appartement und Essensgutscheinen (Auskunft: Kurverwaltung, Goethestraße 1, 2972 Nordseeheilbad Borkum).

KATALOGE

Ameropa (Ameropa Reisen GmbH, Myliusstraße 47, 6000 Frankfurt 1): „Reisen mit Bahn und Auto – Winter '83/84" – Wintererholung und Wintersport in den Urlaubszielen des Alpenraums sind Trumpf im neuen Ameropa-Katalog. Zur Auswahl stehen 150 Ferienorte in fünf europäischen Ländern. Als besonderes Plus sind Preissenkungen bis zu 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr für das Gros der Bahnreisen zu verzeichnen. Betten warten auf den Bahnurlauber an der Nordsee, in den deutschen Mittelgebirgen, in Lugano und in Finale Ligure. Für den Kurztrip bieten sich Städtereisen nach Paris, Wien und Berlin an. Einige Preisbeispiele: In Saas Fee kosten eine Woche mit Halbpension und Bahnanfahrt ab 602 Mark. Der Preis für eine Woche mit Halbpension und Bahnreise in Sölden beträgt ab 544 Mark.

BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Jugendferienwerke, Carl-Mosters-Platz 1; 4000 Düsseldorf 30) – „Jugendreisemagazin 83/84". Das Angebot „Urlaub für junge Leute" gilt für Jugendliche ab 14 Jahre und junge Erwachsene. Es umfaßt Skiferien in Österreich, der Schweiz und dem Schwarzwald. Außerdem bietet es zu Weihnachten eine Studienreise nach Israel und eine zweiwöchige Fahrt nach Rom (April '84). Speziell auf die Altersgruppen zugeschnitten sind Sprachferien in Großbritannien. Alle Reisen werden von pädagogisch geschulten Reiseleitern durchgeführt. Preisbeispiel: Zweiwöchige Hüttenferien in der Schweiz für 16- bis 20jährige für 695 Mark bei Vollpension.

Hannibal (Hannibal-Reisen, Düsseldorf) – Der auf Tunesien spezialisierte Reiseveranstalter verspricht in seinem Winterkatalog 83/84 „Luxus muß nicht teuer sein". In den Orten Djerba, Sousse, Hammamet, Nabeul und Tunis liegen die Drei- oder Vier-Sterne-Hotels, die fast alle auch Weihnachts- und Silvesterfeiern ausrichten. Diverse Extraleistungen wie Tennis, Surfen, Sauna, Ausflüge werden in verschiedenen Hotels gratis angeboten. Preisbeispiel: Eine zweiwöchige Flugreise in ein Drei-Sterne-Hotel in Hammamet kostet bei Halbpension ab 718 Mark.

Hummel (TUI – Touristik Union International, Karl-Wiechert-Allee 23, 3000 Hannover 61): „Urlaub mit gutem Klima" – Schwerpunkte des Programms sind die bekannten Schnee- und Skigebiete der Alpenregion. Für „gutes Klima" soll das auf Preiswürdigkeit und Familienfreundlichkeit abgestellte Programm sorgen, das auch Spezialveranstaltungen (Gästeskirennen mit Rosi und Christian Neureuther) bietet. Preisbeispiele: Ein zweiwöchiger Winterurlaub in einer Pension im Ötztal, Übernachtung mit Frühstück kostet ab 368 Mark pro Person bei Anreise mit Auto oder 628 Mark bei Bahnanreise; zwei Wochen Skiferien in den Dolomiten in einem Hotel der Mittelklasse mit Halbpension kosten ab 584 Mark pro Person bei Anreise im Auto und 904 Mark pro Person bei Anreise im Sonderzug ab Frankfurt.

SCHWEIZ



Erstklassferien zu vernünftigen Preisen.

Skierlebnisse auf First, Scheidegg, Lauberhorn, Männlichen... Zahlreiche Langlauf-Loipen sowie gepflegte Wanderwege

Das SUNSTAR Grindelwald liegt an ruhiger und doch zentraler Aussichtslage vis-a-vis der Talstation Firstbahn. Im SUNSTAR geniessen Sie grosszügigen Komfort in ungezwungener, wohnlicher Atmosphäre.

● Jedes Zimmer mit eigenem Bad/Dusche, WC, Radio und Telefon ● Frühstücksbuffet à discrétion – Snack-Bar – hervorragende Küche – Rôtisserie Adler-Stube – auch für die verwöhntesten Gourmets ● betont gemütliche Aufenthaltsräume mit Cheminée – heimelige Hausbar – komfortables Fernsehzimmer – Garage ● grosses Hallenbad mit Unterwasser-Massage – gratis Sauna und Solarium ● bekannt für freundliche und zuvorkommende Bedienung.

7 Tage Halbpension im Doppelzimmer/Bad:
****SUNSTAR-ADLER: Fr. 735.– (4.2.–10.3.1984 + Fr. 119.–)
****SUNSTAR: Fr. 609.– (4.2.–10.3.1984 + Fr. 126.–)
(Weihnacht/Neujahr auf Anfrage)

SUNSTAR+ ADLER-HOTEL Grindelwald

Reservation bei Ihrem Reisebüro oder direkt bei unserem Gastgeber
Fam. W. S. Roth, CH-3818 Grindelwald
Telefon 004136/54 54 17 – Telex 923 230

Weitere SUNSTAR-Hotels in Davos, Lenzerheide, Wengen, Flims (Hotel Surselva), Villars (Hotel Eiger)

Davos MONTANA SPORT-HOTEL

für glückliche Winterferien

Komfort + Geselligkeit. Sehr bequem gelegen, bei den Skibahnen + Langlaufloipen. Alle Südzimmer mit Bad und Sonnenbalkon. – „Weiße Wochen"-Arrangements.
Fam. Hösler, CH-7260 Davos-Dorf
Tel. (0041 83) 5 34 44 – TX 74 398

Davoserhof Davos

Zentral und ruhig gelegen. Nächst Bahnen/Loipen.
Vom 27.11.–24.12.83, 8.1.–29.1.84
Weisse Wochen ab Fr. 560.–
(7 Tage HP, Z/mit Bad od. Dusche/WC)
+Fr. 133.–/166.– für Generalabo
+Fr. 110.– für Ski- od. Langlaufschule
Februar-/März-Skiwochen ab Fr. 665.– (7 Tage HP, Zimmer mit Bad oder Dusche/WC)
Auch Appartements (2–4 Betten, Preis auf Anfrage) erhältlich.
Verlangen Sie unseren Prospekt und eine unverbindliche Offerte!
Hotel Davoserhof
CH-7270 Davos
Fam. P. Petzold-Voelkle
Tel. 0041/83/3 68 17

HOTEL HOHE PROMENADE

Ihr Ferienhotel ★★★★

- Alle Zimmer: Bad/WC oder Dusche/WC, Radio, Tel.
- Bekannte, selbstgeführte Küche
- Ruhige, zentrale Lage
- Idealer Ausgangspunkt für Skilift, Luftseilbahn, Spazierwege

Familie Freddi Ackermann
CH-7050 Arosa (Graubünden)
Tel. 004181-31 26 51

Arosa

---

217 001 777 asd

ist unsere FS-Nummer für die Anzeigenabteilungen WELT am SONNTAG und DIE WELT

Morosani Hotels Davos Graubünden/Schweiz

Schweizerhof ★★★★
170 Betten
Erstklass-Ferienhotel
Tel. 004183/21151
Telex 74 324 Paul Heeb

Post-Pöstli ★★★★
160 Betten
Erstklass-Ferienhotel
Tel. 004183/211 61
Telex 74 350
Hans-Peter Kreuziger

Das grosse Plus in jedem Morosani-Hotel: Hallenschwimmbad Sauna · Solarium · Massage

---

«Weisse Wochen»

1560 m **Davos**

Pauschalangebote ab Fr. 588.–

27. Nov. – 18. Dez. 83
8. Jan. – 29. Jan. 84
25. März – 15. April 84

inkl. Unterkunft, Halbpension, Bergbahnen-Generalabonnement und Skischule

Verlangen Sie noch heute unsere Unterlagen oder rufen Sie uns einfach an!

Verkehrsbüro Davos
CH-7270 Davos Platz
Ø 004183/3 51 35

★★★★★★★★★★★

SAVOY Arosa

★★★★★ SAVOY VIVRE

wo man sich trifft

Ihr ★★★★★ TOP-HOTEL für attraktiv-aktive Winterferien.

Eine exclusive private Ferienwelt für SIE: Hallenbad, Sauna, Massage, Fitnessraum Beauty-Center, Coiffure Damen/Herren Tennis- + Squash-Hallen, Kegelbahnen Bar-Dancing, Rôtisserie, Raclette-Stübli, Gratis-Kindergarten, Garagen, Gratisbus zu den Skiliften.

Dezember-Ski- + LL-Pauschalwochen: 26.11.–3.12./3.–10.12./10.–17./21.12.83 Fr. 720.– bis 980.– p.P. inkl. Vollpension, täglich 4 Skilektionen + Skipass; in Appartements ab Fr. 695.–.
★ Tennis- + Skiwochen (CIS) ★
★ Schönheitswochen ab Fr. 920.– ★
★ Schlankheitswochen ★
★ Spezielle Familienarrangements ★

SAVOY-HOTEL, CH-7050 AROSA
Joe L. Gehrer, Dir.,
Tel. 004181-31 02 11
Telex 74 236

DÄNEMARK

DÄNEMARK – KATALOG 1984 IST ERSCHIENEN!!!
Überall a.d. Nordsee, Ostsee, Fjorden, Inseln – auch BORNHOLM, die Ferienperle zu allen Jahreszeiten – grosse Auswahl von schönen, kinderfreundl. Ferienhäusern jeder Preislage. Grosser Nachlass bis 30/6 u. ab 18/8. Ausführl. Katalog mit Grundrissen/Fotos. Freundliche, persönliche Beratung.
Aut. Büro SONNE UND STRAND, DK-9440 Aabybro. 9–20 Uhr täglich, auch samstags und sonntags. Tel. 00458-245600

Dänische Nordsee

Komfortable, herrlich gelegene Ferienhäuser in Strand- und Waldnähe das ganze Jahr über zu vermieten. Büro am Ort. Eigene Servicemonteure.
Blaavand Sommerhusudlejning ApS Bei Ibsen
Blaavandvej 15, DK-6857 Blaavand, Tel. 00455-27 92 44
jetzt die 49. Saison

Dänemark 1984

Komfort. Ferienhäuser in allen Preisl. Nord- u. Ostsee. Kostenlos Farbkatalog anfordern!
DAN-BOOKING K/S
Kollund Postfach 92 DK-6340 Krusaa
Tel. (00454) 67 88 70

NORDSEE-DÄNEMARK FERIENHÄUSER
Frei für das ganze Jahr

J. Rasmussen	G. Kröger, 2 HH 54
DK-6990 Ulfborg	Kronsaalsweg 63 A
T. 0045-49 15 26	T. 040-54 28 17

Insel Als (Alsen) Dänemark
Weihnachtsferien. Ferienhäuser z. verm. Nord-Als Turistservice, Storeg. 85s, DK 6430 Nordborg, (00454) 45 16 34

Ferienhaus mit Meeresblick
Havnsø/Seeland f. 5 Pers., kompl. Einr., 3 Schlafräume, Wohnz. mit Kamin, Bad + WC, E-Hzg., Sandstrand: 300 m. Preis pro Woche: 250,–/475,– D-Mark. Frau Gurli Neuber, Evaldsvej 5, DK-2670 Greve Strand, Tel. 0045/290 00 50 nach 18.00 Uhr.

● Hurup an der jütländischen Ostküste bietet Ferienhäuser am Sandstrand an
(sehr kinderfreundlich).

● Hurup bietet auch Campingplätze, Hotels und private Zimmer an.

Ø. Hurup Turistkontor
Kystvejen 34,
Ø. Hurup,
DK - 9560 Hadsund
Tel.: 00458/58 82 11

SONDERPREISE - DÄNEMARK
Ferienhauskatalog gratis.
Ständig Sonderangebote. Direkt von:
SKANDIA, Marsweg 23,
2390 Flensburg - Tel. 0461/6 36 19

Dänemark ab DM 195,- Wo.
Ferienhäus., Sörensen, Dorfstr. 36 A
3012 Langenhagen 8, T. 0511/741011

Urlaub in Dänemark
Ferienhäuser an den schönsten Stränden der Nord- und Ostsee, des Limfjords sowie der Insel Seeland. Fordern Sie jetzt schon unseren Anf. Nov. erscheinenden Katalog der Saison '84 an:
Ferienhausvermittlung B. KNEITZ
Sennels DK-7700 Thisted
Dänemark
Telefon 0045-7-98 54 66

Dänemark
Ferienhäuser an der Ostsee, am schönen Vejle-Fjord. Bitte fordern Sie Prospekte an.
Touristbüro Vejle
Raadhustorvet, DK-7100 Vejle
Telefon 00455 – 82 19 55

Ferienhäuser
Dänemark Nord- und Ostsee, alle Jahreszeiten
Der neue Katalog ist da!
Sofort anfordern!
Vermietung nach deutschem Recht.
P. Markvardsen, Hoptrup, DK 6100-Hadersler
Tel. von Deutschland: 0045-4-57 58 76

Privat-Ferienhäuser überall in Dänemark

Ferienhäuser/ Dänemark
Gratis Katalog anfordern. Häuser ganzjährig frei. Nord- und Ostsee: *Vermietung seit 1960.*
DAN-INFORM KG, Schleswigerstr. 68
2390 Flensburg Telefon 0461-97021

Bornholm

Sommerhaus, Dueodde/Bornholm
400 m v. Dänemarks schönstem Strand entfernt, für max. 6 Pers. zu vermieten. Wohnz., 3 Schlafz., Küche m. Eßecke, Bad m. w. Wasser. Preis pr. Woche im Zeitraum 16. 6.–25. 8. 1984, DM 700,-, vor und danach 450,- und Elektrizität. Hans Ove Kofoed, Soph. Schandorphsvej 18, DK-2800 Lyngby

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Bornholm-Dueodde
2 Luxuswohnungen, 80 + 110 m², Grdst. 8000 m², privater Tennisplatz u. *Reitstall vorh., großer Garten, pro* Woche DM 1270,- + 1490,-, weitere Sommerhäuser vorh. ab DM 500,- bis 1490,-/Woche. Vor- u. Nachs. halber Prs. Paul Erik Hansen, Krakvej 12, DK-3730 Nexø.
Tel. 0045-3-98 87 77

ÖSTERREICH



Wintererholung, Winterspaß am Gerlospaß 900–2.300 m

Walderwirt & Märzenhof

Ihr Ferienhotel im Oberpinzgau, nur 2 Autostunden von München. Ihr gemütliches Zuhause für Kinder, Anfänger und Könner in der Oberpinzgauer Skiregion – Königsleiten – Gerlosplatte – Neukirchen/Großvenediger mit über 30 Liften. Hervorragend präparierte Pisten – keine Wartezeiten. Skikindergarten: 40 km Loipen (bestens präpariert) – Einstieg direkt am Hotel – auf 1.500 m Höhenwanderloipe – mit sicherer Schneelage bis Ostern. *Komforthotel mit Panoramaschwimmhalle* (28°C), Sauna, Solarium.
Ab April auch freie Tennisplatzbenützung! Wald ist ein kleines, idyllisches Bergdorf. Hier finden Sie: Ruhe, Erholung und fam. Atmosphäre. Kinderfreundlich. v. 5.2.–30.4.1984 HP DM 390,–/470,– pro Pers./Woche. Günstige Pauschalen: z.B. 1 Woche HP + Skipaß DM 460,–/540,–, Kinder bis 14 Jahre DM 310,–/340,–, Kinder bis 4 Jahre frei!
„Weiße Wochen" v. 10.1.–5.2.1984 bis zu 20% Ermäßigung!
Fam. Strasser
A-5742 Wald i. Oberpinzgau 20
Tel.: 0043/6565/8216
Der traditionelle Familienbetrieb für Feinschmecker und Individualisten.
Salzburger Land

Alpenhotel Katschberg-höhe

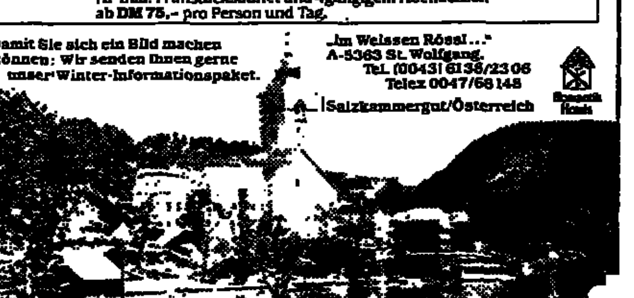
So soll Winterurlaub sein!
- Skivergnügen mit viel Schnee, bis in den Mai
- hervorragend gepflegte Pisten für jeden Könner gleich vor der Haustür
- herrliche Landschaft
- lange Abfahrten ohne Wartezeiten an den Liften
- ein komfortables, kinderfreundliches Hotel mit allem Komfort vom Hallenbad bis zum Solarium

Familienfreundliche Preise
1 Woche VP inkl. ab DM 690,–.
Beachten Sie unser besonders günstiges Januar-Angebot ab DM 590,–
Denken Sie so wie wir darüber? Rufen Sie uns an: Tel. 0043/4734/219, 220
Alpenhotel Katschberghöhe
Fam. Bogensperger

IM SCHNEE-WEISSEN RÖSSL AM WOLFGANGSEE

... da steht das Glück vor der Tür – und nicht nur in der Operette. Traditionelle Winterfeste. St. Wolfgang idyllisch verschneit, die spiegelglatte Fläche des Sees, Pisten und Loipen ganz ohne Rummel, Reitpferde, Tennishalle, Winter-Golfschule. Dazu ein Romantikhotel mit Hallenbad, Feinschmecker-Restaurant and viel Stimmung. Dieses Schneevergnügen wird Ihnen liegen.

HP inkl. Frühstücksbüffet und 4gängigem Abendessen ab DM 75,- pro Person und Tag.



Damit Sie sich ein Bild machen können: Wir senden Ihnen gerne unser Winter-Informationspaket.

„Im Weissen Rössl ..."
A-5363 St. Wolfgang.
Tel. (0043) 6138/2306
Telex 0047/68148
Salzkammergut/Österreich

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

LEOGANG 840–2000 m Salzburger Land

Wir sind: ein kleines, gemütliches Dorf mit großen Möglichkeiten!

Wir haben: ein Superskigebiet mit Skizirkus Saalbach/Hinterglemm – für Anfänger und Könner und haben sonst auch noch einiges anzubieten, wie ... tägl. gespurte Loipen, beleuchtete Rodelbahn, geräumte Wanderwege ...

Wir geben: gerne und kostenlos weitere Informationen über Pauschalen, Liftpässe, Skischule, Unterkünfte und nehmen auch Ihre Buchungen entgegen:

Verkehrsverein A-5771 Leogang, Tel.: 0043/6583/234



4 gemütliche Ferienwohnungen in Leogang, Sonnberg 144, für 4–5 Personen, absolut ruhige Einzellage, Südhang, Waldrand, 2 Schlafzi., Wohnzi. mit Kamin, Küche-Eßecke, Balkon/Terrasse. Tel. BRD 02151/73 05 86

Komfort-Sporthotel, Panorama Hallenbad, Sauna, Solarium, Fitness, Kaminhalle, wöchentl. Unterhaltungsprogramm, Skipaß für 25 Liftanlagen einschließlich Warth/Arlberg
HP inkl. Frühstücksbuffet DM 63,–/83,–
Tirol



Tel.: 0043/5634/6219
A-6652 Elbigenalp 1 Lechtal, Tirol
Sporthotel Alpenrose

PENSION SAILER, A-6473 Wenns/Pitztal/Tirol, Tel. 0043/54/14/215. Hs. m. Sauna u. Solar., Ortsr'lg., Freiz'-zentr. *Nulltarif-Linienbus* ab Hs. z. Skigeb. Hochzeiger. Zi. m. Du./WC u. Frühstück DM 26,- od. m. HP DM 37,-. Ferienwohngn. mit ca. 45 m² für 2–5 Pers. z. Inklusivpreis ab DM 57,-/Tag.

Ferienhotel Schneekönig ★★★
1850 m Seehöhe

Schneepflug-Wedelwochen
ab 7. Jänner bis 6. April 1984
7 Tage VP (Zi, Du/WC) DM 595.-
inkl. Schischule und Liftbenützung, im Jänner 15% ermäßigt!
Komforthotel im Familienschigebiet *Falkertsee (zw. Bad Kleinkirchheim* und Turrach) mit Hallenbad, Sauna, Fitneßgeräte, Kegelbahnen, Almkeller, Kinder- und Jugendspielzimmer, Tt, TV, Frühstücks- und Salatbuffet, Fondue- und Grillabende, Sonnenterrasse, Höhenloipe, Schikindergarten, 80 m zum Lift, Kinder-*ermäßigung!*
Anfragen: Fam. Glatz
A-9564 Falkert/Patergassen,
Pf-Nr. 5 · Telefon 00 43/42 78/205

Sölden

Sie haben schon richtig gelesen – schöner kann Skifahren wirklich nicht sein. Mit der Ski-Herbst-Pauschale bietet Sölden ab Anfang September 1983 – ein einmaliges Angebot.

- Schneegarantie
- Gletscher Skipässe für 1/2, 1, 2, 3, ... und mehr Tage
- 10 Liftanlagen auf zwei Gletschern
- 12 km Gletscherstraße direkt zum Gletscher
- Hotellerie und Gastronomie mit jeglichem Komfort - Apreski: Total
- Umfangreiches Freizeitprogramm
- Hallenbäder
- Ski und Spaß
- Pauschalangebot ab ÖS 540.-

Tirol

GASTEINERTAL

Unvergleichliche Heilerfolge – vor allem bei Beschwerden der Wirbelsäule und Gelenke – durch Gasteiner Heilstollen und **Radon-Thermal-Kur**

Viel gerühmte Bergluft in einmaliger Hochgebirgslandschaft. Wandern auf herrlichen Wegen in 850 bis 1000 m Ortsnähe. Schwimmen in attraktiven Thermal-Hallen- und -Freibädern. Tennis auf Freiplätzen und in Hallen, Golf und Reiten.

A-5640 Badgastein, Telefon 0043 64 34/25 31
A-5630 Bad Hofgastein, Telefon 0043 64 32/42 90
A-5632 Dorfgastein, Telefon 0043 64 33/2 77

Salzburger Land Österreich AUSTRIA



Romantikhotel Grüner Baum Badgastein
Fröhliche Skiferien Winter-Thermalkuren

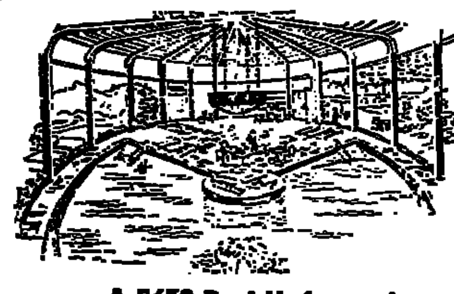
Hoteldorf Salzburger Stil
Jedes Haus Thermalbäder
Vom Bett ins Thermalbad
Thermalschwimmbad 32°
Sauna, Unterw.-Massage
Arzt, Masseure im Haus
krankenk'beihilfefähig

Langlaufloipe v. Hotel weg
Langlaufschule, Skiverleih
Busservice z. Bergbahnen
Musik, Tanz, Rößlstuben
Unterhaltungsprogramm
Kegelbahn, Eisschießen

8. 1.–4. 2. Kleine Gasteiner Kur, v. d. Loipe in d. Therme 14 Tg. HP, Zi. Dusche WC, 10 Therm.-Bäder, Arzt 2 Sonnenbänke, 3 Saunen Ab DM 1340,-

24. 3.–31. 3. Skiwoche Halbp. ab DM 540,-

Salzburgerland
A-5640 Badgastein
Tel. 0043/6434/251 60
Telex 67-516



Grand-Park-Hotel BAD-HOFGASTEIN

mit Österreichs größtem hoteleigenem Thermalhallenrundbad *(Strömungsbad, Jetstream)*, Sauna, Solarium, Inhalation, Mundduschen, Massagen, 20 000 m² sonnige Park- und Liegewiesen, spezielle **Radonbadeabteilung, Heilmoor, Unterwassertherapie – beihilfefähig.**
Für Sportler: Bergbahnen, Skilifte, Eislauf-/Eisschießplätze, Langlaufloipe, Tennishalle im Umkreis von 400 Metern.

A-5630 Bad Hofgastein
Telefon 00 43 64 32/35 60, Telex 00 47-67 756

HOTEL SALZBURGERHOF · Bad Hofgastein

Unser Haus liegt in der Fußgängerzone nahe Kurzentrum, 73 Zimmer sämtlich mit Du./Bad, WC, Balkon, Fernsehraum, Voll- od. Halbpension, Garagen. – Thermalstufenbäder, Massagen, KURPAUSCHALEN – beihilfefähig für sämtl. Krankenkassen. In unserem gemütlichen Restaurant bieten wir anerkannt gute Küche sowie das echte Pils vom Faß.

A-5630 BAD HOFGASTEIN · Telefon 00436432/230 u. 483

Ferienwohnung in Bad Hofgastein

für 2 Pers., großer Südbalkon mit Blick auf das Angertal, Sauna i. Hs., entzückend eingerichtet, Nähe Bergbahn, Thermal-Hallen- und Freibad/Kurzentrum ● Tel. 040/536 52 45

Ski- & Tennis- Langlauf- Paradies Bad Hofgastein

Ferien in einer familiären, gemütlichen Atmosphäre in Häusern, wo GESELLIGKEIT, GASTFREUNDLICHKEIT, KOMFORT und UNTERHALTUNG Trumpf sind.
Skilift- u. Loipennähe, eig. TENNISHALLE, Hallenschwimmbad, Thermalsprudelbecken, ein Tanzrestaurant, sowie ein überdachter Parkplatz sind Ihr Vorteil.

NEU! **SKI-LANGLAUF- und TENNISPAUSCHALE**
Bitte fordern Sie unsere ausführl. Prospekte an!

Hotel KÄRNTEN + HOTEL Carinthia
Familie Klammer - A-5630 Bad Hofgastein
Tel. 0043/6432/7110 + 83740, Tx. 47:67771

Diese **Hotelgemeinschafts-Werbung** wird zusammengestellt durch
L. A. Ch. SCHULZ-Werbung Mattentwiete 5, D-2000 Hamburg 11, **Telefon 040/36 46 86**

4-Stern-Wedel-Wochen '83/84 ★★★★

Die Sonneninsel im Gasteinertal EUROTEL BADGASTEIN

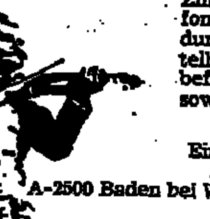
Luxus-Appartements mit Bar, Radio und Telefon
Welcome-Drink · *Eurotel Frühstücksbuffet*
Galadiner am Freitag · *Fit-Programm*
Thermal-Hallenbad · *Einmal Sauna*
Eisstockturnier · *Mode, Folklore, Tanz*

7 Tage Halbpension *(3.–17. Dezember '83 und 8.–15. Jänner '84)* **DM 480,–**
Kinder im Zimmer der Eltern gratis

Information und Buchungen: **Eurotel Badgastein**
Postfach 79, A-5640 Badgastein, Tel. 0043/6434/25360

Parkhotel • Hotel Gutenbrunn
KUR- UND ERHOLUNGSPAKET

1. November 1983 bis 30. April 1984
(ausgenommen 22. Dezember 1983 bis 6. Jänner 1984)
21 Tage Vollpension inklusive der Kuranwendungen, wie vom Arzt verordnet, sowie 3 ärztliche Visiten, Stadtführung Baden bei Wien, Casinoführung mit Spielerklärung und Gratisdrink, Heurigenabend inkl. 2/4 l Wein und Kalter Platte, Wienrundfahrt, 5-Uhr-Tee. Besuch des Stadttheaters oder Ausflug ins Voralpengebiet.



Zimmer mit Bad, WC, Radio, Telefon und Minibar. Direkter Verbindungsgang zum Badener Kurmittelhaus. Freie Benutzung des dort befindlichen Thermalhallenbades sowie des Schwefelfreibades

DM 1869,-
Einbettzimmerzuschlag DM 180,-
Aufschlag im April DM 143,-
A-2500 Baden bei Wien 193/2, Tel. 0043/22 52/481 71

BEI WIEN **BADEN**

ANGEBOTE

Rund um die Welt

Vier Kontinente läuft die „Queen Elizabeth 2" der britischen Reederei Cunard während ihrer nächsten Weltreise an. „Leinen los" für die 83tägige Seereise heißt es am 16. Januar in New York. Bis zum Festmachen im Zielhafen Southampton werden der Panama- und der Suez-Kanal passiert und 31 Häfen angesteuert. Die Passage kostet ab 39 100 Mark inklusive Flug von Deutschland nach London und Transfer mit der Concorde nach New York. Außerdem können Teilstrecken der Weltreise gebucht werden. Zwölf verschiedene Programme, die zwischen vier und fünfzig Tagen dauern, stehen zur Wahl. (Auskunft: jedes DER-Reisebüro).

Studienreise „Liverpool"

Studienreisen innerhalb des Gebietes der Europäischen Gemeinschaft bietet der Kieler Veranstalter Hertel Reisen. Den Auftakt bildet eine siebentägige Tour nach Liverpool, der Heimatstadt der Beatles. Begegnungen mit Gewerkschaftern, Kommunalpolitikern und anderen Organisationen sollen Einblicke in die spezifischen Probleme der ehemals blühenden Industriestadt geben. Die kombinierte Bahn- und Busreise kostet 1080 Mark (Auskunft: Hertel Reisen, 2301 Hohenhude).

Nasa-Besuch

Unter dem Motto „Wernher von Braun – Vater der Raumfahrt" bietet das Berliner Reisebüro am Kaiserdamm Reisen zu verschiedenen Terminen an. Die Höhepunkte der 14tägigen Tour sind der Besuch des von-Braun-Centers und des Nasa-Geländes mit fachkundiger Führung, ein Tagesaufenthalt in Disney World und die Besichtigung einer Whisky-Destillerie. Die Reise kostet 3600 Mark (Auskunft: Reisebüro am Kaiserdamm 25 a, 1000 Berlin 10).

Wochenende in Venedig

Verlängerte Wochenenden in den beiden italienischen Städten Venedig und Verona bietet das Amtliche Bayrische Reisebüro (abr) für den Winter an. Die Arrangements von Freitag bis Dienstag enthalten je zwei Übernachtungen mit Frühstück, Bahnanreise und Transfer von Verona nach Venedig und eine Weinprobe in Verona oder eine Teestunde im Palazzo Moncenigo. Der Preis: ab 266 Mark (Auskunft: abr, Im Hauptbahnhof, 8000 München 2).

MEXIKO / Ein Hauch von Hollywood schwebt weiter über Acapulco

Feuerschlucker und Felsenspringer

Acapulco

Die ältere Generation wird sich noch daran erinnern: Als in den Jahren nach dem Krieg in notbedingter Naivität die Vereinigten Staaten von Amerika für ein Land der Millionäre und für das Paradies schlechthin gehalten wurden, zeigte Hollywood mit manch knallbuntem, sonnigem Film, wo für die Amerikaner ihrerseits das Paradies lag.

Über die Kinoleinwand flimmerten Bilder einer palmenumfächelten Welt, in der das Meer und der Himmel ewig technicolor-blau und die Menschen stets froh und sorglos waren, wo nur getanzt, gelacht, geflirtet und nie geweint oder gar gearbeitet wurde und das Happy-End garantiert war. Kurzum: Die Traumfabrik ließ von Acapulco träumen. Acapulco – das war der Gipfel der Glückseligkeit Amerikas.

Daß dieses Acapulco gar nicht in „Amerika" war, sondern ein in den dreißiger Jahren vom vergessenen Seidenhafen zum Badeort avanciertes Städtchen im mexikanischen Bundesstaat Guerrera ist, tat der Sache damals keinen Abbruch. Und es ist etwas hängengeblieben davon: Ein Reiseveranstalter, der heute „Acapulco" in seinen Katalog schreibt, braucht dem nicht mehr viel hinzuzufügen. Der Name allein beflügelt die Phantasie.

Bucht im Felsenkranz

Auch uns ging es so, als wir in Acapulco aus dem Jet stiegen, die Arme ausbreiteten und seufzten: „Endlich am Ziel . . .!" Zweiter Seufzer, sehr tief und schmerzlich, eine Weile später: Hier muß es früher wirklich einmal traumhaft schön gewesen sein. Die Millionäre und die Filmemacher aus Hollywood hatten tatsächlich Geschmack. Wie ein silberflimmernder Schild, besetzt mit den Edelsteinsplittern der bunten Segel der Boote, liegt die Bucht im Felsenkranz; Palmen allenthalben und exotisch-üppiges Blühen. Ruhig, beruhigend blau pulst der Pazifik an den weißen Strand.

Und dahinter, kaum durch einen schmalen Streifen Niemandsland von den letzten Häusern getrennt, beginnt der Dschungel . . . Nur halt: Es steht da ein Hotel neben dem anderen. Es ragt da – die besten Plätze sind längst von den Millionärsvillen mit entsprechend viel Garten rundum besetzt – ein Betonturm neben dem anderen in die Höhe. Der Jet-Set-Treff aus Hollywoods großen Tagen ist längst ein Ziel für viele geworden.

Wenige Gäste haben früher viel Geld gebracht, viele Gäste bringen heute noch mehr. Acapulco – in der melodiösen Sprache der Nahuatl-Indios das Wort für den „Platz, wo das Rohr im Wasser steht" – ist mit dem Massentourismus, vor allem aus den USA und Kanada, vom kleinen Nest zum 200 000-Seelen-Ort gewachsen. Acapulco '83 ist perfektioniert und vollklimatisiert, es bietet Freizeit total und Ferienglück rund um die Uhr und in allen Preiskategorien – und es bietet die Illusion: Jeder Gast ein Star im Nonstop-Film „Acapulco" . . .

Es gibt Hunderte Discos und Nachtlokale in Acapulco und noch mehr Boutiquen und doppelt soviele billige T-Shirt Buden. Es gibt die allernobelsten Restaurants, und es gibt „Caesars Spaghetti-Palace". Es gibt kleine mexikanische Bodegas, in denen der Tequila, der Agavenschnaps, in Strömen fließt und wo der Brei aus schwarzen Bohnen, das Leibgericht der mexikanischen Armen, serviert wird. Es gibt, auf den amerikanischen Geschmack ausgerichtet, allenthalben Pizza-, Hamburger- und Grillhähnchen-Lokale, mit Selbstbedienung sogar, obwohl die Arbeitskraft in diesem Land so gut wie gar nichts kostet. Und es gibt „Mimis Chili-Saloon", in dem der Boden mit Sägespänen bestreut ist und das Essen in abgeschlagenen blauen Emailnäpfen auf den Tisch kommt, und man merkt erst beim Zahlen: Die Schmuddeligkeit ist hier Methode und künstlich, die Sache hat, wie jede Show, ihren Preis.

Und da sind die Feuerschlucker auf der Straße und die Bettelmusikanten, und da kann man Motorboot fahren oder Fallschirm segeln, und da gibt's die grausigsten Kitschsouvenirs und – bei den Indiofrauen am Hotelstrand – die allerschönsten Kunsthandwerksarbeiten.

Und da gibt's diese zierlichen mexikanischen Mädchen, die von hinten wie Kinder und von vorn wie Puppen ausschauen und die den aufregendsten Hüftschwung zwischen Rio und Bangkok haben – Konkurrenz für die Urlaubergirls aus Ohio oder Connecticut, aus Alabama oder Alberta, die sittsam zwar nicht „oben ohne" gehen, mit ihren Einteilern aber auch nicht viel verhüllen.

Und da sind auch noch diese tollkühnen Burschen, die bei 50 Pfennig „Eintritt" sich vom 38 Meter hohen steilen Quebrada-Kliff kopfüber in eine nur fünf Meter breite Felsenbucht stürzen, zu feststehenden Zeiten. Die „Todesspringer von Acapulco" geben eine Vorstellung wie im Kino, und man kann vom Stehparterre zusehen oder von den Logenplätzen im Quebrada-Restaurant oder sogar vom Boot aus, wenn man nicht Angst hat, daß einen die Brandungswellen an die Felsen schmettern könnten.

Man trifft sogar einen guten alten Bekannten: Der „Käfer" hat in Mexiko eine neue Heimstatt gefunden und sogar einen neuen Beruf: als Taxi, mit reduziertem Tarif, versteht sich, gegenüber den kommoderen Ami-Schlitten.

Auf den Spuren der Stars

Wem zur völligen Filmferienseligkeit aber noch immer etwas fehlt, der sollte eine City-Tour mit dem Autobus oder, noch besser, einen Schiffsausflug rund um Acapulco machen. Da zeigt man nicht nur den Sumpfdschungel bei Porto Marques, in dem Hollywood, mit Katherine Hepburn und Humphrey Bogart in den Hauptrollen, fern vom Schuß, doch nah der nächsten Bar und Dusche, „African Queen" drehte. Da zeigt man auch – von außen nur, klar – die Villen von Johnny Weissmüller und Clark Gable und Frank Sinatra und John Wayne. Und auch das blaue Liebesnest hoch überm Meer in den Felsen, in dem Jackie und John F. Kennedy ihre Flitterwochen verbrachten.

Geschichtsunterricht auf amerikanisch wird erteilt bei solch einer Führung, etwa beim Superhotel „Princess" (mit Dschungelgarten, künstlichen Wasserfällen und einer Tarzan-Hängebrücke über dem Pool): „Dieser Prachtbau wurde von Paul Getty finanziert, und hier, in seinem Penthouse auf dem Dach, starb Howard Hughes . . ." Die US-Touristen im Bus schauen so ehrfürchtig, als zeigte man ihnen eine gotische Kathedrale.

OTTO FISCHER

*

Auskunft: Staatliches Mexikanisches Verkehrsamt, Wiesenhüttenplatz 26, 6000 Frankfurt



Souvenirverkäuferin in Acapulco FOTOS: OTTO FISCHER



In dieser Villa verbrachte J. F. Kennedy seine Flitterwochen mit Jackie

HOTELS

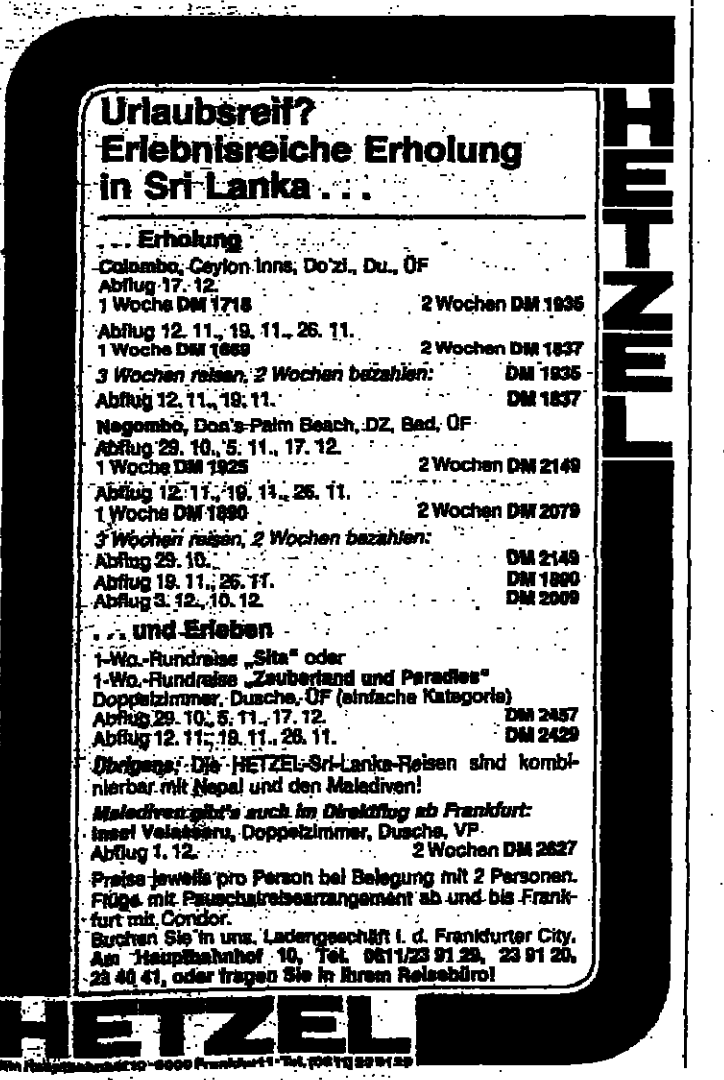
Murrhardt – Die „Sonne-Post" im Schwäbischen Wald wird seit Generationen von der Familie Bofinger geführt, die sich sowohl als Gourmets wie als Nimrods einen Namen gemacht haben – und was sie gern mögen, schmeckt auch ihren Gästen. In der Zeit bis zum 13. November laden sie mal nicht zu schwäbischen, sondern zu schwedischen Spezialitäten ein. Der Stockholmer Koch Rolf Dürr von Waxholms Hotel kommt eigens in die „Sonne-Post", um marinierten Lachs und geräuchertes Rentierfleisch, Schneehuhn und schwedischen Kaviar, Punschparfait aus Moosbeeren und vieles andere zuzubereiten, was sicher nicht nur begeisterte Schwedenurlauber zu schätzen wissen.

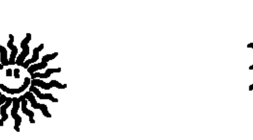
Adelboden – Im Berner Oberland hat kürzlich das Park Hotel Bellevue einen Gartenflügel mit „Zimmern zum Verlieben in 15 Varianten" eröffnet. Er enthält neue Standard-Einzelzimmer, Doppelzimmer, Suiten und Appartements mit ganz individueller Note, die in Größe, Gestaltung und Möblierung voneinander völlig verschieden sind. Da gibt es Zimmer mit alten Holzdecken, klassischen Gipsdekken mit Stukkaturen oder solche mit echtem Schindeldach; getäfelte Bauernzimmer mit Kachelofen, Stilsuiten mit allen passenden Requisiten und geräumige bürgerliche Appartements mit Kleinküche. Mit diesem Erweiterungsbau ist die Bettenzahl dieses Vier-Sterne-Hotels mit Hallenbad auf 100 Betten gestiegen.

Achern – Grund zum Feiern gab es in diesen Tagen in der „Sonne Eintracht", deren Restaurant zu den besten im mittelbadischen Raum zählt. Drei Generationen der Familie Götz begingen mit der goldenen Hochzeit von Karl und Maria Götz gleichzeitig das fünfzigjährige Betriebsjubiläum des Hauses, das zu den beliebtesten Hotels für eine lukullische Unterbrechung auf einer Reise in den Süden gehört.

London – Ein Sonntag im Ritz hat neue Attraktivität gewonnen: Nachdem der klassische Tanztee dort wiedereingeführt worden ist, kann man ab vier Uhr für 10,50 Pfund zu vertrauten Klängen im Takt herumschweben. Herren haben Krawatte und Jackett zu tragen, Damen werden ermutigt, Hüte aufzusetzen. In Zusammenarbeit mit dem „Royal College of Music" werden außerdem verschiedene musikalische Abende veranstaltet.





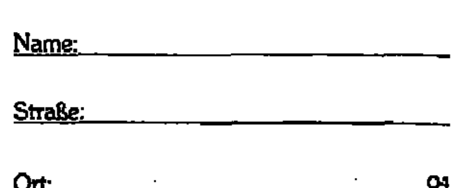


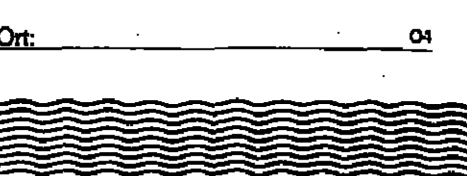






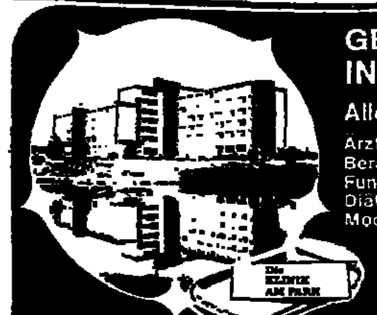






ÄRZTLICH GELEITETE SANATORIEN UND KLINIKEN

HERZ-KREISLAUF MANAGERKRANKHEIT BLUTHOCHDRUCK **NERVEN**
Rheuma, Bandscheibenleiden, mod. Auffrischungsbehandlung – u. a. Thymus (THX), Prof. Aslan, Organ-Extr. – sowie alle inn. Krankheiten. Absolute Ruhe in einem herrlich gelegenen u. sehr komfort. einger. Sanatorium des Teutoburger Waldes. Internist und Badearzt im Hause. 3wöch. Pauschalkur (Ärzte, Bäder, Vollp.). Nachsaison ab DM 1869,-, Haus II ab DM 1680,-. Beihilfefähig. Hausprosp. des Instituts für moderne Therapie, 4930 Detmold/Hiddesen, Lindenweg 4–6, Hallenschwimmbad (28° C), Tel. 05231/880 04



GESUNDHEIT IN GUTEN HÄNDEN
Alles unter einem Dach:
Ärztliche Behandlung, Betreuung, Beratung, Labor-, Röntgen- und Funktionsdiagnostik, moderne Diätetik, Kuranwendungen einschl. Moorvollbäder, Schwimmbad 30°, Bewegungsbad 35°, Sauna, Kneippanwendungen, gemütliche Cafeteria – in landschaftlich schöner Lage – direkt am neuen Kurpark.
Ausführliche Informationen schicken wir Ihnen auf Anfrage gern zu.
KLINIK AM PARK GmbH & Co. KG
4934 Horn-Bad Meinberg 2 · Wallenweg 46 · Postfach 2340
Telefon (0 52 34) 9 80 61

Entziehungen – 28 Tage –
KLINIK PROF. KAHLE
5 Köln-Dellbrück – Telefon 0221/68 10 16
Leiter Dr. med. Kahle

Informieren Sie sich über die Erfolge der modernen Kur-Medizin mit biologischen Heilverfahren – z.B. der Wiedemann-Serum-Therapie.

Wir sind eine Privat-Klinik für innere Medizin. Wir haben viele Jahre Erfahrung in der Behandlung chronischer Erkrankungen mit natürlichen Heilverfahren. Z. B. THX-Thymus-Immuntherapie, Ozon-Behandlungen, Neuraltherapie, Homöopathie, Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie nach Prof. von Ardenne, Akupunktur, Niehans Zelltherapie, Aslan-Procain- und Wiedemann-Serumtherapie.
Die Wiedemann-Serum-Therapie ist eine besonders wirksame klinisch erprobte Naturheil-Methode mit zweifachem medizinischem Effekt:
1. Sie regeneriert das gesamte ermüdete oder gealterte Zellsystem.
2. Sie wirkt mit speziellen Seren gezielt auf einzelne erkrankte Organe wie Herz, Gelenke, Leber, Haut oder spezielle Hirnbereiche.
Fordern Sie mit der kostenlosen Broschüre „Naturheilverfahren" auch die aktuellen Angebote besonders preiswerter Pauschalkuren bei uns an. Telefon 0 97 41. 50 11.
Bitte ankreuzen! · Coupon
SANATORIUM REGENA 8788 Bad Brückenau Sinntal 1 Tel. 0 97 41/50 11

FRISCHZELLEN
einschl. Injektionen von Thymus-Gewebe
– 32 Jahre Erfahrung –
Eigene Herde speziell gezüchteter Bergschafe
Ein natürliches Behandlungsverfahren u. a. bei:
- Herz- und Kreislaufstörungen
- Chronischer Bronchitis und Asthma
- Erschöpfungszuständen (z. B. Managerkrankheit)
- Abnützung von Gelenken und Wirbelsäule
- Nieren-/Blasen-/Prostata-Leiden, Potenzstörungen
- Leber-/Magen-/Bauchspeicheldrüsenerkrankungen

Deutsches Zentrum für Frischzellentherapie GmbH
Sanatorium Block
Brauneckstr. 53, 8172 Lenggries
Telefon 0 80 42/20 11
der alpine Luftkurort Oberbayerns

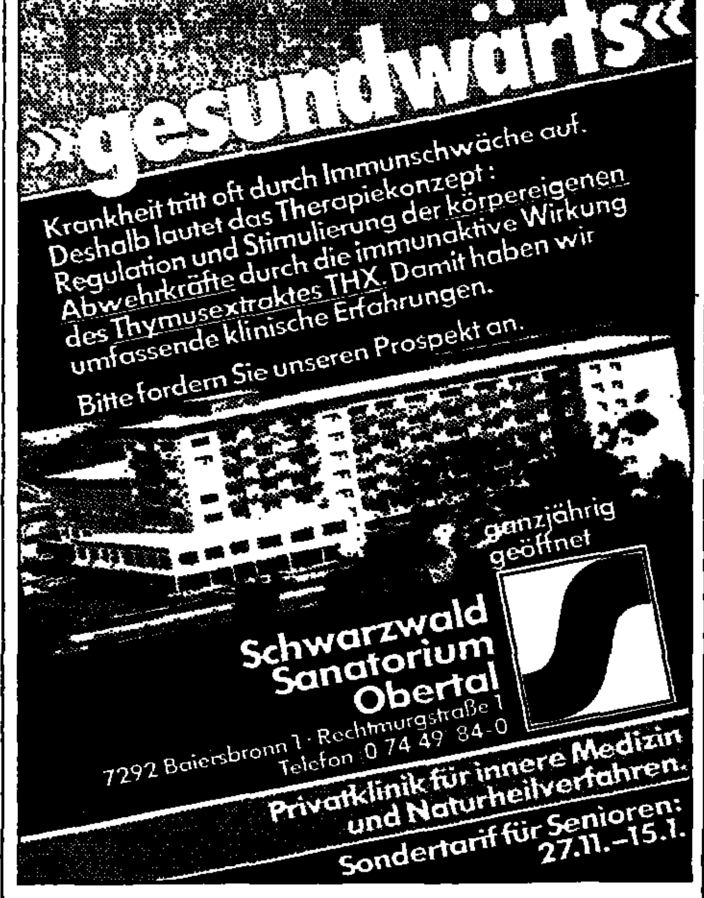


Auf Anfrage erhalten Sie ausführliches Informationsmaterial – bitte Alter und Beschwerden nennen.

Kneipp-Schrothkur Kur-Ferien Senioren-Ferien
Herz-Kreislauf, rheumat. Formenkreis, Managerkrankheit, Übergewicht. Alle med. Anwendungen in geschmackvoll eingerichtetem Haus. Solebewegungsbad. Schwimmbad 32°, Zimmer mit Du./WC, Amtstelefon u. Radio. Übernachtung mit Frühstücksbüffet ab DM 52,–. Bis 1. März 10 % Rabatt. Weihnachten geöffnet. Kein Kurzwang. Beihilfefähig! Bitte Prospekt anfordern: Kurkliniken Dr. Wagner, 7598 Sasbachwalden, Tel. 07841/64 31 (Nähe Baden-Baden u. Straßburg)



Vorbeugen und Heilen
20 Jahre
NEU
Original-Aslan-Therapie
die komplette Gero H3-Kur, auf internistisch-klinischer Basis
★ Wiedemann-Regeneration ★ Gerstand-Gruber-Kosmetik
★ THX-Thymus-Behandlung ★ 600 Kcal. Schlankheits-Diät
★ Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie nach Prof. von Ardenne ★ Homöopathie-Heilverfahren
★ Ozon-Eigenblutbehandlung ★ Kneipp- und Badekuren ★ Aktivprogramm
Ein Hotel der Komfortklasse mit Kurzentrum
Restaurant, Tiffany-Bar, Hallenbad, Sauna, Kurpark, ärztl. Leitung VP ab 99,– DM
Fordern Sie die Information über die Kassen- und Beihilfefähigkeit unserer Kuren an
Kurhotel-Kursanatorium Hochsauerland
5788 Winterberg-Hoheleye
Am Kurpark 8 · Tel. 0 27 58/3 13
Telex 875 629
Auf'leben auf Hoheleye





ASTHMA-KLINIK BAD NAUHEIM
Asthma – Emphysem – Bronchitis – Herz/Kreislauf
allergologische Diagnostik, Entwöhnung vom Aerosol-Mißbrauch – Einsparung von Cortison-Präparaten. Intensiv-Therapie und Einleitung der Rehabilitation.
Prospekt Telefon 06032/6 17 18

ALKOHOL-ENTWÖHNUNG
Kleiner Patientenkreis (bis 10 Personen). Qualifizierte Fachkräfte. Bewährte, zwanglose, 28tägige Behandlungsmethode. Absolute Diskretion. Unser Erfolg gibt uns recht.
Landhaus Sonnenberg · Wolfgang Käflein
6120 Erbach-Erbuch · Odenwald ☎ 0 60 62-31 84

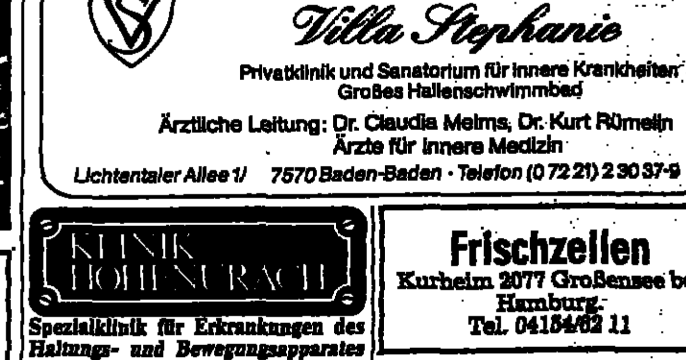
SCHMERZ-THERAPIE ZENTRUM
- AKUTE UND CHRONISCHE SCHMERZEN
- MODERNSTE HEILVERFAHREN
- FACHANÄSTHESIOLOGISCHE LEITUNG

KLINIK DER SANATA GmbH, Tel. 07931/70 06
6990 BAD MERGENTHEIM-LÖFFELSTELZEN

Frischzellen schockgefrostet
Das anspruchsvolle biologische Heilverfahren zu erschwinglichen Preisen: bei Arthrose (Zellimplantation direkt in die Gelenke) sowie bei zahlreichen anderen Erkrankungen gemäß Indikationsliste in unserem ausführlichen Prospekt.
Chelat-Therapie hochwirksam bei arteriellen Verschlußkrankheiten u. deren Folgeerscheinungen wie Arteriosklerose, Angina pectoris, Schlaganfall etc.
Kurzentrum Oberland Postfach 3530, 8182 Bad Wiessee Telefon 08022/8 28 02

Kurhotel Bärenstein
4934 Horn – Bad Meinberg 1, Teutoburger Wald. Telefon 05234/833/4. ZELLTHERAPIE nach Prof. Niehans, moderne REGENERATIONSKUREN, NEURALTHERAPIE nach Dr. Huneke. Schroth- u. HCG-Kuren (gezielte Gewichtsabnahme), Kneippkuren, Ozonbehandlung, Thymusextrakt-Behandlung (THX), Fango. Hallenbad 28°, Solarium, Sauna. Allwetter-Tennisplatz, ruh. Lage, dir. am Wald, beihilfefähig bei Schroth- und Kneippkuren. VP 53,- bis 70,- DM. Auf Wunsch Prospekt.

KLINIK AM SEE
Psychotherapie – Psychosomatische Medizin
Privatkrankenanstalt, 2852 Bederkesa 1 bei Bremerhaven – Telefon 0 47 45 / 292
25 Patienten, 3 Ärzte (Psychiatrie, Neurologie, Psychotherapie. - Allgemeinmedizin, Psychotherapie. - prakt. Ärztin, Naturheilverfahren), 1 klin. Diplom-Psychologe



Baden-Baden
Schwarzwaldklinik in Villa Stephanie
Privatklinik und Sanatorium für innere Krankheiten
Großes Hallenschwimmbad
Ärztliche Leitung: Dr. Claudia Melms, Dr. Kurt Rümelin
Ärzte für innere Medizin
Lichtentaler Allee 1/ 7570 Baden-Baden · Telefon (0 72 21) 2 30 37-9

KLINIK HOHENRAIN
Spezialklinik für Erkrankungen des Haltungs- und Bewegungsapparates
Rheuma, Orthopädie, Herz, Kreislauf. Nachbehandlung. Beihilfefähig.
Sonderpauschalangebote auch für Alleinstehende mit besonderem Programm für Weihnachten / Neujahr.
Immanuel-Kant-Str. 31, PLZ 7432, Bad Urach, Tel. 0 71 25-1 51-1 46.

FRISCH-ZELLEN
- Aufbereitet im eigenen Labor – gewonnen von speziell hierfür gezüchteten Schafen.
- Information über das biologische Heilverfahren auf Anfrage.

Kurzentrum „Die Vier Jahreszeiten" Färberweg 6 BB
D-8183 Rottach-Egern, Tel. 0 80 22/2 67 80-6415

Frischzellen
Kurheim 2077 Großensee bei Hamburg, Tel. 04154/62 11

Für alle
die sich auf Ihre Urlaubsreise freuen oder Ferienerinnerungen auffrischen wollen, sind die „Reise-Welt" in der WELT und „Modernes Reisen" in WELT am SONNTAG jede Woche willkommene Lesestoffe.

PSORIASIS
wird beherrschbar durch Stoffwechseltherapie, neueste Erkenntnisse in der Ernährung. Erleichterung, nachweisbare Erfolge, rasche Besserung des Leidens.
KLINIK BEAU REVEIL, CH-1854 Leysin, Schweiz, ärztlich geleitet, seit Jahren bekannt. Tel. (0041 25) 34 11 87. Prospekte anfordern.

Vorname
Name
Straße
PLZ/Ort

VERSCHIEDENE REISEZIELE IN DEUTSCHLAND



Sporthotel Droste
FERIENPARADIES im Hochsauerland
★★★ -Komforthotel
im rustikalen Stil, in ruhiger Waldlage.
Kurz- und Langzeiturlaubern bieten wir:
- Reiterurlaub: Eigener Reitstall, Gastpferde willkommen, Reitbahn, weite Reitwege am Haus.
- Wanderurlaub: Gepflegte Wanderwege durch traumhafte Waldlandschaft.

Unser besonderes Angebot: 8 Tage inkl. HP, Sonntag – Freitag, Ersparnis 120,– jetzt nur 325,–
- Schönheitsurlaub: Kosmetikstudio – Massagen – Sonnenbänke – Saunen – Schwimmhalle.
- Fitneßurlaub: Eigenes Fitneßcenter, mit allen Gerätschaften.
- Diäturlaub: nach Abstimmung mit dem Küchenchef.
- Kindervergnügen: Ponyreiten, Planwagenfahren, Westernspielplatz, Angelteich, Spielzimmer.

Großes Programm Weihnachten/Neujahr
- Tagungen: Räume f. 20 – 400 Pers., m. Demonstrationsmaterial.
- Unsere Küche, als ausgezeichnet bekannt, erfüllt höchste Ansprüche.
- Für stimmungsvolle Abwechslung in gemütlicher Atmosphäre stehen Ihnen 2 Restaurants, Weinstube und Bierklause zur Verfügung.
- Sonderpreise und Prospekt anfordern!

Skiverleih im Haus – Skilift am Hotel
Sporthotel Droste
5948 Schmallenberg-Grafschaft
Telefon 02972/262 oder 1081
FS 17 297 230



intermar
Die Hotels der Behaglichkeit
Glücksburg · Malente · Grömitz
Timmendorfer Strand · Bad Segeberg
INTERMAR PREISSPEZIALITÄTEN
RENNER FÜR KENNER
Ein Sonderangebot unserer Hotels in:
Glücksburg DM Timmendorfer Strand
Malente 195,- Bad Segeberg
EZ-Aufschlag DM 90,–
Gültig vom 1.11.83–28.2.84 (außer Weihnachten/Silvester)
6 Übernachtungen im DZ mit Bad/Dusche, WC, Radio, TV. Freie Benutzung der beheizten Hallenschwimmbäder und Sauna
Dazu auf Wunsch aus der Intermar-Service Palette: Frühstücksbuffet DM 13,– pro Tag; Halbpension DM 38,– pro Tag; Vollpension DM 50,– pro Tag
Intermar Hotelgesellschaft Information und Zentrale Reservierung Strandstraße 94, 2408 Timmendorfer Strand
Tel.: 04503/6426 Telex: 261 440

Gemütl. Weihnacht/Silvester
4 stimmungsv. Tage in gepflegter Atmosphäre, Festmenü, Ballabend, Vollpension DM 339,–
Waldhotel Schäferberg
Ringhotel Kassel
3501 KS-Espenau – Telefon 0 56 73/79 71

Fahrplan für Abenteuerlustige

Für den einen ist schon der Besuch einer Großstadt ein kleines Abenteuer – für manchen anderen fängt ein Abenteuer-Urlaub vielleicht erst im Urwald von Borneo an. Aber welche Form des Abenteuers Sie auch immer schätzen – Anregungen und Informationen für jede Art von Urlaub finden Sie durch die Anzeigen der Reiseteile von WELT und WELT am SONNTAG.

Weihnachten und Silvester mit DORINT
Mit netten Menschen feiern in den DORINT Komforthotels (alle Zimmer mit Bad, Telefon usw.), Festliche Diners und Gala-Menüs, Bescherung, Weihnachtsandacht, Silvester-Ball, Kaltes Buffet und natürlich Tanz und Schwimmen im Hallenbad und Sauna.
Weihnachten im Nationalpark Harz, 4 Übern. mit VP und großem Programm 575,–
Weihnachten in den belg. Ardennen, 4 Übern. mit VP und großem Programm ab bfr. 10470
Weihnachten am Steinsee in der Eifel, 4 Übern. mit VP und großem Programm 547,–
Weihnachten im Berner Oberland, 7 Übern. mit HP und großem Programm sfr. 840,–
Weihnachten am Starnberger See, 3 Übern. mit VP und großem Programm ab 357,–
– Alle Preise p. P. im Doppelzimmer – Ausführliches Prospekt/Zentralbuchung:
Dorint, 4050 Mönchengladbach

HESSEN

Besuchen Sie
DARMSTADT
die Stadt des Jugendstils und die Olbrich-Ausstellung auf der Mathildenhöhe.
Wochenend-Angebot
Von Freitag bis Montag ein kontrastreiches Programm. 3 Übernachtungen mit Frühstück, ein Gutscheinheft für viele Attraktionen, mit Netzfahrschein für Busse und Straßenbahnen: ab 124,– DM.
8-Tage-Angebot
Verlängerung des Wochenend-Urlaubs auf 8 Tage, mit Wander-, Aktiv- und Erholungstagen im Naturpark Bergstraße-Odenwald. 8 Übernachtungen mit Frühstück und allen Leistungen: ab 361,15 DM.
Wir senden Ihnen gern alle Informationen zu!
Verkehrsamt, Luisenplatz 5, 6100 Darmstadt
Tel. (0 61 51) 13 20 78 und 13 27 82

TEUTOBURGER WALD

ALTHAUS' *Parkhotel* „IHR ZWEITES ZUHAUSE" RAL
Alle Zi. m. Du., WC, Tel. u. TV. Südbalkon, Lift, Farb-TV, Sonnenstudio, Tennishalle 150 m. Hausprospekt. 3490 Bad Driburg

BODENSEE



Lindau/Bodensee
Hotel Reutemann
In einmaliger Lage an der Seepromenade der Inselstadt. Ruhig – behaglich – vielseitig – geheiztes Freischwimmbad im Hotelgarten – Ausgangspunkt für Ausflüge in die Schweizer und österreichischen Alpen.
Telefon 08382 * 5055 – Telex 054340

BADEN-WÜRTTEMBERG – BAYERN

Vor über 100 Jahren schrieb Eduard Mörike:
Wer müd vom Leben oder krank,
dem ist zu helfen Gott sei Dank,
wenn er sich kann vergunnen,
den Mergentheimer Brunnen.
Auch heute ist Bad Mergentheim noch höchst aktuell, besonders wenn Sie das VICTORIA wählen. Es erwartet Sie zu jeder Jahreszeit ein gut besuchtes Haus (Familienbetrieb) mit einer äußerst gemütlichen und fröhlichen Atmosphäre – sei dies anläßlich einer Durchreise, eines Erholungsaufenthalts oder einer Kur – (für Leber-, Galle-, Magen-, Darm, Diabetes und Übergewicht). 100 komfortable Zimmer mit Bad und WC (Doppelzimmer ab DM 60,– pro Person, incl. Frühstücksbuffet, ganzjährig benutzbares Dachgarten-Schwimmbad 28°, Sauna, Parkplatz. Einzelzimmer plus DM 10,–, Vollpension plus DM 25,– bei hervorragender Küchenleistung).
Hotel Victoria, an der romantischen Straße – zwischen Würzburg und Rothenburg/Tauber (je 45 km entfernt). Bitte Prospekt anfordern – auch für Erholungsaufenthalt über Weihnachten und Neujahr mit Kurmöglichkeit oder für Langzeitaufenthalt.
Bad Mergentheim, Tel. 0 79 31/5 93-0, Telex: 74-224
HOTEL VICTORIA

Eröffnungs-Angebote bis 31.12.1983.
PARKHOTEL ★★★★★ *Griesbach*
8399 Griesbach im Rottal,
direkt am Kurpark, mit herrlichem Blick in das wunderbare Rottal, eröffnet am 1.7.83 das Parkhotel Griesbach. Hier finden Sie »Alles unter einem Dach«. Thermalhallenbad mit original Thermal- und Mineralwasser direkt aus den staatl. anerkannten Heilquellen. Dampfgrotte, Massage, Sauna, temperiertes Freibecken (rd. 25°), Massagedüsen, Whirl-Pool, Schwanenhälse, Mineraltrinkbrunnen, Wildbach, Restaurant, T.G.

"Kombinierte Zellkur nach Köhnlechner"
erstmals i. Deutschland im Parkhotel Griesbach ab 1.7.1983 mit persönl. Betreuung von Manfred Köhnlechner u. unter ärztlicher Leitung. Anfragen für eine Kur nach Manfred Köhnlechner für 3, 7 oder 14 Tage:
Parkhotel Griesbach · Am Kurwald 10 · Telefon 0 85 32 / 281



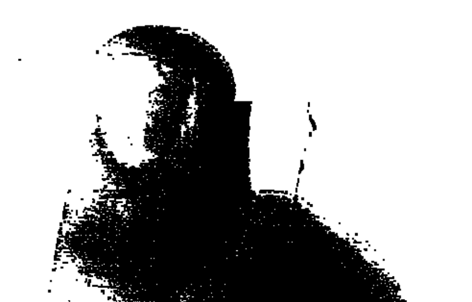
Oberallgäu
Skiurlaub in Obermaiselstein bei Oberstdorf
Ferienwohnanlage mit Hallenbad, Restaurant und Tiefgarage. Günstige Nebensaison vom 8. 1. bis 5. 2. 84 (Weihnachtsferien ausgebucht). Fordern Sie unseren Hausprospekt an!
T.: 08326/77 79, Fam. Steinweg, Holstaig 5–9, 8981 Obermaiselstein.

Berge, Seen, Schlösser
HOTEL KÖNIG LUDWIG
Schwangau am Forggensee
Ideale Sommer- und Wintersportmöglichkeiten.
Weihnachten für Singles und Ehepaare m. umfangr. Programm 18.–25.12. HP 495,–
8959 Schwangau bei Füssen/Allgäu, Kreuzweg 11, ☎ (0 83 62) 8 10 81-88

Hotel Obermühle
RÖTISSERIE · „MÜHLENSTUBE" · SPEZIALITÄTENRESTAURANT
Gemütliche Hotelbar, geheiztes Hallenbad, Sauna, Solarium, ideal für Tagungen, Herbst-Spezial-Tarif – Spezial-Weekendtarif! Fordern Sie bitte unseren Prospekt an!
Abt. Res. P. Wolf, Mühlstraße 22
8100 Garmisch-Partenkirchen
Tel.: 08821/590 51, Tx: 59 609, BTX: 1505252

Ferien im Oberpfälzer Wald
Alois Uschmid Gasthof „Alte Post", 8491 Tiefenbach/Opf., Telefon 09673/265, mit eigener Metzgerei, bietet Ferienglästen preisgünstigen und erholsamen Aufenthalt. Zimmer m. Dusche u. WC 30,– DM.

Bad Kissingen
Weihnachten – Silvester
Wir haben ein unterhaltsames Weihnachts- und Silvesterprogramm für Sie zusammengestellt. Gerne übersenden wir Ihnen unseren Prospekt.
HOTEL KURCENTRUM, 8730 Bad Kissingen, Postfach 1780





SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMAN

Ein hohes Leistungsniveau (Koeffizient 15), dreieinhalb sowjetische Großmeister (Spasski ist ja auch französischer Bürger und seit vielen Jahren in der deutschen Schach-Bundesliga tätig!) und Weltmeister Karpow als klarer Favorit sind die wichtigsten Merkmale des diesjährigen Turniers in Tilburg („Interpolis Schaaktoernoi").

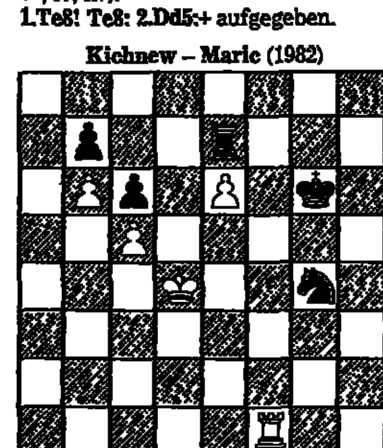
In den ersten Runden gab es nicht wenige „Großmeisterremisen", leider auch diese Startniederlage des deutschen Spitzenspielers:

Damengambit.
Waganjan – Dr. Hübner

1.d4 d5 2.c4 dc4: 3.Sc3 (Eine neue Mode – so versucht man, die analysierten Varianten des angenommenen Damengambits zu vermeiden, die nach 3.Sf3 Sf6 4.e3 e6 oder 4 . . . Lg4 entstehen.) **e5** (Schwarz kann nicht mit Sf6 übliche Varianten anstreben, da danach 4.e4 stark wäre.) **4.e3** (Chancenreicher als 4.d5 c6 5.e4 Sf6 6.Lg5 Lb4 7.Lf6: Df6: 8.Lc4: oder als 4.de Dd1:+ 5.Sd1: Sc6 usw.) **ed4: 5.ed4: Sf6 6.Lc4: Le7 7.Sf3 0-0 8.0-0 Sbd7** (Vielleicht ist sofort Lg4 etwas genauer – auch danach setzt Weiß am besten fort mit 9.Te1!) **9.Te1 Sb6 10.Lb3 c6 11.Lg5 Lg4 12.Dd3 Lf3:** (Weiß hat zwar den isolierten Damenbauern, aber wirksamere Figurenentwicklung: Es drohte 13.Se5 nebst 13.Lc2.) **13.Df3: Sfd5** (In Betracht kam der Zwischenzug h6 – und erst nach 14.Lh4 Sfd5.) **14.Le7:** (Unkorrekt wäre hier das Qualitätsopfer 14.Te7:? Se7: 15.Te1 Sc8 16.De4 wegen Te8 17.Lf7:+!? Kf7: 18.De6+ Kf8 19.Te3 Sd6! 20.Tf3+ Sef5 21.Tf5:+ Sf5: 22.Df5:+ Kg8, und es droht Te1 matt!) **Se7: 15.Te5! Sg6 16.Te4!** (Ein wohl begründeter „Doppelzug" des Turmes: Auf sofort 15.Te4 hätte Sed5 folgen können!) **Sd7** (Die e-Linie kann Schwarz nicht neutralisieren, weil Dd7 17.Tae1 Tae8? an 18.Te8: Te8: 19.Df7:+! scheitern würde. Auch Sd5? wäre nicht gut wegen 17.Sd5: cd 18.Te3 Se7 19.Tae1 und falls Te8, so 20.Ld5:!) **17.Td1 Da5** (Hier oder spätestens im nächsten Zug wäre übrigens Sf6 vorzuziehen!) **18.Te3 Tad8(?) 19.Se4!** (Drohend 20.Sd6) **Dc7 20.h4!** (Eine sehr typische Verstärkung des Angriffs: Falls Sh4:, so folgt 21.Dh5 Sg6 22.Th3 h6 23.Dg6:, nach 20 . . . Df4 21.h5 Df3: 22.Tf3: Se7 – Sh4 23.Tf4 – 23.Sd6 geht der Bb7 oder Bf7 verloren.) **h6 21.Dg4!** (Drohend Dg6:) **Kh8 22.h5 Sf4** (Derselbe Abschluß wäre im Falle von Se7 gefolgt.) **23.Tg3 g5 24.hg6: i. V. fg6: 25.Te1 Tde8 26.Tge3!** (Nach der Schwächung der schwarzen Rochadestellung entscheidet wiederum die Verdoppelung der Türme in der offenen e-Linie – der strategische Hauptgedanke der ganzen Variante! Die Hauptdrohung ist 27.g3!) **Sb6 27.Sc5 Dc8?** (Auch Te3: 28.Te3: wäre für Schwarz angesichts der Drohung 29.g3 hoffnungslos, falls 28... g5, so am einfachsten 29.Se6 Se6: 30.Te6: Dg7 – Kg7 31.Dh5 – 31.Dh5 Tf6 22.Tf6: Df6: 23.De8+ oder 31 . . . Kh7 32.Lc2+ und Weiß gewinnt.) **28.Df4:!** aufgegeben. Eigentlich brauchte Weiß keinen einzigen „großen" Zug, um die Partie ungewöhnlich schnell für sich zu entscheiden – offenbar war der Deutsche am Anfang dieses Turniers nicht in allerbester Form: Die nächsten vier Spiele hat Dr. Hübner unentschieden gespielt.

Lösung vom 28. Oktober
(Kh2, Dg2, Te6, g1, Se5, Ba2, b2, d4, f4, h3; Kg8, Df8, Td5, d8, Sg7, Ba7, b7, c7, f5, h7):
1.Te8! Te8: 2.Dd5:+ aufgegeben.

Kichnew – Maric (1982)



Kann sich Weiß am Zug retten? (Kd4, Tf1, Bb6, c5, e6; Kg6, Te7, Sg4, Bb7, c6)

Das große Kreuzworträtsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

DENKSPIELE

Gut isoliert

McGeiz hat für einen „sündhaften" Preis eine Thermoskanne erstanden. Bei näherer Betrachtung stellt er fest, daß das innere Glasgefäß versilbert ist. „Das ist Beutelschneiderei, das Geld dafür hätte man sparen können!" schimpft er los. Hat er recht?

Kilometerstand

Eine nicht ganz akademische Frage: Fahren die Vorder- oder die Hinterräder eines normalen Pkw mehr Kilometer? – Hier ist nicht deren Lebensdauer gemeint!

Gut geteilt

Knallke versucht seit Stunden herauszufinden, ob die Zahl 53327865809176 durch 8 ohne Rest teilbar ist. Nach welcher Regel könnten Sie ihm das innerhalb von Sekunden mitteilen?

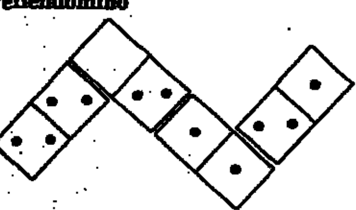
Freigeschwommen

Vom Rande eines kreisrunden Schwimmbeckens aus schwimmt ein Wasserfloh in beliebiger Richtung, aber genau geradlinig, los. Nach drei Metern trifft er wieder auf den Rand. Jetzt ändert er wieder seine Richtung, um genau 90 Grad, und kann vier Meter geradeaus schwimmen, bis er erneut auf den Rand trifft. Wissen Sie schon, wie groß der Durchmesser des Beckens ist?

REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann,
Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

Lösungen vom 29. Oktober

Wellendomino

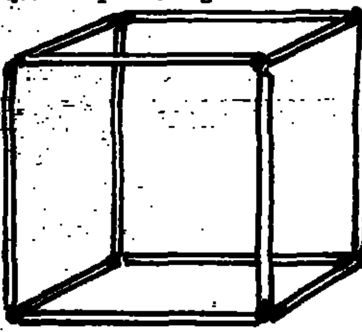


Auf diese Weise angeordnet, ergibt die Summe der Augen auf jeder Seite stets „4"!

Gut gewürfelt

Angenommen waren zwei Würfel mit den „Augenzahlen" 1,2,4,8,16 und 32. Am seltensten sind die Summen 2 (=1+1), 4 (=2+2), 8, 16, 32 und 64, weil sie unter den 36 möglichen Kombinationen jeweils nur einmal vertreten sind. Alle anderen Summen sind ebenfalls gleich wahrscheinlich. Es gibt für diese immer zwei Kombinationen.

Quadratoptimierung



Die Lösung der Aufgabe ist recht einfach: Aus zwölf Streichhölzern läßt sich ein Würfel zusammenkleben. Und der hat sechs Quadrate als Außenseiten!

Gewichtsproblem

Der Tiefgang eines Schiffes ändert sich bei Verdoppelung der Schwerkraft nicht. Das doppelt so schwere Wasser gleicht das doppelte Gewicht des Schiffes genau aus!

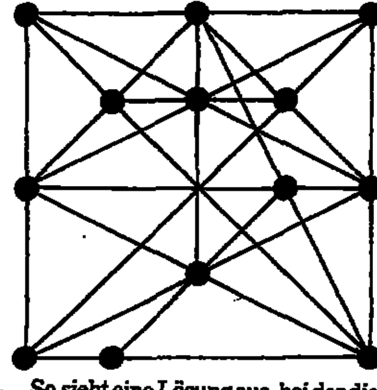
Drehwurm

Ein im Uhrzeigersinn „gestarteter" Kippkreisel wird auch nach dem Kippen im Uhrzeigersinn rotieren! Sein ursprünglicher Drehimpuls muß nämlich, solange dem nicht äußere Kräfte entgegenwirken, erhalten bleiben!

Die Zeit vergeht

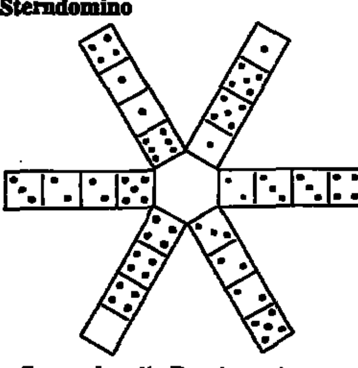
Dagobert ist jetzt 24 + x Jahre alt, Kasimir war einst 48 – x Jahre alt; 24 + x = 48 – x; 2 x = 48 – 24; x = 12. Dagobert ist also 24+12=36 Jahre alt.

In Dreierreihe



So sieht eine Lösung aus, bei der die verbleibenden zwölf Knöpfe in 16 Dreierreihen liegen.

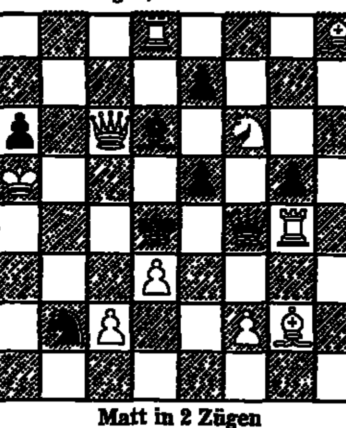
Sterndomino



So werden die Dominosteine angeordnet, daß jede „Zacke" zwölf Augen zeigt!

SCHACH

Aufgabe Nr. 1306 (Urdruck)
Oskar Wielgos, Gelsenkirchen-Buer



Matt in 2 Zügen

Lösung

Nr. 1305 von Fritz Karge (Kd1 Td3 f3 Lc6 d4 Sb7 h7 Bd5 e7 f3 g3, Ke4 Dd8 Tb5 h5 Lg6 Sc7 Bb4 c4 g7 h3 – Zweizüger). 1.L:g7 (droht 2.Tde3 matt) D:d5 (Tb:d5,Th:d5) 2.Sd6 (Sc5,Sg5) matt. – 1. . . . Te5 (c:d3) 2.Sf6 (Tf4) matt. – Dreifache schwarze Selbstfesselung nach Fesselung der weißen Drohfigur nebst zweifachem Fluchtfeldverbau.

Eduard Lasker, Moderne Schachstrategie. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin. 184 Seiten mit 193 Diagrammen, kartoniert 24 Mark. Das berühmte Schachbuch ist jetzt bereits in der 10. Auflage neu erschienen – wohl die beste Reklame für dieses Standardwerk. H. K.

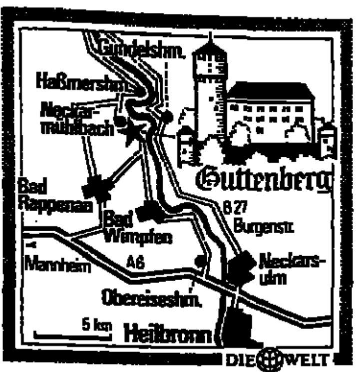
AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

WAAGERECHT: 2.REIHE Echse – Reinheitsgebot 3. REIHE or – allein – Rinne 4. REIHE Romagna – Regen 5.REIHE Etmal – Nathan – Log 6. REIHE Furore – Rogate 7. REIHE Nansen – Hagar 8. REIHE Aare – Beirut – Saba 9. REIHE Teja – Matinee 10. REIHE Auber – Pater – R.L. 11. REIHE Amt – Saturn – Pudel 12. REIHE Levade – Figurine 13. REIHE Cecil – Seele – s.d. 14. REIHE Korrosion – Ski 15. REIHE Zille – selten 16. REIHE Dose – sensibel 17. REIHE Reibeisen – Pele 18. REIHE Saline – Stearin 19. REIHE TE – Stafette 20. REIHE Elektroofen – Indiana 21. REIHE Pikee – Ur – Seelsorger

SENKRECHT: 2. SPALTE Cortina d'Ampezzo – Step 3. SPALTE Chrom – Armut – Israeli 4. SPALTE Maine – Lille – EK 5. SPALTE Reval – Tegel – Ricke 6. SPALTE Feuer – Kemenate 7. SPALTE Rangun – Sago – Sie 8. Spalte Ela – Bajadere – Sou 9. SPALTE il – Note – Ute – Sektor 10. SPALTE neuartig – Solei – a.f. 11. SPALTE Hirte – Praesens – Fes 12. SPALTE Gen – human – Selene 13. SPALTE Rabat – Florin 14. SPALTE Athen – Medien – Stil 15. SPALTE Radar – seitens 16. SPALTE Gregor – Pustel – do 17. SPALTE ein – Sigurd – Pamir 18. SPALTE Laban – Stoer – Ag 19. SPALTE Bonmot – Berenike – Liane 20. SPALTE Te – Gefaelle – Inventar

= BOCKBIERFEST

AUSFLUGS-TIP



Anfahrt: Autobahn Mannheim-Heilbronn, Abfahrt Bad Rappenau, dann Richtung Haßmersheim, oder B 27 bis Gundelsheim, dort über die Neckarbrücke.

Öffnungszeiten: Täglich von 9.30 bis 17 Uhr. Flugvorführungen: 11 und 15 Uhr.

Eintrittspreise: Für Burgmuseum und Greifenwarte bezahlen Erwachsene acht Mark, Kinder bis *16 Jahre vier Mark, Familienkarte* (bis fünf Kinder) 20 Mark.

Auskunft: Burg Guttenberg, 6954 Haßmersheim-Neckarmühlbach.

Burg Guttenberg

Sehenswerte Burgen und Schlösser gibt es nicht nur am Rhein, sondern auch am Neckar. Zum Beispiel Burg Guttenberg bei Neckarmühlbach, eine Anlage aus der Stauferzeit, in der heute neben einem Museum auch eine Greifenwarte untergebracht ist.

Gut hundert Großvögel, darunter Geier, Eulen und Adler, können dort aus nächster Nähe bewundert werden. Außerdem finden zweimal täglich Flugvorführungen statt, bei denen die Greife majestätisch über der Landschaft schweben und im Sturzflug auf die Erde herabstoßen.

Leiter der Greifenwarte ist der Ornithologe Claus Fentzloff. Ihm geht es aber nicht nur um die Information des Publikums. Sein Anliegen ist es vor allem, die in ihrem Bestand gefährdeten Großvögel vor dem Aussterben zu bewahren. Seine Einrichtung dient deshalb auch als Zucht- und Forschungsstation.

Die Burg selbst gehört seit 1449 den Freiherrn von Gemmingen. Der Bergfried und die 18 Meter hohe Schildmauer stammen noch aus dem 12. Jahrhundert, zwei andere Gebäude aus der Zeit der Renaissance. Am Aussehen von Burg Guttenberg hat sich über die Jahrhunderte nur wenig geändert, da sie kein einziges Mal zerstört wurde.

Über die Geschichte des Adelssitzes informiert ein kleines Museum. Hier sind wertvolle Drucke und Bücher zu sehen, ferner Glas und Porzellan, ein geschnitzter gotischer Flügelaltar, Ritterrüstungen, Büchsen und Jagdtrophäen. Eine besondere Attraktion ist die umfangreiche Sammlung handbemalter Zinnfiguren. Daneben sind Ritterturniere auf Dias nachgestellt, die vor allem das Interesse der Kinder wecken.

Als Kuriosum gilt die „Holzbibliothek" des Mönches Candid Huber aus der Zeit um 1780. Sie umfaßt etwa 90 Bände. Jedem Baum ist ein „Buch" gewidmet: Der Dekkel wurde aus Holz gearbeitet, der Rücken aus der Rinde, und im Inneren befinden sich Blätter, Früchte und Wurzeln.

Was die Gastronomie angeht, bietet Burg Guttenberg ein Selbstbedienungsrestaurant mit Terrasse (preiswerte Kleinigkeiten) und die gemütliche Burgschenke (Raubrittertopf 14,20 Mark, Beefsteak mit Beilagen 9,80 Mark). Für einen ausgedehnten Verdauungsspaziergang empfiehlt sich das nahegelegene Fünfmühlental.

SILVIA LEHNER



Die Burg Guttenberg aus der Stauferzeit FOTO: DIE WELT

Chinesische Kalkulation

B. C. **Bonn**

China, seit kurzem Mitglied der Welt-Tourismus-Organisation (WTO), baut bei seiner Absicht, den Fremdenverkehr im Reich der Mitte anzukurbeln, auch auf deutsche Hilfe. Chinesische Stipendiaten studieren seit 1981 an der Fachhochschule Worms Touristik, deutsche Professoren aus Worms besuchten 1982 die Volksrepublik und hielten in Peking und Hangzhow Lehrveranstaltungen. Eine dreiköpfige Delegation des Staalichen Amtes für Reisen und Fremdenverkehr war jetzt auf Informationstour in der Bundesrepublik, geleitet von der Vizedirektorin, Frau Kung Xiao.

Nach ihren Angaben haben 1,5 Millionen Touristen im vergangenen Jahr China besucht, die Mehrheit seien jedoch Auslandschinesen gewesen. Unter den Touristen liegen Japaner und Amerikaner zahlenmäßig an der Spitze, weit vor den Besuchern aus Europa. Aus Deutschland zählte man im letzten Jahr 12 000 Gäste, im Jahr 1981 sollen es 7000 gewesen sein.

Die Grenzen des touristischen Wachstums im Reich der Mitte liegen nicht nur in der mangelnden Infrastruktur, weswegen eifrig Hotels gebaut, Dolmetscher und Touristikfachkräfte ausgebildet werden sollen, sondern bestimmt auch in den hohen Preisen für Chinareisen. Die hatten sich nämlich die chinesischen Touristiker als erstes von anderen Reiseländern abgeguckt.

Nun hat Frau Kung Xiao für 1984 Maßhalten versprochen: Keine weiteren Preissteigerungen für touristische Leistungen. Vielleicht hat sie auf ihrer Bildungsreise durch die Bundesrepublik etwas dazugelernt, nämlich, daß die Deutschen zwar immer noch das Reisen nicht lassen wollen, aber ein ausgeprägtes Bewußtsein für das Verhältnis von Preis und Leistung entwickelt haben.

PORTUGAL / Silber, Saffianleder und Musketen auf dem „Markt der Diebe"



Der „Markt der Diebe" in Lissabon – Firlefanz und Kostbarkeiten auf dem Straßenpflaster FOTO: DIE WELT

Und abends mit der „Beute" an die Bar

Lissabon

Fünf Tage in der Woche liegt über dem „Campo de Santa Clara", hinter der Kirche von São Vincente, jene melancholische Lethargie, die Grundzug des portugiesischen Volkscharakters ist und in den Fados ihren musikalischen Ausdruck gefunden hat.

Jeden Dienstag und Sonntag aber ist hier des Volkes wahrer Himmel. Da drängen, zwängen und schieben sich die Menschen durch schmale Gassen, die von Firlefanz und Krimskrams gebildet werden, der auf den Pflastersteinen ausgebreitet ist. An diesen beiden Tagen ist hier von neun Uhr morgens bis etwa 18 Uhr der „Markt der Diebe" – „Feira da Ladra".

Wenn die Platanen auf dem Platz reden könnten, wüßten sie von manchem Hehlergeschäft zu berichten, das hier, oberhalb der Alfama, dem ältesten und malerischsten Stadtviertel Lissabons, abgewickelt und tatsächlich noch die Sore zwischen Dieben und Hehlern gehandelt wurde. Auch heute kann man hier leicht sein Geld loswerden, allerdings nicht an Diebe, sondern an professionelle Verkäufer und Amateurhändler, die hier feilbieten, was immer sie für wohlfeil halten. Kesse Jeansmädchen bieten Kleider und Schuhe von gestern an, weil sie heute Geld für die Modeverrücktheiten von morgen brauchen. Hippies sitzen apathisch vor Stapeln von Schellack-Platten, unter denen möglicherweise sogar einige ohne Kratzer sind. Zahnräder, Radioröhren und Undefinierbares aus Eisen hat ein anderer vor sich ausgebreitet – es stört ihn nicht, daß sein Käuferkreis nur begrenzt sein kann: Lediglich Avantgarde-Künstler, die sich an Collagen versuchen, dürften fündig werden.

Aber auch das gibt es: in wetterfesten Kiosken schöne Antiquitäten, Spazierstöcke mit Silberknauf, alte Musketen und Militäruniformen und Zubehör, die auf ungeklärten Wegen hierherfanden. Genau wie die Frank-Sinatra- oder Barbra-Streisand-Kassetten für vier Mark, die in irgendeiner Waschküche von Lizenzbändern kopiert wurden.

Es gibt nichts, was es hier nicht gibt. Vergammelte Kühlschränke, geplatzte Bilderrahmen, Schraubenzieher und alte Drahtkleiderbügel – aber schon dringt auch in diese Gefilde der holden Nutzlosigkeit Plastik in jeder Form. Bunte Eimer, Siebe, Schüsseln von geradezu beleidigender Unversehrtheit machen sich jetzt in diesem Freilichtwarenhaus der Armut breit. Daneben Profi-Stände mit Massenkonfektion, die höchstens durch ihre knalligen Zuckerfarben eine Daseinsberechtigung in dieser Umgebung beanspruchen dürfen.

Was macht den Reiz eines solchen Flohmarktes aus? Der nicht gelenkte Merkantilismus. Verkaufen und Kaufen – das ist an solchen Plätzen noch eine Angelegenheit, die nur zwei angeht. Den, der etwas anbietet, und jenen, der es – vielleicht – haben möchte. Er bestimmt, ob ihm – nur ihm allein – der Preis angemessen erscheint. Die individuelle Meinung ist hier der einzige Maßstab für Preiswürdigkeit. Wenn mir die verbeulte Teedose mit den bunten Abziehbildern zehn Mark wert ist, kauf' ich sie. Ein anderer findet vielleicht schon, daß eine Mark zuviel sei.

Auch liegt die Würze dieser Märkte darin, daß die Individualität der Käufer gefordert wird. In einer Zeit, da Weltreisen zu Warenhausbummeln werden, weil alles überall in gleicher Form zum gleichen Preis zu haben ist – ob in Hawaii oder in Gößweinstein – da muß sich beim Schlendern über Märkte wie den Feira da Ladra zeigen, ob das Gespür für persönliche Kleinigkeiten stärker geblieben ist als das Angebot von Fließband-Souvenirs.

Denn Echtes und Falsches – nirgendwo ist es so kunstvoll gemischt wie auf solchen Flohmärkten. Der einzige Prüfstein ist die eigene Erfahrung und das Wissen, die wiederum überlistet werden können, wenn das ganz persönliche Vergnügen an einem Gegenstand stärker ist als die Frage nach dessen Echtheit oder Schönheit. Gekauft wird, was gefällt.

Mittelpunkt des Lissaboner Diebesmarkts: Eine rostig-grüne Eisenhalle, in der noch Gemüse, Geflügel und Gewürze verkauft werden. Bauern aus der Umgebung hocken neben ihren Weidenkörben mit gackernden Hühnern, die auf alten Deichselwaagen gewogen werden. Wären sie draußen auf dem „Markt der Diebe" zu haben, sie würden als wahre Kostbarkeiten gejagt werden.

Keine zehn Schritte entfernt bietet ein Antiquar seine Schätze unter einem Zeltdach an. Bücher über Bücher. So viele, daß er sie mit dem Rücken nach oben stapeln mußte. Ganzleder, Duodezformat, handgebundene Saffianlederausgaben. Alle Sprachen sind vertreten, Shakespeares selten gedrucktes Stück „Perikles" in einer englischen Ausgabe von 1810, „Minnesangs Frühling", Medizinisches in Französisch aus dem 18. Jahrhundert. Man ist versucht, dem Namen des Marktes eine neue Deutung zu geben und selbst zum Dieb zu werden, denn Handeln ist beim Senhor Livreiro (Buchhändler) nicht drin...

Sonst aber – jederzeit und überall. Das ist neben dem Spaß am Suchen und Entdecken das zweite Vergnügen auf dem Diebesmarkt – es muß gehandelt werden! Das erste Angebot ist ein Lockruf! Nicht mehr. Danach geht der kundige Marktflaneur „uma bica" trinken, einen kleinen Espresso. Dann unterbreitet er seine Gegenofferte – mündlich oder wenn es Sprachschwierigkeiten gibt, schreibt er die Zahl mit seinem rechten Zeigefinger auf den linken Handteller.

Da zeigt es sich, daß Feilschen und Handeln durchaus nicht an einen Landstrich oder eine Bevölkerungsgruppe gebunden sind. Und auch die Höhe des Bankkontos spielt keine Rolle. Der Amerikaner in den karierten Hosen bewohnt wahrscheinlich eine Suite im Nobelhotel „Ritz", aber er feilscht um die vier alten Golfschläger, als müsse er sich das Geld dafür vom Munde absparen. Dabei kosten sie nicht ein Zehntel dessen, was er in Londons Portobello Road dafür hinblättern müßte. Abends traf ich ihn in der Hotelbar wieder. Er feierte den Glückskauf bei einer Flasche Whisky – garantiert 25 Jahre alt.

Kenner fahren nicht mit dem Taxi zum Feira da Ladra, sondern mit der Straßenbahn. Ein Erlebnis! Wer beim TÜV sein Geld verdient, hält es für unmöglich, daß diese bunt bemalten Wagen zum öffentlichen Verkehr freigegeben sind. In der Rushhour hängen die Kinder in Trauben seitlich und hinten an den Wagen. Ein nicht ungefährlicher Transport, da die kurvigen Schienen durch Kopfsteinpflastergassen führen, die so schmal sind, daß man die Häuser streift, wenn man die Hand aus dem Wagenfenster streckt.

Die Bahnen fahren im Gegenverkehr. Ohne Weichen! Wie das? Ganz einfach. Der Inhaber eines der kleinen Ein-Zimmer-Läden hat vor seiner Tür ein Blechschild stecken, wie es bei uns gelegentlich noch bei Baustellen benutzt wird. Die eine Seite rot, die andere grün. Damit regelt er den Straßenverkehr, garantiert computerstörungsfrei! Er dreht die Scheibe mal zur grünen Seite – freie Fahrt, oder zur roten – bitte warten. Es ist nicht nur die einfachste, sondern auch die einzig mögliche Verkehrsregelung in dieser Altstadt.

Abends im Hotel bestaunt man die Beute vom Diebesmarkt. Die alten Gläser, Bücher, Lampen, Bügeleisen und was man sonst noch alles gekauft hat. Es ist ein wenig wie Kinderweihnachten – alle Gegenstände bekommen erst durch uns ihren Wert. Einst waren diese Trödelmärkte die Endstation für alles, was ausgedient hatte, heute, im Zeitalter der Sperrmüllaktionen, der Reisen von der Stange könnten sie zur Spielwiese für Individualisten werden. Auf dem „Markt der Diebe" kommt nichts abhanden, wohl aber kann man dort etwas finden. Mit ein wenig Glück vielleicht sogar zu sich selbst.

MANFRED BARTHEL

*

Auskunft: Portugiesisches Touristik-Amt, Kaiserstraße 66, 6000 Frankfurt

Märkte in Europa

BÜCHER

Die „Deta Kompaß Wanderführer" –Reihe komplettiert sich mit drei weiteren Bänden: **„Wanderregion Hamburg"**, **„Berlin (West)"** und **„Oberallgäu/Ostallgäu"**. Auf 125 Seiten beschreibt der Hamburg-Wanderführer die 100 schönsten Rund- sowie Streckenwanderungen nördlich und südlich der Elbe. Jeder Tourenbeschreibung ist eine Wanderkarte beigefügt sowie in einer Übersicht die Verkehrsmöglichkeiten, Wegmarkierungen, Wanderzeit, zusätzliche Karten und Wissenswertes in Stichworten. Im Anhang befindet sich ein Anschriftenverzeichnis der Fremdenverkehrs- und Touristenverbände, der Jugendherbergen und Naturfreundehäuser. Der Führer ist im Deutschen Wanderverlag Dr. Mair & Schnabel & Co erschienen und kostet 16,80 Mark. Der Oberallgäu/Ostallgäu-Band, nach dem gleichen Prinzip aufgebaut, sowie der Berlin-Band sind für 19,80 Mark erhältlich. Außerdem hat der Verlag vier weitere Bücher in der Reihe „Deta Kompaß Rad-Wanderführer" herausgegeben. Gunter Ruwenstroth, Joachim Braun und Klaus Ohm stellen auf 280 Seiten 100 Radtouren durch **„Ostfriesland und Unterweser"** vor (Preis: 29,80 Mark). Auch in dieser Reihe sind den genauen Wegbeschreibungen Übersichtskarten beigefügt. Die Rad-Wanderführer **„Nordfriesland mit Hamburg"** sowie **„Ostsee/Holsteinische Schweiz"** kosten 24,80 Mark, der **„Schwarzwald"**-Band 19,80 Mark.

*

Wandern und Radfahren auf den „verträumten Wegen zwischen Elbe und Heide" und dabei eine ganze Menge über die Geschichte des Wendlands und seine Leute erfahren, das bietet das **„Wendländische Wanderbuch"** von Joachim Berger. Auf 152 Seiten, illustriert mit vielen Wanderkarten sowie landschaftstypischen Fotos und verschiedenen Federzeichnungen erfährt der Leser in ausführlichen und anschaulichen Berichten und Erzählungen, wie zum Beispiel Mensch und Tier unter einem Dach lebten, warum die Rundlinge im Wendland rund sind und wie man die Sprache der Windmühlen verstehen kann. Das Buch führt den Leser an einsame Feldsteinkirchen, zu verwunschenen Findlingen, in die winkligen Gassen von Lüchow, Dannenberg, Clenze und Hitzacker. So ganz nebenbei lernt der Wanderer den letzten Mollenhauer in seiner Werkstatt kennen und kann mit Schäfer Georg Kaps über den Jeetzeldeich ziehen. Es handelt sich bei diesem Wanderbuch um keinen Führer im herkömmlichen Sinne. Schon beim kurzen Durchblättern wird man sich nach kurzer Zeit dabei ertappen, daß man sich in den Erzählungen festgelesen hat. Das „Wendländische Wanderbuch", in der Busseschen Verlagsbuchhandlung Herford erschienen, kostet 19,80 Mark.

*

Sehr praktisch, informativ und hübsch geschrieben sind die Mini-Führer **„Spessart-Wanderungen"** und **„Auf stillen Wegen in den Ammergauer Bergen"**, die vom Süddeutschen Verlag herausgegeben worden sind (Preis: 7,80 Mark). Die handlichen Büchlein sind in Rucksack- oder Anoraktaschen jederzeit griffbereit. Im Naturpark Spessart beginnt die Spessart-Wanderung mit Kurt Tucholsky, führt unter anderem über Karlstadt und Neustadt am Main, rund um die Scherenburg, in die Rotweinstadt Klingenberg oder ins Land der Brüder Grimm bei Gelnhausen. Dabei ist jede Route im Text sowie in einer Karte gekennzeichnet, werden Historie der „Pfade" und Ortschaften sowie Fauna und Flora der Gegend in anschaulichen Erzählungen vorgestellt. Wichtige Informationen wie Gehzeit, Ausrüstung, beste Jahreszeit und Charakter der einzelnen Touren schließen sich übersichtlich an jeden Text an.